



4725-9597

(Beilage zu N. 29 der Braunschw. Anzeigen.)

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig

im Jahre 1884.

110 11 38

Druck der Herzoglichen Waisenhaus-Buchdruckerei.

Register.

A. Nach der Zeitfolge.

Januar 24.

Öeffentlich:

1. Wahl der Vorstehenden	2.
2. Eingabe eines Hausbesizers, betreffend Uebernahme einer bei einem Bau unbenutzt gebliebenen Fläche als Straßenterrain seitens der Stadt . . .	3.
3. Bewilligung der Mittel zur Erweiterung der Bahngleis-Anlagen beim Gaswerke	4.
4. desgl. behuf Erweiterung der Einrichtungen für die Freibadeanstalt . .	5.
5. Nachträgliche Genehmigung von Aufwendungen zur Einrichtung von Localen für die Lutherfeier bei einigen Schulen	7.
6. Bewilligung von Mitteln zu Anleihen für das städtische Museum . .	8.
7. Vertrag wegen Ueberlassung der Nutzung städtischen Grund und Bodens nahe der Obergstraße	9.
8. Veränderung der Baulinien der Klosterstraße	9.

Vertraulich:

9. Wahl eines städtischen Executors	10.
---	-----

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

10. Steuerreklamationen	10.
-----------------------------------	-----

Februar 14.

Öeffentlich.

11. Antrag des Herrn Kiefe, die stadtseitige Errichtung von Wohnhäusern behuf Bekämpfung von Wohnungsnoth betr.	12.
12. Eine auf den Entwurf des Statuts wegen des Vieh-Transports bezüg- liche Eingabe der Knochenhauer-Innung betr.	19.
13. Antretung einer Erbschaft seitens der Stadt	21.

14. Aufnahme eines gegen die Stadt wegen einer von derselben in Anspruch genommenen Erbschaft erhobenen Processes	21.
15. Ankauf eines Terrainstreifens, belegen zwischen der Helmstedter Straße und dem zum Centrafriedhofe ausersetzten Terrain	21.
16. Verpachtung der drei Eisenbüttler Mühlen	22.
17. Erbauung eines Wohnhauses auf der Leonhardstraße seitens eines Bauunternehmers betr.	23.
18. Wahl von Mitgliedern des Stadtbauamts	23.
19. Wahl einer Baucommission	24.

Vertraulich:

20. Wahl eines Armenpflegers und stellvertretenden Bezirksvorstehers . .	24.
21. Wahl eines Magistratsdieners	24.
22. Steuerreklamationen	24

März 20.

Öffentlich:

23. Aenderung des Statuts wegen der Bierdruckleitungen	26.
24. Entwässerung der Stadt	28.
25. Anleihe des Kreiscommunalverbandes Braunschweig	33.
26. Erhebung einer Klage wegen verweigerter Erstattung von Pflasterungskosten	35.
27. Verbreiterung der Fallersleberthortwete	35.
28. Genehmigung von Bauten auf noch nicht angelegten Straßen	37.
29. Reparatur des vierten Gasbehälter-Bassins beim städtischen Gaswerke	37.
30. Antrag des Herrn Wolff, die bei Veranlagung zur Einkommensteuer maßgebenden Grundsätze betreffend	37.

Vertraulich:

31. Statut, bezüglich eines Gegenstandes der Sittenpolizei	38.
32. Gutachtliche Aeußerung über die Qualification von in Aussicht genommenen Mitgliedern der mit Revision der Grundsteuer-Einschätzung hier demnächst zu betrauenden Commission	38.

April 3.

Öffentlich:

33. a) die ausnahmsweise künftige Vergebung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen und b) das künftige Rechtsverhältniß der letzteren	40.
34. Neue Wochenmarktsordnung	47.
35. Ermächtigung zur Aufnahme eines in einer Steuerfrage gegen die Stadt erhobenen Processes	56.
36. Veränderung der für die Fallersleberthortwete genehmigten Baulinie .	56.
37. Antrag von Bewohnern des Petri- und Wendenthordistricts, betr. Herstellung einer Straßen- und bezw. Brückenverbindung zwischen Celler- und Hamburgerstraße	56.

April 7.**Öffentlich:**

38. Wahl eines Armenpflegers	57.
39. Wahl der Vorsitzenden	57.

Mai 8.**Öffentlich:**

40. Wahl eines Mitgliedes der Statutencommission	60.
41. Vorrichtung einer städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule	60.
42. Miethvertrag über den Keller unter dem Schulgebäude am Prinzenwinkel	66.
43. Bau einer Fußgängerbrücke am Windmühlenberge	67.
44. Statut wegen Krankenversicherung der Arbeiter	69.
45. Errichtung einer zweiten Klasse X. bei der städtischen höheren Mädchenschule	73.
46. Aufnahme eines gegen die Armendirection angestregten Processes	77.

Juni 5.**Öffentlich:**

47. Wahl eines Mitgliedes der Finanzcommission	80.
48. Abänderung der neuen Wochenmarktsordnung	80.
49. Deckung des Deficits der Armencaße aus 1883	81.
50. Ankauf der Civilbadeanstalt	81.
51. Abänderung des Statuts über Bierdruckleitungen	82.
52. Neues Project zur Verbreiterung der kleinen Burg	82.
53. Nachträgliche Verwilligung von Mehrkosten des Erweiterungsbaues der Schule an der Eidonienstraße	89.
54. Zustimmung zur Anstellung einer Klage	89.
55. Aufnahme eines Processes über den Bornemann'schen Nachlaß	90.
56. Abänderung des Ortsbauplanes vor dem Steinhore	90.
57. Entlassung eines Grundstücks aus dem Hypothekverbande	91.
58. Verwilligung von Kosten der Straßensprengung	91.
59. Nachverwilligung von Kosten der Einrichtung des Feuerlöschgebäudes	93.
60. Ankauf von Straßenterrain an der Juliusstraße	95.
61. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, betr. die Vervielfältigung der Commissionsberichte	95.

Vertraulich:**Gemeinschaftliche Sitzung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten.**

62. Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen	96.
---	-----

Sitzung der Stadtverordneten.

63. Steuerreklamationen. (Verzeichniß V von 1883.)	96.
--	-----

Juli 10.

Deffentlich:

64. Ersatzwahl für den Schulvorstand	98.
65. Feststellung einer Baulinie an der Gellerstraße	99.
66. Ankauf von Straßenterrain an der Husarenstraße und Feststellung der Baulinien daselbst	99.
67. Gesuch des Stadtbaumeisters Osterloh, den Wittingschen Neubau betr.	100.
68. Eröffnung eines Heilcurfus für sprachkranke Kinder	101.
69. Umbau eines Theiles der Campestraße	101.
70. Verwendung des Ueberschusses aus 1883	104.
71. Deckung einer Mehrausgabe für den Stadtpark	104.
72. Vergleich mit Miethern im Rasch'schen Hause	106.
73. Verwilligung von Kosten zur Instandsetzung der Verbindungsstraße zwischen Hagenmarkt und Ruhfäutchenplatz	106.
74. Verkauf der diesjährigen Heuernte von den städtischen Wiesen im sog. Gänsewinkel	107.
75. Einrichtung einer Parallelklasse X für die höhere Mädchenschule	107.
76. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, betreffend Untersuchung der hiesigen sanitären Verhältnisse	107.
77. Desgl. des Herrn Blasius, betreffend Anlegung von Abzuleitern an den Schulgebäuden	110.
78. Desgl. des Herrn Nieß, betreffend Anstellung eines Baumeisters für Wege- und Canalbauten.	111.

Vertraulich:

79. Wahl eines Armenpflegers	111.
80. Steuerreklamationen	111.
81. Wahl des Protokollführers der Versammlung	111.

September 11.

Deffentlich:

82. Berathung des Günther'schen Antrages wegen Erstattung schriftlicher Commissionsreferate	114.
83. Berathung des Wolff'schen Antrages, einige bei der Einschätzung zur Communalsteuer zu befolgende Grundsätze betreffend	115.
84. Berathung des Nieß'schen Antrages auf sofortige Instandsetzung eines städtischen Wegebaumeisters	116.
85. Aufstellung von Normen für die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten	117.
86. Ankauf von Straßenterrain an der Helene- und Juliusstraße	124.
87. Verwilligung einer Zulage an zwei städtische Beamte	124.
88. Pensionirung eines städtischen Beamten	125.

	Seite
89. Bewilligung von Kosten für Reparaturen in der 1. und 2. mittleren Bürgerschule	125.
90. Abtretung von Straßenterrain auf der Breitenstraße	125.
91. Entscheidung über Einwendungen gegen die Baulinie der neuen Straße zum Hagenmarke	125.
92. Verkauf von städtischem Terrain an der Osterstraße	125.
93. Uebereinkommen mit der Brüdernkirche wegen Benutzung einer Remise zu Feuerlöschzwecken	126.
94. Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule	126.
95. Verpachtung von Länderei des Centralfriedhofes	127.
96. die Burg Dankwarderode	128.
Vertraulich:	
97. Steuerreklamationen (Verzeichniß I und II von 1884)	132.
98. Wahl zweier Armenpfleger	132.

October 2.

Öffentlich:

99. Annahme eines Bautechnikers oder geprüften Baumeisters	134.
100. Sperrung des Meinhardshofes für den Durchgangsverkehr	134.
101. Erweiterung der Straßenbeleuchtung	135.
102. Feststellung der Baulinie zwischen Caspari- und Stecherstraße	137.
103. Ankauf von Terrain behuf Herrichtung eines Zugangsweges zum Stadtparke	141.
104. Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushalts für 1881 und 1882	142.
105. Feststellung einer Baulinie für die Schuhstraße	142.
106. Ortsbauplan bezüglich der nach dem neuen Kreisgefängnisse führenden Straße	143.

Vertraulich:

107. Neuwahl eines Armenpflegers	143.
108. Uebernahme eines Nebenamtes durch ein Mitglied des Stadtmagistrats	143.
109. Bewilligung eines Gnadenruhegehalts an ein Mitglied der Berufsfeuerwehr	143.
110. Steuerreklamationen (Verzeichniß II von 1884)	143.

October 16.

Öffentlich:

111. Bewilligung eines Honorars für Arbeiten des verst. Herzogl. Baumeisters Sörrensen	146.
112. Verlegung von Bürgerschulklassen	146.
113. Anlage dreier Bedürfnisanstalten	147.
114. Feststellung der Baulinie zwischen Casparistraße und Hagenmarkt	148.

115. Verwilligung von Kosten für Aufmessung der Neubauten im inneren Stadtgebiete	151.
116. Die Rüttge'sche Privatschule	151.

Vertraulich:

117. Anstellung eines Expedienten	154.
---	------

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

118. Steuerreklamationen	154.
------------------------------------	------

November 13.

Öffentlich:

119. Aufnahme zweier Prozesse	156.
120. Die Verbreiterung der kleinen Burg	158.
121. Nachverwilligung von Kosten für die Freibadeanstalt	162.
122. Bau eines Stalles 2c. auf dem Grundstücke des Feuerlöschgebäudes	163.
123. Vergleich über einen anhängigen Proceß	163.
124. Beschaffung von Kosten für Bauten auf dem CentraLfriedhofe	163.
125. Aenderweite Festsetzung des Schulgelbes für den Besuch der städtischen Realschule	166.
126. Ausleihung von Capitalien des Kreisfonds und der Stadt	167.

Vertraulich:

127. Steuerreklamationen (Verzeichniß III. von 1884)	168.
--	------

December 11.

Öffentlich.

128. Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, betreffend die Anlegung von Blitzableitern an städtischen Schulgebäuden	170.
129. Rechnung der Einquartierungscasse pro 1883	172.
130. Stadthaushaltsplan pro 1885	172.
131. Unterbringung der Seitens der Frau Amalie Pöbbecke geschenkten Gemälde	180.
132. Abänderung des Statuts über den Pferdeeisenbahnbetrieb	180.
133. Verwilligung von Kosten der Reichstagswahl	181.
134. Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Beiträgen für die städtische Wegebau-casse	181.
135. Erwerbung von Terrain zur Verbreiterung der Spielmannsstraße	182.
136. Interpellation des Herrn G ü n t h e r, betreffend die letzten Reichstagswahlen	182.

Vertraulich:

137. Provisorische Annahme eines Hilfsbeamten für die städtische Bauverwaltung	184.
138. Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehsuchengesetzes	184.

139.	Anstellung eines Stadtcassenschreibers	Seite 184.
140.	Neuwahl zweier Mitglieder der Armendirection	184.

December 29.

Öeffentlich:

141.	Bau einer massiven Brücke über die Oler am Magnithore	186.
142.	Selbstständiger Antrag des Herrn Riez, betreffend die Aufhebung der unteren Klassen der höheren städtischen Mädchenschulen	189.
143.	desgl. die Erbauung eines neuen Stadthauses	190.
144.	desgl. die Verlängerung der Girdelingerstraße bis zum Petriithore	190.
145.	Petition von Anwohnern der Friedrichstraße, Canalisation dieser Straße betreffend	191.
146.	Genehmigung von Contracten über angekauftes Terrain an der Stecherstraße	192.
147.	Bericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit der Versammlung im verflossenen Jahre	192.

Vertraulich:

148.	Statut, die Ausübung der gewerbmäßigen Muzucht betreffend	193.
149.	Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern	193.
150.	Anstellung eines Schlachthauscassiers	193.
151.	Anstellung eines Wegebaumeisters	193.
152.	Anstellung eines Lehrers	193.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.

153.	Steuerreklamationen	194.
------	-------------------------------	------

B. Nach den Gegenständen.

Anleihe des Kreiscommunalverbandes 33.

Anträge, selbstständige, der Herren

Blasius, die Anlegung von Blizableitern
an Schulgebäuden betr. 110, 170;

Glinther, die Erstattung schriftlicher
Commissionsberichte betr. 60, 95, 114;
die Untersuchung der hiesigen sani-
tären Verhältnisse betr. 107;

Nieß, die Anstellung eines Wegebau-
meisters betr. 111, 116;

Aufhebung der unteren Klassen der
höheren Mädchenschulen 189;

Erbauung eines neuen Stadthauses
190;

Verlängerung der Gördelingerstraße
bis zum Petrihore 190;

Kiefe, die stadtseitige Errichtung von
Wohnhäusern behufs Bekämpfung der
Wohnungsnoth betreffend 12;

Wolff, die bei Veranlagung zur Ein-
kommensteuer maßgebenden Grundsätze
betreffend 37, 115.

Armenverwaltung

Wahl von Bezirksvorstehern und Armen-
pflegern 24, 57, 111, 132, 143, 193;

Deckung des Deficits der Armen-
kasse aus 1883 81;

Wahl zweier Mitglieder der Armen-
direction 184.

**Aufmessungen im Innern der Stadt zu Zwecken
des Stadtplans** 151.

Badeanstalten

Erweiterung der Freibadeanstalt 5, 162;

Ankauf der Civil-Badeanstalt 81.

Baulinien der Straßen:

Casparistraße 137, 148;

Cellerstraße 99;

Fallersleberthortwete 56;

Husarenstraße 99;

Klosterstraße 9;

Schuhstraße 143;

Stecherstraße 137, 148.

Bauverwaltung, städtische

Uebernahme einer Privatarbeit seitens
eines städtischen Baumeisters 100;

Anstellung eines Wegebaumeisters 111,
116, 193;

Aufstellung von Normen für die Privat-
thätigkeit der städtischen Baubeamten
117;

Annahme eines Bautechnikers 134, 184.

Bierdruckleitungen, Statut 26, 82.

Beleuchtung der Straßen 135.

Bedürfnisanstalten 147.

Brücken

Bau einer Fußgängerbrücke am Wind-
mühlenberge 67;

Ueberbrückung der Oker am Magnithore
146, 186.

Canalisierung der Stadt 28.

Contracte s. Verträge.

Dankwarderode, Burg

Restauration 128.

Eingabe

eines Hausbesitzers an der Wallstraße
wegen Abtretung von Terrain an die
Stadt 3;

der Knochenhauerinnung wegen des Vieh-
transports durch die Stadt 19;
des Bürgervereins wegen Herstellung einer
Verbindung zwischen der Celler- und
Hamburger Straße 12;
verschiedener Feldmarksinteressenschaften
wegen Uebernahme von Feldwegen
seitens der Stadt 25;
von Bewohnern des Petri- und Wendens-
thorbidistricts wegen Herstellung einer
Verbindung zwischen Celler- und Ham-
burger Straße 56;
der Bewohner der Friedrich-Straße wegen
Canalisierung dieser Straße 191.

Einquartierungswesen der Stadt 3.

Einquartierungskasse 172.

Eisenbüttler Mühlen, Verpachtung derselben 22.

Erbchaft seitens der Stadt vom Particulier
Bornemann 21.

Etat des Stadthaushalts pro 1885, 172.

Fasanenhölzchen s. Stadtpark.

Feuerlöschgebäude

Einrichtung 93;

Bau eines Stalles 163.

Feuerlöschlocal in der Brüdernkirche 126;

Feuerwehr, städtische

Pensionirung eines Mitgliedes 143.

Friedhöfe

Anlegung eines CentraLfriedhofs vor dem
Steinthore 21;

Ausnahme Weise künftige Vergebung von
Grabstellen auf den alten Friedhöfen 40;

Künftige Rechtsverhältnisse der alten
Friedhöfe 40;

Verpachtung von Länderei des Central-
friedhofes 127;

Bauten auf dem CentraLfriedhofe 163.

Gaswerk, städtisches

Erweiterung der Bahngelände-Anlagen 4;

Reparatur des vierten Gasbehälter-Bas-
sins 37;

Erhöhung des Gehalts zweier Beamten
124;

Pensionirung des Buchhalters Füllkrug
125.

Gemälde, der Stadt von Frau Amalie Lööbecke
geschenkt, Unterbringung derselben in der
Realschule 180.

Hypothekenverband, Entlassung eines Grund-
stücks an der Nebenstraße aus demselben 91.

Interpellation des Stadtmagistrats
durch Herrn Günther wegen der letzten
Reichstagswahlen 182.

Krankenversicherung der Arbeiter 69.

Kirchhöfe s. Friedhöfe.

Lutherfeier, Einrichtung von Lokalen zu dieser
Feier bei einigen Schulen 7.

Magistrat

Uebernahme eines Nebenamtes seitens
eines Magistratsmitgliedes 143;

Anstellung eines Expedienten 154.

Museum, städtisches, Ankauf von ethnographischen
und numismatischen Sammlungen 8.

Ortsbauplan

Abänderungen vor dem Steinthore 90;

Straße nach dem neuen Kreisgefängnisse
vor dem Petrihore 143.

Pferdeeisenbahnbetrieb, Aenderung des Statuts
180.

Plan von Braunschweig, Aufmessungen 151.

Processe

wegen der Better'schen Erbschaft 21,

wegen Erstattung von Pflasterungskosten 35,
in einer Steuerfrage 56,

Aufnahme eines gegen die Armendirection
angestregten Processes 77;

wegen eines der Armenverwaltung ver-
machten Capitals 89, 163;

wegen des Bornemann'schen Nachlasses 90;
mit Anliegern des Oergrabens zwischen
Ruhfäutchenplatz und Stecherstraße 156.

Nasch'sches Haus, Vergleich mit Miethern 106.
Rechnungen, städtische, für 1881 und 1882 142.
Reichstagswahlen, die dadurch entstandenen
Kosten 181.

Schlachthaus
Anstellung des Cassirers 193.

Schulen
Errichtung einer städtischen Fortbildungs-
und Gewerbeschule 60:
Eröffnung eines Heilkurses für sprach-
franke Kinder 101:
Anlegung von Blitzableitern an Schul-
gebäuden 110, 170.

Städtische Realschule:
Erhöhung des Schulgeldes 166.
Höhere Mädchenschule:
Errichtung einer zweiten Klasse X 73,
107;

Mittlere Mädchenschule:
Verwilligung eines Lehrergehalts 193.
Aufhebung der Rittge'schen Privatschule
151.

Bürgerfschulen:
Verlegung von Schulklassen 146:
Reparaturen in der 1. und 2. mittleren
Bürgerfschule 125;
Mehrkosten des Erweiterungsbaues der
Schule an der Sidonienstraße 89;
Vermiethung des Kellers unter der
Schule am Prinzenwege 66.

Katholische Schule:
Erhöhung des städtischen Zuschusses 126.

Stadtcasse
Verwendung des Ueberschusses von 1883
104;
Ausleihung von Capitalien des Kreis-
fonds und der Stadt 167;
Anstellung eines Stadtcassenschrifters 184.
Stadthaushaltsplan pro 1885, 172.

Stadtverordnetenversammlung
Bericht des Vorsitzenden über die Thätig-
keit der Versammlung 2, 192.
Erstattung schriftlicher Commissionsberichte
95, 114.

Stadtpark
Deckung einer Mehrausgabe 104;
Errichtung eines Zugangsweges 141.
Statuten, betreffend
den Transport von Thieren durch das
Stadtgebiet 19;
Bierdruckleitungen 26, 82;
Ausübung der gewerbmäßigen Unzucht
38, 193;
Krankenversicherung der Arbeiter 69;
Pferdeisenbahnbetrieb 180.

Steuern
Steuerreklamationen 10, 24, 96, 111,
132, 143, 154, 168, 194;
Grundsätze bei Veranlagung zur Ein-
kommensteuer 37, 115:
Grundsteuer-Einschätzung, Qualification
der Mitglieder der Revisions-Com-
mission 38.

Straßen
Abtretung von Terrain an der Breiten-
straße an Honemann 125;
Campestraße, Umbau 101;
Verbindungsstraße zwischen Hagenmarkt
und Ruhfäutchenplatz (Casparistraße)
Instandsetzung 106;
Feststellung der Baulinien zwischen Ca-
sparistraße und Hagenmarkt 137, 148;
Einwendungen gegen die Baulinie
125;
Gellerstraße, Feststellung einer Baulinie 99;
Fallerleberthortwete, Verbreiterung 35,
56;

Friedrichsstraße
Canalisierung 191;
Ankauf von Terrain an der Helenen- und
Juliusstraße 124.
Hufarenstraße, Ankauf von Terrain und
Feststellung der Baulinien 99;
Juliusstraße, Ankauf von Straßen-
terrain 95;

Al. Burg, Verbreiterung 82, 158;
 Klosterstraße, Veränderungen der Baulinie 9;
 Meinhardshof, Sperrung für den Durchgangsverkehr 134;
 Ueberlassung der Nutzung städtischen Grund und Bodens nahe der Obergstraße an den Besitzer der Holland'schen Bleiche 9;
 Rennelbergstraße, Anlage 143;
 Schuhstraße, Feststellung der Baulinie 143;
 Spielmannsstraße, Verbreiterung 182;
 Stecherstraße
 Feststellung der Baulinie 137, 148;
 Ankauf von Terrain 192.
 Genehmigung von Bauten auf noch nicht angelegten Straßen 37.
 Straßenbesprengung 91;
 Straßenbeleuchtung 135.

Verträge

wegen Ueberlassung der Nutzung städtischen Grund und Bodens nahe der Obergstraße an den Besitzer der Holland'schen Bleiche 9;
 wegen Ankaufs von Terrain am Ausgange der Stecherstraße 192;
 Verkauf der Heuernte von den städtischen Wiesen im Gänsenwinkel 107;
 von städtischem Terrain an der Okerstraße 125;

Wahlen

der Vorsitzenden der Stadtverordneten 2, 57;
 eines städtischen Executors 10;

von Mitgliedern des Stadtbauamts 23;
 von Mitgliedern der Baucommission 24;
 von Bezirksvorstehern und Armenpflegern 24, 57, 111, 132, 143, 193;
 eines Magistratsdieners 24;
 eines Mitgliedes der Statutencommission 60;
 eines Mitgliedes der Finanzcommission 80;
 der Mitglieder des Ausschusses zur Wahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen 96;
 Stadtverordnetenwahlen 80, 193;
 eines Vorstandsmitgliedes für die höheren Mädchenschulen 98;
 des Protocollführers der Stadtverordneten 111;
 von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehschengegesetzes 184;
 zweier Mitglieder der Armendirection 184;
 eines städtischen Wegebaumeisters 193.

Wasserwerk, städtisches,
 Erhöhung des Gehalts des Werkmeisters 124.

Wege

Instandsetzung der Zugangswege zu den benachbarten Waldpartien 114;
 Herstellung eines Zugangsweges zum Stadtpark 141;
 Wegebaubeiträge der gewerblichen Etablissements 181;
 Wochenmarktsordnung 47, 80.
 Wohnhäuser-Erbauung,
 auf dem Grundstücke N. 8 der Leonhardstraße 23;
 auf noch nicht angelegten Straßen 37.

1884.

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 31** de 1884
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 1.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 24. Januar 1884.

Öffentlich:

- I. Wahl der Vorstehenden,
- II. Eingabe eines Hausbesizers, betreffend Uebernahme einer bei einem Bau unbenutzt gebliebenen Fläche als Straßenterrain seitens der Stadt.
Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
- III. Bewilligung der Mittel zur Erweiterung der Bahngleis-Anlagen beim Gaswerke,
- IV. desgl. behuf Erweiterung der Einrichtungen für die Freibadeanstalt,
- V. Nachträgliche Genehmigung von Aufwendungen zur Einrichtung von Localen für die Lutherfeier bei einigen Schulen,
- VI. Bewilligung von Mitteln zu Anleihen für das städtische Museum,
- VII. Vertrag wegen Ueberlassung der Nutzung städtischen Grund und Bodens nahe der Dbergstraße,
- VIII. Veränderung der Baulinien der Klosterstraße.

Vertraulich:

- Wahl eines städtischen Executors.
Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten,
Steuerreklamationen.

Entschuldigt Herr Jasper. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Götte, Haake und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung erstattet der bisherige Vorsitzende, Herr Otto, Bericht über die Thätigkeit der Versammlung im Jahre 1883:

Es haben im genannten Jahre, wie im Jahre 1882, an 17 Tagen Sitzungen stattgefunden, darunter an 5 Tagen sowohl gemeinschaftliche Sitzungen von Magistrat und Stadtverordneten als auch Sitzungen allein, an 12 Tagen ausschließlich Stadtverordnetensitzungen. Auf die 17 Tage kommen also, wenn man die an einem Tage stattgehabten gemeinschaftlichen und Stadtverordneten-Sitzungen je als besondere Sitzungen ansieht, im Ganzen 22 Sitzungen. An 5 Tagen wurde ausschließlich öffentlich verhandelt, an 12 Tagen theils öffentlich, theils vertraulich. Die verhältnißmäßig vielen vertraulichen Sitzungen waren hauptsächlich zur Erledigung von Steuerreklamationen. Das Tagebuch weist 149 Eingänge, gegen 136 im Jahre 1882 nach, dazu kamen 11 Sachen, welche 1882 unerledigt geblieben waren. Von diesen 160 Sachen sind 156 erledigt, während 4 Sachen, meist solche, die erst Ende December eingegangen, als unerledigt in das Jahr 1884 übernommen sind. Außer den Magistratsvorlagen sind eingegangen: 5 Interpellationen an den Stadtmagistrat, 14 Anträge von Stadtverordneten und 3 Eingaben von dritten Personen.

I. Hierauf übernimmt, einem früheren Beschlusse der Versammlung gemäß, Herr Ding als Alterspräsident den Vorsitz, um die Wahl des Vorsitzenden und dessen Stellvertreters zu leiten. Derselbe erwähnt zunächst der Mühen und Arbeiten, welche das Amt eines Vorsitzenden mit sich bringt, dessen Thätigkeit sich nicht bloß auf die Leitung der Verhandlungen zu beschränken, sondern sich anderweit noch in weit größerem Maße zu entfalten habe; er hebt mit einigen Worten hervor, wie der bisherige Herr Vorsitzende seines Amtes mit besonderer Hingabe und Umsicht gewaltet habe und giebt sodann anheim, denselben in Anerkennung seiner guten und bewährten Führung durch Acclamation wiederzuwählen.

Herr Otto bemerkt, daß, so ehrenvoll dieser Vorschlag für ihn sei, er doch das Bedenken dagegen erheben müsse, ob ein derartiger Wahlmodus nach den Bestimmungen der Städteordnung zulässig erscheine?

Herr Wolff hält die Wahl der Vorsitzenden der Stadtverordneten für eine rein interne Angelegenheit der Versammlung und kann daher dem Vorschlage des Herrn Alterspräsidenten nur zustimmen, unbeschadet der Bestimmungen der Städteordnung.

Nachdem jedoch Herr Günther erklärt hat, daß er, wenn er auch im Grunde genommen gegen die Wiederwahl des Herrn Vorsitzenden durch Acclamation nichts einzuwenden habe, doch wegen der daraus für die Zukunft entstehenden Consequenzen sich nicht für diesen Wahlmodus entscheiden könne,

wird die Wahl durch Stimmzettel vorgenommen.

Von den abgegebenen 26 Stimmzetteln lauten 24 für Herrn Otto, 2 sind unbeschrieben.

Der Herr Alterspräsident constatirt die einstimmige Wiederwahl des Herrn Otto.

Es wird sodann zur Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden geschritten, wobei 22 Stimmen für Herrn Rybik, und je eine für die Herren Blasius, Lüderßen und Semler abgegeben werden; ein Zettel ist unbeschrieben.

Herr Rybik ist somit wiedergewählt.

Beide Herren nehmen ihre Wiederwahl unter dem Ausdrücke des Dankes an.

Herr Otto übernimmt hierauf den Vorsitz wieder und sagt zunächst dem Herrn Alterspräsidenten für die Leitung des Wahlaectes den Dank der Versammlung, verbindet damit auch seinen persönlichen Dank für die über die seitherige Geschäftsführung des Vorsitzenden ausgesprochene Anerkennung.

Sodann verliest der Herr Vorsitzende ein vom Stadtmagistrate unterm 20. v. Mts. zur Kenntnissnahme in Abschrift mitgetheiltes Ministerialrescript vom 12. December 1883, durch welches dem Stadtmagistrate auf seinen Antrag wegen Bewilligung eines Zuschusses zu den in den letzten Jahren erwachsenen Einquartirungslasten eröffnet wird, daß eine derartige Bewilligung für jetzt nicht gewährt werden könne, weil über die bezüglich für die Finanzperiode 1882/84 disponibelen Mittel nicht eher verfügt werden könne, als zu übersehen sei, welche Einquartirungskosten auch das Jahr 1884 noch mit sich bringen werde, eine Beschlusfassung über etwaige Beihilfen also bis Ende d. J. hinausgesetzt werden müsse. Der Stadtmagistrat wird, wie er in seinem Schreiben bemerkt, am Schlusse des Jahres sein Gesuch erneuern.

II. berichtet Herr Reuter namens der Statutencommission über eine Eingabe des Bauunternehmers Junghans wegen Rückzahlung von Kaufgeldern für städtisches Terrain.

Der Möbeldhändler Lühr hat i. J. 1881 von der Stadt ein vor seinem Grundstück, Wallstraße *N* ass. 421, belegenes 125 qm haltendes, aus einem Theile des vormaligen Okergrabens und einem Theile der vormalig Elsbacher'schen Insel zusammengefügtes, städtisches Straßenterrain für 50 *M.* pro qm zum Zwecke der Bebauung käuflich erworben. Später ist dieses Terrain vom Bauunternehmer Junghans angekauft und hat derselbe das am jetzigen Friedrich-Wilhelmsplaze belegene Wohnhaus darauf erbaut. Von der gedachten Fläche sind aber, da der Bauherr nach eingeholter Genehmigung sein ursprüngliches Bebauungsproject dahin geändert hat, daß statt einer runden Ecke eine abgebrochene zur Ausführung gebracht ist, 9 qm nach der Straße zu unbebaut liegen geblieben und bittet nun Junghans, ihm für diese Fläche

den gezahlten Kaufpreis von 450 *M.* zurückzuerstatten. Ein früher von ihm an den Stadtmagistrat in dieser Beziehung gerichtetes Gesuch ist abschlägig beschieden worden.

Die Statutencommission kann das vorliegende Gesuch zur Berücksichtigung nicht empfehlen, sie giebt vielmehr in Anbetracht, daß Junghans die fraglichen 9 qm im eigenen Interesse freiwillig unbebaut hat liegen lassen und andererseits das Terrain für die Stadt bez. für die Passage vollständig werthlos ist, anheim:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, das Gesuch des Bauunternehmers Junghans nicht zu befürworten, und den Stadtmagistrat ersuchen, den Bittsteller von diesem Beschlusse in Kenntniß zu setzen.

Herr Zellgmann kann die Ansicht der Commission nicht theilen, empfiehlt vielmehr Berücksichtigung des Gesuchs. Wenn Jemand von der Stadt Straßenterrain gekauft habe und es stelle sich nachher heraus, daß er dasselbe nicht im ganzen Umfange benutzen könne und der Stadt im Interesse des Gemeinwohl zurückzugeben bereit sei oder, wie im vorliegenden Falle, schon zurückgegeben habe, so erscheine es nicht mehr als billig, daß das Kaufgeld für die nicht benutzte Fläche nicht verlangt bez. zurückerstattet werde.

Der Herr Referent hebt nochmals die Gegengründe der Commission hervor, bemerkt auch, daß in der Commission sich Niemand für eine Berücksichtigung des Gesuchs nach Lage der Sache erklärt habe.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer noch der Ansicht des Herrn Zellgmann entgeggetreten ist und dabei betont hat, daß Junghans durch die von ihm nur im eigenen Interesse vorgenommene Aenderung seines Bauplans wesentliche Ersparungen erzielt habe, auch nicht anerkannt werden könne, daß durch das Nichtbebauen jener 9 qm, welche der Hauptsache nach zwischen vorspringenden Gebäudetheilen liegen, irgend wie dem Gemeinwohle genützt sei, und nachdem sich noch Herr Rieße gegen eine Rückzahlung von Kaufgeldern erklärt hat,

wird dem Commissionsantrage gemäß beschlossen.

III. berichtet Herr Sievers namens der Finanzcommission über ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 15. v. Mts., die Erweiterung der Bahngleisanlagen beim Gaswerke betreffend. Die für das städtische Gaswerk per Eisenbahn eingehenden Steinkohlen werden vom Güterbahnhofe ab durch die Bahnhofsmangirmaschine mittelst einer Drehscheibe auf dem nach dem Gaswerke führenden, die Bahnhofstraße durchschneidenden Nebengeleise direct in den Kohlenschuppen des Gaswerks befördert. Es hat sich nun als nothwendig herausgestellt, das gedachte Nebengeleis um 23 m zu erweitern, und trägt der Magistrat auf Vorschlag der Deputation für die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke darauf an, zu der fraglichen Erweiterung die Genehmigung

zu ertheilen und die dazu erforderlichen Mittel im Betrage von 400 *M.* aus dem Reservefonds des Gaswerks zu bewilligen.

Die Commission hat die Angelegenheit geprüft und kann den Magistratsantrag nur bekräftigen.

Ohne Weiteres werden darauf die angeforderten Kosten bewilligt.

IV. Mittelft Schreibens vom 31. v. Mts. überreicht der Stadtmagistrat aus Veranlassung eines früheren Beschlusses der Versammlung ein von der städtischen Bauverwaltung ausgearbeitetes Project zur Erweiterung und Instandsetzung der hiesigen Frei-Badeanstalt. Danach soll das jetzige 320 qm große Bassin der Art erweitert werden, daß dasselbe eine für Nichtschwimmer nützliche Grundfläche von 630 qm umfaßt, auch sollen an der Nord- und Südseite des Bassins offene, zusammen ca. 90 qm große Umkleehallen errichtet und das Bassin nach Osten hin durch einen Damm und Schirmpflanzungen abgeschlossen werden, was nach dem Anschläge 5900 *M.* Kosten verursachen wird. Die Herrichtung eines besonderen Doucheapparats, welche einen Kostenaufwand von ca. 600 *M.* verlangen würde, ist nach Ansicht des Stadtmagistrats wie auch des Stadtbauamtes, welches im Uebrigen mit dem Projecte einverstanden ist, nicht erforderlich. Unter dem Bemerken, daß Herzogliche Polizei-Direction sowohl als auch Herzogliche Kreis-Direction das Project gebilligt haben, giebt der Stadtmagistrat anheim, die im Etat der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde für gedachten Zweck ausgeworfenen Kosten im Betrage von 5900 *M.* zu bewilligen.

Herr Semler, welcher über diesen Gegenstand namens der Finanzcommission referirt und dabei den bezüglichen Situationsplan zc. in Circulation setzt, giebt am Schlusse seiner Berichterstattung die Annahme der Magistratsanträge anheim.

Herr Günther ist im Großen und Ganzen mit der Vorlage des Stadtmagistrats einverstanden, er hätte aber gern gesehen, daß wenigstens ein Gebäude mit verschließbaren Zellen angelegt würde. Ferner hält Redner die Herstellung eines Doucheapparats für höchst wünschenswerth und glaubt auch, daß sich derselbe billiger herstellen lasse als mit 600 *M.* Die Anlegung eines Lattenfußbodens halte er indeß für durchaus nothwendig, und bitte er den Stadtmagistrat um Auskunft darüber, ob ein solcher vorgesehen sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer glaubt, daß ein einfacher Doucheapparat sich wohl billiger herstellen lassen würde, er ist aber der Ansicht, daß ein solcher Apparat für eine Freibadeanstalt kein absolutes Erforderniß sei, und zu befürchten stehe, daß derselbe nicht zur Förderung der Gesundheit sondern mehr aus Spielerei benutzt werden würde. Ein Lattenfußboden, welcher allerdings nöthig sei, werde

sich von den unter Inſſgemein des Koſtenanſchlags vorgeſehenen Mitteln mit beſchaffen laſſen.

Herr Blaſius ſpricht ſeine Anſicht über die Anwendung eines Doucheapparats dahin aus, daß derſelbe wohl mehr für Zimmerbäder und in Warmwaſſer-Badeanſtalten angebracht ſei, er hätte aber gewünscht, daß auch in der Freibadeanſtalt Gelegenheit gegeben werden könnte, eine Douche zu nehmen. Die Befürchtung des Herrn Stadtrath Ketemeyer, daß die Douche gemißbraucht werden würde, theile er nicht, auch könne er ſich nicht denken, daß zu dem Zwecke 600 M. erforderlich ſeien; die Herſtellung einer einfachen Pumpe mit Schlauch werde ſich gewiß billiger bewerkſtelligen laſſen, und beſonderes Aufſichtspersonal, welches wiederum beſoldet werden müßte, ſei nicht dazu erforderlich. Für Anlegung eines Lattenfußbodens ſei er gleichfalls, denn das Baden erfülle ſeinen Zweck nicht vollſtändig, wenn man nicht mit reinen Füßen wieder in die Fußbekleidung kommen könne.

Herr Reuter: Wenn eine Douche dieſelbe Temperatur habe, wie das Flußwaſſer, dann ſei ſie ohne Wirkung, es ſei denn, daß die Douche von beträchtlicher Höhe herunterkomme und durch den Druck wohlthätig auf die Haut wirke. Die in der Civilbadeanſtalt hergerichtete Douche ſei nur anfänglich, ſo lange ſie etwas Neues war, lebhaft benützt worden, ſpäter habe ſich nur ein einziger Abonnent dazu gefunden.

Herr Blaſius glaubt den Grund, daß die ſoeben erwähnte Douche nicht in Anſpruch genommen werde, darin zu finden, weil ſie beſonders bezahlt werden mußte; die Douche in der Haase'schen Badeanſtalt werde ſehr ſtark benützt. Um eine frothierende Wirkung zu erzielen, müſſe das Waſſer allerdings aus einer angemessenen Höhe herabkommen, das laſſe ſich aber dadurch bewerkſtelligen, daß man eine Pumpe anbringe, welche von jedem Badenden ſelbſt mit Leichtigkeit gehandhabt werden könne.

Herr Sievers ſtimmt den Ausführungen des Herrn Reuter zu. Die unentgeltliche Benutzung der Douche in der Freibadeanſtalt ſei bedenklich; es würde alſo dann, wie ſchon erwähnt, Mißbrauch mit derſelben getrieben werden, was wiederum die Aufwendung bedeutender Reparaturkoſten zur Folge haben würde.

Herr Günther bringt darauf den Antrag ein, den Stadtmagistrat zu erſuchen, in das Programm der Badeanſtalt eine Douchevorrichtung von einfacher Conſtruction unter Ermäßigung der Koſten aufzunehmen. Ein Apparat, wie er ihn ſich denke und ſchon geſehen habe, könne höchſtens 100 M. koſten.

Herr Meyer theilt noch zur Bekräftigung der Worte des Herrn Reuter mit, daß er 28 Jahre lang der einzige Abonnent der Civilbadeanſtalt geweſen ſei, welcher ſich regelmäßig der Douche bedient habe. Die Anlegung eines paſſenden Apparates ſei auch mit vielen Umſtänden und Koſten verknüpft; derſelbe müſſe bei häufigerer Benutzung von einem beſonders dazu angeſtellten Manne bedient werden, denn es liege

auf der Hand, daß, wenn man sich das Wasser erst selbst in die Höhe pumpen und sich auf diese Weise anstrengen solle, die Wirkung der Douche nicht nur gänzlich verloren gehe, sondern sogar höchst nachtheilig werden könne. Außerdem befürchte er auch, daß die Douche, wie schon mehrfach hervorgehoben sei, bei der großen Frequenz der Badeanstalt sehr viel gemißbraucht werden würde.

Es wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Magistratsantrag angenommen, der Antrag des Herrn Günther gegen 9 Stimmen abgelehnt wird.

V. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. d. Mts. sind für die Herrichtung von provisorischen Sitzplätzen in den Turnhallen bez. der Aula der städtischen Bürgerschulen bei Gelegenheit der Lutherfeier nachträglich noch Kosten im Betrage von 309 *M.* 30 *S.* zu decken. Die aufzuwendende Summe war ursprünglich zu 100 *M.* veranschlagt, welche der Stadtmagistrat ohne Weiteres auf den ihm zu Gebote stehenden Dispositionsfonds übernommen haben würde; durch den Umstand aber, daß die Anforderungen der Schulinspectoren bezüglich der zu beschaffenden Anzahl von Sitzen weit über das ursprünglich angenommene Maß hinausgegangen sind, ist die veranschlagte Summe überschritten worden. Der Stadtmagistrat giebt anheim, die stattgehabte Ueberschreitung zu justificiren, erklärt sich übrigens bereit, den Betrag von 309 *M.* 30 *S.* auf den ihm pro 1883 zu Gebote stehenden Dispositionsfonds zu übernehmen.

Herr von Seckendorff giebt als Referent der Finanzcommission anheim, dem Magistratsantrage gemäß zu beschließen.

Herr Wilke ist mit der Aussprechung der Verwilligung völlig einverstanden, er möchte aber die Gelegenheit benutzen, um auf ein Unwesen in hiesiger Stadt aufmerksam zu machen, welchem entschieden ein Ende gemacht werden müsse. Wer der Lutherfeier auf dem Hagenmarke beigewohnt habe, werde sich zu erinnern wissen, daß ein Fuhrmann während des Choralblasens mitten durch das Menschengedränge gefahren sei und zu der Musik den Takt mit der Peitsche geschlagen habe. Er kenne keine Stadt, in welcher die Peitschenknallerei so an der Tagesordnung sei wie hier. Es werde keine Rücksicht darauf genommen, daß die Augen der Passanten in Gefahr gerathen und daß kranke und nervenschwache Personen darunter leiden. In anderen Städten müßten die Droschkenkutscher die Passanten durch Anrufen warnen; sie dürften nicht einmal eine Schnur an der Peitsche haben, sondern müßten vorschriftsmäßige Peitschen, nur aus Stiel und Riemen bestehend, führen. Redner bittet den Stadtmagistrat, darauf Bedacht zu nehmen, daß dem gedachten Unwesen durch Revision der Fahrordnung oder sonstige Maßregeln gesteuert werde.

Die vom Magistrate angeforderte Summe wird darauf bewilligt.

VI. Aus einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 10. d. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr Wolff zu berichten hat, geht hervor, daß sich eine zwiefache günstige Gelegenheit zur Bereicherung der Kunstschatze des städtischen Museums bietet.

Zunächst hat ein deutscher Seeofficier, Herr von Holzendorf, sich auf Veranlassung eines Braunschweigers, des Herrn von Ehrenkrook, Capitain-Lieutenants in der Königl. Admiralität zu Berlin, im Interesse einer Förderung der Wissenschaft bereit finden lassen, eine durch ihn bei Befahrung der Südsee angelegte, genau inventarisirte Sammlung von Schmucksachen, Bekleidungsgegenständen, Musikinstrumenten, Haus-, Kriegs- und Tanzgeräth Melanesischer und Polynesischer Stämme gegen Erstattung lediglich seiner auf 1200 M. berechneten Auslagen zu überlassen. Ein hiesiger Gönner des städtischen Museums hat einen Beitrag von 300 M. zum Zwecke des Ankaufes dieser Sammlung angeboten.

Sodann hat der Zimmermeister Nies hieselbst dem Museum 146 dort noch nicht vorhandene Münzen gegen Erstattung der von ihm selbst dafür gezahlten Preise im Gesamtbetrage von 2087 M. 90 A zu Kauf angeboten.

Die Conservatoren des Museums empfehlen dringend den Erwerb der vorgedachten ethnographischen und numismatischen Sammlungen. Der Magistrat erbittet die Zustimmung dazu, daß die Sammlungen, unter dankbarer Annahme des dazu von einem Gönner des Museums angebotenen Beitrags von 300 M., zu den bezeichneten Preisen angekauft und die daraus erwachsenden Kosten aus dem Vorrathsvermögen der Stadtcasse entnommen werden.

Referent hebt an Hand der dem Magistratschreiben beiliegenden Uebersichten der anzukaufenden Sammlungen die wichtigsten und interessantesten Gegenstände hervor und giebt alsdann namens der Commission die Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

Herr Blasius bittet, die angeforderten Mittel zu bewilligen und spricht bei der Gelegenheit den Wunsch aus, daß der dem städtischen Museum etatmäßig zu Gebote stehende Fonds zur Completirung seiner Sammlungen ganz bedeutend erhöht werden möchte. Man lebe in einer Zeit, wo die Anlegung von Sammlungen von allen Seiten betrieben würde, und wenn man jetzt für ein Museum sammeln wolle, dann müsse man auch bei günstigen Gelegenheiten rasch zugreifen können, und dazu gehörten eben sofort verfügbare Mittel. Müßten diese erst in umständlicher Weise nachgesucht werden, dann werde Einem manches Werthvolle entgehen, wie auch im vorliegenden Falle noch nicht feststehe, ob die angebotene ethnographische Sammlung noch zu haben sein werde. Im Interesse der Stadt und des städtischen Museums wäre zu wünschen, daß der Magistrat baldigst mit einer Vorlage hervortrete, welche dem Vorstande unseres Museums vom nächsten Jahre

an die Mittel zum raschen Handeln zu sichern suche. Es müsse zu den dauernden Ausgaben des Museums eine weit größere Summe, als bisher geschehen, in den nächstjährigen Etat aufgenommen werden.

Nachdem Herr Munte noch darauf aufmerksam gemacht, daß die Räume des Museums, zumal wenn man demselben mehr Mittel als bisher zu seiner Vervollständigung zu Gebote stelle, sehr bald nicht mehr ausreichend sein würden, im Uebrigen aber den Magistratsanträgen zugestimmt hat,

werden dieselben angenommen.

VII. wird nach einem von Herrn Lüderßen namens der Statutencommission erstatteten Berichte dem bezüglichlichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 7. d. Mts. entsprechend beschlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Besitzer der Holländischen Bleiche die Benutzung des auf der vom Herrn Referenten in Circulation gesetzten Zeichnung näher angegebenen städtischen Grund und Bodens nahe der Obergstraße unter verschiedenen im Schreiben speciell bezeichneten Bedingungen auf jederzeitigen Widerruf gestattet werde.

Schließlich

VIII. referirt Herr Munte unter Umherreichung von Zeichnungen namens der Statutencommission über eine Magistratsvorlage vom 5. d. Mts., betreffend Veränderungen an der Baulinie der Klosterstraße.

Im Ortsbauplane ist eine Verbreiterung der Klosterstraße in der Weise vorgesehen, daß der eine Theil des zur Verbreiterung erforderlichen Terrains von dem südwestlich der Straße belegenen zum Kreuzkloster gehörigen Ziegelhofe, der andere Theil von den nordöstlich der Straße belegenen Gärten des Cantors und Kirchenvoigts auf dem Kreuzkloster entnommen werden müßte. Die Herzogliche Cammer, Direction der Domänen, hat nun darauf angetragen, daß die projectirten Baulinien der Klosterstraße soweit nach Süden verlegt werden möchten, daß von den Cantor- und Kirchenvoigtsgärten nichts abgetreten zu werden brauche. Da der städtischen Bauverwaltung diese Verlegung der Baulinie in jeder Beziehung unbedenklich erscheint, so ersucht der Stadtmagistrat im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte dieselbe zu genehmigen.

Von Seiten der Commission sind Bedenken gegen die fragliche Verlegung der Baulinien der Klosterstraße nicht zu erheben, um so weniger, als der demnächstige Erwerb des Terrains zur Verbreiterung nach der Seite des Ziegelhofes hin weniger Kosten verursachen würde, als nach der anderen Seite hin, wo sich die Cantor- und Kirchenvoigtsgärten befinden. Die Straße werde dadurch allerdings an dieser Stelle eine etwas schiefe Richtung bekommen, was aber völlig ohne Bedeutung sei.

Herr Wille bittet den Stadtmagistrat Vorforge zu treffen, daß jedem einzelnen Stadtverordneten bei den Berathungen, welchen kleinere Zeichnungen zu Grunde liegen, allemal ein Abdruck der betreffenden Zeichnung eingehändigt werde; es sei dies nur mit sehr geringen Mühen und Kosten verknüpft, für die Versammlung aber von großem Werth. Er habe schon vor einigen Jahren einen Antrag in dieser Beziehung gestellt; es habe denn auch den Anschein gehabt, als ob sein Wunsch berücksichtigt werden sollte, allmählich sei die Sache aber wieder eingeschlafen. Gegen die Vorlage selbst hat Redner nichts einzuwenden.

Herr Oberbürgermeister Pockels constatirt gegen die Erklärung des Herrn Wille, daß bei dem Magistrate ein diesbezügliches Ersuchen der Versammlung nicht eingegangen sei. Der Magistrat stehe allerdings auf dem Standpunkte, wichtigere Vorlagen jedem einzelnen Stadtverordneten zugänglich zu machen; die gegenwärtige sei aber nicht von der Bedeutung, daß sich die Nothwendigkeit einer autographischen Vervielfältigung hätte herausstellen können. Uebrigens würden wahrscheinlich in jeder Sitzung mehr oder weniger Berathungen über Abänderungen des Ortsbauplans stattfinden; es würde also die Vervielfältigung jeder bezüglichen Zeichnung doch wohl eine nicht unbedeutende Last verursachen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt noch, daß man es der demnächst zu wählenden Baucommission überlassen könne, dafür zu sorgen, daß auch kleinere, der Berathung zu Grunde liegende, Pläne für die Folge im SitzungsSaale zur Ausstellung gebracht würden,

und schließt sodann die öffentliche Sitzung.

Es folgt noch eine vertrauliche Sitzung zur Wahl eines städtischen Executors

und

eine vertrauliche **gemeinschaftliche Sitzung** zur Erledigung von Steuerreklamationen aus vorigem Jahre.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 14. Februar 1884.

Öffentlich:

- I. Antrag des Herrn Kieke, die stadtseitige Errichtung von Wohnhäusern behuf Bekämpfung von Wohnungsnoth betr.
- II. Eine auf den Entwurf des Statuts wegen des Vieh-Transports bezügliche Eingabe der Knochenhauer-Innung betr.,
- III. Antretung einer Erbschaft seitens der Stadt.
- IV. Aufnahme eines gegen die Stadt wegen einer von derselben in Anspruch genommenen Erbschaft erhobenen Processes.
- V. Ankauf eines Terrainstreifens, belegen zwischen der Helmstedter Straße und dem zum Centralfriedhofe ausersehenen Terrain.
- VI. Verpachtung der drei Eisenbüttler Mühlen.
- VII. Erbauung eines Wohnhauses auf der Leonhardstraße seitens eines Bauunternehmers betr.
- VIII. Wahl von Mitgliedern des Stadtbauamts.
- IX. Wahl einer Baucommission.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Armenpflegers und stellvertretenden Bezirksvorstehers.
 - 2) Wahl eines Magistratsdieners.
 - 3) Steuerreklamationen.
-

Entschuldigt die Herren Blasius, Hollmann und Reiche. Am Magistrats-tische Herr Overbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Haake, Schöttler und Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung werden zunächst die Protokolle sub Nris. 16 und 17 zur Genehmigung verstellt.

Zu erstgedachtem Protokolle bemerkt Herr Günther, daß er bei Stellung seines Antrags bezüglich der Erhöhung der Unterstützung des Handwerkervereins (S. 227 ziemlich unten) nicht von einem seitens des Vereins an den Stadtmagistrat gerichteten Antrage, sondern von einem seinerseits in der Vorberathung der Commission gestellten Antrage gesprochen habe.

Die Versammlung erkennt diese Ausstellung als begründet an, worauf die Protokolle im Uebrigen genehmigt werden.

Nachdem sodann bezüglich einer vom Herrn Vorsitzenden zur Kenntniß der Versammlung gebrachten Eingabe des Bürgervereins, die Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen der Celler- und Hamburgerstraße betreffend, Seitens des Herrn Bürgermeister Rittmeyer bemerkt worden, daß die Erledigung dieser Angelegenheit solange hinausgeschoben werden müsse, bis über die damit im Zusammenhange stehende Anlegung einer Ringseisenbahn Beschluß gefaßt sei,

I. nimmt Herr Lüderßen als Referent der Statutencommission das Wort zur Berichterstattung über den von Herrn Rieke in der Sitzung vom 10. October v. J. eingebrachten Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, baldmöglichst eine Vorlage darüber einzubringen, wie der jetzt herrschenden drückenden Wohnungsnoth, namentlich bezüglich der Wohnungen im Preise von 120 bis 180 M., am besten abzuhelfen sei.

Referent verliest zunächst den Antrag nebst Begründung und führt sodann Folgendes aus:

Der Herr Antragsteller sei nach seiner Motivirung der Ansicht, daß beziehentlich der kleineren Wohnungen von 120 bis 180 M. ein Nothstand herrsche, der zur brennenden Frage geworden sei und daß zur Abhülfe die Stadtgemeinde die Initiative ergreifen und den Bau von billigen Wohnungen, zunächst von 50, in die Hand nehmen solle.

Zunächst werde die thatsächliche Voraussetzung zu untersuchen sein, ob der von Herrn Rieke behauptete Nothstand wirklich vorhanden sei. Herr Rieke habe weiter kein thatsächliches Material zur Begründung geliefert und behaupte nur, daß beim letzten Quartalswechsel am 1. October v. J. circa 100 Menschen hätten keine Wohnung finden können.

Nun sei es allerdings eine alte Erfahrung, nicht nur hier in Braunschweig, sondern in fast allen größeren und kleineren Städten, daß an den üblichen Wechseltagen immer eine Anzahl Familien Schwierigkeiten hätten, unterzukommen und daß Polizei und Magistrat angegangen würden, Hülfe zu schaffen. Dabei seien wohl

vorübergehende Unzuträglichkeiten entstanden, schließlich habe sich die Sache aber immer regulirt. So sei es auch am 1. October v. J. gewesen und seien damals allerdings verhältnißmäßig mehr Leute als in den Jahren vorher um die Ziehzeit in Verlegenheit gewesen, die alte Wohnung verlassen zu müssen, ohne eine andere gemiethet zu haben. Der Verlauf der Sache sei dann gewöhnlich folgender: Die Leute wendeten sich an die Polizei oder den Magistrat, anfangs in großer Anzahl, sie würden abgewiesen mit der Erklärung, daß man keine Wohnung für sie schaffen könne und die meisten blieben schließlich weg, ein Zeichen, daß sie thatsächlich fast alle untergekommen seien. Nur ein geringer Theil finde kein Unterkommen; sie würden einstweilen untergebracht, wie beim letzten Wohnungswechsel auch in den Baracken beim Pflegehause, müßten diese aber bald verlassen und kämen anderweit unter. Schließlich regulire sich also die Sache; die Leute würden alle, wenn auch zum Theil nicht sehr angenehm, z. B. in Herbergen, untergebracht.

Wenn man nun aber genauer zusehe, weshalb jene Familien keine Wohnung bekommen konnten, so finde man, daß der Grund durchaus nicht immer, ja in den wenigsten Fällen, darin liege, daß überhaupt keine passenden Wohnungen vorhanden wären, sondern in gewissen Verhältnissen der Familien selbst. Hier seien es mit zahlreichen, nicht immer wohlgezogenen Kindern gesegnete Familien, die ja bekanntlich bei billigen wie bei theureren Wohnungen selten willkommene Miether seien, da solche, die notorisch zu schlechten Zahlern gehören oder wenigstens kein hinreichendes Mobiliar besäßen, das dem Vermiether genügende Sicherheit für das Einkommen der Miete gewähre, endlich gebe es auch immer Familien, die gar nicht zu unserer eigentlichen sesshaften Einwohnerschaft gerechnet werden könnten, die meistens umherziehen und häufig in so heruntergekommenen Verfassung seien, daß sie schon deshalb in einem ordentlichen Hause von keinem Hauswirth aufgenommen würden.

Diese erhebliche Anzahl unter den an den Ziehtag mit Obdachlosigkeit bedrohten Familien könnten keine Wohnung finden nicht etwa, weil überhaupt keine passenden Wohnungen vorhanden wären, sondern weil die Hauswirth ihre Wohnungen lieber leer stehen lassen und gar nicht, als an solche unsichere und lästige Kunden vermieten wollen, zumal die jetzige Exccutionsordnung den größten Theil der Sachen solcher Leute von der Pfändung ausschließe. Für ordentliche in leidlich normalen Verhältnissen lebende Leute unserer sesshaften Einwohnerschaft bestehe zwar kein Ueberfluß an Wohnungen im Preise von 120 bis 180 M und möge es wohl manchmal Mühe kosten, eine für die speciellen Rücksichten und Wünsche passende Wohnung zu finden, aber ein bedenklicher Mangel oder gar ein solcher Nothstand, daß man von einer brennenden Frage sprechen könne, sei nicht vorhanden. Die an allen Ziehtag immer wiederkehrende Erfahrung lehre vielmehr, daß wenn die meisten der mit Obdachlosigkeit Bedrohten sich nur rechte Mühe geben, schließlich immer noch unterkommen, für Leute aber, die kein Unterkommen finden, weil sie ihrer selbst willen kein Hauswirth nehmen

wolle, würde auch die Vermehrung von billigen Wohnungen nichts helfen; die würden immer in denselben Verhältnissen bleiben und wären für sie ganz andere Maßregeln zu wünschen, daß sie überhaupt erst wieder in normale Verhältnisse gebracht würden. Es stände auch zu befürchten, daß die Erbauung billiger Wohnungen seitens der Stadt den Zuzug solcher Elemente von Außen nur in unliebsamer Weise vermehren würde, so daß die Maßregel doch nicht lange helfen würde.

Die Statutencommission sei also der Ansicht, daß, soweit unsere sekhafte Einwohnerchaft und normale Verhältnisse in Frage kommen, zwar kein Ueberfluß an billigen Wohnungen vorhanden sei, daß aber ebensowenig ein Nothstand für die Betheiligten existire.

Es könnte dann noch in Frage kommen, ob die Stadtgemeinde ihrer selbst, des allgemeinen Bestens wegen, etwa aus sanitären, sittlichen oder sonstigen Wohlfahrtsrücksichten verpflichtet wäre oder Veranlassung hätte, für die Vermehrung der kleinen Wohnungen Sorge zu tragen; wenn also z. B. die Leute wohl alle Unterkommen fänden, aber in zahlreichen Fällen nur in solcher Weise, daß nicht nur das moralische und physische Wohl der Betreffenden darunter leiden müßte, sondern auch die ganze Einwohnerschaft Gefahr liefe, in bedenkliche Mitleidenschaft gezogen zu werden. Man wisse, daß sowohl die Landesbauordnung als auch unser nach langen Geburtswehen endlich ans Licht der Welt getretene Ortsbaustatut sich mit Recht auch mit den Wohnungsverhältnissen befassen, insbesondere gewisse Bedingungen für Gesundheit und Menschenwürdigkeit der Wohnungen feststellen und das Bewohnen von Räumen verbieten, welche diesen Bedingungen nicht entsprechen. Nun sei anzuerkennen, daß die durch das neue Ortsbaustatut gegebenen Vorschriften etwas strenger seien, als die früheren und hinderten, daß in manchen alten Häusern noch vorhandene Räume zu Wohnungen ausgebaut werden dürften, weil sie den nöthigen Vorbedingungen nicht mehr entsprächen, namentlich weil sie zu niedrig seien. Derartige und noch strengere Vorschriften existirten aber auch anderwärts und es sei vorgekommen, besonders in England, wo 1875 ein eigenes Gesetz erlassen, das den Gemeinden weitgehende Expropriationsbefugnisse gegen Privateigenthum zu Zwecken der Herstellung ordnungsmäßiger Wohnungsverhältnisse gebe — wenn die Wohnungspolizei schärfer einschreiten müsse und sich dadurch bedenkliche Verhältnisse entwickeln, die der freie Verkehr nicht ohne Weiteres auszugleichen im Stande sei — daß Gemeinwesen ihrer eigenen Sicherheit wegen selbst in die Bresche treten. Aber dazu, meine die Statutencommission, liege in Braunschweig keine Veranlassung vor. Wenn auch zuweilen hier und da vielleicht in Verlegenheit geduldet werde, daß Räume bezogen und bewohnt werden dürfen, von denen es fraglich sei, ob sie in jeder Beziehung den gesetzlichen Anforderungen für Wohnungen Genüge leisten, so handele es sich doch nur um einzelne, meistens vorübergehende Fälle; ein Nothstand, der die Stadtgemeinde veranlassen sollte, einzuschreiten, und insbesondere durch Ausführung der Idee des Herrn Riefe

Abhülfe zu schaffen, liege weder vor, noch sei derselbe bei normaler Weiterentwicklung zu befürchten. Herr Rieke weise darauf hin, daß jetzt wesentlich Villen mit theuern Wohnungen gebaut würden. Das sei ja wohl richtig, aber man dürfe auch nicht vergessen, daß die Ansprüche an die Wohnungen immer größer werden, daß die Bewohner von Villen wieder Anderen Platz machen und schließlich dies auch auf die billigen Wohnungen wirke. Außerdem würden sich schon Unternehmer finden, da das Geschäft an sich nicht schlecht sei, wobei es ja nicht ausgeschlossen wäre, daß die Stadt fördernd einwirkte.

Daß aber endlich die Stadt aus sonstigen Gründen Veranlassung hätte, sich die Vermehrung von billigen Wohnungen angelegen sein zu lassen, etwa um die sesshafte Arbeiterbevölkerung zu vermehren oder um deren Wohnungsverhältnisse im Allgemeinen zu verbessern — man wisse ja, daß die Beschaffung von sog. Arbeiterwohnungen zu den socialpolitischen Fragen gehöre — das habe weder Herr Rieke behauptet noch könne die Statutencommission solches anerkennen. Ein Versuch, in dieser Beziehung bessernd einzutreten, sei auch in Braunschweig schon gemacht worden; eine Gesellschaft habe sich früher schon einmal damit befaßt, im Wolfskampe Arbeiterwohnungen zu erbauen, sie habe aber in den betreffenden Kreisen sehr wenig Entgegenkommen gefunden und im Großen und Ganzen ziemlich ungünstige Resultate erzielt. Andererseits aber, wo es sich um Beschaffung von Arbeiterwohnungen handle, seien ja auch die großen Fabrik-Etablissements immermehr dahin gekommen, in dieser Beziehung helfend mit einzutreten. So habe auch schon der Vorstand der Zutfabrik die Frage erwogen, ob er nicht für das außerordentlich große Fabrikpersonal nach dieser Richtung sorgen solle. Sollte dies der Fall sein, dann würden wieder eine große Menge kleinerer Wohnungen frei, die bislang von den Arbeitern der Zutfabrik in Anspruch genommen würden.

Aus all diesen Gründen sei die Statutencommission der Meinung, daß die hiesigen Wohnungsverhältnisse, die billigen Wohnungen von 120 bis 180 M. eingeschlossen, wenn sie auch mancherlei zu wünschen übrig ließen, doch so beschaffen seien, daß man sie dem freien Verkehr getrost überlassen könne, die Stadt aber keine Veranlassung zum Eingreifen habe, insbesondere auch nicht in der von Herrn Rieke gewünschten Richtung. Die Commission sei deshalb nicht in der Lage, den Antrag des Herrn Rieke der Versammlung zur Annahme zu empfehlen, sie gebe vielmehr anheim, denselben abzulehnen.

Herr Rybitz ist gleichfalls der Ansicht, daß für die Stadtgemeinde kein zwingender Grund vorliege, sich mit der Erbauung von Wohnungen, wie beantragt, zu befassen. Es müsse der freien Vereinsthätigkeit, namentlich aber der Großindustrie überlassen bleiben, unter Verwerthung der in dieser Richtung bisher gemachten Erfahrungen, Schritte zu thun. Redner kommt alsdann auf die früher hier zur Erbauung von Arbeiterwohnungen zusammengetretene Gesellschaft zu sprechen und hebt dabei

die Gründe hervor, weshalb dieselbe bei ihrem Unternehmen nicht reüssirt habe. In richtiger Erkenntniß der erziehlichen Seite des Unternehmens habe man anfänglich den Arbeitern für einen geringen Kaufpreis ein eigenes Heim, bestehend in einem Häuschen mit etwas Gartenland, bieten wollen, zu dessen Ankauf sich eine Anzahl von Arbeitern, die über etwas Vermögen disponiren konnten, bereit erklärte. Man habe aber die Häuser weit theurer aufgeführt als ursprünglich projectirt worden; die Arbeiter zogen sich deshalb zurück, es wurden, um zu Erträgen zu gelangen, größere Häuser mit mehreren Wohnungen, die durch Vermietzung genützt werden sollten, gebauet, und so scheiterte das Unternehmen, was beim fortgesetzten Verkaufe der hergestellten Häuser einen ersprießlichen Fortgang gehabt haben würde. Wenn wirklich seitens der Stadtgemeinde die Erbauung von Arbeiterwohnungen in die Hand genommen werden sollte, so würde dies doch nur für den Fall räthlich sein, daß sich besser situirte Arbeiter fänden, welche sich bereit erklärten, entsprechende Häuser käuflich zu erwerben.

Herr Rieke ist der Ueberzeugung, daß ein Nothstand in der Wohnungsfrage entschieden vorhanden sei und nächste Oftern noch weit mehr hervortreten würde. Die Wohnungsnoth für die weniger bemittelten Leute sei zunächst durch den Abbruch vieler kleiner Häuser und Wiederaufbau größerer an deren Stelle entstanden; sie habe aber noch zugenommen durch die verschiedenen Straßendurchbrüche, welche größtentheils enge Straßen und somit viele kleine Wohnungen beseitigt haben. Es fehle in der That an kleinen und dabei gesunden Wohnungen. Vor den Thoren könnten die meisten der unbemittelteren Leute nicht wohnen, so z. B. die kleinen Handwerksmeister nicht, weil ihnen die Kundschaft dorthin nicht nachfolge. Die Opfer, welche die Straßendurchbrüche erheischten, würden auf Kosten des kleinen Mannes gebracht, und die Folge sei, daß er aus dem Thore getrieben werde. Er habe schon früher darauf hingewiesen, daß das von Arbeitern bewohnte Straßencarré von Hintern Brüdern, Langestraße, Weberstraße und Beckenwerperstraße durchbrochen werden müßte, dadurch würde sich etwas erzielen lassen. Außerdem möchte er den dem Landtage angehörenden Herren anheim geben, für eine Aenderung der revidirten Städteordnung dahin Sorge zu tragen, daß eine anderweite Classification der Einkommensteuer angebahnt würde. Wer Hunderttausende spielend verdiene, könne eher 10000 M. bezahlen als Jemand mit 600 bis 800 M. jährlichen Einkommens 2 M. bez. 2 M. 50 J. Es müßten die Verhältnisse im Allgemeinen gebessert werden, dann würden sich auch die Wohnungsverhältnisse besser regeln lassen. Wenn man bedenke, wie die Leute, welche keine Wohnung finden können, untergebracht werden, so z. B. in Herbergen, wo sie in einer Weise übertheuert werden, daß sie oft das letzte Stück Möbel im Stiche lassen müssen, dann dränge sich einem das Gefühl auf, als sei es Pflicht der Gemeinamkeit, dafür zu sorgen, daß solche Zustände aufhörten. Er bitte, seinen Antrag anzunehmen.

Herr Nieß: Die Wohnungsfrage hänge eng zusammen mit der Frage des Grundbesitzes und diese zu lösen, sei, wie Jeder wisse, der sich damit beschäftigt habe, eine der schwierigsten Aufgaben, die es gebe. Niemand werde denn auch die Wohnungsfrage leicht nehmen, es hänge aber nicht vom guten Willen der Stadtverordneten ab, etwaige Calamitäten in dieser Beziehung zu beseitigen. Wollte man stadtseitig für die Erbauung von geringwerthigen Wohnungen sorgen, so wisse Niemand, welche Consequenzen ein solches Vorgehen nach sich ziehen könne; soviel sei aber gewiß, daß sofort eine große Anzahl Wohnungen verlassen und möglicherweise auch nicht wieder bezogen werden würden. Man würde also mit dem Gelde der Steuerzahler bewirken, daß viele Bürger auf der Langenstraße, Beckenwerperstraße, Mauernstraße u. s. w. in ihrem Grundbesitz auf's Empfindlichste geschädigt würden. Nun würde es sich aber doch nicht verantworten lassen, dem einen Theil der Bürger dadurch aufzuhelfen, daß man den andern zu Grunde richte. Rechtschaffene und ordentliche Leute fänden immer wieder eine Wohnung zur rechten Zeit. Wenn aber die Hausbesitzer solche Leute nicht ins Haus nehmen wollten, von denen mit Sicherheit anzunehmen sei, daß sie ihre Wohnung nicht schonten oder ihre Miethe nicht bezahlten, so könne man ihnen das nicht verdenken; sie ließen ihre Wohnungen denn auch lieber leer stehen, als daß sie dieselben durch andere ruiniren ließen und möglicherweise keine Miethe bekämen. Solange sich die Leute nicht durchweg daran gewöhnt hätten, das Eigenthum Anderer zu respectiren und die ihnen überwiesenen Wohnungen in solchem Zustande zu erhalten, daß dieselben auch an Andere ohne Weiteres wieder abgegeben werden könnten, solange werde sich auch die Privatthätigkeit nicht damit befassen wollen, Häuser mit geringwerthigen Wohnungen zu erbauen. Wenn man nun wirklich auf den Vorschlag des Herrn Rieke einging und ließe etwa 50 bis 100 kleinere Wohnungen herstellen, wer solle dann bei etwaigen Miethrückständen die Betreffenden auspfänden? Seitens der Stadtverwaltung könne dieses Geschäft doch unmöglich vorgenommen werden. Ein Anderes wäre es, wenn sich Privatunternehmer fänden, und die Stadt gebe die ersten Hypotheken zu dem Preise her, zu welchem sie das Geld selbst anleiht. Redner schließt mit einigen abfälligen Bemerkungen über die Ausführungen des Herrn Rieke bezüglich der Einkommensteuern, dabei betonend, daß es schlimm um Staat und Stadt bestellt sein würde, wenn sie allein auf die wenigen Begüterten angewiesen wären; daran lasse sich einmal nichts ändern, die meisten Steuern müßten durch die große Masse aufgebracht werden.

Herr Günther: Es wundere ihn nicht, daß die Commission den Antrag des Herrn Rieke abzulehnen empfehle; er wisse ja, daß man lieber das Geld zu Casernenbauten als zur Erbauung von Arbeiterwohnungen verwilligen würde. Redner wandte sich dann gegen einen Theil der Ausführungen des Vorredners, indem er daraus folgerte, daß dieser in abfälliger Weise über die große Masse der Bevölkerung Braunschweigs geurtheilt habe, wurde aber von dem Herrn Vorsitzenden, der ihn unterbrach,

bei Wiederholung der betreffenden Worte des Herrn Nieß dahin berichtigt, daß das abfällige Urtheil sich nur auf die geringe Zahl derer bezogen habe, welche, weil moralisch gesunken, das hauptsächlichste Contingent der vergeblich nach Wohnung Suchenden stellten. Nachdem Redner weiter bemerkt hat, daß wohl in letzterer Zeit viel gute Wohnungen entstanden seien, daß aber die Straßen, an denen sie entstanden, wie schon erwähnt, nicht für den kleinen Handwerksmeister paßten, weil ihnen die Kundschaft dorthin nicht nachfolge, und daß durch das Abreißen verschiedener alter Häuser viele kleine Wohnungen verloren gegangen seien, sucht er in seinen ferneren Ausführungen nachzuweisen, daß es Pflicht der Stadtverwaltung sei, für das Unterkommen der städtischen Bevölkerung, auch der unteren Klassen, in gesunden und passenden Wohnungen Sorge zu tragen.

Herr Winter ist der Ansicht, daß die Statutencommission mit ihrem Antrage das Richtige getroffen habe. Diejenigen, welche an den Ziehtag keine Wohnung hätten finden können, seien nur solche, die entweder ihre Miethe nicht bezahlten oder sich keines geregelten Lebenswandels befleißigten, also — wenn man so sagen dürfe — die Hefe. Er stimme Herrn Rybiß bei, daß unter den obwaltenden Verhältnissen die Stadt in dieser Angelegenheit nicht selbstständig vorgehen dürfe, sondern daß man es Bauunternehmern und Fabrikbesitzern überlassen müsse, sich der Sache anzunehmen. Vielleicht gebe die heutige Debatte Veranlassung dazu. Wenn übrigens Herr Kiefe anführe, daß die Straßendurchbrüche die Wohnungsnoth nur noch vergrößert hätten und auf der andern Seite einen Straßendurchbruch von Hintern Brüdern nach der Langenstraße u. s. w. befürworte, so liege darin ein Widerspruch; Straßendurchbrüche schafften keine neuen Baustellen im Sinne des Herrn Kiefe, sondern neue Straßen, wovon die Baustellen aber den Anwohnern zu Gute kämen. Straßendurchbrüche brächten also keine Arbeiterwohnungen mit sich, die müßten außerhalb der Stadt geschaffen werden, dort sei der Baugrund billiger.

Herr Kiefe: Daß der Versuch, im Wolfscampe kleine Wohnhäuser für Arbeiter zu erbauen, gescheitert sei, sei ganz natürlich, denn dort könnten sich die Arbeiter nicht ernähren, die Arbeit folge ihnen dorthin nicht nach; wer dorthin ziehe, habe auch nicht viel mehr zu verlieren und sei geradezu darauf angewiesen, sich den Lebensunterhalt in unreeller Weise zu erwerben. Uebrigens strebe auch sein Antrag nicht die Erbauung von Wohnungen für gewisse Klassen der Bevölkerung an, sondern es solle der Wohnungsnoth der kleineren Leute im Allgemeinen abgeholfen werden. Selbst zugestanden, daß die an den Ziehtag vergeblich nach Unterkommen Suchenden nur aus der sog. Hefe bestehen, so liege darin kein Grund, seinen Antrag abzulehnen; durch Schaffung besserer Verhältnisse müsse man eben dafür sorgen, daß diese Hefe verschwinde.

Nach einigen ferneren kurzen Bemerkungen der Herren Nieß, Günther und Wilke, welcher letztere konstatirt, daß im Wolfscampe mehrere seiner ordentlichen und

tüchtigen Arbeiter wohnten und sich dort sehr wohl befänden, er auch noch nicht davon gehört habe, daß irgend einer von den anständigen, guten Leuten am Quartaltage ohne Wohnung gewesen sei, und nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß die Commission den Gegenstand zweimal berathen und es dabei weder an der nöthigen Gründlichkeit noch am warmen Herzen habe fehlen lassen, auch der Herr Antragsteller zu den Berathungen eingeladen, aber zu kommen behindert gewesen sei,

wird zur Abstimmung geschritten, wobei der Commissionsantrag mit allen gegen 2 Stimmen angenommen wird.

Darauf

II. nimmt Herr Reuter das Wort, um namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 15. v. Mts., betreffend eine auf den Entwurf des Statuts wegen des Viehtransports durch das städtische Gebiet bezügliche Eingabe der hiesigen Knochenhauerinnung vom 10. October v. J. zu berichten.

Die fragliche Eingabe, welche sowohl an den Stadtmagistrat als auch an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet ist, ging am 11. October v. J., als die Berathung der vom Herzoglichen Staatsministerium zu dem gedachten Statute gewünschten Aenderungen auf der Tagesordnung stand, bei der Versammlung ein. Sie enthält u. a. namentlich die Bitte, den §. 3 des gedachten Statuts, welcher bestimmt, daß das Schlachtvieh nur noch auf Wagen zur Schlachtplätze geführt werden darf, dahin abzuändern, daß es gestattet bleibe, Großvieh unter den vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln im Stadtgebiete außerhalb der Umfluthgräben nach wie vor treiben zu dürfen und bis zur Erbauung der Maschbrücke und des betreffenden Theils der Ringstraße dasjenige Großvieh, welches vom Wilhelmi-, Hohen- und Petritzhore nach dem Schlachthause transportirt werden soll, auf näher zu bestimmenden Wegen durch das innere Stadtgebiet führen zu dürfen. Als Motivirung ist angeführt, daß durch den vorgeschriebenen Transport die Kosten erheblich vermehrt würden, daß dadurch event. eine neue Art Thierquälerei eingeführt würde, und außerdem zu befürchten stehe, daß unter solchen Umständen auswärtige Viehhändler nicht wieder hierher kommen würden.

Es wurde nun in jener Sitzung der Wunsch ausgesprochen, daß die in der Eingabe angeführten Gründe vom Magistrat geprüft werden möchten, um event. berücksichtigt zu werden, bevor das Statut dem Herzoglichen Staatsministerium auf's Neue unterbreitet würde. Der Magistrat sagte zu und hat inzwischen die erforderlichen Untersuchungen vorgenommen; er ist aber zu der Ansicht gelangt, daß dem Gesuche nicht stattzugeben sei und hat demnach den fraglichen Statutenentwurf in der von der Versammlung unterm 7. Juni und 11. October v. J. beschlossenen Fassung dem Herzoglichen Staatsministerium zur Genehmigung vorgelegt.

Referent führt Folgendes aus: Die Herzogliche Polizei-Direction, welcher die Eingabe zur Meinungsäußerung zugesandt sei, habe sich entschieden ablehnend ausgesprochen und namentlich hervorgehoben, daß eine Beseitigung der bisherigen Art des Viehtransportes zur Sicherung des Publikums unter allen Umständen erforderlich sei und auf eine geringe Vermehrung der Kosten keine Rücksicht genommen werden könne, daß auch nach eingezogenen Erkundigungen der Transport des Großviehes mittelst Wagen durchaus nicht von Neuem zur Thierquälerei führe, sondern in dieser Beziehung viel praktischer und zweckmäßiger wäre, als die bisher übliche Art des Transports.

In einem zweiten Gesuche vom 24. October v. J. habe nun die gedachte Innung gebeten, die Modification des §. 3 unumkehrbar dahin vorzunehmen, daß das Treiben des Viehes wenigstens in der Nachtzeit von 10 Uhr bis 6 Uhr gestattet werden möchte. Die Herzogliche Polizei-Direction, welcher dieses Gesuch gleichfalls zugegangen, habe aber auch damit sich nicht einverstanden erklären können und betone namentlich, daß allerdings in gedachter Nachtzeit der Verkehr ein geringerer sei, daß damit aber die Gefahr für das Publikum wachse, weil auf Hülfe von Passanten weniger zu rechnen sei und weil die Hausthüren geschlossen seien, es also nicht möglich wäre, in ein Haus zu flüchten, falls man von Thieren bedroht würde; sie habe ferner hervorgehoben, daß alsdann die Thierquälerei noch mehr hervortreten würde, weil Nachts die am Tage vorhandene Aufsicht fehle, und daß sich auch wohl ein Unternehmer finden würde, der den Transport mittelst Wagen, weil er ihn dann für eine große Anzahl von Schlachtern besorge, für geringe Kosten übernehmen würde. Herzogliche Polizei-Direction habe sich in der Sache nach den einschlägigen Verhältnissen in Magdeburg erkundigt und erfahren, daß dort die nämlichen Bestimmungen, die hier eingeführt werden sollen, bereits seit dem 1. October 1882 eingeführt seien. Auch dort hätten die Schlachter anfänglich ihre Bedenken geäußert und sich sehr gesträubt; es hätten sich aber Unzulänglichkeiten nicht ergeben, indem sich bald ein Unternehmer gefunden, der sämtliche Fuhren besorge.

Der Thierschutzverein sei vom Magistrate gleichfalls ersucht worden, sich in gedachter Angelegenheit zu äußern. Derselbe habe sich gegen jede Abänderung des Statuts ausgesprochen und habe namentlich den Einwurf, daß durch den Transport zu Wagen unter Umständen noch eine größere Thierquälerei herbeigeführt werden könne als durch das Treiben, aufs Gründlichste widerlegt: wenn die Wagen so eingerichtet wären, wie es das Statut vorschreibe, dann sei die Thierquälerei ausgeschlossen und wenn es schon vorgekommen sei, daß Thiere beim Transport zu Wagen schwer verletzt seien, so habe das an einer mangelhaften Einrichtung der Wagen gelegen.

Die Statutencommission habe keine Veranlassung, irgend welchen Antrag in der Sache zu stellen.

Herr Rieke ist der Meinung, daß man dem Gesuche der Knochenhauer-Innung hätte stattgeben sollen. Es lasse sich nicht verkennen, daß das neue Statut starke Eingriffe in die Gewohnheiten der Schlachter mit sich führe. Man möge endlich für eine Brücke und Verbindungsstraße zwischen der Petri- und Wendenmaß sorgen, dann würde die Gelegenheit, das Vieh durch die Stadt zu treiben, zum größten Theile genommen werden, denn bekanntlich komme das meiste dem Schlachthause zuzuführende Vieh ins Petritthor.

Die Versammlung tritt indeß, nachdem der Herr Vorsitzende noch auf die eingangs erwähnte Erklärung des Herrn Bürgermeister Rittmeyer, nach welcher thatsächliche Hindernisse die Erbauung einer Brücke bei der Maß bislang verzögert haben, hingedeutet hat, durch Abstimmung der Ansicht des Magistrats, daß auf das Gesuch der Knochenhauer-Innung nicht einzugehen stehe, bei.

III. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 31. v. Mts. hat der verstorbene Particulier G. W. Bornemann hieselbst den Stadtmagistrat zum Erben seines Nachlasses eingesetzt. Die Erbschaft beträgt etwa 45400 M. Der testamentarischen Bestimmung zufolge ist dem Stadtmagistrate die Verpflichtung auferlegt, ein Asyl für alte Männer zu gründen, für dasselbe die Rechte milder Stiftungen zu erwirken und sodann den fraglichen Nachlaß an diese Stiftung herauszugeben. Der Stadtmagistrat ist bereit, die Erbschaft anzutreten, jedoch, da mit dem Antritte die Stadt auch Verpflichtungen zu übernehmen hat, u. a. einen gegen den Erblasser wegen Entschädigung erhobenen Proceß, nur unter specieller Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung, welche nach Ansicht des Magistrats unbedenklich ertheilt werden kann, da der Proceß in erster Instanz zu Gunsten des Erblassers entschieden ist, auch im ungünstigsten Falle nur etwa den 7. Theil des Bornemann'schen Nachlasses in Anspruch nehmen würde, und der Magistrat die Erbschaft unter der Rechtswohlthat des Inventars anzutreten beabsichtigt.

Auf Antrag des Referenten der Statutencommission, Herrn Heymann, wird die Zustimmung ertheilt.

IV. wird nach einem ferneren ausführlichen, specielle Fragen des Erbrechts erörternden Berichte des Herrn Heymann dem bezüglichen Magistratsschreiben vom 31. v. Mts. entsprechend beschloffen, den Stadtmagistrat zur Aufnahme des gegen die Stadt wegen der von derselben in Anspruch genommenen Erbschaft des verstorbenen Messerschmiedemeisters Friedrich Better von Frau Mathilde Schaffair geb. Better zu Rostock erhobenen Processus zu ermächtigen.

V. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über ein Magistratsschreiben vom 7. d. Mts., den Ankauf eines bei dem demnächstigen Centralfriedhofe belegenen Terrainstreifens betreffend.

Der zur Anlage eines Centrafriedhofes ausersehene Landcompler wird von der Magdeburger Heerstraße durch einen schmalen, dem Waisenhaus B. M. V. gehörenden, insgesamt 22 a 61 qm enthaltenden Landstreifen getrennt, welcher zur Zeit als Fußweg benützt wird. Die gedachte Stiftung besitzt ferner das Recht der Baumpflanzung an beiden Seiten der Magdeburger Straße. Zur Ermöglichung angemessener Zugangswege zum Friedhofe und zur Verschönerung seiner landschaftlichen Umgebung ist es dringend wünschenswerth, in den Besitz des gedachten Begeterrains zu kommen und die dort vorhandene altehrwürdige Lindenallee zu conserviren. Das Directorium des Waisenhauses hat sich bereit erklärt, der Stadt den bezeichneten Landstreifen und das gedachte Baumpflanzungsrecht für insgesamt 200 M zu verkaufen und ersucht der Stadtmagistrat, diese Summe zu verwilligen.

Referent giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim und bemerkt dabei, daß Herzogliche Cammer, Direction der Domainen, mit Zustimmung des Herzoglichen Staatsministeriums und im Einverständnisse des Ausschusses der Landesversammlung der Stadt die zur Friedhofsanlage ausersehenen 18 ha Landes zum Preise von 1800 M pro 25 a und unter Beding einer mäßigen Entschädigung des zeitigen Pächters für etwaige Bestellungskosten verkauft habe.

Der Magistratsantrag wird darauf genehmigt.

VI. referirt Herr Semler namens der Finanzcommission über ein Magistrats-schreiben vom 7. d. Mts., die Verpachtung der drei Eisenbüttler Mühlen betreffend.

Nachdem der hiesigen Stadt das zum Zwecke der Erweiterung des städtischen Wasserwerkes beantragte Wassernutzungsrecht verliehen worden, tritt der Stadtmagistrat spätestens mit dem 1. April c. in den Besitz der gedachten drei Mühlen; er hat deshalb im vorausgesetzten Einverständnisse der Stadtverordnetenversammlung eine Nutzung der Mühlen durch Verpachtung in Aussicht genommen und zur Abgabe von Pachtgeboten auf Grund der nach Anhörung des Oberingenieurs Mitgau und des Kreisbaumeisters Lieff aufgestellten Pachtbedingungen öffentlich aufgefördert. Es sind nur von zwei Reflectanten Pachtgebote abgegeben. Der Mühlenpächter Hogrefe hat fürs Erste ein Gebot abgegeben, wonach die Pacht nach dem zu Mehl und Schrot verarbeiteten Getreide berechnet werden soll, fürs Zweite eine Offerte von 3600 M jährlicher Pacht. Der Magistrat glaubt jedoch auf keins von beiden Geboten eingehen zu können; bei ersterem würde die Leistungsfähigkeit der Mühlen von dem Können und Wollen des Pächters abhängen, es würde also eine fortwährende besondere Beaufsichtigung nöthig sein, und bei letzterem hat Hogrefe Modificationen zu den Pachtbedingungen verlangt, welche dem Magistrate unannehmbar erscheinen. Der Mühlenpächter Bollschläger will dagegen 3300 M Pacht geben, sich aber den gestellten Pachtbedingungen ohne Weiteres unterwerfen. Der Stadtmagistrat beantragt deshalb, die Zustimmung dazu zu erteilen,

1) daß die drei Eisenbüttler Mühlen durch Verpachtung auf Grund der vor-
gelegten Pachtbedingungen genützt und

2) daß dieselben dem Mühlenpächter Bollschläger für eine zu Gunsten des
Wasserwerks zu verrechnende Pacht von jährlich 3300 M. verpachtet werden.

Die Commission giebt die Annahme der Magistratsanträge mit einer (im Schreiben
der Versammlung an den Stadtmagistrat vom heutigen Tage zum Ausdruck gebrachten)
Modification des §. 11 der Pachtbedingungen anheim.

Herr Wilke beantragt, unter specieller Darlegung seiner Gründe, den Stadt-
magistrat zu ersuchen, dem Mühlenpächter Hogrefe, falls derselbe sich den Pachtbedin-
gungen nachträglich zu fügen bereit sein sollte, als dem Meistbietenden den Zuschlag
zu erteilen.

Herr Winter fragt an, ob es die für die Stadt maßgebenden Wasserverhältnisse
nicht möglich machten, daß beide Reflectanten berücksichtigt würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwidert darauf, daß der Magistrat allerdings
die Frage erwogen habe, ob sich nicht zur Erzielung günstigerer finanzieller Resultate
eine getrennte Verpachtung der Mühlen empfehle, aber schließlich aus verschiedenen
Gründen zu der Entscheidung gekommen sei, davon Abstand zu nehmen. Dagegen werde
der Magistrat damit einverstanden sein, wenn der Pächter eine oder zwei Mühlen
verasterpachte.

Herr Rieke spricht sich für eine getrennte Verpachtung und Berücksichtigung
beider Reflectanten aus.

Die nun folgende Abstimmung ergibt jedoch die Annahme der Magistratsvor-
schläge mit der commissionsseitigen Aenderung.

VII. wird in Uebereinstimmung mit der von Herrn Reuter vertretenen Statu-
tencommission einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 11. d. Mts. gemäß be-
schlossen, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Bauunternehmer Wilkens die
beabsichtigte Errichtung eines Wohnhauses auf seinem an der Leonhardstraße *N* 6
belegenen Grundstücke unter gewissen Bedingungen gestattet werde.

VIII. Herr Reuter referirt ferner namens der Statutencommission über ein
Schreiben des Stadtmagistrats vom 22. v. Mts., durch welches die Versammlung
ersucht wird, zur Completirung des nach Maßgabe der Bestimmungen des am
26. Januar c. in Kraft getretenen neuen Ortsbaustatuts einzurichtenden Stadtbau-
amtes zwei Stadtverordnete zu wählen.

Die Commission giebt indeß anheim, aus Anlaß der mit dem neuen Ortsbau-
statute erforderlich werdenden Neuorganisation des Stadtbauamtes eine Neuwahl

sämmtlicher zum Stadtbauamte zu deputirender 4 Mitglieder vorzunehmen und die Wahl, um sie dem für die Wahl der Mitglieder der übrigen städtischen Commissionen vorgeschriebenen zweijährigen Turnus einzufügen, zunächst nur für das laufende Jahr gelten zu lassen.

Die Versammlung erklärt sich einverstanden und wählt nach verschiedenen Vorschlägen die Herren Dr. Blasius, Hasenbalg, Ramdohr und Reuter.

Schließlich

IX. werden zu Mitgliedern der Baucommission für das laufende Jahr gewählt die Herren Hollmann, Munte, Reuter, Till und Winter.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

Es folgt derselben noch eine kurze vertrauliche zur Erledigung folgender Gegenstände:

- 1) Wahl eines Armenpflegers und stellvertretenden Bezirksvorstehers,
 - 2) Wahl eines Magistratsdieners,
 - 3) Steuerreklamationen.
-

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 20. März 1884.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Aenderung des Statuts wegen der Bierdruckleitungen,
- II. Entwässerung der Stadt,
- III. Anleihe des Kreiscommunalverbandes Braunschweig,
- IV. Erhebung einer Klage wegen verweigerter Erstattung von Pflasterungskosten,
- V. Verbreiterung der Kallersleberthorstwete,
- VI. Genehmigung von Bauten auf noch nicht angelegten Straßen,
- VII. Reparatur des vierten Gasbehälter-Bassins beim städtischen Gaswerke,
- VIII. Antrag des Herrn Wolff, die bei Veranlagung zur Einkommensteuer maßgebenden Grundsätze betreffend.

Vertraulich:

- 1) Statut, bezüglich eines Gegenstandes der Sittenpolizei,
- 2) Gutachtliche Aeußerung über die Qualification von in Aussicht genommenen Mitgliedern der mit Revision der Grundsteuer-Einschätzung hier demnächst zu betrauenden Commission.

Entschuldigt die Herren Jasper und Reiche. Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer und Stadtrath Ketemeyer.

Die Sitzung wird vom Herrn Vorsitzenden Otto eröffnet.

Den Stadtverordneten ist eine an den Stadtmagistrat gerichtete gedruckte Eingabe der verschiedenen Feldmarkinteressentenschaften, die Uebernahme von Feldwegen seitens der Stadt betreffend, zur Kenntnißnahme zugegangen.

Ferner sind auf dem Präsidialtische eine Anzahl Exemplare des vom Herrn Dr. Blasius in dem internationalen Vereine gegen Verunreinigung der Flüsse, des Bodens und der Luft gehaltenen Vortrags über die Verwendung der Torfstreu niedergelegt, welche seitens des Herrn Vorsitzenden zur Vertheilung an die Mitglieder der Versammlung dankend entgegen genommen werden.

Die Protokolle sub Nris. 1 und 2 werden genehmigt.

Die Punkte 1 und 3 der Tagesordnung, betr. die neue Marktordnung und die ausnahmsweise Gestattung von Beerdigungen auf den alten Friedhöfen nach Eröffnung des Central-Friedhofes, werden im Einverständnisse der Versammlung von der heutigen Berathung ausgeschlossen, weil die Statuten-Commission mit den erforderlichen Vorverhandlungen noch nicht zu Ende gekommen ist.

I. nimmt Herr Reuter als Referent der Statuten-Commission das Wort zur Berichterstattung über das Magistratschreiben vom 27. v. M., betreffend die Aenderung des Statuts wegen Einrichtung und Benutzung der Bierdruckleitungen, sog. Bierpressionen.

Durch Bestimmung des gedachten Statuts sind die Inhaber von Bierdruckleitungen gezwungen, die Reinigung ihrer Leitungen mittelst Dampf und durch bestimmte Personen vornehmen zu lassen; es hat deshalb eine größere Anzahl von Wirthen Einwendungen gegen das Statut erhoben. In dem sog. Krüger'schen Controlbahn ist nun ein Mittel gefunden, welches den Zustand im Innern der Röhren jederzeit festzustellen ermöglicht und hat deshalb Herzogliche Polizei-Direction darauf angetragen, ihr die Befugniß beizulegen, daß sie von den zwingenden Vorschriften über die Reinigung der Leitungen unter gewissen Voraussetzungen dispensiren kann. Der Magistrat hält es für angemessen, auf den Antrag einzugehen und hat in Uebereinstimmung mit Herzoglicher Polizei-Direction ein entsprechendes Statut zur Genehmigung unterbreitet, welches Folgendes bestimmt:

Von der Befolgung der Vorschriften der §§. 5 u. 6 des Statuts N. 35 vom 21. Juli 1881 die Einrichtung und Benutzung der Bierdruckleitungen, sog. Bierpressionen betr., können die Inhaber von Bierdruckleitungen seitens Herzoglicher Polizei-Direction auf Antrag entbunden werden, wenn an den Bierleitungsrohren derselben Vorrichtungen angebracht sind, welche von Herzoglicher Polizei-Direction als zu jederzeitiger Ermöglichung zuverlässiger Feststellung des Zustandes im Innern dieser Röhren ausreichend anerkannt werden. In diesen Fällen sind die Inhaber der Bierdruckleitungen dafür, daß letztere, insbesondere die Leitungsrohren und sonstigen Behälter stets in reinem Zustande erhalten werden, verantwortlich und verwirken bei Nichtbefolgung dieser Vorschriften die im §. 10 Abs. 1. des obengedachten Statutes angedrohten Strafen.

Nachdem Referent den Krüger'schen Controlhahn in natura vorgeführt und die Handhabung desselben näher beschrieben hat, bemerkt er Folgendes: In Berlin habe sich dieser Controlhahn bewährt und man beabsichtige ihn deshalb auch in Braunschweig facultativ zuzulassen.

Die von den Betheiligten gegen die neue Reinigungsmethode erhobenen Einwendungen gingen vorzugsweise dahin, daß einmal die Röhren durch Dampf nicht genügend gereinigt werden könnten und zweitens durch die Heranziehung bestimmter Personen zur Reinigung nicht unbedeutende Belästigungen und Ausgaben erwachsen. Der erstgedachte Grund habe von der Commission nicht als zutreffend anerkannt werden können, denn die Reinigung mittelst heißen Dampfes sei erfahrungsmäßig die beste und zuverlässigste, die man kenne. Sie sei der früheren Reinigung mittelst Bürsten entschieden vorzuziehen, denn der Dampf bringe bei verzweigten Leitungen auch in deren Krümmungen und scharfen Winkel, die von den Bürsten nicht erreicht werden könnten. Auf den Gaswerken würden Theer- und Naphthalinbildungen durch heißen Dampf beseitigt und habe sich dieses Mittel besser bewährt als jedes andere. Auch der zweite Grund sei nach Ansicht der Commission nicht sehr schwerwiegender Natur, denn der Bierauschank sei bekanntlich in Braunschweig ein sehr lohnendes Geschäft, welches die verhältnißmäßig geringen Reinigungskosten sehr wohl tragen könne. Außerdem sei noch zu berücksichtigen, daß die von bestimmten Personen vorzunehmenden Reinigungen insofern eine Garantie für Regelmäßigkeit und Zuverlässigkeit bieten, als sie von den betreffenden Wirthen, weil diese die Kosten dafür zu tragen haben, überwacht werden, während bei der früheren Reinigungsmethode auch wohl hie und da einmal etwas flüchtig verfahren werden möchte, denn der Verkehr dauere oft bis spät in die Nacht hinein, es werde spät aufgestanden und schon früh am Morgen, bevor Gäste kämen, müßten die Leitungen gereinigt werden. Ihm (Redner) sei auch schon von verschiedenen Wirthen gesagt, daß sie die mit der jetzigen Reinigungsmethode verbundenen Ausgaben nicht scheuten und dieselbe beibehalten würden, weil sie alsdann überzeugt sein könnten, daß die Reinigung auch eine zuverlässige sei.

Nichtsdestoweniger sei die Commission der Ansicht, daß die Selbstreinigung unter Anbringung und scharfer Ueberwachung der Controlhähne wieder zugelassen werden könne und sie gebe die Annahme des Magistratsantrags anheim. Bekanntlich sei die ganze Agitation gegen die Einführung der Bierdruckleitungen uns aus dem Süden überkommen und zuerst in Würzburg entstanden. Nun sei aber das Bier verschiedener Art und die dunkeln Biere, wie das Würzburger, setzten weit eher an den Wandungen der von ihnen durchflossenen Röhren ab, als dies die helleren Biere thun. In Süddeutschland sei man auch meist gewohnt, das Bier aus Steinkrügen zu trinken, es werde dort mehr auf den Geschmack als auf das Aussehen gegeben. Bei uns prüfe jeder Biertrinker, ob das Bier klar und blank sei. Wenn aber die Leitungen in schlechtem Zustande sich befänden, dann würden von dem Ansage zeitweilig Stücke

mit fortgerissen werden und in die Gläser gelangen und die Gäste würden durch Rückgabe des Bieres den Wirth darauf führen, daß er mehr auf die Reinigung der Leitung zu geben habe. Wenn nun außerdem, was natürlich vorausgesetzt werden müsse, eine scharfe Controle mittelst der gedachten Controlhähne stattfinde, dann sei es unbedenklich, den Wirthen die Selbstreinigung wieder zu überlassen. Außerdem werde ja, wie im Magistratschreiben auch hervorgehoben sei, die Erlaubniß zur Selbstreinigung nur unter dem Vorbehalte späteren Widerrufs ertheilt; es würde also die Reinigung mittelst Dampf wieder vorgeschrieben werden, wenn der betreffende Leitungsinhaber seiner Verpflichtung zur Reinigung nicht gehörig nachkomme.

In der Commission sei noch zur Sprache gebracht, ob nicht bei dieser Gelegenheit auch §. 7 des Statuts, welcher im Fall der Anwendung von Kohlensäure als Druckmaterial gewaschene Kohlensäure vorschreibt, dabei aber gasförmige Kohlensäure im Auge hat, einer Aenderung unterworfen werden müsse. Als das Statut erlassen, sei flüssige Kohlensäure, die beste Betriebskraft für Bierdruckleitungen, noch nicht so billig herzustellen gewesen, daß sie bei der Berathung des Statutes als Betriebskraft hätte berücksichtigt werden können. Nachdem aber eine Anfrage bei dem Stadtrath Dr. Grote ergeben habe, daß die flüssige Kohlensäure in allen Fällen aus gewaschener gasförmiger Kohlensäure hergestellt werde, sei eine Aenderung des §. 7 nicht erforderlich, da sonach die Verwendung flüssiger Kohlensäure ohne Weiteres zulässig sei.

Die Commission gebe hiernach anheim, das vorgelegte Statut ohne Aenderung zu genehmigen.

Debattelos wird dem Magistratsantrage zugestimmt.

II. berichtet Herr du Roi namens der Finanzcommission über das Magistratschreiben vom 6. Mts., die Entwässerung der Stadt betreffend.

Das von den Stadtverordneten in den Sitzungen vom 13. October und 3. November 1881 genehmigte Mitgau'sche Canalisationsproject, nach welchem die Abflusswässer sowohl der westlichen wie der östlichen Außenstadt im Eichthal unterhalb der Zutespinnerei in das Okerbett eingeleitet werden sollen, hat bei Herzoglicher Kreisdirection Widerspruch erfahren und zwar aus dem Grunde, weil die Oker durch die Delper Schleuse gestaut würde. Der Stadtmagistrat hat deshalb vom Oberingenieur Mitgau ein Project zur Vereinigung und Weiterführung der Hauptcanäle bis unterhalb der Delper Schleuse ausarbeiten lassen und unter Vorbehalt der Zustimmung der Stadtverordneten die Verpflichtung übernommen, die städtischen Abwässer bis zum genannten Punkte weiterzuführen, wenn die staatsseitig geplante Oker correction unterbleiben sollte. Die Herzogliche Kreisdirection hat darnach das Entwässerungsproject — vorläufig zwar nicht in dessen Gesamtheit, vielmehr bis dahin, daß das Canalsystem der inneren Stadt technisch projectirt sein werde, unter Beschränkung auf die Entwässerung der Außenstadt — zum weiteren Verfahren auf Grund des

Wassergesetzes zugelassen und dabei die bedingte Bereiterklärung des Magistrats zu demnächstiger Weiterführung des Hauptcanals vom Eichthale bis zur Delper Schleuse als eine unbedingte und somit als einen integrierenden Theil des Antrags des Magistrats auf Verleihung des Wassernutzungsrechts behandelt. Der Magistrat hat im Interesse einer endlichen Lösung der Entwässerungsfrage nicht widersprochen und empfiehlt danach, diese Veränderung des Canalisationsplans im Principe, also vorbehaltlich der Feststellung der annoch durchzuarbeitenden und zu veranschlagenden Detailpläne, zu genehmigen.

Die Commission empfiehlt die Annahme dieses Antrags.

Ein in dem obengedachten Schreiben weiter formulirter Antrag wegen Stellungnahme der Stadt zu einem Beschlusse Herzoglicher Kreisdirection, die demnächstige Beseitigung u. der in der Stadt vorhandenen Waterclosets betreffend, ist vom Stadtmagistrate zurückgezogen worden.

Die Discussion eröffnet

Herr Blasius, welcher sich für den Magistratsantrag ausspricht, dabei aber als wünschenswerth hinstellt, daß der auch im Mitgau'schen Projecte beibehaltene Plattencanal im Inneren der Stadt gegen einen gemauerten eisförmigen Canal ausgewechselt werden möchte. Wenn man doch einmal so enorme Ausgaben machen müsse, dann solle man auch die gesundheitlichen Rücksichten nicht außer Acht lassen und dahin zu streben suchen, daß der Grund und Boden der Stadt an Reinheit nicht verliere, sondern gewinne, also eine solche Canalisation einführen, die durch eigene Thätigkeit im Stande sei, den umgebenden Erdboden reiner werden zu lassen. Dies könne man aber durch Plattencanäle nicht erzielen, weil dieselben die sie durchziehenden Flüssigkeiten durchließen, also Veranlassung zur Verunreinigung des Bodens geben und somit leicht zum Ausgangsherde von Epidemien werden könnten. Eine Canal-Umbauung würde allerdings, wie nicht zu verkennen, stellenweise mit großen Unbequemlichkeiten verbunden sein, namentlich an solchen Stellen, wo starker Verkehr stattfindet, was wolle das aber sagen bei Einrichtungen, die für Menschenalter gelten sollen? Redner stellt den Zusatz-Antrag, den Stadtmagistrat um Einbringung einer Vorlage zu ersuchen, welche auf Beseitigung der vorhandenen Plattencanäle Bedacht nehme.

Herr Nieß fragt an, ob denn überhaupt Aussicht auf baldige Inangriffnahme der Canalisation vorhanden sei. Er glaube nicht daran. Die Angelegenheit habe sich jetzt wieder solange hingeschleppt und es scheine ihm, als wenn sie abermals auf ein paar Jahr begraben sei.

Herr Reuter: Es sei allerdings Aussicht vorhanden, daß man durch Annahme der heutigen Vorlage der Erledigung der Sache wieder um einen Schritt näher komme, wann aber auf eine völlige Beseitigung aller Hindernisse gerechnet werden

könne, sei schwer zu sagen. Soviel sei aber gewiß, daß sich die Sache noch schwieriger gestalten würde, wenn auf den Antrag des Herrn Blasius eingegangen werde, denn danach müßten alle durch die Herzogliche Baubehörde verlegten Canäle ausgewechselt werden. Die Gefahr der Verunreinigung des Bodens durch das Legen von Platten- canälen sei denn auch nicht so groß, als manche der Herren Aerzte anzunehmen scheinen. Es sei keine Stelle in der Stadt aufgegraben, welche er sich nicht angesehen hätte, und er stehe noch heute auf dem Standpunkte, den er vor 10 Jahren eingenommen und in seiner 1873 herausgegebenen Broschüre über den Gegenstand vertreten habe; daß durch einzelne undichte Stoßfugen der Platten- canäle ein Theil des Inhaltes in den umliegenden Erdboden eindringe, sei nicht in Abrede zu stellen, und wenn dieser aus Bauschutt bestehe, dann sei Gefahr damit verbunden, weil die Unreinigkeiten alsdann weit hin und auch in benachbarte Brunnen bringen könnten, wenn der Erdboden aber aus Sand bestehe, wie der unserer Straßen, dann drängen die unreinen Flüssigkeiten ungefähr nur 30 cm tief ein, was etwa weiter hin dringe, sei vollständig filtrirtes Wasser, also unschädlich. Es falle ihm im Traume nicht ein, für fernere Herstellung viereckiger Platten- canäle zu plaidiren; die jetzt vorhandenen müsse man aber behalten, man würde sonst den ohnehin schon schwer belasteten Grundbesitzern ganz bedeutende Mehrausgaben auferlegen, wo noch nicht einmal erwiesen sei, daß die Platten- canäle schlecht seien, die in den letzten Jahrzehnten hergestellten wären im Gegentheil mit großer Sorgfalt verlegt.

Herr Oberbürgermeister Pöckels bittet den Antrag des Herrn Blasius nicht anzunehmen. Es handele sich einstweilen nur um die Entwässerung der Außenstadt, welche der Niveauverhältnisse wegen nicht anders bewerkstelligt werden könne, als durch Berührung der Innenstadt. Die Entwässerung der Innenstadt sei aber noch nicht projectirt und man wolle deshalb den Wendenmühlengraben, der sich am besten dazu eigne, zur Durchführung der Abwässer der östlichen Außenstadt benutzen. Wenn demnächst die Canalisation der Innenstadt projectirt werde, dann werde es sich herausstellen, ob man den Wendenmühlengraben überhaupt noch als einen zum Canal- netze der Stadt gehörigen Lauf anzusehen habe oder nicht. Nach Redners Auffassung sei die Benutzung des Wendenmühlengrabens zur Durchführung der Abflußwässer der östlichen Außenstadt nur ein Provisorium, das jeden Augenblick und ohne große Kosten wieder gehoben werden könne. Dem Antrage des Herrn Blasius sei aber deshalb schwer entgegenzukommen, weil in den weitaus längsten Straßen- strecken die Platten- canäle schon vorhanden seien.

Referent macht darauf aufmerksam, daß es sich heute nur um Genehmigung einer Veränderung des früheren Canalisationsplans im Principe handele. Bei Durch- lesung des Berichts des Obergeringieurs Mitgau sei ihm sehr wohl aufgefallen, daß auch dieser die Platten- canäle für ungeeignet erachte. Derselbe habe deshalb empfohlen, wenigstens vom Elisabethstifte bis zum Hospital einen gemauerten Canal herstellen zu

lassen, weil dieser wahrscheinlich späterhin noch mehr Abwässer der östlichen Außenstadt aufzunehmen haben werde. Redner glaubt indeß, daß das Project, wie es Herr Mitgau vorgelegt habe, heute noch nicht in allen seinen Details besprochen werden solle, und hält deshalb eine Fortführung der Discussion in bisheriger Richtung für unnöthig.

Herr Blasius bemerkt, daß er durchaus nicht die Absicht hege, den Fortgang der Canalisationsfrage zu hemmen. Wenn der Versammlung keine Vorlage in der von ihm gewünschten Richtung zugehe, dann werde als selbstverständlich angenommen, daß der Magistrat seine Gründe habe, vorläufig von einer Umbauung der Plattenanäle abzustehen. Er wünsche nur, daß die Versammlung das Princip ausspreche, die Plattenanäle möchten ein für alle mal vermieden und da wo sie vorhanden, möglichst beseitigt werden. Herrn Reuter gegenüber hebt Redner noch hervor, daß man vor 20 Jahren die Gefahr der Plattenanäle allerdings noch nicht gekannt habe, daß aber durch neuere Forschungen, namentlich des Prof. Fodor nachgewiesen sei, daß die durch undichtes, unterirdisches Mauerwerk durchgesickerten Flüssigkeiten sich bis auf 30 m unter der Erde weiter verbreiteten. Von diesem Factum habe er sich denn auch neulich überzeugt. Die Canalisation der Innenstadt sei aber eine Frage der Zeit. Dasselbe, was man der Außenstadt zu Theil werden lasse, die noch weniger im Grund und Boden verunreinigt sei als die Innenstadt, werde man selbstverständlich auch dieser zu Gute kommen lassen müssen und dann würde man wieder vor der Frage stehen, ob man Plattenanäle wählen solle oder nicht.

Herr von Seckendorff bemerkt, daß die Stadtverordnetenversammlung schon vor 10 Jahren, als es sich um Anlegung eines Canals in der Gegend des Dammes handelte, die Benutzung von Plattenanälen zur Entwässerung einer größeren Stadt für ungeeignet erklärt habe, und wenn er nicht irre, so sei damals schon der Magistrat ersucht worden, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß Herzogliche Bau-direction von der Legung eines Plattencanals in jener Gegend Abstand nehme.

Herr Reuter erklärt, daß er am allerersten in der Versammlung dafür aufgetreten sei, quadratische Canäle seitens der Stadt nicht mehr zu bauen. Trotzdem könne er, aus finanziellen Gründen, sich nicht dafür erwärmen, daß vorhandene Plattenanäle, die ihren Zweck erfüllen, ohne Weiteres beseitigt würden. Er beharre bei seiner Ansicht, daß dieselben bei unserem guten, meist sandigen Erdreich zu Gefahren keine Veranlassung gäben. Ob der jetzt in Frage kommende Plattencanal demnächst bei Canalisirung der Innenstadt vielleicht überflüssig werde, lasse sich noch nicht übersehen und nur dem Magistrat wiederholt zu erkennen zu geben, daß man quadratische Canäle für unzumuthig halte, habe seines Erachtens doch keinen rechten Zweck, zumal die gegenwärtige Vorlage dazu gar keine Veranlassung biete.

Herr Nieß: Ob Plattenanäle oder gemauerte Canäle zweckmäßiger, sei in unserer Stadt ein academischer Streit. Bei Sandboden, wie er in der Umgebung

unserer Stadt vornehmlich zu finden sei, vermöchten die eindringenden unreinen Flüssigkeiten nur auf etwa 30 cm Tiefe eine Veränderung in der Structur herbeizuführen; darüber hinaus bleibe der Erdboden unverändert. Man brauche nur an den Ackerboden zu denken, der mit allen möglichen Fäcalien gedüngt werde; etwas unterhalb der Erdoberfläche finde man immer wieder reinen Sand.

Herr Wolff kann sich gleichfalls nicht für den Antrag des Herrn Blasius entscheiden, weil die Tragweite des darin ausgesprochenen Wunsches noch nicht zu übersehen sei und es sich zunächst nur darum handle, ob man dem Antrage des Magistrats, die Abwässer bis jenseits der Delsper Schleuse abzuführen, im Principe zustimmen wolle oder nicht. Die heutigen Verhandlungen würden dem Stadtmagistrat Veranlassung geben, bei Ausarbeitung der noch vorzulegenden Specialpläne die von Herrn Blasius angeregte Frage in nähere Erwägung zu ziehen. Wenn sich die Versammlung aber heute durch ein bestimmtes Votum binde, dann schaffe sie für den Magistrat eine gewisse Richtschnur, und es würde schwer sein, einen einmal gefaßten Beschluß wieder rückgängig zu machen.

Herr Günt her hält für wünschenswerth, daß bei Verlegung der Leitungen auch die Canalisation der Innenstadt mit in Betracht gezogen würde und daß überhaupt bei Herstellung der Canäle mit besonderer Vorsicht verfahren werde, da schon verschiedene Fehler in dieser Beziehung gemacht seien.

Herr Blasius modificirt darauf seinen Antrag zu folgender Fassung:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Vorlage von Specialprojecten zugleich die Ersetzung des im Innern der Stadt vorhandenen mitzubenußenden quadratischen Canals durch einen gemauerten Canal projectiren und veranschlagen zu lassen und dieses Project mit vorzulegen.

Herr W ilke glaubt nicht, daß diesem Antrage so leicht werde entsprochen werden können. Die Canalisation habe der Stadt bis jetzt noch nicht viel gekostet, weil ein großer Theil der Kosten von den betreffenden Anliegern mit getragen sei. Wenn es sich nun später herausstellte, daß die Plattencanäle nichts taugen, dann könne man sie derart umändern, daß sie eiförmigen Canälen vollständig gleich seien, denn bei der letzteren Sorte von Canälen handle es sich nur darum, die Sohle in eine runde Form zu bringen und abzudichten, was durch Einlegung von Formstein sehr leicht zu bewerkstelligen sei. Dann seien die bis jetzt verausgabten großen Kosten nicht weggeworfen. Er empfehle deshalb den Antrag des Herrn Blasius abzulehnen.

Herr Munte: Die eiförmigen Canäle böten den Plattencanälen gegenüber keinen anderen Vortheil, als daß das Wasser besser durch sie hindurchfließe; ob dieselben im Uebrigen zweckmäßiger seien, darüber sei man in technischen Kreisen noch nicht einig.

Herr Blasius: Wenn man Plattencanäle in der Weise umändern könne, daß man sie durch Cementverguß möglichst wasserdicht mache und die Eiform herausbringe,

dann würde er mit einer derartigen Umgestaltung der vorhandenen Plattencanäle nur einverstanden sein.

Herr Rieke bemerkt, daß nirgend so gute quadratische begehbbare Canäle hergerichtet werden könnten als hier, weil kein Material sich besser dazu eigne, als die hier verwandten Belpfer Platten. Gemauerte Canäle kosteten sehr viel, denn es müßten dazu gute Handsteine und auch sonst gutes Material genommen werden, sonst seien sie noch weniger dicht als Plattencanäle. Die Ansicht des Herrn Blasius, daß der Boden der Innenstadt weit mehr Krankheitsstoffe in sich berge als der der Außenstadt könne er nicht theilen. Man brauche nur an die vielen vor den Thoren befindlichen Senkgruben zu denken, deren Inhalt meist nicht ausgebracht würde, sondern allmählig im Erdboden verlaufen müsse.

Der Antrag des Magistrats wird darauf genehmigt, der Zusatzantrag des Herrn Blasius dagegen abgelehnt.

Sodann

III. berichtet Herr Wolff namens der Finanzcommission über die den Stadtverordneten schon früher durch Vielfältigung zugänglich gemachte Magistratsvorlage vom 6. d. Mts., die Anleihe des Kreiscommunalverbandes Braunschweig betreffend.

Die Stadtverordneten haben sich am 17. December v. J. damit einverstanden erklärt, daß der Kreiscommunalverband 6 Millionen Mark durch Ausgabe von 4procentigen Inhaberpapieren ankaufe. Da sich aber inzwischen das Project der Herstellung einer Husarencaferne, welches zu 900000 M veranschlagt war, zerschlagen hat, so hat der Magistrat die im Wege des Credits flüssig zu machende Gesamtsumme auf 5 Millionen Mark beschränkt und ist im Einvernehmen mit der Finanzcommission mit demjenigen Consortium hiesiger Bankinstitute, welches die Anleihe de 1880 gekauft hat, sowie mit einigen auswärtigen Bankfirmen wegen Uebernahme dieser Anleihe in Verbindung getreten. Die Verhandlungen mit den auswärtigen Firmen haben zu keinem annehmbaren Ergebnisse geführt, wogegen das erwähnte Consortium mit folgenden Präliminarien einverstanden ist.

Von der Anleihesumme zu 2 Millionen Mark reservirt die Stadt 450000 M behuf der Umwandlung einer kündbaren Schuld resp. behuf eigenen Verkaufs an hiesige Kirchen und milde Stiftungen — und zwar unter Gewährleistung dafür, daß deren Käufer dieselben innerhalb zweier Jahre nicht veräußern — den Rest mit 1550000 M übernimmt das Consortium, und zwar die eine Hälfte mit 775000 M per 1. Juli d. J. für den Preis von 100 $\frac{3}{4}$, die andere Hälfte mit ebenfalls 775000 M per 1. December d. J. für den Preis von 100 $\frac{1}{4}$.

Das Consortium anerkennt, daß das demselben i. J. 1880 auf zukünftige Anleihen eingeräumte Vorkaufsrecht erloschen sei, sobald der Kreiscommunalverband die

gedachten 5 Millionen angeliehen haben werde. Ferner hat das Consortium den zum 1. Juli zur Verfügung gestellten Anleihebetrug vorschußweise in beliebigen Raten mit 3 % zur Verfügung gestellt.

Der Magistrat trägt darauf an, die Contrahirung der Theil-Anleihe von 2 Millionen Mark auf Grund der gedachten Präliminarien namens des Kreiscommunalverbandes und bezw. der Stadtgemeinde zu genehmigen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die weitere Ausführung der Operation durch den Magistrat im Einverständnisse mit der Finanzcommission erfolge.

Der Herr Referent erörtert die Magistratsvorlage vom finanziellen Standpunkte aus eingehend, hebt hervor, daß die ganzen Verhandlungen im Einvernehmen zwischen Magistrat und Finanzcommission geführt seien und giebt eine Zusammenstellung der Bedürfnisse, für welche speciell die 2 Millionen bestimmt seien. Die Inangriffnahme der Canalisation sei dabei noch nicht berücksichtigt. Durch vergleichende Uebersicht der Course 4procentiger Papiere einer Anzahl großer deutscher Städte weist er nach, daß der erlangte Durchschnittscours unter Berücksichtigung der finanziellen Nebenbedingungen ein äußerst günstiger sei, so daß die gelegentlich der Verhandlungen aufgetauchte Frage, ob es nicht doch zweckmäßiger sei, das nächste Geldbedürfnis durch eine vorläufige unter den augenblicklichen Geldverhältnissen sehr billig auszuführende Lombardoperation mit Herzöglichem Leihhause zu befriedigen, um so ruhiger habe verneint werden können.

Der Herr Referent giebt schließlich namens der Commission die Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

Die Herren v. Seckendorff und Hollmann nehmen wegen persönlicher Interessen an den Verhandlungen nicht Theil.

Herr Winter fragt an, ob sich das Project der Erbauung eines Casernements am Giersberge definitiv zerschlagen habe und bittet den Magistrat, die Sache im Auge zu behalten und nöthigenfalls beim Kriegs-Ministerium in Berlin dahin zu wirken, daß dasselbe eine bezügliche Vorlage an den Reichstag richte.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt hierauf, daß das angestrebte Arrangement sich allerdings zerschlagen habe, so zwar, daß für jetzt kein Mittel erfindlich sei, auf welchem der Magistrat zu einer neuen Vereinbarung mit dem Kriegsministerium würde fußen können. Die Angelegenheit selbst sei dem Magistrat allerdings so ans Herz gewachsen, daß er sie nicht aus den Augen verlieren und jede sich darbietende Gelegenheit benutzen werde, mit dem Kriegsministerium wieder in Verhandlung zu treten. Auf die Bemerkung des Referenten bezüglich der Canalisation erklärt Redner, wie er auf Grund erst heute gepflogener Verhandlungen die Ansicht gewonnen habe, daß mit der Canalisation noch im laufenden Jahre begonnen werden werde. Ob dieses aber so zeitig geschehen könne, daß schon im laufenden Jahre ein nennenswerther Theil der

einzelnen Strecken zur Ausführung gelange, stehe allerdings noch sehr dahin. Wenn die Stadt in den allernächsten Wochen von Herzoglicher Kreisdirection die Wassernutzungsgerechtsame verliehen erhalten sollte, dann würde der Magistrat noch in diesem Jahre 100—150 000 M auf die Canalisation verwenden können, welche Mittel das Extraordinarium noch darbreite; es würde nicht nöthig sein, dieserhalb eine Erhöhung der Anleihe eintreten zu lassen.

Herr Till stellt beim Stadtmagistrat die Anfrage, ob die Anleihe auch die Mittel dazu biete, daß die Brücke an der Ottmerstraße noch in diesem Jahre ausgeführt werden könne?

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert, daß, sobald die technischen und rechtlichen Schwierigkeiten überwunden seien, sofort mit der Ausführung nicht allein der vom Herrn Vorredner erwähnten Brücke, sondern auch noch mit anderen Bauten vorgegangen werden solle. Es lasse sich nämlich noch nicht übersehen, ob und inwieweit man noch in diesem Jahre Aufwendungen zu den im Etat vorgesehenen Zwecken werde machen können. Würden dazu noch größere Summen aufzuwenden sein, dann verfare man wieder wie in früheren und in diesem Jahre: man leihe vorschußweise Geld an, und wenn sich wieder eine größere Summe angesammelt habe, dann contrahire man nächstes Jahr eine zweite Anleihe. Der Geldpunkt biete also kein Hinderniß, das Vorgenommene auszuführen; der Magistrat könne aber nicht allein entscheiden, er sei abhängig von staatlichen und anderen Organen.

Der Antrag des Stadtmagistrats wird darauf genehmigt.

IV. wird nach einem von Herrn Heymann namens der Statutencommission erstatteten Berichte dem bezüglichen Magistratschreiben vom 7. d. Mts. entsprechend beschloffen, den Stadtmagistrat zur Erhebung einer Klage gegen den Bauunternehmer Junghans hieselbst wegen verweigerter Erstattung von Pflasterungskosten im Betrage von 361 M 90 S zu ermächtigen.

V. referirt Herr Semler für die vereinigte Finanz- und Baucommission über die Magistratsvorlage vom 9. d. Mts., die Verbreiterung der Fallerleberthortwete betreffend.

Der Herr Vorsitzende erklärt vorweg, daß die Herren Wolff und von Seckendorff sich von den Verhandlungen über diesen Punkt wegen persönlichen Interesses ausschließen würden.

Der Stadtmagistrat hat in gedachter Angelegenheit mit dem Director des Herzoglichen Botanischen Gartens, mit der Braunschweig-Hannoverschen Hypothekenbank und mit den Anwohnern der Fallerleberthortwete Verhandlungen angeknüpft, welche im Wesentlichen zu nachstehenden Resultaten geführt haben:

Die Hypothekenbank verkauft von ihrem an der Gaußstraße belegenen Grundstücke eine 34 a 23 qm große Parzelle für 37 400 M an die Stadt, wogegen letztere eine 4 a 33 qm große Parzelle des am Büldenwege und an der Spielmannsstraße belegenen Bürgerschulgrundstücks an die Hypothekenbank für 7620 M verkauft. Außerdem tritt die Stadt ein an der Ecke der Gauß- und Spielmannsstraße belegenes Straßensegment ab, übernimmt die Kosten für Instandsetzung eines Theils der Spielmannsstraße auf die Cämmereicasse und verpflichtet sich, die Gaußstraße und Jerusalemstraße nach vorschriftsmäßiger Instandsetzung als städtische Straßen zu übernehmen.

Die Herzogliche Landesregierung tritt von dem Botanischen Garten eine Fläche von 8 a an die Stadt ab, wogegen letztere eine 21 a haltende Parzelle von dem von der Hypothekenbank anzukaufenden Terrain zum Zwecke der Vergrößerung des Botanischen Gartens abtritt.

Der Particulier Tolch verkauft 32 qm seines Gliesmaroderstraße N. 1 belegenen Grundstücks zum Preise von 500 M an die Stadt.

Der Oberlehrer a. D. Brökelmann tritt von seinem an der Gliesmaroderstraße sub N. 3 belegenen Grundstücke eine 7 qm haltende Parzelle an die Stadt ab, erhält dagegen ein 17 qm großes Wegeterrain gegen Zahlung von 50 M zu Eigenthum überwiesen.

Der Particulier Lüders verkauft von seinem am Gaußplatze N. 1 und der Fällersleberthortwete belegenen Grundstücke eine zu 43 qm vermessene Parzelle an die Stadt und erhält dagegen 20 qm Wegeterrain und 1000 M.

Der Particulier Ehrenhard tritt von seinem Grundstücke Gliesmaroderstraße N. 2 eine Parzelle von 2 a 7 m für 30 M pro qm an die Stadt ab.

Nach den vorstehenden Vereinbarungen hat die Stadt zu zahlen 53 010 M, sie erhält dagegen, abgesehen von dem erworbenen, auf 27 960 M zu berechnenden Terrain, 17 750 M. Die Ausgaben betragen danach 35 260 M. Dabei ist zu bemerken, daß die Einnahmen sich muthmaßlich noch um 2000 M bis 2600 M höher stellen werden, da der Werth eines vor dem Lücke'schen Grundstücke belegenen disponibel werdenden Bauplatzes zu 1 a 75 qm nur mit 12 M pro qm berechnet ist, während die Hypothekenbank für ihre Baupläze bis zu 16 M pro qm erzielt hat.

Der Stadtmagistrat giebt der Versammlung anheim

- 1) sich mit Feststellung der auf dem vorgelegten Situationsplane angegebenen Baulinien für die Fällersleberthortwete und an der Ecke der Gauß- und Spielmannsstraße einverstanden zu erklären,
- 2) die bezüglichlichen notariellen Verträge vom 20. Februar, 26. Februar und 6. März d. J. zu genehmigen,

- 3) zu genehmigen, daß mit Herzoglicher Landesregierung wegen des bei dem Botanischen Garten erforderlichen Terrain-Austausches Vereinbarung getroffen werde,
- 4) zu genehmigen, daß die Fallerleberthortwete nach deren Verbreiterung canalisirt und in Stand gesetzt werde,
- 5) zu genehmigen, daß die aufzuwendenden Kosten mit insgesammt 35 260 M auf den Neubau-Etat der Wegebaucaße übernommen werden.

Die vereinigte Finanz- und Baucommission giebt die Genehmigung der Magistratsanträge anheim, sie setzt jedoch voraus, daß der vor dem Lücke'schen Grundstücke disponibel werdende Bauplatz keinenfalls unter 16 M pro qm verkauft werde.

Die Magistratsanträge gelangen darauf zur Annahme.

Wie

VI. Herr Munte namens der vereinigten Statuten- und Baucommission referirt, ersucht der Stadtmagistrat mittelst Schreibens vom 12. d. Mts., verschiedenen im Schreiben näher bezeichneten Personen die Erbauung von Wohnhäusern an noch nicht angelegten Straßen unter der Bedingung zu gestatten, daß dieselben sich zur Uebernahme der Kosten der künftigen Instandsetzung der betreffenden Straßen nach Vorschrift der §§. 8—12 des Ortsbaustatuts verpflichten. Ferner hält der Magistrat im Interesse des bauenden Publikums für wünschenswerth, bezüglich derartiger Bauten eine Erleichterung eintreten zu lassen und schlägt zu dem Ende der Versammlung vor, die ihr nach §. 6 des Ortsbaustatuts zustehende Befugniß zur Ertheilung der Genehmigung zu Bauten an noch nicht angelegten Straßen bis auf Weiteres auf die städtische Baucommission zu übertragen.

Referent befürwortet diese Anträge, worauf dieselben genehmigt werden.

VII. Der Stadtmagistrat ersucht in seinem Schreiben vom 11. d. Mts. auf Antrag der Deputation zur Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke um Bewilligung eines Credits von 26 150 M auf den Erneuerungsfonds des Gaswerks zur Ausführung einer Reparatur des stark beschädigten vierten Gasbehälter-Bassins. Erst auf Grund eines speciellen Anschlags die Kosten zu bewilligen empfiehlt sich nicht, weil letztere erst nach Außerbetriebstellung des Gasometers bemessen werden können, zur Sicherung der Betriebsfähigkeit des Gaswerks es aber geboten erscheint, mit den Reparaturarbeiten unmittelbar nach der Außerbetriebsetzung zu beginnen.

Auf Empfehlung des Referenten der Finanzcommission, Herrn von Seckendorff, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Endlich

VIII. motivirt Herr Wolff seinen zu Beginn der Sitzung eingebrachten Antrag: die bei Veranlagung zur Einkommensteuer maßgebenden Grundsätze durch ein Com-

mission zusammenstellen und der Versammlung zur definitiven Feststellung vorlegen zu lassen.

Die Grundsätze, nach welchen bei Einschätzung zur Einkommensteuer verfahren werde, seien zum Theil schon alten Datums und ein großer Theil der Versammlung habe bei Feststellung derselben nicht mitgewirkt. Diese Grundsätze seien, wie verschiedene ältere Einrichtungen, nicht mehr ganz zeitgemäß, und ihm sei es vorgekommen, als wenn bei Handhabung derselben in den verschiedenen Commissionen nicht immer gleichmäßig verfahren werde. Er erinnere, um aus der Fülle des Materials nur etwas hervorzuheben, an den erst kürzlich besprochenen Fall, wo es sich darum handelte, ob ein Kaufmanns-Lehrling, der von seinen Eltern die nöthigen Mittel zu seinem Unterhalte bekomme, steuerpflichtig sei oder nicht. So habe ihm auch ein anderer Punkt schon längere Zeit schwer auf dem Herzen gelegen, nämlich die Abschätzung der Schlachter. Es werde dabei nach ganz bestimmten Grundsätzen verfahren, ohne die gutsituirten von denjenigen, welche kaum ihr Auskommen haben und vielleicht schon im kommenden Jahre bankrott werden, zu scheiden. Ferner werde eine Person, die als Gesellschafterin bezeichnet sei, zur Steuer herangezogen, werde sie aber als Stütze im Haushalte bezeichnet, so sei sie steuerfrei. Solche unklare Punkte seien mehrere vorhanden, und diese zu beseitigen, strebe sein Antrag an. Es müßten Grundsätze geschaffen werden, nach welchen alle drei Einschätzungs-Commissionen gleichmäßig und streng zu verfahren hätten.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte der Statutencommission, welche die 3 Vorsitzenden der Einschätzungscommissionen zuzuziehen hat, zur Vorprüfung überwiesen.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In längerer vertraulicher Sitzung wird ein Statut bezüglich eines Gegenstandes der Sittenpolizei berathen, auch eine gutachtliche Aeußerung über die Qualifikation von in Aussicht genommenen Mitgliedern der mit Revision der Grundsteuer-Einschätzung demnächst zu betrauenden Commission abgegeben.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 3. April 1884.

Öffentlich:

- I. Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
 - a. die ausnahmsweise künftige Vergabung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen und
 - b. das künftige Rechtsverhältniß der letzteren,
- II. desgl. betr. Neue Wochenmarktsordnung,
- III. desgl. betr. die Ermächtigung zur Aufnahme eines in einer Steuerfrage gegen die Stadt erhobenen Processes,
- IV. desgl. betr. die Veränderung der für die Fallersleberthortwete genehmigten Baulinie,
- V. Antrag von Bewohnern des Petris- und Wendenthordistricts, betr. Herstellung einer Straßen- und bezw. Brückenverbindung zwischen Geller- und Hamburgerstraße.

Entschuldigt die Herren Blasius, du Roi, Schwarzenberg, Zellgmann und Wolff. — Am Magistratsstische Herr Overbürgermeister Pockels, Herr Bürgermeister Rittmeyer und die Herren Stadträthe Götte, Schöttler und Netemeyer.

Die Sitzung eröffnend

verliest der stellvertretende Vorsitzende Herr Kybitz zunächst ein Schreiben des in Folge seiner Ernennung zum Wirklichen Geheimen-Rath und Mitglied des Herzoglichen Staatsministeriums aus der Stadtverordneten-Versammlung ausgeschiedenen bisherigen Herrn Vorsitzenden Otto, in welchem derselbe in Erinnerung an die ihm lieb gewordene gemeinsame Thätigkeit für die Wohlfahrt unserer Heimathstadt und

unter dem Ausdrucke des Dankes für die ihm bei Führung seines Amtes als Vorsitzender der Stadtverordneten durch mehrfache Wiederwahl gewordene Anerkennung und Nachsicht aus dem Kreise seiner Collegen Abschied nimmt.

Herr Kybiz gedenkt mit anerkennenden Worten der langjährigen Wirksamkeit des Herrn Otto im Stadtverordneten-Collegium und wird sodann ermächtigt, in einem besonderen Erwieberungsschreiben dem bisherigen Herrn Vorsitzenden für seine vorzügliche Leitung den Dank und die Anerkennung der Versammlung auszusprechen.

Zu Ehren des ausgeschiedenen Vorsitzenden, Herrn Geheime-Rath Otto, erheben sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Der Tagesordnung gemäß

I. referirt Herr Lüderßen namens der Statutencommission über die Magistratsvorlagen vom 6. und 11. v. Mts., die Vergebung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen nach Eröffnung des Centralfriedhofes bezw. die Rechtsverhältnisse bezüglich der alten Friedhöfe betreffend.

Referent bemerkt vorweg, daß man es mit einer einigermaßen diffcilen Angelegenheit zu thun habe, deren Erledigung nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten biete. Es handle sich einmal um Vereinigung mancher entgegenstehender Gesichtspunkte, dann aber auch um eine Gefühlsache, über welche sich bekanntlich, wie über Geschmacksachen, nicht streiten lasse; der Eine halte werth, was dem Andern gleichgültig sei, diesem sei heilig, was jener als ein Vorurtheil betrachte; und so verhalte es sich auch mit dem Begräbniß- bez. Friedhofswesen.

Referent trägt den Verlauf der Angelegenheit folgendermaßen vor:

Die städtischen Behörden haben bekanntlich beschlossen, den Kirchengemeinden einen Centralfriedhof unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und die Kirchengemeinden haben diese Offerte angenommen. Referent verweist auf die in dieser Beziehung gepflogenen, noch in der Erinnerung der Versammlung befindlichen Verhandlungen.

Am 10. September v. J. ist nun der Stadtmagistrat der weiteren Ordnung der Sache näher getreten, hat die Kirchenvorstände aufgefordert, ein Verzeichniß derjenigen Stellen einzureichen, welche bisher auf den Kirchhöfen reservirt gewesen sind und zugleich im Einverständnisse mit dem Stadtsuperintendenten verfügt, daß vom 10. September v. J. an weitere Grabstellen auf den alten Friedhöfen ohne seine Zustimmung nicht ferner vergeben werden sollten. In weiterer Verfolgung dieser Verfügung hat der Stadtmagistrat dann am 23. Januar den Kirchenvorständen einen fernereren Erlaß zugehen lassen, wonach die alten Friedhöfe mit dem Tage der Eröffnung des Centralfriedhofes geschlossen werden, und nach diesem Termine auf den alten Friedhöfen nur solche Leichen beigesetzt werden sollen, für welche die Stellen bereits reservirt sind oder bis zur Schließung reservirt werden würden. Diese Maßregel,

also die alten Friedhöfe mit Eröffnung des Centrafriedhofes principieU zu schließen, hielt der Stadtmagistrat für unumgänglich im Interesse der Entwicklung des Begräbnißwesens auf letzterem. Um aber den bisherigen Verhältnissen thunlichst Rücksicht zu tragen, glaubte er ein gewisses Uebergangsstadium eintreten lassen zu müssen und hatte deshalb bestimmt, daß eine fernere Reservirung von Grabstellen stattfinden könne, aber nur in denjenigen Fällen, wo der Ehegatte eines Vorverstorbenen für sich einen freien Platz neben dem Grabe des Letzteren zu erhalten wünscht, und mit dem ferneren Vorbehalte, daß der Anspruch auf den reservirten Platz wie auch die dafür erlegte Gebühr zu Gunsten der Kirche ohne Weiteres verfallen solle, wenn vor Eröffnung des Centrafriedhofes auf dem betr. Einzelfriedhofe etwa Platzmangel eintrete, oder wenn die reservirte Grabstelle bis zum 31. December 1889 eventuell bis zu demjenigen früheren Termine unbenutzt bliebe, zu welchem etwa die Beisetzung von Leichen auf den jetzigen Friedhöfen polizeilich verboten werden möchte.

Bei Erlaß dieser Verfügungen hat der Stadtmagistrat in einer doppelten Eigenschaft gehandelt; er ist einmal nach unserer kirchlichen Verfassung Patron der Stadtkirchen und hat ein gewisses Aufsichtsrecht in Gemeinschaft mit dem Stadtsuperintendenten auszuüben, namentlich wo es sich um finanzielle Gesichtspunkte handelt. Dann hat der Magistrat aber auch zugleich als Gemeindebehörde die städtischen Interessen zu vertreten.

Gegen jene Verfügungen des Stadtmagistrats, nach welcher also die weitere Reservirung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen von seiner Erlaubniß abhängig gemacht und außerdem nur in beschränkter Weise zugelassen werden soll, haben nun die Kirchenvorstände Protest erhoben. Sie sind der Ansicht, nicht der Magistrat habe Anordnungen in dieser Beziehung zu treffen, sondern die Kirchenvorstände bezw. der Kirchenconvent; sie haben ferner erklärt, daß sie die gestellten Bedingungen, als gewisse Gefühle und Rechte schwer verletzend, nicht für angemessen hielten. Besonders ausführlich ist die Vorstellung des Kirchenvorstandes von St. Andreas (dessen Inhalt Referent im Wesentlichen mittheilt). In dem diesem Kirchenvorstande zugegangenen Erwiederungsschreiben, welches sämmtlichen Kirchenvorständen mitgetheilt ist, präcisirt der Magistrat seinen in dieser Angelegenheit eingenommenen Standpunkt des Näheren und weist die erhobenen Vorstellungen als unbegründet zurück. Es heißt darin u. a.: Aus der zwischen den zuständigen Aufsichtsorganen der Kirchen und der Stadtgemeinde bezüglich der Anlage eines Centrafriedhofes getroffenen Vereinbarungen sei der Stadtgemeinde der Anspruch auf Schließung der jetzigen Einzelfriedhöfe nach Anlegung der Einweihung des Centrafriedhofes erwachsen. Zur Vermittelung eines möglichst schonenden Ueberganges und um dem Centrafriedhofe nicht durch ungemessene Reservirung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen seitens der Wohlhabenden den Character eines Armenfriedhofes aufzuprägen, habe sich der Magistrat in Vertretung der Stadtgemeinde als Contrahentin bereit finden lassen, ausnahmsweise und unter

gewissen Voraussetzungen Beerdigungen auf den alten Friedhöfen nach deren Schließung noch zu gestatten. Der Erlaß des Magistrats vom 10. September v. J. sei als Ausfluß des dem Magistrate mit dem Stadtsuperintendenten gemeinsam zustehenden Aufsichtsrechts über die Stadtkirchen-Verwaltung formell zulässig, zur Wahrung der wohl erworbenen Rechtsansprüche der Stadtgemeinde aber materiell geboten gewesen. Schließlich erklärt der Magistrat, daß die Stadtgemeinde die Entschließung darüber, ob eine Benützung der auf den Einzelfriedhöfen rite erworbenen Grabstellen nach Eröffnung des Centralfriedhofes gegen Entschädigung der Betheiligten, zu verbieten sei, lediglich dem Kirchenconvente habe vorbehalten wissen wollen, daß er aber die Frage, ob etwa und inwieweit eine Modification der getroffenen Bestimmungen im Interesse der politischen Gemeinde zulässig erscheine, einer nochmaligen Prüfung unter Mitwirkung der Stadtverordneten unterziehen wolle.

In seiner jetzigen Vorlage hält nun der Magistrat nach wie vor daran fest, daß die Gemeindebehörde das Recht habe, mit Eröffnung des von ihr hergestellten Centralfriedhofes die Schließung der alten Friedhöfe zu verlangen und seinerseits zu bestimmen, ob und in welchen Fällen seit dem Erlaß vom 10. September v. J. noch weitere Grabstellen auf letzteren verwilligt werden sollen, glaubt solches auch nur in der Beschränkung zulassen zu können, wenn ein Ehegatte neben dem Grabe eines vorverstorbenen Ehegatten einen Platz erwerben kann, ist aber bereit, seinen früheren Erlaß dahin zu modificiren, daß der Termin, nach dessen Ablauf (d. i. am 31. December 1889) der Anspruch auf den reservirten Platz verfallen sein soll, bis zum 31. December 1894 erstreckt werde, sowie daß die für den Platz erlegte Gebühr bei dessen Nichtbenützung zurückgefordert werden könne, bezw. zur Reservirung eines Platzes auf dem Centralfriedhofe berechtigen solle. Der Magistrat ersucht, ihn zu den fraglichen Concessionen zu ermächtigen, im Uebrigen aber seine Entschließungen als im Rechte begründete und durch das Interesse der politischen Gemeinde gebotene anzuerkennen.

Referent führt ferner aus: Die Statutencommission sei einstimmig der Ansicht, daß der vom Magistrate eingenommene rechtliche Standpunkt zutreffend und durch die Interessen der politischen Gemeinde geboten sei. Letztere habe nach dem Abkommen mit den Kirchenvorständen wegen des Centralfriedhofes das Recht zu verlangen, daß die Einzelfriedhöfe geschlossen würden, sobald der Centralfriedhof eingerichtet sei. Sie habe also in Beziehung auf die weitere Benützung der Einzelfriedhöfe mitzusprechen und dürfe nicht anerkennen, daß die Kirchenvorstände resp. der Kirchenconvent hier allein zu entscheiden hätten. Materiell habe aber die Stadt in mehrfacher Beziehung ein Interesse daran, sich davor zu schützen, daß nicht durch unbeschränkte Reservirung von Grabstellen innerhalb des Stadiums, wo der Centralfriedhof noch nicht eröffnet ist, ein Zustand herbeigeführt werde, welcher der ordnungsmäßigen Einrichtung und Ingangbringung des Centralfriedhofes hindernd im Wege stehe; denn das würde entschieden zum Schaden der politischen Gemeinde sein. Hierin sei die Statuten-

Commission einstimmig gewesen. Auch die aufgestellten Beschränkungen seien von der Majorität gutgeheißen. Eine Minorität (die allerdings vom Referenten allein gebildet sei) habe geglaubt, daß es ungefährlich sei, den Termin, nach dessen Ablauf der Anspruch auf einen reservirten Platz verfallen sein soll, fallen zu lassen, und zwar mit Rücksicht auf den Umstand, daß doch schon eine große Anzahl von Grabstellen (nach den eingereichten Verzeichnissen mehr als 900) reservirt sei, auf welche die hier in Frage kommenden Gesichtspunkte keine Anwendung fänden, und deren Benutzung, weil es sich um wohlerworbene Rechte handle, natürlich nicht anders, als durch höhere politische Rücksichten im Interesse der Gesamtheit gehindert werden könne. Darunter seien aber sehr viele, welche sich Personen reservirt hätten, die bei normalem Verlauf noch 30 bis 40 Jahre leben könnten, so daß das Begraben auf den alten Friedhöfen doch für lange Zeit noch nicht aufhöre, also auch wohl denen, die jetzt noch eine Stelle erhielten, so lange gestattet werden könne.

Die Majorität der Commission sei dagegen der Ansicht, daß es zweckmäßiger wäre, den fraglichen Zeitpunkt festzuhalten und empfehle deshalb die gesammte Vorlage der Versammlung zur Annahme.

Die Discussion eröffnend

bemerkt Herr Meyer, daß er sich gegen den vom Stadtmagistrat als Vorstand einer politischen Gemeinde eingenommenen Rechtsstandpunkt nicht aussprechen wolle. Er würde dem Magistrate dankbar für die Vorlage sein, wenn dieselbe weniger Gewicht auf die materielle Seite gelegt und dagegen die Gefühlsseite etwas mehr berücksichtigt hätte. Er glaube gern, daß bei Einführung ganz neuer Verhältnisse durch die Beseitigung des Althergebrachten gewisse Härten entstehen würden, die sich nicht nach Aller Wunsch beseitigen ließen, er glaube aber auch, daß sich doch ein etwas milderer Uebergang hätte finden lassen. Die Vorlage, wie sie geboten werde, habe etwas Unbestimmtes an sich und könne Situationen herbeiführen, die zu Unannehmlichkeiten Anlaß geben, denn der Magistrat werde möglicherweise in die Lage kommen, dem Einen etwas zu gestatten, was er dem Andern verweigern müsse, wodurch immer unerquickliche Verhältnisse hervorgerufen werden würden. Redner ist der Ansicht, daß man solchen Gemeindemitgliedern, die eines besonderen Familieninteresses wegen, wenn vielleicht jemand mit einem vorverstorbenen Ehegatten oder Eltern mit den vorverstorbenen Kindern nach dem Tode vereint auf ein und demselben Friedhofe zu ruhen wünschten, noch eine Grabstelle auf einem alten Friedhofe reservirt haben wollten, solches bis Ende dieses Jahres noch gestatten, dann aber nach Maßgabe des Magistratschreibens den Schluß ziehen solle. Redner beantragt: Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, bis zum 31. December d. J. solchen Gemeinde-Mitgliedern die Erwerbung reservirter Grabstellen auf den bisherigen Friedhöfen zu gestatten, die ein specielles Familien-Interesse nachzuweisen im Stande sind.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die Ueberleitung des Begräbnißwesens in die neue Ordnung sei, wie sich nicht verkennen lasse, eine besonders schwierige, weil man mit den subjectiven Empfindungen und individuellen Anschauungen Einzelner zu rechnen habe. Bei Fixirung der Uebergangsbestimmungen sei man im Magistrate davon ausgegangen, daß man das Gefühl des Einzelnen möglichst schonen solle, jedoch nur insoweit, als solches mit dem höher stehenden Interesse der Gesamtheit verträglich sei. Was haben die städtischen Behörden für Absichten gehabt, als sie sich behufs Ermöglichung einer Centralisirung des Friedhofswesens dazu entschlossen, den Kirchengemeinden ein Opfer von 300 000 M zu bringen? Sie haben sich gesagt, die Centralisirung des Friedhofswesens mache es möglich, den unabwieslichen Forderungen der Gesundheits- und Verkehrspolizei gerecht zu werden, namentlich durch Entfernung der Leichen aus den Wohnungen bei Epidemien und allmähliche Abschaffung der langgedehnten, den Straßenverkehr hemmenden Leichenzüge. Wollte man nun nach Eröffnung des Centralfriedhofes eine willkürliche Beisetzung der Leichen auf den Einzel-Friedhöfen noch gestatten, dann würde der mit der Centralisirung des Friedhofswesens beabsichtigte Zweck auf eine lange Reihe von Jahren hierdurch illusorisch geworden sein. Es mußten deshalb eng gezogene Normen für die Benutzung der alten Friedhöfe aufgestellt werden, und dafür waren verkehrs- und gesundheitspolizeiliche Rücksichten und dann noch einige andere Gesichtspunkte maßgebend. Zunächst mußte man sich natürlich dagegen sichern, daß vor Instandsetzung des Central-Friedhofes auf den einzelnen Friedhöfen Platzmangel eintreten könnte. Nach menschlicher Voraussicht werde das allerdings nicht der Fall sein, wenn der Centralfriedhof so schnell zur Ausführung gebracht werde, als man es zu thun hoffe. Sobald aber einmal die Stadt von einer verheerenden Epidemie heimgesucht werden sollte, dann sei vielleicht kein genügender Platz mehr auf den Einzel-Friedhöfen vorhanden. Es komme aber dabei für die Stadtverwaltung auch das Interesse des neuen Friedhofes in Berücksichtigung. Nur die Wohlhabenderen könnten sich Grabstellen reserviren, die Armen müßten sich in der Reihe beerdigen lassen. Wollte man nun den Wohlhabenderen eine ungemessene Reservirung von Grabstellen auf den Einzelfriedhöfen einseitig noch gestatten, so könnte man hier möglichenfalls dieselbe Erfahrung machen, die man neuerdings erst in Berlin gemacht habe. Berlin sei auch im Uebergangsstadium zum Centralfriedhofswesen. Dort sei zum 1. Mai 1881 ein großer Centralfriedhof für einen Stadtbezirk angelegt und reich ausgestattet worden. Nichtsdestoweniger habe man sich bewußt oder unbewußt mit Vorurtheil von diesem Centralfriedhofe abgewandt. Man habe kein Verbot in dieser Beziehung erlassen wollen, die Wohlhabenderen haben sich immer noch Stellen auf den Einzelfriedhöfen gekauft und das habe zur Folge gehabt, daß auf dem Centralfriedhofe vom 1. Mai bis Ende September 1881 im Ganzen 1641 Leichen beerdigt wurden, und zwar, mit Ausnahme von dreien, sämmtlich auf Kosten der Stadt; mit anderen Worten, dem Centralfriedhofe war dadurch der Character eines

Armenfriedhofes ausgeprägt und der Berliner Magistrat klagte darüber, daß dieser Character sich wahrscheinlich noch längere Zeit an der Bildfläche erhalten werde. Nun könne man darüber streiten, wie man diese Grundsätze für die fernere Benützung der Einzelfriedhöfe fixiren solle. Man müsse sich immer sagen: es seien willkürliche Grenzen, die man ziehe, der Magistrat habe aber bis jetzt noch nicht die Ueberzeugung gewonnen, daß seine Vorschläge unrichtig seien, und er bitte deshalb den Antrag des Herrn Meyer abzulehnen. Durch den Vorschlag des Herrn Meyer, bis Schluß dieses Jahres die Reservirung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen noch nachzulassen und fernere Anträge alsdann nicht mehr zu berücksichtigen, werde der Pietät gegen Verstorbene durchaus nicht Rechnung getragen. Wenn man in diesem Jahre die Reservirung noch gestatte, dann aber keine Rücksicht mehr nehme, so würde man die Tragweite eines solchen Vorgehens gar nicht übersehen können. Als im September v. J. die Kirchenvorstände aufgefordert wurden, Verzeichnisse von den reservirten Grabstellen einzureichen, hätten sich in der kurzen Frist von 8—14 Tagen noch etwa 100 Personen gemeldet, welche reservirte Grabstellen auf den alten Friedhöfen zu haben wünschten. Wenn also die Reservirung von Grabstellen bis Schluß des Jahres gestattet würde, dann könne sich ein solches Vorurtheil gegen den Centralfriedhof einstellen, daß bis zum Schlusse des Jahres wohl noch tausende von Grabstellen reservirt werden müßten und man dann unter keinen Umständen mehr in der Lage sein würde, auf den Einzel-Friedhöfen bis zur Eröffnung des Centralfriedhofes zu beerdigen, auch wenn die Stadt von Epidemien verschont bliebe. Nun meine Herr Meyer, der Magistrat würde bei Annahme seines Vorschlags der Unannehmlichkeit überhoben werden, im einen Falle zu genehmigen und im anderen zu verweigern. Dem gegenüber müsse er bemerken, daß der Magistrat, soweit die Reservirung von Grabstellen auf den alten Friedhöfen in Frage komme, also nur beim Ehegatten eines Vorverstorbenen, die Erlaubniß unterschiedslos ertheilen werde; der Magistrat werde allerdings in jedem einzelnen Falle näher zu prüfen verpflichtet sein, denn es sei mehr oder weniger bekannt, daß hie und da auch wohl schon Leichen auf vermeintlich freien Stellen beigesezt seien, deren nähere Untersuchung ergeben habe, daß der dort ruhende Todte vor 25 Jahren noch gelebt habe, und solchem Vorgehen habe wollen der Magistrat entgegentreten.

Referent bemerkt zum Schluß, daß man nach den in der Commission gepflogenen Erörterungen den Antrag des Herrn Meyer nicht befürworten könne. Es sei in der Commission einstimmig anerkannt, daß gewisse Schranken in Bezug auf die Reservirung von Grabstellen stattfinden müßten; dieselben dürften aber nicht durch einen willkürlichen Zeitabschnitt, sondern müßten durch bestimmte Verhältnisse festgestellt werden. Was seine (des Referenten) Ansicht anlange, daß man nicht nöthig habe, die Benützung der weiter vergebenen Grabstellen durch eine Frist zu beschränken, so sei er nicht in der Lage, als Referent einen Antrag zu stellen, glaube aber, seine Bedenken deshalb aufgeben zu können, weil man in der Statutencommission in Uebereinstim-

mung mit dem Vertreter des Stadtmagistrats der Meinung gewesen sei, daß in Fällen, wo sich die jetzt festgestellten Principien als Härten und Unzuträglichkeiten erweisen würden, Modificationen gestattet werden könnten und würden. Es sei vielleicht am richtigsten, die weitere Entwicklung dieser schwierigen Angelegenheit unter Wahrung der aufgestellten Grundsätze abzuwarten in der Erwartung, daß hervortretende Härten immer eine billige Berücksichtigung erfahren würden.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag des Herrn Meyer abgelehnt, dagegen die Anträge des Magistrats resp. der Commission genehmigt.

Nach der Vorlage vom 11. v. Mts., zu welcher Referent nunmehr übergeht, beabsichtigt der Magistrat mit den Kirchenvorständen der 7 hiesigen Stadtkirchen ein vorläufiges Uebereinkommen dahin zu treffen, daß den Einzelfriedhöfen demnächst die Eigenschaft von öffentlichen Parks beigelegt werde, die unter den Schutz der Stadtgemeinde gestellt und auf Kosten der letzteren unterhalten werden. Ein geschlossener Friedhof verliere nämlich seine Eigenschaft als eine dem Verkehre entzogene Sache nicht schon nach Ablauf von 30 Jahren seit der letzten Beerdigung, sondern erst nach Verwitterung oder Verfall bezw. anderweitiger Aufstellung der auf demselben befindlichen Monumente. Dieser Zeitpunkt liege aber rücksichtlich der hiesigen Stadtfriedhöfe in unabsehbarer Ferne, da verschiedene Monumente, so namentlich die stadtseitig errichteten Denkmäler, für ewige Zeiten oder doch auf Generationen hin conservirt werden würden. Der Magistrat ist hierbei einer bei den Berathungen über den Centralfriedhof von der Versammlung gegebenen Anregung gefolgt, thunlichst dafür Sorge zu tragen, daß über das Terrain der alten Friedhöfe nicht in einer dem Interesse der Stadt widerstrebenden Weise verfügt werden könne. Er hält das getroffene Abkommen für das einstweilen Erreichbare und beantragt, dasselbe vorbehaltlich einer definitiven Ordnung der Verhältnisse und unbeschadet der Eigenthumsfrage zu genehmigen.

Die Commission ist einstimmig der Ansicht, daß dieser Weg die beste vorläufige Lösung der gedachten Frage sei und giebt deshalb die Genehmigung des Magistrats antrages anheim.

Herr Rieke ist der Meinung, daß man die Rechtsverhältnisse der alten Friedhöfe schon jetzt klarlegen müsse, sonst gehe es mit denselben wie mit dem kl. Exercierplatze, welcher Eigenthum der Stadt sei, aber so bedeutende Servitutrechte der Militairbehörde zu tragen habe, daß er dadurch ziemlich werthlos für die Stadt sei.

Nachdem Herr Overbürgermeister Pockels hierauf erwiedert hat, daß die Friedhöfe, wie schon bemerkt, sich außerhalb des öffentlichen Verkehrs befänden und weder die Stadt noch die Kirchengemeinden in der Lage seien, jetzt schon Verfügung über dieselben zu treffen, und daß man sich einstweilen nur über die Grundsätze

geeinigt habe, wie sich die Sache später gestalten solle, ein Mehreres zu thun aber bei der augenblicklichen Lage der Sache unmöglich sei, wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

II. Wie aus dem Schreiben des Stadtmagistrats vom 27. Februar c. hervor- geht, sind zwischen letzterem und Herzoglicher Polizeidirection schon seit längerer Zeit Verhandlungen wegen einer Revision der Wochenmarkts-Ordnung vom 27. Januar 1865 gepflogen. Dieselben sind, abgesehen davon, daß verschiedene Bestimmungen inzwischen ihre Gültigkeit verloren haben, hauptsächlich durch Petitionen hiesiger Vereine veranlaßt, welche bezwecken, den Verkauf bestimmter Artikel ausschließlich nach Gewicht vorzuschreiben und andererseits die Industrie-Artikel, deren Verkauf auf den Wochenmärkten die ansässigen Gewerbetreibenden schwer schädige, vom Markt- verkehre auszuschließen. Herzogl. Polizei-Direction, welche den Marktverkehr im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate zu regeln hat, hat den Entwurf einer Marktordnung ausgearbeitet, mit welchem der Stadtmagistrat einverstanden ist. Auf die von Herzogl. Polizei-Direction geäußerte Ansicht, daß die Zustimmung der Stadt- verordneten zum Erlasse dieser Ordnung gesetzlich nicht erforderlich sei, glaubt der Magistrat mit Rücksicht auf die bevorstehende Revision der Städteordnung jetzt nicht weiter zurückkommen zu sollen, er hält aber bei der nicht zu verkennenden Bedeutung der in Aussicht genommenen Aenderungen für den öffentlichen Verkehr im Interesse der Einwohnerschaft für angemessen, die Ansicht der Versammlung kennen zu lernen und überreicht den fraglichen Entwurf zur gutachtlichen Aeußerung bezw. soweit erfor- derlich zur Genehmigung.

Ferner legt der Magistrat den Entwurf eines die Wochenmarkts-Ordnung vom 27. Januar 1865 aufhebenden Statuts zur Erklärung des Einverständnisses vor.

Herr Reuter berichtet namens der Statutencommission über diese Vorlage wie folgt:

Mit den Grundsätzen, daß der Verkauf einer Anzahl Artikel für die Zukunft nur nach Gewicht erfolgen solle, und daß die Industrie-Artikel, welche immer mehr in größerer Anzahl bei dem Marktverkehr mit ausgebaut werden, für die Folge davon ausgeschlossen sein sollen, sei auch die Statutencommission völlig einverstanden.

Ob nun in Fällen, wie dem vorliegenden, die Zustimmung der Stadtverordneten- versammlung erforderlich sei oder nicht, sei an sich eine sehr zweifelhafte Rechtsfrage. Daß aber die Angelegenheit, um welche es sich hier handle, von ganz erheblicher Wichtigkeit sei, welche eine Besprechung innerhalb der Versammlung wohl rechtfertige, gehe aus den älteren Verhandlungen der Versammlung zur Genüge hervor.

Referent entnimmt sodann früheren Protokollen etwa folgende Darstellung. Am 2. Januar, 2. März und 25. Mai 1852 sei sehr ausführlich über die Wochen- marktsordnung verhandelt, und habe es sich in der Hauptsache immer darum ge-

handelt, daß noch ein dritter Marktplatz und zwar der Aegidienmarkt als solcher eingeführt werden sollte. Es seien denn auch Versuche in dieser Beziehung gemacht, indem man die Märkte, welche der Messe wegen von dem Altstadtmarkte und dem Kohlmarkte nach dem Aegidienmarkte verlegt werden mußten, dort dauernd einzubürgern suchte. Diese Versuche seien aber stets gescheitert. In der Sitzung am 27. November 1862 sei eine Petition von Bewohnern des Augustthorbezirks zur Vorlage gekommen, worin gebeten wurde, dem Aegidienmarkte den Character eines Marktplatzes beizulegen und ihn dadurch lebensfähig zu machen, daß die Märkte vom Kohlmarkte dauernd dorthin verlegt würden und dem Hagenmarkte einer seiner Wochenmarktstage, der Dienstag, genommen würde. Bei den Verhandlungen über diese Petition habe sich die Versammlung entschieden dagegen ausgesprochen, sie habe sogar wegen des sehr entwickelten Verkehrs auf dem Hagenmarkte den Wunsch ausgesprochen, durch Erbauung einer Markthalle, dort für den Verkehr noch weiter gehende Erleichterungen zu schaffen und den Stadtmagistrat ersucht, dies in Ueberlegung zu ziehen. Später, am 8. December 1864, sei dann die »Neue Wochenmarkts-Ordnung«, welche jetzt aufgehoben werden solle, zur Vorlage gekommen und wiederholt habe die damalige Debatte den Beweis geliefert, daß die Wochenmarkts-Ordnung für gewisse Theile der Stadt von höchster Bedeutung sei. In der Sitzung am 8. Juli 1875 sei wiederum eine Magistratsvorlage besprochen, welche das Einverständniß der Versammlung beantragte, daß Wochenmärkte auf dem Aegidienmarkte Mittwoch und Sonnabend stattfinden könnten. Dieser Vorlage habe die Versammlung ohne Weiteres zugestimmt; sie sei von der Ansicht ausgegangen, daß man den Marktverkehr durchaus nicht hindern solle, sich auch in anderen als den bisherigen Stadttheilen zu entwickeln, wenn er dort lebensfähig sei, damit aber sei keineswegs von dem früher wiederholt ausgesprochenen Grundsatz zurückgetreten, daß nimmermehr einem neuen Platze, auf Kosten anderer Straßen und Plätze, Marktverkehr gewissermaßen zwangsweise dürfe eingeführt werden. Das sei der Standpunkt, den die Versammlung in dieser Frage stets eingenommen habe. —

Aus den Acten ergebe sich, daß Herzogliche Polizei-Direction schon länger mit der Idee umgegangen sei, einen Marktverkehr auf dem Aegidienmarkte künstlich ins Leben zu rufen; sie beziehe sich dabei auf die Verhandlungen der Versammlung vom 8. Juli 1875, wo diese, weil nichts Unbilliges gefordert war, ohne Weiteres zugestimmt hatte, daß dem bezüglichen Wunsche entsprochen werde, lasse dabei aber die früheren Verhandlungen und die Voraussetzung, unter denen diese Zustimmung erfolgt sei, ganz unberücksichtigt. Allerdings habe Herr Stadtrath Netemeyer die Herzogliche Polizei-Direction darauf hingewiesen, daß das betreffende Protokoll nicht das volle historische Material über die wegen der Wochenmärkte stattgehabten Verhandlungen enthielte und daß die Stadtverordneten-Versammlung wohl keineswegs geneigt sein würde, die Zustimmung dazu zu ertheilen, wenn auf irgend künstliche Weise auf dem

Negidienmärkte ein Wochenmarktsverkehr geschaffen werden solle. Nichts desto weniger beweise dieser Vorgang, daß bei der Vielseitigkeit der hinsichtlich des Marktverkehrs in Frage kommenden Interessen eine Mitwirkung der Versammlung bei Regelung desselben höchst wünschenswerth erscheine, wie solches denn auch der Stadtmagistrat in seiner Vorlage anerkenne.

Unter diesen Umständen und gestützt auf §. 46 der Städteordnung beantrage die Statuten-Commission, ohne die Rechtsfrage, ob die Genehmigung der Stadtverordneten in diesem Falle erforderlich sei, entscheiden zu wollen, zur neuvorgelegten Wochenmarktsordnung vorbehältlich weniger Abänderungen die Zustimmung zu ertheilen.

Zur Generaldebatte nimmt Niemand das Wort, der Herr Referent geht deshalb zu den einzelnen Paragraphen der Marktordnung über, welche, wenn Einwendungen nicht dagegen erhoben werden, vorbehältlich der Genehmigung im Ganzen, ohne Weiteres als genehmigt angesehen werden.

Der Eingang der Wochenmarktsordnung:

»Auf Grund der §. 69 und 149 der deutschen Gewerbe-Ordnung wird in Uebereinstimmung mit dem Stadtmagistrate nachstehende Wochenmarktsordnung für die Stadt Braunschweig erlassen«

wird mit der commissionsseitig vorgeschlagenen Aenderung genehmigt, daß an Stelle von »in Uebereinstimmung mit dem Stadtmagistrate« die Worte gesetzt werden »im Einverständniß mit den städtischen Behörden«.

§. 1 lautet: »Die Wochenmärkte in der Stadt Braunschweig finden, wie bisher, an allen Wochentagen mit Ausnahme des Montags und Freitags und zwar während der Monate vom 1. April bis zum 30. September von Morgens 6 Uhr bis Mittags 1 Uhr und während der Monate vom 1. October bis zum 31. März von Morgens 8 Uhr bis Mittags 1 Uhr statt.

Für den Fall, daß auf einen dieser Tage ein Feiertag fällt, findet der Markt Tags zuvor statt. Daneben ist der Markthandel mit Stroh, Heu, Kartoffeln, Holz und Torf auf den bisher dazu benutzten Plätzen und Straßen und an den jetzt üblichen Tagen gestattet; auch findet der Verkauf von grünem Gemüse auf den herkömmlichen und sonst von Herzoglicher Polizei-Direction dazu bestimmten Plätzen an jedem Wochentage innerhalb der gewöhnlichen Marktzeit statt.

Eine Stunde nach beendigtem Markte müssen die nicht verkauften Waaren und die benutzten Handelsgeräthschaften, sowie etwaige Abfälle von den zu Markte gebrachten Waaren durch jeden Verkäufer fortgeschafft sein.«

Auf Anregung des Herrn Semler, welcher nicht für richtig hält, daß dieser Paragraph zwei verschiedene Gegenstände behandelt, wird seitens des Herrn Heymann beantragt, den Passus im 2. Absätze von »Daneben« bis »Marktzeit statt« zu streichen, mit welcher Aenderung sich Herr Stadtrath Kettemeyer namens des Stadtmagistrats einverstanden erklärt.

Herr Günther spricht sich gegen diese Streichung aus, weil damit der Verkauf der benannten Waaren an den Markttagen überhaupt verboten wäre, was um so bedenklicher erscheine, als die Gewerbeordnung den Verkauf derselben gestatte.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß der Verkauf aller Roherzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft, wie die Gewerbeordnung sich ausdrücke, auch jetzt noch frei sei, während der Verkauf von der Concession abhängig gemacht sei. Es handle sich hier nur um die Platzfrage und es komme allein darauf an, ob Herzogliche Polizei-Direction auch gestatten werde, daß die betreffenden Verkäufer ihre Waaren mehrere Stunden lang auf ein und derselben Stelle bestimmter Straßen feilhalten dürfen. So könne doch z. B. nicht gestattet werden, daß ein Torfwagen Stunden lang in der Schuhstraße halte.

§. 1 wird sodann unter Berücksichtigung der von Herrn Heymann beantragten Aenderung angenommen.

§. 2 lautet: »Die allgemeinen Verkaufsplätze werden von der Polizei-Direction im Einvernehmen mit dem Stadtmagistrate bestimmt und durch die hiesigen Anzeigen zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Die einzelnen Verkaufsstellen werden in der bisher beobachteten Art nach der Anweisung des Marktmeisters befehrt, so daß willkürliche Veränderungen nicht stattfinden.

Das Verkaufen im Herumziehen zwischen den Marktreihen, gleichviel mit welchen Gegenständen, ist untersagt; es darf Jeder nur auf der ihm angewiesenen Verkaufsstelle feilbieten. Soweit möglich, hat der Marktmeister Anordnung zu treffen, daß auf den einzelnen Marktplätzen die Verkäufer einer und derselben Waarengattung beisammen seien.

Der Markthandel ist mit weiter keiner Abgabe belastet, als mit derjenigen, welche für die zum Handel überlassene Stelle entrichtet wird und einschließlich der dem Marktmeister zu zahlenden Anweisegebühr jährlich 5 Mk. 50 Pf. beträgt.

Dieses Stellgeld ist von allen denjenigen Verkäufern zu entrichten, welche den Markt der Regel nach besuchen und ihre Waaren daselbst feilbieten.

§. 2 wird mit den von der Commission empfohlenen Modificationen, nämlich im ersten Absätze die Worte »dem Stadtmagistrate« durch »den städtischen Behörden«, zu ersetzen, und im vorletzten Absätze die Worte von »einschließlich« bis »Anweisegebühr« fortzulassen, ohne Debatte genehmigt.

§. 3 giebt zu einer längeren Debatte Veranlassung. Derselbe lautet: »Gegenstände des Wochenmarktsverkehrs sind nur die im §. 66 der deutschen Gewerbeordnung bezeichneten, also:

- 1) rohe Naturerzeugnisse mit Ausschluß des größeren Viehes,
- 2) Fabrikate, deren Erzeugung mit der Land- und Forstwirthschaft, dem Garten- und Obstbau oder der Fischerei in unmittelbarer Verbindung steht

oder zu den Nebenbeschäftigungen der Landleute hiesiger Gegend gehört oder durch Tagelöhnerarbeit bewirkt wird, mit Ausschluß der geistigen Getränke,

3) frische Lebensmittel aller Art.«

Herr Wille spricht den Wunsch aus, §. 3 dahin zu erweitern, daß der Verkauf von Kurzwaaren, wie Schnürbändern, Zwirn u., welcher sich seit einer Reihe von Jahren auf dem Wochenmarkte eingebürgert habe und auch nach der Gewerbeordnung zulässig sei, auch für die Folge gestattet sei. Ihm seien kränkliche Leute bekannt, die sich durch solchen Handel ernährten und nicht anders ernähren könnten; diese würde man in große Noth und Verlegenheit bringen, wenn ihnen mit einem Male ihr Erwerbszweig genommen würde. Er schlage vor, die Bestimmung hinzuzufügen, daß Ortsangehörigen unter besonderen Umständen gestattet werde, auch andere in §. 3 nicht benannte Gegenstände feilzuhalten. Es liege alsdann in der Hand des Magistrats, Leuten, die vielleicht aus Gesundheitsrücksichten gezwungen sind, sich in dieser Weise ihren Lebensunterhalt zu verschaffen, Gelegenheit dazu zu geben.

Herr Semler fragt an, ob dringende Veranlassung vorliege, in dieser Beziehung eine Aenderung gegen früher eintreten zu lassen.

Herr Stadtrath Netemeyer hält die Einschaltung der von Herrn Wille vorgeschlagenen Bestimmung nicht für zulässig. Die Gestattung des Verkaufs weiterer Gegenstände würde vom Ermessen der zuständigen Verwaltungsbehörde, der Herzogl. Kreisdirection, abhängen. Was die fernere Zulassung von Industrie-Artikeln anlange, so habe sich dagegen im Laufe der Zeit, besonders seitens der Schutzgemeinschaft für Handel und Verkehr und des Bürgervereins, eine zum Theil energisch geführte Agitation geltend gemacht, wodurch der Stadtmagistrat sich veranlaßt gesehen habe, der Herzoglichen Polizei-Direction nur die Aufnahme solcher Gegenstände in das neue Regulativ zu empfehlen, welche ihrer Natur nach wirklich auf einen Wochenmarkt gehören. Herzogliche Polizei-Direction habe sich anfänglich nicht dafür entscheiden können, den Handel mit Industrie-Waaren vom Wochenmarkte auszuschließen, sie habe aber hinterher anerkannt, daß dieser Handel, namentlich da sich viele Fremde unter Feilhaltung schlechter Waaren daran betheiligen, allmählig einen Umfang angenommen habe, der schädigend auf die einheimischen Geschäfte einwirke. Der Wochenmarkt sei ja auch nur dazu vorhanden, daß man Gelegenheit habe, die für den täglichen Gebrauch erforderlichen rohen Naturerzeugnisse schnell und billig zu erlangen. Zum Einkauf von Industrie-Artikeln biete sich zu jeder Zeit und überall Gelegenheit. Daß es unter Umständen gewisse Härten in sich schließe, wenn man jetzt sofort den Verkauf von Industrie-Artikeln ausschließe, sei richtig; das Allgemeinwohl gehe aber vor und wolle man dieses im Auge haben, dann könne man sich an einzelne Fälle nicht stoßen.

Herr Rieke führt aus, daß ihm verschiedene kränkliche Leute bekannt seien,

die durch den Handel mit Industrie-Artikeln ihr tägliches Brot verdienten. Was sollten die anfangen, wenn ihnen dies mit einem Male verboten würde? Wenn man aber glaube, das Allgemeinwohl im Auge zu haben, indem man die hiesigen Händler mit Industriewaaren vor Concurrnz zu schützen suche, so komme Einem unwillkürlich die Frage, weshalb man denn nicht den übrigen Gewerbetreibenden einen gleichen Schutz angedeihen lasse? Wenn überhaupt etwas in dieser Richtung gethan werden solle, dann möge man den Zudrang der fremden Händler abwehren, aber nicht einheimischen kränklichen Leuten, die schon Jahre lang ihre Stelle auf dem Markte inne haben, ihren einzigen Erwerbszweig nehmen. Er wolle bei dieser Gelegenheit auf ein anderes beim hiesigen Marktverkehr immer mehr um sich greifendes Unwesen aufmerksam machen, das wirklich zum allgemeinen Wohl der Abhülfe bedürfte. Außer einigen geringwerthigen Gegenständen, wie Feldfrüchten u. s. w., könne man nämlich auf dem Markte für gewöhnlich nicht anders etwas bekommen, als daß man auch den Nutzen der Vorkäufer mit bezahle. Diese gingen den zu Markte kommenden Producenten schon auf weite Strecken Weges entgegen und rissen alles en gros an sich, wodurch selbstverständlich die Preise für die zum häuslichen Bedarf erforderlichen Gegenstände nicht unwesentlich in die Höhe getrieben würden. Wollte man z. B. Geflügel kaufen und stehe nicht sehr früh auf, um den Landleuten entgegenzugehen, dann sei man gezwungen, sich an die Wildhändler zu wenden und diesen unverhältnißmäßig hohe Preise zu zahlen. — Den an den Stadtmagistrat gerichteten Petitionen könne man nicht so ohne Weiteres beitreten. Jeder müsse sehen, wie er sich am besten nähre und darauf bedacht sei, daß er dem Gemeinwesen nicht zur Last falle und seine Steuern bezahlen könne.

Herr Winter: Der Kurzwaarenhandel sei erst seit einigen Jahren auf dem Markte an der Tagesordnung, anfänglich im kleineren, jetzt im größeren Maßstabe. Der Zweck der Wochenmärkte sei doch, den Stadtbewohnern die Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft leichter zugänglich zu machen, nicht aber umgekehrt den Landbewohnern Gelegenheit zu geben, dort Industrieartikel einkaufen zu können. Wochenmärkte und Krammärkte müßten von einander getrennt gehalten werden. Er stimme dafür, daß in Zukunft aller Handel mit Industrieartikeln von dem Marktverkehre zurückgewiesen werde. Man könne ja zur Vermeidung der Härten der Bestimmung sagen, der Verkauf sei noch bis zum Schlusse des Jahres gestattet, wodurch es den Betreffenden leicht gemacht werde, sich andere Erwerbszweige zu suchen. Unbedingt müsse aber danach gestrebt werden, daß den hiesigen Einwohnern durch auswärtige Händler nicht das Brot genommen werde.

Herr Nieß bedauert, daß eine derartige Bestimmung nicht schon früher getroffen sei, ehe die auswärtigen Händler sich hier festgesetzt hätten. Auch er sei der Ansicht, daß das Feilhalten von Industrie-Artikeln nicht auf den Wochenmarkt gehöre. Je mehr dies Unwesen, auf den Wochenmärkten Artikel feilzuhalten, die nicht dorthin

gehörten, zunehme, desto mehr würden die hier ansässigen Verkäufer geschädigt und desto mehr sei die Entwerthung solcher Häuser zu befürchten, welche Läden zum Verkauf derartiger Artikel enthalten. Noch im Laufe des Jahres den Handel mit Industrieartikeln auf dem Markte aufzuheben, gehe allerdings schon deshalb nicht an, weil die Betreffenden bereits ihr Stellgeld bezahlt hätten.

Herr Wilke erklärt, daß er bei seinem Vorschlage nur an hier ansässige Bewohner gedacht habe. Wenn gesagt werde, es würden durch den Handel auf dem Markte diejenigen Leute geschädigt, welche ihr Geschäft im Laden betreiben, so könne man darauf nichts geben. Wer hindere denn die auf dem Markte Ausstehenden, sich gleichfalls einen Laden zu miethen? Ueberhaupt wünsche er nicht, daß die Sache obligatorisch eingeführt werde, sondern nur, daß der Magistrat oder die zuständige Verwaltungsbehörde berechtigt sei, in diesem Falle Ausnahmen zu gestatten.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt, daß es nach der Gewerbeordnung nicht statthaft sein würde, den Handel mit Industrie-Artikeln nur auf Ortsangehörige zu beschränken. Der allmählig eingetretene Platzmangel sei auch das Motiv mit gewesen, weshalb man diesen Handel von den Wochenmärkten ausschließen wolle. Noch vor Kurzem hätten Leute darüber geklagt, daß ihnen die besseren Plätze auf dem Markte von den Händlern mit Industrie-Artikeln fast sämmtlich genommen würden und wenn das so fortgehe, würden diese Artikel bald die Hauptrolle auf dem Markte spielen und die anderen Gegenstände mit der Zeit völlig verdrängt werden.

Herrn Günther sind verschiedene Leute bekannt, die sich auf Grund der ihnen ertheilten Erlaubniß zum Handeln auf dem Markte einen nicht unbedeutenden Waarenvorrath angekauft haben, welchen sie natürlich bei sofortiger Aufhebung des Handels auf Lager behielten und wofür sie alsdann unbedingt entschädigt werden müßten. Seines Erachtens sei es unmöglich, die Erlaubniß mit einem Male aufzuheben. Man müsse wenigstens einen Termin setzen, oder man möge denjenigen, die jetzt einen Platz auf dem Markte innehaben, denselben auch fernerhin belassen, neue Ankömmlinge aber nicht mehr zulassen. Die Schädigung der verschiedenen hiesigen Industriellen sei auch wohl nicht so bedeutend. Wenn man bedenke, wie Viele durch die Zuchthausarbeit, durch das Korfschneiden der Feuerwehrleute und das vom Vereine gegen Bettel in's Leben gerufene Holzhacken geschädigt würden, so falle Einem auch jene Schädigung nicht grade schwer auf's Herz. Er schlage vor, gedachte Bestimmung dadurch etwas zu mildern, daß man einen Termin festsetze, bis zu welchem der Handel mit Industrie-Artikeln gestattet sei.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Es liege nicht in der Absicht, diejenigen, welche zur Zeit einen Platz auf dem Markte inne haben, sofort zurückzuweisen, und man habe deshalb auch in §. 10 den Termin des Inkrafttretens der neuen Wochenmarktsordnung noch offen gelassen. Andererseits sei es aber auch wieder nicht angängig,

denjenigen, welche zur Zeit zufälligerweise eine Stelle haben, diese auf Zeitlebens zu sichern und Neuhinzukommende abzuweisen.

Herr Heymann meint, daß man sich mit §. 3 eigentlich consequenterweise einverstanden erklären müsse, denn streng genommen sei derselbe nur eine Recapitulation dessen, was bereits im Reichsgesetze stehe. Da nun aber sehr wesentliche Bedenken vorgebracht seien bezüglich der Frage, ob sich die materielle Zulassung anderer Kategorien von Waaren auf den Wochenmärkten empfehle oder nicht, so möchte es wohl angemessen sein, zugleich bei Annahme des §. 3 das Ersuchen an den Magistrat zu richten, in dieser Beziehung nähere Ermittlungen anzustellen, die sich darauf zu erstrecken haben, ob es angezeigt erscheine, einen bezüglichen Antrag an die Herzogl. Kreisdirection zu stellen, und empfehle sich diese Form der Erledigung namentlich deshalb, weil man sich heute im Allgemeinen über sonst noch zuzulassende Erzeugnisse ausgesprochen habe, aber heute unmöglich schon ein Urtheil fällen könne, welche Erzeugnisse und in welchem Umfange noch zugelassen werden sollen. Mit Rücksicht hierauf und aus Billigkeitsrücksichten würde es sich empfehlen, den Termin des Inkrafttretens der neuen Marktordnung auf den 1. Januar 1885 festzusetzen. Redner beantragt: den Stadtmagistrat zu ersuchen, Ermittlungen darüber anzustellen, ob es angezeigt erscheine, in Gemäßheit des §. 66 letzter Absatz der Gewerbeordnung bei der Herzoglichen Kreisdirection die Zulassung fernerer Verkaufsgegenstände zu beantragen.

Herr Nieß kann sich nicht damit einverstanden erklären, daß die Wochenmärkte zu Trödelmärkten umgeschaffen werden. Diejenigen, welche sich zur Feilhaltung ihrer Waaren Häuser gekauft oder Läden gemiethet haben, könnten bei ihren großen Geschäftskosten mit den Verkäufern auf dem Markte, welche theilweise auch viel Schleuderwaare freihielten, nicht concurriren; die stehenden Geschäfte hätten im Vergleich zu den beweglichen doppelte Last. Dem Wunsche des Herrn Günther, wonach denjenigen, welche augenblicklich auf dem Markte eine Stelle innehaben, also durch Zufall in eine günstige Position gekommen, ein Privilegium auf Zeitlebens gegeben werden solle, könne man unmöglich stattgeben. Die von Herrn Günther angeregte Schädigung der Handwerker durch Zuchtthausarbeiten entziehe sich dem Gesichtskreise der Versammlung; sollte aber Herr Günther jemals Gelegenheit haben, einen in dieser Beziehung Abhülfe schaffenden Antrag einzubringen, so würde er Redner sicher auf seiner Seite finden.

Referent verliest die an den Magistrat ergangenen Petitionen des Bürgervereins und des Vorstandes der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe. Aus denselben sei zu ersehen, fügt Referent hinzu, daß die Ansichten der Herren Nieß und Winter auch von diesen Vereinen energisch vertreten würden. Der Magistrat werde damit einverstanden sein, daß die neue Marktordnung erst mit dem 1. Januar 1885 ins Leben trete.

Herr Semler befürwortet den Antrag des Herrn Heymann, zu dessen Gunsten Herr Wilke den seinigen zurückzieht.

Herr Stadtrath Ketemeyer bemerkt dagegen, daß die von Herrn Heymann gewünschten Ermittlungen vom Stadtmagistrate in der That bereits angestellt seien, und daß auf Grund derselben der Herzoglichen Polizei-Direction und den Stadtverordneten empfohlen sei, eine Ausschließung der Industrie-Artikel von den Wochenmärkten gutzuheißen. Daß jene Artikel bis jetzt noch zugelassen seien, habe seinen Grund darin, daß die alte Wochenmarktforderung nicht dagegen gewesen sei und man an derselben nicht habe rütteln wollen. Aber jetzt noch Ermittlungen anzustellen, habe seines Erachtens keinen rechten Zweck.

Nach einigen Bemerkungen des Herrn Winter, welcher den Handel mit Industrieartikeln auf dem Wochenmarke als einen Krebschaden für die hiesigen Geschäftsinhaber bezeichnet, gegen welchen diese sämmtlich Front machen müßten, und des Herrn Rieke, welcher es einer Lückenhaftigkeit der Gewerbeordnung zuschreibt, daß immer wieder neue Gesetze und Regulative erlassen werden müßten,

wird der Antrag des Herrn Heymann mit 14 gegen 5 Stimmen abgelehnt, und §. 3 unverändert genehmigt. Zugleich wird auch §. 10 mit der Terminbestimmung des Inkrafttretens der Marktforderung auf den 1. Januar 1885 angenommen.

§. 4 bestimmt: »Auf den hiesigen Wochenmärkten dürfen in Zukunft folgende Gegenstände nicht mehr mit Hohlmaßen gemessen, sondern nur nach Gewicht verkauft werden:

1. Getreide aller Art. 2. alle Mühlenfabrikate. 3. Brod. 4. Kartoffeln und Steckrüben. 5. Hülsenfrüchte, als Bohnen, Linsen, Erbsen u.
6. Weißkohl. 7. frisches oder gedörrtes Obst. 8. Butter. 9. Käse.

Geformte Butter darf nur in vollwichtigen Stücken von 1 Kilogramm, $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{8}$ Kilogramm feilgeboten oder verkauft werden.«

§. 4 wird mit der commissionsseitig beantragten Aenderung, die Worte »nicht mehr mit Hohlmaßen gemessen, sondern« fortfallen zu lassen, und unter Annahme eines Antrags des Herrn Semler, statt »1 Kilogramm, $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ oder $\frac{1}{8}$ Kilogramm« zu sagen: »1000 Gramm, 500 Gramm, 250 Gramm oder 125 Gramm« genehmigt.

Zu den übrigen Paragraphen sind weder seitens der Commission noch aus der Mitte der Versammlung Abänderungen vorzuschlagen.

Die Marktforderung wird darauf, wie sie aus der Berathung hervorgegangen, im Ganzen genehmigt.

Referent verliest sodann den Statutenentwurf, betreffend die Aufhebung der Wochenmarktforderung für die Stadt Braunschweig vom 27. Januar 1865.

Dem §. 2, welcher lautet: »der Tag, an welchem dieses Statut in Kraft tritt, wird durch den Stadtmagistrat mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums

bekannt gemacht« empfiehlt die Commission folgende Fassung zu geben: »Dieses Statut tritt mit dem 1. Januar 1885 in Kraft.«

Mit dieser Aenderung, welche auch vom Stadtmagistrate gebilligt wird, gelangt das Statut zur Annahme.

III. wird nach einem von Herrn Heymann namens der Statutencommission erstatteten Berichte dem bezüglichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 24. v. Mts. gemäß beschlossen, den Stadtmagistrat zur Aufnahme eines gegen denselben wegen vermeintlich ungerechtfertigter Heranziehung zur Einkommensteuer angestrebten Processes zu ermächtigen.

IV. Wie aus einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 2. d. Mts., über welches namens der vereinigten Statuten- und Baucommission Herr Reuter referirt, hervorgeht, hat sich bei Absteckung der unlängst festgestellten neuen Baulinie für die Fallersleberthorstwete ergeben, daß in Folge einer Unrichtigkeit in dem von dem verstorbenen Landesökonomie-Conducteur v. Holwede hergestellten Grundrisse der Feldmark Hagen, das Haus des Particuliers Ehrenhard auf dem der Versammlung damals vorgelegten Situationsplane um etwa 80 cm zu weit nach Osten gezeichnet war, also anders zur Baulinie liegt, als bei Feststellung derselben angenommen wurde. Die Durchführung der beschlossenen Baulinie würde zur Folge haben, daß von dem Wohnhause des Particuliers Ehrenhard jene 80 cm würden abgebrochen werden müssen und giebt der Stadtmagistrat im Einverständnisse mit demselben anheim, die Baulinie in soweit zu verlegen, daß jenes Wohnhaus die östliche Grenze derselben bildet und vorläufig erhalten bleibt.

Referent setzt den berichtigten Situationsplan in Umlauf und giebt namens der Commissionen die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Ohne Debatte wird der Antrag genehmigt.

Nachdem schließlich

V. Herr Reuter noch bezüglich einer von Bewohnern des Petri- und Wendenthordistricts an die Versammlung gerichteten Petition, betreffend die Beschleunigung der Ausführung der Straßen- und bezw. Brückenverbindung zwischen der Celler- und Hamburgerstraße, namens der Statutencommission berichtet, daß Herr Bürgermeister Rittmeyer in der Commissionsitzung mitgetheilt habe, ein Project jener Bauten, in Verbindung mit der Herstellung einer Secundairbahn, sei bereits an das Stadtbauamt abgegangen und werde in einer der nächsten Sitzungen zur Vorlage kommen,

erfolgt Schluß der öffentlichen Sitzung, welcher sich noch eine kurze vertrauliche zur Entgegennahme von Mittheilungen bezüglich der bevorstehenden Vorstehenden-Wahlen anschließt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 7. April 1884.

Öffentlich:

- I. Vorlage des Stadtmagistrats, betreffend die Wahl eines Armenpflegers.
 - II. Wahl der Vorstehenden.
-

Am Magistratsstische Herr Stadtrath Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den stellvertretenden Vorstehenden Herrn Kybik

I. berichtet Herr Luderßen namens der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 4. d. Mts., in welchem die Versammlung ersucht wird, einen Ersatzmann für den verstorbenen Armenpfleger Schürmann zu wählen.

Die Commission schlägt im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate und der Armandirection den Particulier Karl Wolff vor, welcher denn auch durch Acclamation gewählt wird.

II. Wegen Ausscheidens der beiden bisherigen Herren Vorstehenden Otto und Kybik aus der Stadtverordnetenversammlung ist die Wahl eines Vorstehenden und eines Stellvertreters desselben erforderlich.

Es wird zunächst zur Wahl eines Vorstehenden geschritten.

Von den abgegebenen 21 Stimmen vereinigen sich 14 auf Herrn Semler, je 2 erhalten die Herren Heymann und Wolff und je 1 die Herren Jasper und Luderßen; 1 Zettel ist unbeschrieben.

Herr Semler ist somit gewählt.

Bei der nun folgenden Wahl eines stellvertretenden Vorsitzenden entfallen von den abgegebenen 21 Stimmen 14 auf Herrn Lüberßen, 4 auf Herrn von Seckendorff und je 1 auf die Herren Reuter und Wolff; 1 Zettel ist unbeschrieben.

Herr Lüberßen ist danach gewählt.

Beide Herren nehmen die Wahl dankend an.

Herr Reuter sagt sodann dem ausscheidenden stellvertretenden Vorsitzenden für seine umsichtige und unparteiische Leitung in den Fällen, wo er zur Führung des Vorsitzes berufen war, namens der Versammlung Dank,

und zu Ehren des Herrn Rybik erheben sich die Anwesenden von den Sitzen.

Der Herr Vorsitzende dankt für diese Auszeichnung und spricht sein Bedauern darüber aus, daß seine jetzigen Dienstverhältnisse ihn ernstlich hinderten, noch fernerhin die Pflichten des Amtes eines Stadtverordneten so, wie es durchaus nothwendig sei und von ihm selbst gewünscht werden müsse, erfüllen und der Versammlung, der er mit Liebe und Eifer angehört habe, länger seine Zeit widmen zu können.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 8. Mai 1884.

Öffentlich:

I. Wahl eines Mitgliedes der Statutencommission

Vorlagen des Stadtmagistrats betreffend:

- II. Vorrichtung einer städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule,
- III. Miethvertrag über den Keller unter dem Schulgebäude am Prinzenwinkel,
- IV. Bau einer Fußgängerbrücke am Windmühlenberge,
- V. Statut wegen Krankenversicherung der Arbeiter,
- VI. Errichtung einer zweiten Klasse X. bei der städtischen höheren Mädchenschule,
- VII. Aufnahme eines gegen die Armen-direction angestregten Processes.

Entschuldigt die Herren Ding und Wolff. Am Magistratstische die Herren Overbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer und Grote; zeitweilig auch Herr Schuldirector Schaarschmidt.

Der Herr Vorsitzende Semler eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß er auf Grund eines früheren Beschlusses die Sr. Hoheit dem Herzoge seitens der städtischen Behörden übersandte Geburtstagsadresse namens der Versammlung mit unterzeichnet habe.

Es liegt ein Antrag des Herrn Günther vor:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Commissionsberichte in ihrem wesentlichen Inhalte durch Druck oder Hektographie u. vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung zugesandt werden.

Nach Genehmigung des Protokolles Nr. 3 und

I. nachdem der Herr Vorsitzende zum Mitgliede der Statutencommission an Stelle des ausgeschiedenen bisherigen Herrn Vorsitzenden, Wirkl. Geheimrath Otto, durch Acclamation gewählt ist,

II. berichtet Herr Ramdohr namens der Schulcommission über die Magistratsvorlage vom 16. März c., betreffend die Errichtung einer allgemeinen städtischen Fortbildungs- und Gewerbeschule.

Schon seit Jahren ist es Wunsch des Stadtmagistrats gewesen, eine allgemeine Fortbildungs- und Gewerbeschule zu gründen, in welcher die einzelnen Vereinschulen der hiesigen Stadt aufgehen sollten. Der Stadtmagistrat und die einzelnen Vereine versprechen sich von einer solchen Vereinigung wesentliche Vortheile, Sachverständige empfehlen ein derartiges Vorgehen warm und die Erfahrungen anderer Städte in dieser Beziehung berechtigen zu den besten Hoffnungen. Bei den jetzigen zahlreich bestehenden Schulen ist der Fall eingetreten, daß in Vorbildung und Beanlagung ganz verschiedene Schüler in einer Klasse haben unterrichtet werden müssen, wodurch naturgemäß der Unterricht zu leiden hat. Aber auch die Beschaffung der Lehrkräfte und Lehrmittel für die einzelnen Schulen erfordert zu große Opfer. Diese Uebelstände zu beseitigen hat schon lange Zeit den Magistrat und die betreffenden Vereine beschäftigt.

Der Kunstgewerbeverein hat nun den Stadtmagistrat ersucht, seine Zeichenschule in städtische Verwaltung zu übernehmen, und motivirt dieses Ersuchen damit, daß seine Schule an derjenigen Grenze der Entwicklung angekommen sei, über welche hinaus der Verein selbst nicht weiter wirken könne, wo seine Mittel erschöpft seien. Es fehle namentlich an Localitäten, und dieselben in einer Weise zu beschaffen, daß sie dem Zwecke ferner entsprechen würden, dazu reichten die dem Vereine zu Gebote stehenden Mittel nicht aus; auch könne er dies schon aus dem Grunde nicht für seine Aufgabe halten, als er eine so wichtige Einrichtung wie es eine solche Schule sei, nicht für genügend fundirt halte, wenn sie lediglich auf einen Verein mit dessen naturgemäß unsicheren Verhältnissen, mit den schwankenden Ansichten und Neigungen seiner Mitglieder, beruhe und auf denselben angewiesen sei. Der Verein hat der Stadt als Gegenleistung seine Vorbilderammlung und ein Capitel angeboten, dessen Höhe vorläufig als in minimo auf 30000 M. benannt ist, über welche aber nähere Vereinbarung vorbehalten wird. Das jetzige Vermögen des Kunstgewerbevereins besteht einmal in denjenigen 34000 M., welche ihm s. B. vom Gewerbevereine zur Fortführung der Gewerbeschule überwiesen sind, und dann in dem aus den Ueberschüssen der Kunstgewerblichen Ausstellung v. J. 1877 herrührenden Capitale von 31578 M., welches ihm mit der Bedingung überwiesen ist, es in erster Linie zum

Neubau einer Gewerbeschule zu verwenden. Da aber die Eventualität eines Neubaus für den Augenblick nicht in Frage steht, so muß die Verwendung dieses zweiten Capitals der Zukunft vorbehalten bleiben und hat sich deshalb der Magistrat darauf beschränkt, als Gegenleistung für Uebernahme der Schule das erste Capital von pp. 30 000 M und die zu 10 000 M veranschlagte Vorbilderammlung des Vereins zu nennen.

Bevor der Magistrat über seinen Antrag schlüssig geworden, hat er eine Commission, bestehend aus den Herren Bürgermeister Rittmeyer, Professor Körner, Director Krumme, Bankdirector von Seckendorff und Stadtrath Schöttler ernannt und dieselbe um ein Gutachten über die Angelegenheit ersucht. Die Schule des Kunstgewerbevereins besteht aus einer Fortbildungsschule, in welcher nur Zeichenunterricht erteilt wird, und einer eigentlichen Kunstschule. Die Commission ist nun anfänglich der Ansicht gewesen, daß es sich empfehlen werde, die beiden Abtheilungen der Kunstgewerbeschule zu trennen, die untere Abtheilung mit der bereits bestehenden städtischen Gewerbeschule zu vereinigen und durch Aufnahme weiterer Unterrichtszweige zu einer allgemeinen städtischen Fortbildungsschule umzugestalten, in welcher auch die Schulen des hiesigen Handwerkervereins und des hiesigen Baugewerkvereins Aufnahme finden könnten, und die Kunstgewerbliche Abtheilung in die Hand des Staats überzuleiten und mit der technischen Hochschule zu verbinden. Der Vorstand des Baugewerkvereins hat sich diesen Vorschlägen unbedingt angeschlossen, der Vorstand des Handwerkervereins wünscht dagegen seine Fachschule als selbstständige Schule des Vereins bestehen zu lassen, erklärt sich aber bereit, seine Fortbildungsschule mit der allgemeinen städtischen Fortbildungsschule zu vereinigen. Der Vorstand des Kunstgewerbevereins hat sich in seiner Majorität (mit 9 gegen 8 Stimmen) für die Vorschläge ausgesprochen, die Minorität hat dagegen beantragt, die Stadt zu ersuchen, die jetzige Schule des Kunstgewerbevereins ungetheilt zu übernehmen. Die Commission hat unter diesen Umständen, zumal mit Grund anzunehmen war, daß die Generalversammlung des Kunstgewerbevereins sich dem Antrage der Minorität zuwenden würde, es auch sehr zweifelhaft erscheint, ob die einer Vereinigung der Fachschule mit der technischen Hochschule sich entgegenstellenden Schwierigkeiten überwunden werden können, von einer weiteren Verfolgung ihrer Vorschläge Abstand genommen; sie spricht sich für die Errichtung einer allgemeinen städtischen Fortbildungsschule nach dem Muster anderer derartiger Schulen aus und schlägt vor, daß die jetzt bestehenden Fortbildungsschulen, als die städtische Gewerbeschule, die Zeichenschule des Kunstgewerbevereins und die Schulen des Handwerker- und Baugewerkvereins in der neu zu errichtenden allgemeinen Fortbildungs- und Gewerbeschule vereinigt werden möchten.

Den Stadtmagistrat ersucht nun die Versammlung, sich mit folgenden principiellen Vorschlägen einverstanden zu erklären:

- 1) Die hiesige Stadt übernimmt die jetzt bestehende Zeichenschule des hiesigen Kunstgewerbevereins in ihrem ganzen derzeitigen Umfange und tritt in die

mit den an dieser Schule beschäftigten Lehrern, sowie bezüglich der Ermiethung des Schullocales in dem Hause N. 14 an der Kuhstraße abgeschlossenen Verträge ein, wohingegen der Kunstgewerbeverein der hiesigen Stadt ein Capital von 30000 M und die zum Werthe von 10000 M berechnete Vorbilderammlung zu Eigenthum überweist.

- 2) Die hiesige Stadt errichtet eine allgemeine städtische Fortbildungs- und Gewerbeschule, in welcher für die Schüler der sämmtlichen, hieselbst bestehenden und mit einander zu vereinigenen Fortbildungsschulen der erforderliche Unterricht ertheilt wird. Diese Schule zerfällt in eine untere und eine obere Abtheilung.
- 3) Der Unterricht in beiden vorbezeichneten Abtheilungen wird theils in den Abendstunden der Wochentage, theils am Sonntag Vormittage ertheilt. Der für die Damenabtheilung in Aussicht genommene Unterricht findet in geeigneten Tagesstunden an den Wochentagen statt.

Als Unterrichtslocale dienen bis auf Weiteres die städtischen Bürgerschulen. Nur das decorative Malen und das Modelliren findet in einem ausschließlich für diese Lehrfächer bestimmten, einstweilen zu ermiethenden Locale statt. In letzterem würde auch die Tagesclassen und die Vorbilderammlung unterzubringen sein.

- 4) Die Leitung der Schule würde einem von den städtischen Behörden zu zu erwählenden Schulvorstande zu übertragen sein.
- 5) Für die Schule ist ein Statut auszuarbeiten und von den städtischen Behörden zu genehmigen, in welchem die auf die Organisation, die Leitung und den Besuch der Schule u. bezüglichlichen Bestimmungen aufzunehmen sind.
- 6) Die Kosten der Schule sind vorläufig auf 21500 M jährlich berechnet. Davon werden theils durch Schulgeld, theils durch die Zinsen des der Stadt zu überweisenden Capitals 5500 M gedeckt werden. Das Herzogliche Staatsministerium soll ersucht werden, zur Deckung des Restes der Kosten von 16000 M bis auf Weiteres einen festen jährlichen Zuschuß von 10000 M aus Staatsmitteln zu bewilligen, wogegen von der Stadt ein Zuschuß von 6000 M jährlich zu leisten bliebe.

Nachdem Referent hierauf die einschlägigen Schriftstücke verlesen hat, führt er ferner aus: Die Schulcommission habe die Angelegenheit eingehend berathen, namentlich sei die Frage auch erörtert worden, ob der Vorschlag der Majorität des Vorstandes des Kunstgewerbevereins noch Berücksichtigung verdiene. Die Commission habe zu diesem Zwecke eine Sitzung gehabt, welcher die Professoren Körner und Uhde, sowie die Schuldirectoren Schaarschmidt und Krumme beigewohnt hätten; allseitig sei man dort aber zu der Ansicht gekommen, daß dieser Plan aufgegeben werden müsse

und so habe denn auch die Commission einstimmig beschlossen, die Vorlage, wie sie der Magistrat eingebracht, zur Annahme zu empfehlen. Die Mitwirkung der Versammlung bei der Ausarbeitung des Statuts und der Wahl des Schulvorstandes stehe event. demnächst bevor. Was die finanzielle Seite anlange, so habe die Commission keine Bedenken gehabt, die Bewilligung der erforderlichen Mittel anheimzugeben. Die Commission hege nur den Wunsch, daß bei Ausarbeitung des Lehrplans und der Organisation möglichst Rücksicht auf die Sonntagsfeier genommen und soweit irgend thunlich, die Stunden während des Hauptgottesdienstes freigehalten werden möchten.

Herr Bürgermeister Rittmeyer entwirft zunächst ein Bild, wie man sich die zu gründende Schule gedacht habe. Dieselbe werde in zwei Hauptabtheilungen zerfallen, in die sog. Fortbildungs- oder Elementar-Abtheilung und in den Fachunterricht, welcher letztere wiederum in die Gruppe des Gewerbes und Handwerks und die des eigentlichen Kunstgewerbes zerfalle. Redner beschreibt sodann den in Aussicht genommenen Lehrplan und bemerkt bezüglich des Sonntagsunterrichts, daß dieser thunlichst, wenigstens während der Zeit des Gottesdienstes, vermieden werden solle. Ganz entbehren lasse sich der Sonntagsunterricht bei den Fortbildungs- und Gewerbeschulen nicht, wie auch der Cultusminister von Gösler im preussischen Abgeordnetenhaufe geäußert habe. Nach eingezogenen Erkundigungen werde fast in allen größeren Städten Deutschlands der Sonntag mit benutzt; nur in Dresden nicht, dort habe man aber die Einrichtung getroffen, daß die Lehrlinge den Mittwoch Nachmittag zum Schulbesuche frei haben.

Beziehentlich der finanziellen Frage bemerkt Redner, daß die in der Vorlage erwähnten 30000 M., welche der Kunstgewerbeverein an die Stadt zu zahlen habe, nur vorläufig als Minimum hingestellt und der Magistrat mit der Commission darin einverstanden sei, daß über die Höhe dieser Summe mit dem Kunstgewerbeverein noch verhandelt werden könne; der Kunstgewerbeverein werde wohl noch eine größere Summe verwilligen können, ohne anderen Verbindlichkeiten gegenüber in Verlegenheit zu kommen. Redner bittet, die beantragten Kosten zu verwilligen, zumal es sich ja nur um die unbedeutende Differenz zwischen 5200 M., welche die Stadt bislang jährlich bereits aufgewandt, und 6000 M., welche jetzt einzustellen sein würden, handle. Man dürfe sich allerdings nicht verhehlen, daß die Schule im Laufe der Zeit wohl noch größere Opfer in Anspruch nehmen würde, es werde dann aber auch die Landesregierung wohl eine offene Hand für diesen hochwichtigen Zweck haben, denn es handle sich um die Förderung des Gewerbes, um die Wohlfahrt der Gewerbetreibenden, und was die Versammlung in dieser Beziehung verwillige, könne als eine Ausaat betrachtet werden, die sicher gute Früchte trage.

Herr Winter hätte gewünscht, daß die Magistratsvorlage, welche in ihrer Tragweite nicht unwesentlich sei, der Versammlung bereits früher gedruckt oder autographirt vorgelegt oder wenigstens ein Exemplar derselben in der Registratur des Stadt-

magistrats für die Mitglieder der Versammlung ausgelegt gewesen wäre; aber weder diese noch irgend eine der anderen heute zur Berathung stehenden Vorlagen habe er in diesen Tagen in der Registratur des Stadtmagistrats einsehen können, obwohl die in der Versammlung zu beratenden Vorlagen der Geschäftsordnung gemäß zwei Tage vor der betreffenden Sitzung zur Einsicht bereit liegen sollen. — Wenn der Handwerkerverein seine Lehrlingschule abtreten, seine Fachschule aber für sich behalten wolle, dann würde aber auch die dem Vereine jährlich zufließende Subvention von 600—900 M zurückgezogen werden müssen, da die Lehrlingschule erst nach und nach eingerichtet sei und nur als eine Nebenschule bezeichnet werden könne. Wenn man die 1. Abtheilung eine Fachschule nenne, so sei das nicht richtig, die Realien würden auch dort immer die Hauptsache bilden und die würden in den Gewerbeschulen besser gelehrt als in der Handwerkerschule. Es müsse danach gesehen werden, daß der Handwerkerverein mit der ganzen Schule zutrete mit Ausnahme des Fachcursus für Zuschneiden u.

Der Herr Vorsikende bemerkt, daß er ins Künftige für eine rechtzeitige Auslegung der zur Berathung stehenden Vorlagen Sorge tragen werde.

Referent bittet, von allen Detailfragen Abstand zu nehmen, da es sich heute nur um das Princip handle, ob die Stadt eine Fortbildungs- und Gewerbeschule errichten solle oder nicht.

Herr Günther befürchtet, daß man bei der neu zu gründenden Schule vorwiegend das Interesse des Kunstgewerbevereins im Auge haben und das Hauptgewicht auf das Zeichnen legen werde. Sodann hält Redner im Interesse der Fortbildungsschule für wichtig, daß der Besuch derselben obligatorisch gemacht werde, denn die Leute wüßten zum Theil selbst nicht, was ihnen gut sei. Grade darin, daß die hiesigen Meister nicht gezwungen werden könnten, ihre Lehrlinge zur Fortbildungsschule zu schicken, liege der Fehler, daß die Gewerbeschulen hier nicht fortkommen könnten. Es müßte Strafe darauf gesetzt werden, wenn der Meister den Lehrling, wie das seines Wissens hier häufig der Fall sei, am Besuche der Gewerbeschule hindere. Ferner müsse man anzustreben suchen, daß die Unterrichtsstunden nicht des Abends abgehalten werden, sondern nach dem Beispiele Dresdens an irgend einem Nachmittage, weil die Schüler Abends meist so abgespannt seien, daß sie dem Unterrichte nicht mit der nöthigen Aufmerksamkeit folgen könnten.

Herr Schuldirector Scharschmidt bemerkt dem Herrn Vorredner gegenüber, daß in der neuzuorganisirenden Schule im Gegensatz zu den bisherigen Einrichtungen nicht ausschließlich im Zeichnen unterrichtet werden solle, sondern daß die allgemein bildenden Fächer, Deutsch, Rechnen und Schreiben in den mannigfachsten Abstufungen mit dem Zeichnen in Verbindung gebracht werden sollen; es sei das grade als ein dringendes Bedürfnis für die hiesigen Verhältnisse anerkannt. Die Zersplitterung, an der unsere bisherigen Fortbildungsschulen gelitten haben, sei Schuld daran, daß in dieser Beziehung verhältnißmäßig so wenig geleistet sei, und namentlich sei dies

der Fall in der städtischen Gewerbeschule, weil dort ausschließlich nur Lehrlinge, die vom Lande kommen, oder solche, die einen vollständigen Besuch in einer hiesigen städtischen Bürgerschule nicht absolviert haben, ihre Belehrung finden. Es solle grade mit Rücksicht genommen werden auf die Bildungsbedürfnisse der weiter vorgeschrittenen Lehrlinge und auch denjenigen, die eine hiesige Bürgerschule vollständig durchgemacht haben, in allgemeiner Bildungsrichtung noch Gelegenheit gegeben werden, zuzulernen. Das werde ein wesentlicher Fortschritt sein gegenüber den jetzigen Verhältnissen.

Die vom Herrn Vorredner in die Versammlung hinein gebrachte Frage, ob der Besuch der zu errichtenden Schule facultativ oder obligatorisch sein solle, sei im Schoße der Commission eingehend ventilirt, auch schon vor Jahren reiflich überlegt worden. Man sei aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß, wie die Verhältnisse heute liegen, die Einführung eines zwangsweisen Schulbesuchs nicht wohlgethan sei. Er sei in früheren Jahren selbst der Ansicht gewesen, daß das einzige Heil für Fortbildungsschulen nur in einem zwangsweisen Schulbesuche zu finden sei, nachdem er sich aber eingehender mit der Frage beschäftigt und namentlich verfolgt habe, wie die Fortbildungsschulen in Sachsen auf Grund des sächsischen Schulgesetzes sich gestaltet haben, habe er, wie viele Andere, die Ueberzeugung gewonnen, daß die Frage durchaus noch nicht ausgetragen sei. Die obligatorischen Fortbildungsschulen in Sachsen, speciell in den größeren Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz, haben mit derartigen Schwierigkeiten einestheils seitens der Meister, andernteils bezüglich der Zucht und Disciplin zu kämpfen, daß man sich in Lehrerkreisen der Ansicht zugewandt habe, man dürfe nicht ohne Weiteres in die Frage eintreten und müsse weitere Erfahrungen abwarten. Wenn in einer Fortbildungsschule Ausreichendes geboten werde, dann finde sich auch die nöthige Anzahl von Schülern von selbst. Gelange man erst allgemeiner zu der Ansicht, daß eine Fortbildungsschule obligatorisch sein müsse, dann könne man die Sache immer noch in ernste Erwägung nehmen. Bis jetzt machten sich mehr Stimmen gegen eine obligatorische Fortbildungsschule als dafür geltend. Er gestehe gern zu, daß mannichfache Uebelstände damit verbunden seien, wenn es in das Belieben der Meister oder Lehrlinge gestellt werde, ob letztere die Schule besuchen sollen oder nicht. Der Widerspruch der Meister, welcher ja hauptsächlich geltend gemacht werde, lasse sich aber auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung überwinden, da jeder Meister danach verpflichtet sei, seinem Lehrlinge die nöthige Zeit zum Unterrichte zu lassen. Außerdem werde, wenn eine derartige Anstalt von der allgemeinen Gunst der Bevölkerung getragen werde und sich innerhalb der Bevölkerung die Ansicht von dem Segen derselben erst geltend gemacht habe, niemand es wagen, seinem Lehrlinge die nöthige Zeit zum Schulbesuche zu versagen. Der Beweis hierfür werde von der hiesigen Handelsschule geführt.

Redner hält es gleichfalls für wünschenswerth, für die Fortbildungsschule eine andere Zeit zu wählen als gerade die Abendstunden. Er habe jahrelang die Fort-

bildungsschule an der Wilhelmstraße zu leiten gehabt und die Beobachtung gemacht, daß die jungen Leute müde zur Schule kamen und es großer Anstrengungen seitens der Lehrer bedurfte, die Regsamkeit der Schüler aufrecht zu erhalten. Vor der Hand lasse sich in dieser Beziehung aber weiter nichts thun, als daß man sich an den guten Willen der Meister und Gewerbetreibenden wende und diesen gegenüber den Wunsch ausspreche, daß die jungen Leute nicht unmittelbar von der Arbeit in die Schule geschickt werden möchten. Wenn dann in der Schule etwas Tüchtiges geboten werde, dann werde das Interesse der jungen Leute von selber gewahrt und gefördert und sie profitirten alsdann weit eher als wenn der Zwang dahinter stände. Redner bittet schließlich, heute nicht weiter auf diesen sehr heiklen Punkt einzugehen und dessen Gestaltung getrost der Zukunft zu überlassen, sondern die Magistratsvorlage unverändert anzunehmen, denn durch sie werde ein Wandel geschaffen, der die traurigen Verhältnisse, in denen sich jetzt das Fortbildungsschulwesen bezüglich der eigentlichen Schulfächer befinde, wirklich abstelle.

Herr Lüdersen ist der Ansicht, daß die städtischen Behörden einen zwangsweisen Schulbesuch nicht einführen könnten, es würde dies Sache der Gesetzgebung sein. Er stehe der Vorlage sympathisch gegenüber, halte aber dafür, die angeforderten Mittel nur unter der Voraussetzung zu bewilligen, daß der Staat auch den in Aussicht genommenen jährlichen Zuschuß zur Verfügung stelle.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bemerkt hierauf, daß nach an maßgebender Stelle eingezogener Erkundigung die Herzogliche Landesregierung durchaus nicht abgeneigt sei, höhere Beiträge als bisher zu bewilligen, und daß die heutige Vorlage nur unter der Voraussetzung eingebracht sei, daß staatsseitig jährlich 10000 M. bewilligt werden. Der Besuch der Kunstgewerbeschule sei nicht obligatorisch und steigere sich dennoch (wie Redner aus dem Berichte des Vereins für Förderung des Kunstgewerbes vom Jahre 1882/83 nachweist) von Jahr zu Jahr.

Die Magistratsvorschläge werden darauf unter der Voraussetzung, daß der Staat die in Aussicht genommenen Zuschüsse leistet, genehmigt.

III. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Telligmann namens der Finanzcommission erstatteten Berichte dem betreffenden Magistratschreiben vom 7. v. Mts. gemäß, sich mit der fernerweiten Vermietung des Kellers unter dem Schulgebäude am Prinzenwinkel an die Wittwe des Kaufmanns Hartmann vom 1. April d. J. an auf 5 Jahre, mithin bis zum 31. März 1889 zum Preise von 500 M. p. a. und unter den sonstigen im Schreiben näher bezeichneten Bedingungen einverstanden zu erklären.

Der der Tagesordnung nach hier folgende Gegenstand, provisorische Annahme eines Bautechnikers gegen Remuneration betreffend, ist vom Stadtmagistrate zurückgezogen.

Es folgt demnach,

IV. von Herrn Sievers erstattet, der Bericht der vereinigten Finanz- und Baucommission über das Magistratschreiben vom 21. v. Mts., die Herstellung einer hölzernen Fußgängerbrücke über die Dfer in der Verlängerung der Ottmerstraße betreffend.

Aus Anlaß eines Antrags des Stadtmagistrats auf Genehmigung der Erbauung einer eisernen Fußgängerbrücke an gedachter Stelle von 2,6 m Breite, veranschlagt zu 28000 M., hat die Versammlung in der Sitzung am 17. December v. J. beschlossen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, der Versammlung ein Project zur Erbauung einer eisernen Fußgängerbrücke von 4 m Breite, bei Einrichtung der nothwendigsten Fundamentirung (Pilotage und Ummauerung) in einer Weise, daß event. darauf später auch eine Brücke zur Aufnahme von leichtem Fuhrwerk hergerichtet werden könne, vorzulegen. Ein in dieser Beziehung von der städtischen Bauverwaltung eingezogenes Gutachten spricht sich entschieden dagegen aus und zwar aus technischen und finanziellen Gründen; es empfiehlt die Herstellung einer hölzernen 4 m breiten Fußgängerbrücke, welche 20 bis 25 Jahr halten und ausschließlich der Straßenbaukosten von 5000 M. etwa 14000 M. kosten würde. Obgleich sich nun der Magistrat früher für Herrichtung einer eisernen Fußgängerbrücke ausgesprochen, so glaubt er doch bei der veränderten Sachlage aus finanziellen Rücksichten der Ansicht der städtischen Bauverwaltung beitreten zu sollen und giebt anheim, sich mit der Erbauung einer 4 m breiten und 56 m langen hölzernen Fußgängerbrücke einverstanden zu erklären. Die größere Billigkeit derselben werde für den Fall, daß sich später das Bedürfniß nach einer Vollbrücke herausstellen sollte, die Ausführung eines solchen Baues wesentlich erleichtern.

Im Schoße der Commission ist man indeß zu der Ueberzeugung gelangt, daß es unter den obwaltenden Umständen richtiger sei, ein etwas größeres Opfer zu bringen und eine eiserne Fußgängerbrücke an jener Stelle zu erbauen. Es sei doch sehr fraglich, ob demnächst eine Vollbrücke dort erbaut werden würde und eine hölzerne Brücke würde zu der ganzen Umgebung grade kein angenehmes Bild bieten. Auch seien die Mehrkosten für eine eiserne Brücke verhältnißmäßig nicht sehr bedeutend. Herr Oberbürgermeister Pockels habe sich auch bereits dahin geäußert, daß der Magistrat sich mit Herstellung einer eisernen Fußgängerbrücke im Preise von etwa 40000 M. einverstanden erklären würde. Die Commission empfehle deshalb den Magistratsantrag abzulehnen und den Magistrat um Vorlegung eines Projects zur Herstellung einer 4 m breiten eisernen Fußgängerbrücke im veranschlagten Betrage von 40000 M. zu ersuchen.

Herr Schwarzenberg spricht sich aus Sparsamkeitsrücksichten für den Magistratsantrag aus,

wogegen Herr Reuter glaubt, daß man bei Herstellung einer eisernen Brücke weit eher dem Principe der Sparsamkeit folge, weil an den Bau einer Fahrbrücke

wohl so leicht nicht zu denken sei und also bald wieder auf die Beschaffung eines Provisoriums Bedacht genommen werden müsse. Eine eiserne Brücke würde der Umgebung besser entsprechen, auch sei es sehr zweifelhaft, ob Herzogliche Baudirection zu einer hölzernen Brücke wiederum die Genehmigung ertheilen werde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Der Magistrat habe allerdings immer auf dem Standpunkte gestanden, daß eine eiserne Brücke an jener Stelle passender sei, er habe aber geglaubt auf die bedeutende Preisdifferenz zwischen einer hölzernen und eisernen Brücke aufmerksam machen zu müssen. Redner erklärt sodann namens des Magistrats, daß dieser gegen die Erbauung einer eisernen Brücke von 4 m Breite für ca. 40000 M nichts einzuwenden habe; der Magistrat ersuche nur, die Angelegenheit dadurch zu fördern, daß die Finanz- und Baucommission zur Genehmigung des betr. Projectes ermächtigt werden.

Herr Munte bittet den Vorschlag der Commission anzunehmen; die veranschlagten Kosten scheinen ihm übrigens etwas hoch gegriffen zu sein.

Herr Wilke kann in der Herstellung einer Fußgängerbrücke in einer Weise, daß später eine Fahrbrücke daraus hergestellt werden kann, weder technische noch finanzielle Schwierigkeiten erblicken und verweist auf die von ihm in gleicher Weise erbaute Brücke am Bahnhofe.

Herr Rieß kann sich nicht für den Commissionsantrag aussprechen. Man möge sich entscheiden entweder für eine Holzbrücke als ferneres Provisorium oder aber für eine schmale eiserne Brücke mit so breitem Fundamente, daß sie später zur Fahrbrücke umgestaltet werden könne. Richte man nur schmale Fundamente her, dann werde jene Gegend für immer auf eine Fahrbrücke an dieser Stelle verzichten müssen und er glaube nicht, daß es richtig sei, einen neu sich aufthuenden Stadttheil in dieser Beziehung lahm zu legen.

Herr Riefe beharrt auf seinem schon früher eingenommenen Standpunkte, daß es am richtigsten sei, gleich von vornherein eine Fahrbrücke an jener Stelle zu erbauen und stellt einen diesbezüglichen Antrag.

Herr Reuter: Die Majorität der Commission sei der Meinung gewesen, die Erbauung einer Fahrbrücke liege in so weiter Ferne, daß man darauf verzichten müßte, jetzt schon Schritte zu ihrer Anbahnung zu thun. Die Herstellung einer Fahrbrücke würde nur dann einen Zweck haben, wenn damit zugleich ein neuer Eingang in die Stadt geschaffen würde, so daß man von der Brücke direct nach dem Aegidienmarke zu fahren könne; so lange aber die schmale Zwete dem Windmühlenberge gegenüber den directen Verkehr dort vermittele, würde eine Fahrbrücke völlig überflüssig sein; eine hölzerne Brücke passe aber, wie schon erwähnt, keineswegs zu der Umgebung.

Nachdem Herr Munte hervorgehoben, daß eine eiserne Brücke ihren Werth nicht verliere und später, wenn die Verhältnisse sich einmal ändern sollten, ersetzt werden könne, und

nachdem sich noch Herr Telligmann für den Commissionsantrag ausgesprochen hat,

wird zur Abstimmung geschritten,

wobei der Antrag des Herrn Rieke abgelehnt und beschlossen wird, den Stadtmagistrat um Vorlegung eines Projectes zur Herstellung einer 4 m breiten eisernen Fußgängerbrücke im veranschlagten Betrage von 40 000 M zu ersuchen und die vereinigte Finanz- und Baucommission zur Prüfung und Genehmigung des event. auszuarbeitenden Projectes zu ermächtigen.

V. berichtet Herr Lüderßen namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 8. d. Mts., die Krankenversicherung der Arbeiter betreffend.

Das mit dem 1. December d. J. in Kraft tretende Reichsgesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, hat an mehreren Stellen den Gemeinden das Recht eingeräumt, durch statutarische Vorschriften die gesetzlichen Bestimmungen abzuändern bzw. zu ergänzen. Dem Magistrat erscheint es angemessen, von dieser Befugniß in mehrfacher Beziehung Gebrauch zu machen und er legt einen bezüglichen Statutenentwurf zur Erklärung des Einverständnisses vor.

Zunächst gestattet §. 2 des Gesetzes, die Anwendung der Vorschriften des §. 1 des Gesetzes auf andere als die in letzterem bezeichneten Personenclassen zu erstrecken, und es hat die Handelskammer in Uebereinstimmung mit der Kaufmannscorporation beantragt, daß dies in Ansehung der Handlungsgehilfen (im Gegensatz zu den Handlungslehrlingen) geschehe, jedoch mit der Maßgabe, daß dem Versicherungszwange nur solche Handlungsgehilfen unterworfen werden, deren Verdienst $6\frac{2}{3}$ M für den Arbeitstag (2000 M p. a.) nicht übersteigt. Von einer weiteren Ausdehnung des Versicherungszwanges glaubt der Magistrat einstweilen und so lange Abstand nehmen zu sollen, bis sich die durch das Gesetz geschaffene völlig neue und in der Durchführung schwierige Einrichtung eingebürgert hat.

§. 1 des Statuts lautet demnach:

»Zu §. 2 des Reichsgesetzes. Die Anwendung der Vorschriften des §. 1 des Gesetzes wird erstreckt auf Handlungsgehilfen, deren Gehalt (§. 1 Abs. 3 des Gesetzes) $6\frac{2}{3}$ M für den Arbeitstag nicht übersteigt. Die Bestimmungen des Gesetzes über die Verpflichtung zur An- und Abmeldung sowie zur Einzahlung der Beiträge rücksichtlich solcher Personen, welche dem Versicherungszwange kraft Gesetzes unterliegen, sind auch bezüglich der Handlungsgehilfen maßgebend.«

Die Statutencommission ist mit §. 1 einverstanden. Referent verliest §. 1 des Gesetzes, geht die verschiedenen in Frage kommenden Arbeitercategorien durch und bemerkt, auch die Commission sei der Ansicht, daß man vor Einführung eines weiteren Versicherungszwanges erst die Resultate der noch vorzunehmenden Ermittlungen abwarten müsse.

Herr Sievers: In den verschiedenen über diese Angelegenheit stattgehabten

Versammlungen der Handelskammer und der Kaufmannschaftscorporation sei ziemlich einstimmig die Ansicht vertreten gewesen, daß eine Krankenversicherung unter den jungen Leuten ein großes Bedürfnis sei. Wie man dabei verfahren solle, darüber seien allerdings die Ansichten auseinander gegangen. Theilweise sei man der Ansicht gewesen, daß es sich empfehle, freie Hülfscaffen zu schaffen, in der Majorität aber, daß auf diese Weise keine ersprießlichen Resultate erzielt werden würden und etwas Segensreiches nur in einer zwangsweisen Versicherung zu erblicken sei, weil alsdann die Beiträge auf ein Minimum heruntergebracht werden könnten. Man sei aber von vornherein von der Voraussetzung ausgegangen, daß eine Ortskrankencasse für Kaufleute gebildet werden würde. Redner fragt beim Stadtmagistrat an, ob er gewillt sei, aus eigener Initiative zur Bildung einer derartigen Caffe zu schreiten. Nach §. 16 des Gesetzes seien die Gemeinden dazu berechtigt, nach §. 17 unter Umständen dazu verpflichtet. Es werde nun sehr schwer halten, die nöthige Anzahl der Betheiligten zur Einbringung eines Antrags zu bewegen, wodurch die Kreisdirection veranlaßt würde, dem Stadtmagistrate die Bildung einer Ortskrankencasse aufzugeben. Aus diesem Grunde und um die Sache rasch zu fördern und zu verhindern, daß durch die im Werke befindliche Agitation, welche die Handlungsgehilfen dazu bringen solle, sich mehr dem freien Hülfscaffenwesen zuzuwenden, der Ortskrankencasse eine große Anzahl leistungsfähiger Personen entzogen würde, bitte er den Magistrat, sich in dieser Beziehung zu äußern. Er hätte gern gesehen, daß man den jungen Leuten mit einer vollendeten Thatsache entgegentreten könnte, daß man ihnen durch ein fertiges Statut zeigte, wie sie sich bei Betheiligung an einer Ortskrankencasse ebenso gut stehen als bei Betheiligung an einer freien Hülfscaffe, dann würde eine Zersplitterung verhütet werden.

Herr Stadtrath Kete Meyer: Zum Beitritt zur Ortskrankencasse sei niemand zu zwingen; die Handlungsgehilfen könnten auch den freien Hülfscaffen beitreten, wenn letztere den Bestimmungen des Gesetzes Genüge leisteten bez. danach abgeändert würden. Der Magistrat werde aber, sobald Herzogl. Kreisdirection das vorliegende Statut genehmigt habe, sofort die Errichtung einer Ortskrankencasse für Kaufleute in die Hand nehmen, sofern die einzelnen Betheiligten sich nicht dagegen aussprächen.

Die Herren Kieke und Günther sprechen sich für freie Hülfscaffen aus, wobei letzterer bedauert, daß verschiedene Arbeitercategorien, wie die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, von der Versicherung ausgeschlossen seien.

Herr Stadtrath Kete Meyer: Der Magistrat stehe auf demselben Standpunkte, er wolle den betreffenden Personen die Vortheile des Gesetzes soweit wie möglich zugänglich machen. Man würde aber, wenn man die Versicherung auch auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter ausdehnte, diese sämmtlich in die Krankencasse hineinbekommen und das seien zu viel. Außerdem existire schon eine große Anzahl von Caffen, was auch den Magistrat bewogen habe, die Versicherungscasse nicht weiter auszudehnen. Der Magistrat werde die Sache aber im Auge behalten.

§. 1 wird darauf unverändert angenommen.

Von der durch §. 6 des Reichsgesetzes den Gemeinden eingeräumten Befugniß, in gewissen Fällen die Krankenunterstützung auf Gewährung freier ärztlicher Behandlung, Arznei u. zu beschränken, die Zahlung von Krankengeldern aber auszuschließen, glaubt der Magistrat im Interesse der Gemeindekranken-Versicherung Gebrauch machen zu sollen und zwar um so mehr, als die gleiche Vorschrift auch für Ortskrankencassen erlassen ist, auch gleiche oder ähnliche Bestimmungen in den meisten eingeschriebenen Hülfsassen enthalten sind.

§. 2 lautet hiernach:

»Zu §. 6 des Reichsgesetzes. Von der Gemeindekrankenversicherung wird bei Krankheiten, welche die Betheiligten sich vorsätzlich oder durch schuldhafte Betheiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschreitungen zugezogen haben, Krankengeld nicht gewährt. Personen, welche der Versicherungspflicht nicht unterliegen und freiwillig der Gemeindekrankenversicherung beitreten, erhalten erst nach Ablauf von 6 Wochen nach erfolgtem Beitritte Krankenunterstützung.

Die Commission empfiehlt den §. zur Annahme.

Herr Günther spricht sich dagegen aus, daß die Arbeiter in gewissen Krankheiten kein Krankengeld beziehen sollen. In früheren Krankencassen-Statuten habe man eine derartige Bestimmung nicht gehabt und die Statuten der Krankencassen der Buchdrucker und Cigarrenarbeiter enthielten sie auch jetzt nicht.

Nachdem Herr Stadtrath R e t e m e y e r nochmals die bei Aufstellung der gedachten Bestimmung maßgebend gewesenen Gründe beleuchtet hat wird §. 2 unverändert angenommen.

Hinsichtlich der Versicherungsbeiträge hält der Magistrat für empfehlenswerth, es bei dem gesetzlich fixirten Procentsatze ($1\frac{1}{2}\%$ des ortsüblichen Tagelohns, wovon $\frac{1}{3}$ auf den Arbeitgeber entfällt) bewenden zu lassen.

Nach §. 51 des Gesetzes sollen die Beiträge zur Gemeinde-Krankenversicherung im Voraus und zwar, wenn nicht durch Gemeindebeschluß andere Zahlungstermine festgesetzt sind, wöchentlich entrichtet werden. Behuf Vereinfachung des Rechnungs- und Cassenwesens hält der Magistrat die folgenden als §. 3 in das Statut aufgenommenen Bestimmungen für geboten:

»Zu §. 51 des Reichsgesetzes: Die Beiträge zur Gemeindekrankenversicherung sind in monatlichen Raten und zwar innerhalb der ersten acht Tage eines jeden Monats einzuzahlen; ihre Vorausbezahlung für einen längeren Zeitraum ist gestattet. Beginnt die Gemeindekrankenversicherung im Laufe eines Monats, so ist der auf diesen Monat entfallende, nach Verhältniß zu berechnende Beitrag innerhalb der nächsten acht Tage nach dem Beginne der Versicherung einzuzahlen. Der monatliche Beitrag besteht in dem 12. Theile der nach dem ortsüblichen Tagelohne der einzelnen

Klassen der Versicherten und unter Zugrundelegung von 300 Arbeitstagen berechneten gesammten Jahresbeiträge.«

Die Commission empfiehlt den §. zur Annahme.

Herr Günther hält die Bestimmung bezüglich des Jahresbeitrages für sehr bedenklich, da ein Arbeitgeber immer eine schwankende Anzahl von Arbeitern beschäftigen werde. Auch falle es dem Arbeiter leichter, seinen Beitrag wöchentlich mit 10 \mathcal{M} als monatlich mit 40 \mathcal{M} zu bezahlen.

Herr Stadtrath Ketemeyer: Der Jahresbeitrag, zu welchem der Meister $\frac{1}{3}$ beizutragen habe, werde nicht bei dem Arbeitgeber für dessen sämtliche Arbeiter festgestellt, sondern für die einzelnen Arbeiter je nach ihrem Verdienste. Was die Vorausbezahlung anlange, so brauche der Arbeiter seine Beiträge nicht aus der Tasche zu bezahlen, sondern dieselben würden bei den regelmäßigen Lohnzahlungen in gleichen Raten in Abzug gebracht. Es könne sich dabei nur um eine kleine Zinsdifferenz handeln, die der Arbeitgeber aber zu seiner eigenen Bequemlichkeit gern tragen werde.

Herr Rieke ist der Meinung, daß bei Annahme von 300 Arbeitstagen zu hoch gegriffen sei, bei den Bauhandwerkern könne man nur 20 Arbeitstage auf den Monat nehmen;

worauf Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet, daß das Gesetz 300 Arbeitstage angenommen habe, wenn weniger gearbeitet werde, dann komme die Bestimmung bezüglich der Gewerbslosigkeit in Frage.

Danach wird §. 3 des Statuts, wie vorgelegt, angenommen.

Zufolge der §§. 52 und 73 des Gesetzes kann statutarisch bestimmt werden, daß zur Gemeindefrankenversicherung sowie zu den Orts- und Innungsfrankencassen solche Arbeitgeber, in deren Betrieben Dampfkessel u. nicht verwendet werden und mehr als zwei dem Versicherungszwange unterliegende Personen nicht beschäftigt werden, Beiträge aus eigenen Mitteln nicht zahlen sollen. Die Vorstände der hiesigen größeren Innungen, zu einer Aeußerung hierüber aufgefordert, haben sich mit Ausnahme der Baugewerke-Innung, gegen den Erlass einer derartigen Vorschrift für die hiesige Stadt erklärt, weil sie fürchten, daß es Werkmeistern mit kleineren Betrieben alsdann noch schwerer werden würde, gute Arbeiter zu bekommen. Der Magistrat hat deshalb Anstand genommen, die fragliche Vorschrift ins Statut aufzunehmen. Die Commission ist damit einverstanden.

Endlich haben die Gemeinden noch zu bestimmen, ob und inwieweit die Vorschriften der §§. 49–53 des Gesetzes auf die Arbeiter der im §. 2 unter 1–6 aufgeführten Personen Anwendung finden sollen.

Der Magistrat hält es im Interesse einer geregelten Durchführung der für jene Personen statutarisch vorgeschriebenen Versicherung unerlässlich, ihre Arbeitgeber den

allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zu unterstellen und hat deshalb eine generelle Bestimmung als §. 4 in das Statut aufgenommen, welcher lautet:

»Zu §. 54 des Reichsgesetzes. Die Vorschriften der §§. 49—51, des §. 52 Absatz 1 und des §. 53 des Gesetzes finden auf die Arbeitgeber der daselbst in §. 2 unter 1—6 aufgeführten Personen Anwendung«.

Diese Bestimmung ist der Statutencommission nicht unbedenklich gewesen, weil darin ein Princip festgestellt werden soll auch für bestimmte Personencategorien, die vorläufig dem Zwange noch nicht unterliegen und bezüglich deren man nicht wissen und übersehen kann, ob die einzelnen zur Anwendung kommenden gesetzlichen Bestimmungen auch wirklich hier angewandt werden sollen. In den Verhandlungen der Commission sei auch betont worden, bemerkt Referent, daß man bei der großen Verschiedenheit der Industrien die Sache verschieden beurtheilen müsse. Die Commission habe deshalb Abstand genommen, der Ansicht des Magistrats, diesen Punkt gleichzeitig ein für allemal zu regeln, beizutreten und gebe anheim, diese Bestimmung für jetzt nur auf die dem Versicherungszwange Unterworfenen, nämlich die Handlungsgehilfen, in Anwendung zu bringen; der Unsicherheit der Verhältnisse wegen halte sie nicht für zweckmäßig, ein die Versammlung für die Zukunft bindendes Princip schon für alle Fälle festzustellen. Die spätere Heranziehung anderer Klassen bereite keine große Mühe, indem doch für jeden besonderen Fall ein neues Statut gemacht werden müsse. Die Commission schlage also vor, die allgemeine Bestimmung abzulehnen, sie nur in beschränkter Form anzunehmen und in §. 4 an Stelle von »daselbst in §. 2 unter 1—6 aufgeführten Personen« zu sagen »nach §. 1 dieses Statuts versicherten Handlungsgehilfen«.

Herr Stadtrath Netemeyer erklärt sich namens des Stadtmagistrats mit dieser Aenderung einverstanden, worauf §. 4 in der Fassung der Commission angenommen wird.

Darauf wird das ganze Statut, wie es aus der Berathung hervorgegangen, genehmigt.

VI. folgt, von Herrn Schwarzenberg erstattet, der Bericht der Schulcommission über die Magistratsvorlage vom 25. v. Mts., betr. die Errichtung einer zweiten Klasse X bei der städtischen höheren Mädchenschule.

Der Zubrang zur städtischen höheren Mädchenschule ist im gegenwärtigen Schuljahre so stark gewesen, daß 25 Kinder wegen Platzmangels haben zurückgewiesen werden müssen. Eine einstweilige Hinweisung der Eltern der zurückgewiesenen Kinder auf die städtische Mädchenschule ist nicht mehr angängig, da auch von dieser Schule bereits drei Klassen haben getheilt werden müssen, und die Lüttge-Harder'sche Schule wird zu Ostern k. J. aufgelöst werden, was voraussichtlich nicht nur einen alsbaldigen Ausbau der städtischen Mädchenschule in Doppelklassen, sondern auch einen

erhöhten Zubrang zur städtischen höheren Mädchenschule zur Folge haben wird. Augenblicklich handelt es sich nur um Beseitigung des Nothstandes der 10. Klasse durch Errichtung einer Parallelklasse und eine nothwendige Consequenz der Einrichtung solcher Parallelklasse ist die allmähliche Erweiterung der vorhandenen Schule zu einer doppelklassigen. Der Schulvorstand hat empfohlen, die Parallelklassen, wie beim Gymnasium, von Michaelis zu Michaelis laufen zu lassen und demgemäß beantragt, diese Parallelklasse zu Michaelis d. J. ins Leben zu rufen. Raum für diese Klasse ist im Erdgeschoße des vormaligen Stadtcassengebäudes vorhanden. Sollte aber zur Ermiethung eines Locals geschritten werden müssen, so würde der Kostenaufwand durch die eingehenden Schulgelder gedeckt werden können. Der Magistrat ersucht hiernach die Versammlung, sich mit der Errichtung einer zweiten Klasse X bei der höheren städtischen Mädchenschule zu Michaelis d. J. einverstanden zu erklären.

Referent führt dazu aus: Die Schulcommission habe sich in ihrer Majorität für den Magistratsantrag entschieden, die Minorität (allerdings nur von ihm, Referent, allein gebildet) habe dagegen dem Magistratsantrage aus folgenden Gründen nicht zustimmen können: Mit der Einrichtung einer 10. Parallelklasse werde, wie auch der Magistrat schon angedeutet habe, der Anfang zur Herstellung einer zweiten höheren Mädchenschule gemacht; es würde sich bald das Bedürfnis nach einer 9., dann nach einer 8., 7. u. s. w. Parallelklasse herausstellen, so daß man in Kurzem vor der Anforderung an ein neues Schulgebäude stehen würde. Die Stadt habe aber ohnehin schon sehr hohe Ausgaben für Schulzwecke zu machen, die in letzterer Zeit noch bedeutend gestiegen seien; es sei also wohl zu überlegen, ob man jetzt schon die Einrichtung einer zweiten höheren Mädchenschule anbahnen oder noch ein Jahr damit warten wolle. Im Jahre 1866 hätten diese Ausgaben betragen 45200 M, etwa 19,9 % der aufgetommenen Communalsteuern, 1876 = 155000 M etwa 33,6 % und 1884 = 334600 M etwa 45,5 % der Communalsteuern. Die Stadt sei gesetzlich verpflichtet, für die Gemeindeschulen zu sorgen, nicht aber für höhere Schulen. Zur Befriedigung der den verschiedenen Ständen der Einwohnerschaft eigenthümlichen Bildungsbedürfnisse seien Privatschulen (von Lüttge-Parde, Morich, Tolle) vorhanden. In Hamburg habe man nur Privatschulen. Die Einrichtung der beiden höheren Mädchenschulen hätten den Privatanstalten schon bedeutenden Schaden zugefügt (Referent weist solches durch Angabe der Frequenzzahlen der Lüttge'schen Schule aus den Jahren 1857 bis 1884 nach). Die Erweiterung der höheren Mädchenschule werde dahin führen, daß die Privatschulen unterdrückt werden, sie haben nicht die Mittel, welche den städtischen Schulen die Zuschüsse der Stadt bieten. Mancher ziehe aber die Privatschulen vor, weil die Ziele dort nicht so hoch gesteckt seien, weil er den Klagen wegen Ueberbürdung, welche von den Aerzten neuerdings vielfach erhoben, zustimme oder weil er annehmen zu können glaube, daß dort für das spätere Leben und den Beruf einer Hausfrau unnöthige, zu sehr in's Detail eingehende Lehrgegenstände nicht so bevorzugt würden. Auch

sei nicht zu verkennen, daß in Privatschulen mehr auf die Individualität der Schüler Rücksicht genommen werden könne. Man sollte daher die Privatschulen zu halten suchen. Nach Redners persönlicher Ansicht empfehle es sich, den Magistratsantrag abzulehnen, da im Hinblick auf die vorhandenen Privatschulen ein dringendes Bedürfnis zur Errichtung einer 10. Parallelklasse nicht vorliege.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Die städtischen Behörden haben i. J. 1863 die Regelung des höheren Mädchen-Schulwesens, welches bis dahin der Privatindustrie überlassen war, für eine Aufgabe der Stadt erklärt, und die städtische höhere Mädchenschule eingerichtet, räumlich in einem Umfange, der den jederzeitigen Verhältnissen vollständig, ja überreiche Rechnung trug. Wenn nun in den heutigen veränderten Verhältnissen, namentlich in Folge starker Vermehrung der Bevölkerung diese Schule räumlich nicht mehr ausreiche und der Magistrat mit Rücksicht darauf den Antrag stelle, vorläufig zur Deckung des augenblicklichen Bedürfnisses zur untersten Stufe eine Parallelklasse zu errichten und damit zugleich die Eventualität eines vollständigen Ausbaues einer Doppelschule in Aussicht nehme, so sei dies lediglich eine Konsequenz des Beschlusses der städtischen Behörden, wodurch die städtische höhere Mädchenschule als selbstständige Anstalt in den Organismus unseres Schulwesens eingefügt ist und solche Konsequenz habe nicht allein der Magistrat sondern auch die Versammlung schon wiederholt als richtig anerkannt. So habe die Versammlung die Einrichtung von Parallelklassen für die Realschule wie für die städtische Mädchenschule bereits ohne Weiteres genehmigt. Nachdem Redner sich noch des Näheren über die Bedürfnisfrage ausgesprochen und dabei betont hat, daß es durchaus keine angenehme Aufgabe sei, die Eltern der zurückgewiesenen Kinder zu beschwichtigen, da sie alle mit Recht gleiche Berücksichtigung verlangen könnten, bemerkt er dem Herrn Referenten gegenüber, daß die Ausgaben für Schulzwecke allerdings eine ganz beträchtliche Höhe erreicht hätten, daß aber dessen procentuale Angaben vom letzten Jahre — sämtliche von demselben angeführten Zahlen könne er ja selbstverständlich augenblicklich nicht prüfen — doch etwas zu hoch gegriffen seien. Seines Wissens seien im letzten Jahre nicht 45,5 % sondern nur 40 % vom Einkommen aus den Communalsteuern für Schulzwecke ausgegeben worden. Außerdem dürfe man bei einer derartigen procentualen Berechnung nicht nur die Einnahmen der Stadt aus den Communalsteuern, sondern müsse sämtliche Einnahmen der Stadt zu Grunde legen, und dann ergäben sich nur 31 %. Aber grade ein Hinweis auf die Communalsteuern führe darauf, daß jeder Steuerzahlende ein gleiches Recht auf Berücksichtigung habe, daß jedem die Möglichkeit geboten werden müsse, von den städtischen Schulen je nach Belieben Gebrauch machen zu können. Es sei nicht gleichgültig, ob man dem Einen die Aufnahme seines Kindes zusage, dem Andern aber verweigere. Was die Lüttge'sche Schule anlange, so werde diese allerdings eingehen, aber nicht aus dem Grunde, weil der Schulvorstand eine Erweiterung der höheren Mädchenschule zu beantragen beabsichtigt habe, sondern weil

es überhaupt jetzt ungünstige Zeitverhältnisse für Privatschulen seien und auch, weil ihr die 1880 eingerichtete städtische Mädchenschule zu sehr Abbruch gethan habe.

Herr Nieß bittet den Magistratsantrag anzunehmen, so leid es ihm thue, wenn ein tüchtiges Privatinstitut vielleicht dadurch geschädigt werde.

Herr Winter: Den städtischen Behörden liege es selbstverständlich fern, die Privatinstitute zu unterdrücken, sie könnten sich aber ebensowenig derselben auf Kosten der Stadt besonders annehmen. Uebrigens könnte man nach dem Beispiele anderer Städte bei der Aufnahme erst die Kinder hiesiger Bürger berücksichtigen, und auswärtige zurückstellen lassen. Ferner würde es sich bei Bemessung des Schulgeldes empfehlen, von hiesigen Bürgern den normalen Satz, von Nichtbürgern oder auswärtigen Eltern aber ein höheres Schulgeld zu fordern. Es gebe unter den hiesigen Einwohnern immer einige, die sich um das Bürgerwerden »herumzudrücken« suchten.

Referent meint, daß es auch wieder Vieles gegen sich haben werde, von Auswärtigen ein höheres Schulgeld zu verlangen, eine allgemeine Erhöhung aber desselben für die höhere Mädchenschule ihm unbedenklich erscheine. Er habe seine Ansicht hauptsächlich deshalb zur Sprache bringen wollen, damit die Versammlung sich völlig klar darüber sei, daß sie, wenn sie ihre Zustimmung zur Einrichtung einer 10. Parallellasse gebe, auch damit zugleich die zweite höhere Mädchenschule genehmige.

Herr Munte: Wenn das Bedürfnis vorhanden sei, dann müsse auch die Parallellasse errichtet werden. Es frage sich nur, ob das Bedürfnis allein durch die Zunahme der hiesigen Bevölkerung oder durch den Zubrang Auswärtiger entstanden sei. Im letzteren Falle würde er gleich dem Herrn Referenten gegen den Magistratsantrag stimmen, denn die Stadt sei nicht verpflichtet, ein Gymnasium für die Töchter des Landes zu schaffen. Er bitte den Magistrat um Auskunft, ob Kinder Auswärtiger nicht mehr aufgenommen würden.

Herr Oberbürgermeister Pockels entgegnet darauf, daß auswärtige Kinder schon seit mehreren Jahren nicht mehr aufgenommen würden, es sei denn, daß sie sich bei hiesigen Familien in Kost und Pflege befinden. Nach den Statuten haben nicht nur die Eltern sondern auch hiesige Pflegeeltern das Recht, soweit der Raum reicht, die Kinder in die höhere Mädchenschule zu schicken. Fremde, auswärtige Kinder seien überhaupt nicht in der Schule. Die Zahl der Pflegekinder betrage etwa 20 unter 350 bis 380 Schülerinnen. In der Realschule seien allerdings mehr auswärtige Knaben untergebracht und der übermäßige Andrang auswärtiger Kinder habe den Schulvorstand veranlaßt, den Director Krumme zur Vorbereitung einer Vorlage aufzufordern, wonach nicht communalsteuerpflichtige Eltern ein höheres Schulgeld zu bezahlen haben als die Steuerzahlenden. In dieser Eigenschaft müsse denn auch event. der Unterschied gemacht werden, nicht darin, ob Jemand Bürger sei oder nicht, das werde sich schwerlich rechtlich durchführen lassen.

Herr Günther: Seiner Ansicht nach sollte die Gemeinde überhaupt nur eine Schule unterhalten, in welche Jeder seine Kinder schicken könnte. Wem diese dann nicht genüge, wer Englisch und Französisch von einer Schule verlange, der möge sich an Privatanstalten wenden, wenn es seine Mittel erlaubten. Herrn Winter gegenüber bemerkt Redner, daß es sehr ungerecht wäre, wenn man Auswärtigen und Nichtbürgern mehr Schulgeld abnehmen wollte als hiesigen Bürgern. Das ganze Bürgerwerden habe ja überhaupt keinen rechten Sinn mehr; das Stimmrecht sei ziemlich das Einzige, was der Bürger dem Nichtbürger gegenüber voraus habe; es werde aber noch die Zeit kommen, wo jeder Communalsteuer-Zahlende das Recht zum Stimmen habe.

Herr Reuter spricht sich für die Errichtung der Parallelclasse aus, fügt aber hinzu, daß er damit noch keineswegs das Bedürfnis für eine zweite höhere Mädchenschule anerkenne. Trete späterhin die absolute Nothwendigkeit dafür ein, dann werde er allerdings auch dafür stimmen.

Nach einem kurzen Schlußworte des Herrn Referenten

wird zur Abstimmung geschritten, welche die Annahme des Magistratsantrags ergibt.

Endlich

VII. trägt Herr Heymann als Referent der Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 6. d. Mts. Folgendes vor: Der Tischler Hermann Engelhardt hat von der Armendirection, welche die Sterbegelber seines verstorbenen, in der Braunschweigischen Beerdigungscasse versichert gewesenen Vaters, des Arbeiters Heinrich Engelhardt, eines recipirten Armen, zur theilweisen Deckung der aufgewandten Unterstützungsgelder eingezogen hat, die Herausgabe von 50 M von den gedachten Sterbegeldern als Ersatz für aufgewandte Begräbniskosten verlangt. Die Armendirection hat sich nur zur Zahlung von 20 M bereit erklärt, weil eine von ihr veranlaßte Beerdigung nur 13 M 65 S gekostet haben würde. Engelhardt hat nun Klage gegen die Armendirection, gerichtet auf Zahlung von 50 M, erhoben und giebt der Magistrat, da er die Klage für unbegründet hält und der Konsequenzen wegen für geboten erachtet, daß die streitige Frage gerichtlich entschieden werde, anheim, zur Aufnahme des Processus die Zustimmung zu ertheilen.

Herr Rieke erklärt sich der Geringfügigkeit des streitigen Objects wegen gegen eine Proceßführung,

wogegen Herr Stadtrath Ketemeyer unter nochmaliger Darlegung der Gründe des Stadtmagistrats anheim giebt, aus principieellen Rücksichten die Ermächtigung zur Proceßführung zu ertheilen.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

Der vorgerückten Zeit wegen werden die folgenden 3 noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte, sowie die Motivirung des eingangs erwähnten selbstständigen Antrags des Herrn Günther, von der heutigen Berathung abgesetzt.

Schluß der Sitzung 8 $\frac{1}{4}$ Uhr.

1884.

(Fortsetzung der Beilage zu N. 137 de 1884
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N. 7.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 5. Juni 1884.

Öffentlich:

- I. Wahl eines Mitgliedes der Finanzcommission.
- Vorlagen des Stadtmagistrats:
- II. Abänderung der neuen Wochenmarktsordnung.
III. Deckung des Deficits der Armencaße aus 1883.
IV. Ankauf der Civilbadeanstalt.
V. Abänderung des Statuts über Bierdruckleitungen.
VI. Neues Project zur Verbreiterung der Kleinen Burg.
VII. Nachträgliche Verwilligung von Mehrkosten des Erweiterungbaues der Schule an der Sidonienstraße.
VIII. Zustimmung zur Anstellung einer Klage.
IX. Aufnahme eines Processes über den Bornemann'schen Nachlaß.
X. Abänderung des Ortsbauplanes vor dem Steinhore.
XI. Entlassung eines Grundstücks aus dem Hypothekverbande.
XII. Verwilligung von Kosten der Straßensprengung.
XIII. Nachverwilligung von Kosten der Einrichtung des Feuerlöschgebäudes.
XIV. Ankauf von Straßenterrain an der Juliusstraße.
XV. Selbstständiger Antrag des Herrn Günther, betreffend die Vervielfältigung der Commissionsberichte.

Vertraulich:

- Gemeinschaftliche Sitzung des Stadt-Magistrats und der Stadtverordneten.
Wahl der Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen.
Sitzung der Stadtverordneten.
Steuerreklamationen. (Verzeichniß V von 1883.)

Entschuldigt die Herren Jasper, Meyer, Wilke und Zellgmann. Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie die Herren Stadträthe Haake, Ketemeyer und Grote.

Nach Eröffnung der Sitzung

theilt der Herr Vorsitzende mit, daß nach einer Anzeige des Stadtmagistrats vom 17. bez. 20. v. Mts. an Stelle der ausgeschiedenen Herren Wirkl. Geheimrath Otto und Finanzdirector Kybik die Herren Kaufmann Buchler und Kaufmann Natalis, ersterer bis zum Ablauf des Jahrs 1884, letzterer bis zum Ablauf des Jahrs 1888, zu Stadtverordneten gewählt worden sind.

Der Herr Vorsitzende heißt die neuzuzugetretenen Mitglieder willkommen und spricht dabei den Wunsch aus, daß ihre gemeinsame Thätigkeit, gestützt auf reiche Lebens- erfahrung, zum Wohle der Versammlung und zum Heile unserer Vaterstadt gereichen möge!

Eine vom Schauspieler Hermann Bartels beim Stadtmagistrate eingegangene, in unpassendem Tone gehaltene Steuerreklamation wird br. m. an den Stadtmagistrat zurückgegeben, da nach Ansicht der Versammlung keine Veranlassung zu einem Vorgehen gegen Bartels vorliegt.

Die Protolle 4 und 5 werden genehmigt, ersteres unter Berichtigung eines Druckfehlers auf Seite 43, wo es S. 9 v. o. statt »politische Rücksichten« heißen muß »polizeiliche Rücksichten«.

I. Zum Mitgliede der Finanzcommission wird Herr Natalis an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Kybik gewählt.

Darauf folgt

II. von Herrn Heymann erstattet, der Bericht der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 28. April c., die neue Wochenmarktsordnung betreffend.

In der Sitzung am 3. April c. hat die Versammlung den ihr vorgelegten Entwurf einer neuen Wochenmarktsordnung mit einigen Modificationen genehmigt, welche auch der Magistrat gutgeheißen hat. Die Herzogliche Polizeidirection hat sich dagegen mit zwei Abänderungen, nämlich in der Einleitung und im §. 2 statt einfach des Stadtmagistrats auch der Stadtverordnetenversammlung Erwähnung zu thun und an Stelle von »im Einvernehmen mit dem Stadtmagistrate« zu setzen »im Einvernehmen mit den städtischen Behörden« nicht einverstanden erklärt, weil sie der Ansicht ist, daß die Stadtverordnetenversammlung die Genehmigung zu einer Wochenmarktsordnung überhaupt nicht zu ertheilen habe, deren Erwähnung also auch nicht in's Reglement gehöre. Der Stadtmagistrat giebt unter diesen Umständen anheim, beide Aenderungen fallen zu lassen, bemerkt aber dabei, daß er, wie er die Zustimmung zum Erlaß eingeholt habe, auch etwaigen Abänderungen, so lange nicht die jetzt maßgebenden gesetzlichen Vorschriften geändert würden, und auch einer etwaigen Verlegung der jetzigen Verkaufsplätze ohne Einwilligung der Versammlung nicht zustimmen würde.

Referent führt dazu aus: Nach §. 69 der Reichsgewerbeordnung könne eine Wochenmarktsordnung erlassen werden von der Ortspolizeibehörde im Einverständnisse mit der Gemeindebehörde. Es sei nun zweifelhaft, ob unter Gemeindebehörde nur der Magistrat oder die städtischen Behörden zu verstehen seien. Die Herzogliche Polizeidirection hege erstere Ansicht und habe diese auch eingehend motivirt, der Stadtmagistrat sei zweifelhaft gewesen und habe die Sache damals der Versammlung zur Entscheidung gestellt. Diese habe ebenfalls die Sache für zweifelhaft erachtet und es danach, um jeden möglichen Zweifel an der formellen Gültigkeit der Wochenmarktsordnung zu beseitigen, für consequent gehalten, die fragliche Aenderung in der Einleitung zu treffen. Unter den obwaltenden Umständen gebe nun die Commission mit Rücksicht darauf, daß die Genehmigung thatsächlich ertheilt sei und die Versammlung durch die Erklärung des Magistrats, ohne Wissen der Versammlung keine Aenderungen vornehmen zu wollen, gegen Abänderungen wider ihren Willen genügend gesichert sei, anheim, die Modification zu der Einleitung fallen zu lassen. Was die zu §. 2 beschlossene Aenderung anlange, so meine die Commission, daß kein Grund vorliege, von dem früheren Beschlusse abzugehen. Dieser Punkt habe mit der angeregten Rechtsfrage nichts zu thun, es handle sich hier nicht um das Zustandekommen der Wochenmarktsordnung, sondern um eine materielle Bestimmung der Wochenmarktsordnung selbst, die ganz abgesehen von der Rechtsgültigkeit aus Zweckmäßigkeitsgründen erlassen sei. Es liege also durchaus kein Grund vor, welcher Herzogliche Polizeidirection veranlassen könne, die Aufnahme jener Aenderung zu verweigern; eine derartige Weigerung würde sich nicht rechtfertigen lassen, und zwar um so weniger, als auch nach der bisherigen Wochenmarktsordnung die Feststellung der Verkaufsplätze (hierum handele es sich gerade) nur mit Genehmigung der Stadtverordneten zulässig sei. Es liege hier eine wichtige materielle Frage vor, für welche sich innerhalb der Versammlung immer ein lebhaftes Interesse kundgegeben habe und halte es die Statutencommission nicht für angezeigt, in dieser Beziehung ohne materiellen und formellen Grund den früheren Beschluß aufzugeben. Die Commission gebe also anheim, sich für Beibehaltung der zu §. 2 beschlossenen Aenderung auszusprechen.

Ohne Debatte tritt die Versammlung den Commissionsanträgen bei.

III. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Berichte, dem bezüglichlichen Marginalschreiben des Stadtmagistrats vom 1. v. Mts. entsprechend, zur Deckung des Deficits der Armeencasse aus dem Jahre 1883 die Summe von 7446,54 M aus dem Dispositionsfonds der Stadtcasse pro 1883 nachzubewilligen.

IV. Der verstorbene Bademeister Gellerhöf hat mit dem Stadtmagistrate i. J. 1862 einen Vertrag abgeschlossen, zufolge dessen er das Inventar der ihm von der

Landesregierung widerruflich zur Verwaltung und Nutzung übergebenen, vor dem Augustthore belegenen Civilbadeanstalt der Stadt übertragen hat mit der Einschränkung jedoch, daß die Nutzung desselben durch die Stadt erst nach dem Tode des Schenkers und seiner Ehefrau beginnen und der alsdann erzielte Reingewinn zu bestimmten milden Zwecken verwandt werden solle. Im Jahre 1870 ist die Badeanstalt an den Bademeister Mylius für 1880 M verpachtet, und wird, nachdem Gellertshof im vorigen Jahre verstorbenen, die Pacht an dessen Wittve gezahlt. Dieses eigenthümliche Rechtsverhältniß und der Umstand, daß der jetzige Pächter das Bauinventar auf eigene Kosten zu erhalten hat, sind die Ursache, daß in letzterer Zeit größere Aufwendungen auf die Anstalt nicht gemacht sind, und ist eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes nach Ansicht des Magistrats nur durch eine Aenderung der Rechtsverhältnisse und zwar zunächst durch Ankauf des Grund und Bodens, auf welchem die Anstalt errichtet ist, zu ermöglichen. Das Directorium des großen Waisenhauses, welchem jene Länderei gehört, hat sich nun bereit erklärt, der Stadt das fragliche, im Ganzen 32 a 25 qm haltende Terrain für insgesammt 1500 M und gegen die Verpflichtung, den Waisenknaben das Baden wie bisher gegen Zahlung von 22 M 50 S p. a. zu gestatten, sofort zu überlassen. Der Magistrat giebt in seinem Schreiben vom 30. April c. anheim, die Zustimmung zu dem fraglichen Grunderwerbe zu ertheilen —

ein Antrag, welcher auf Befürwortung der Finanzcommission, namens welcher Herr von Seckendorff berichtet, ohne weiteres genehmigt wird.

V. erklärt sich die Versammlung nach einem von Herrn Reuter für die Statutencommission über die bezüglich Magistratevorlage vom 5. v. Mts. erstatteten Berichte mit der von Herzoglichem Staatsministerium bei Genehmigung des Statuts, die Einrichtung und Benutzung der Bierdruckleitungen, sog. Bierpressionen betreffend, zur Bedingung gemachten Aenderung, zwischen den Worten »auf Antrag« und »entbunden werden« das Wort »widerruflich« einzuschalten, einverstanden.

Danach

VI. berichtet Herr Heymann namens der vereinigten Statuten- und Baucommission über die Magistratevorlage vom 21. April cr., die Verbreiterung der Kleinen Burg betreffend. (Die zugehörigen Zeichnungen sind im SitzungsSaale zur Ansicht ausgehängt).

Im Jahre 1882 hat der Magistrat ein Project eingebracht, nach welchem der Zugangsweg von der Schuhstraße nach der Kleinen Burg an der südlichen Seite verbreitert werden sollte. Dasselbe erforderte zunächst den Ankauf von fünf Grundstücken, von welchen Theile direct zur Straße zu nehmen waren, nämlich: des Uhrmachers Rohlig Schuhstraße *N.* 6, der Wittve Heine *N.* 5 daselbst, des Gürtlermeisters

Meyerding Kl. Burg *N.* 13, des Tapetendruckers Gent *N.* 12 daselbst, und des Schuhmachers Bachmann *N.* 11 daselbst. Außerdem war, um den zu gewinnenden Bauplätzen die nöthige Tiefe geben zu können, der Ankauf der Grundstücke des Comtoirdieners Lehmann und des Cigarrenfabrikanten Barges für zweckmäßig befunden. Da es bezüglich der beiden letztgedachten Grundstücke sehr zweifelhaft war, ob deren Expropriation genehmigt werden würde, so hatte der Magistrat mit den betreffenden Eigenthümern vorbehältlich der Genehmigung der Versammlung bereits Kaufcontracte abgeschlossen, wonach für das Lehmann'sche Grundstück 15 500 *M.*, für das Barges'sche 36 000 *M.* gezahlt werden sollten. Wegen Ankaufs der 5 andern Grundstücke war eine Einigung mit den Besitzern nicht zu erzielen, weil deren Forderung erheblich über die Taxe der städtischen Bauverwaltung hinausging. Der Magistrat hatte nun bei der Versammlung beantragt, dieses Project gutzuheißen und demgemäß die betreffende Baulinie zu genehmigen, ferner den Ankauf der Grundstücke von Barges und Lehmann zu genehmigen, zur Acquirirung der übrigen 5 Grundstücke, sei es im Wege gütlicher Vereinbarung oder dem der Expropriation die Zustimmung zu ertheilen und zu dem Projecte die Summe von 100 000 *M.* zu verwilligen. In der Sitzung am 8. Februar v. J. wurde diesen Anträgen im Wesentlichen beigegeben. Bei der Gelegenheit wurde auch an den Stadtmagistrat das Ersuchen gerichtet, ein Straßenproject bezüglich des Durchbruchs von der Schuhstraße nach dem Kl. Damme bearbeiten zu lassen, was vom Stadtmagistrate auch zugesagt wurde.

Die Angelegenheit hat sich nun folgendermaßen weiter entwickelt: Die Häuser von Lehmann und Barges sind angekauft und wegen der übrigen 5 Grundstücke ist Expropriation beantragt. Im vorigen Jahre hat vor Herzoglicher Kreisdirection ein Termin zum Versuch einer gütlichen Vereinbarung zwischen dem Magistrate und den Eigenthümern dieser Grundstücke stattgefunden. In diesem Termine haben gefordert Frau Heine 45 000 *M.*, Gürtlermeister Meyerding 20 000 *M.*, Tapetendrucker Gent 12 000 *M.*, Schuhmacher Bachmann 15 000 *M.*, wogegen der Uhrmacher Kohnig bei seiner früheren Proposition, ihm die Area seines abzubrechenden Hauses, soweit dieselbe zur Straßenverbreiterung nicht erforderlich, als Eigenthum zu überlassen und ihm zum Zwecke eines Neubaus und als Entschädigung für Geschäftsstörungen 34 200 *M.* zu zahlen, stehen geblieben ist. Rechnet man dazu den Werth der Area des Kohnig'schen Hauses, welche beim Ankauf desselben seitens der Stadt zu verwerthen wäre, mit 10 000 *M.*, ferner die Kaufgelder für die Grundstücke von Lehmann und Barges mit 15 500 *M.* bez. 36 000 *M.* so ergibt sich ein Kostenaufwand von 187 700 *M.* Nach Absatz der von der städtischen Bauverwaltung auf 69 000 *M.* veranschlagten Einnahmen aus dem Verkaufe der zu gewinnenden Bauplätze und als Abbruchsmaterial würde sich eine Ausgabe für die gedachte Straßenerweiterung von 118 700 *M.* herausstellen. Der Magistrat glaubt nun zwar, daß die Heine'schen und Meyerding'schen Häuser im Wege der Expropriation etwas billiger taxirt werden

würden und danach eine Verringerung der Gesamtausgabe um 15- bis 20 000 M zu erhoffen sei, er fürchtet aber auch, daß die von der städtischen Bauverwaltung angenommenen Preise für Bauplätze nicht zu erzielen sein werden. Der Magistrat ist deshalb der Meinung, daß die fragliche Straßenverbreiterung mindestens 120 000 M kosten werde. Da nun aber diese Summe die verwilligte um 20 000 M übersteigt, so hat der Magistrat Bedenken getragen, das Project weiter zu verfolgen, und in Erwägung genommen, ob der angestrebte Zweck sich nicht billiger und zwar durch Beseitigung des an der Ecke der Schuhstraße und der Kl. Burg belegenen Hauses des Hofapothekers Diesing werde erreichen lassen. Die mit diesem gepflogenen Verhandlungen haben zu dem Resultate geführt, daß Diesing sich mit dem Abbruche des zur Straßenverbreiterung erforderlichen Theils seines Hauses und mit der Ueberweisung der etwa 105 qm haltenden Area seines Grundstücks an die Stadt unter der Bedingung einverstanden erklärt hat, daß die Stadt ihm eine Entschädigung von 60 000 M zahlt und die Kosten des Abbruchs der zu beseitigenden Gebäudetheile und der Wiederherstellung des fraglichen Gebäudes übernimmt. Die Bauunternehmer Fröhlich und Baumkauff haben sich bereit erklärt, diese Arbeiten auf Grund eines Kostenanschlags zu 8500 M auszuführen mit dem Vorbehalt, daß, falls einzelne Gebäudetheile, z. B. Balken, Ständer, Fenster, Thüren u. sich nach dem Abbruche der vorhandenen Gebäudetheile als unbrauchbar herausstellen sollten, ihnen eine entsprechend höhere Summe bis zum Gesamtbetrage von 10 000 M gezahlt werde. Die Ausführung dieses 2. Projects würde also etwa kosten: Zahlung an Diesing 60 000 M, an Fröhlich und Baumkauff 10 000 M, Summa 70 000 M, dazu möglicherweise ein geringer Verlust beim Wiederverkaufe der Lehmann'schen und Barges'schen Grundstücke, jedenfalls also bedeutend weniger als das erste Project.

Der Magistrat richtet nun an die Versammlung das Ersuchen:

- 1) unter Wiederaufhebung der auf dem Situationsplane A mit a b bezeichneten Baulinie, die Baulinie a b c g h des Situationsplans B zu genehmigen;
- 2) die mit dem Hofapotheker Diesing getroffene Vereinbarung gutzuheißen und demgemäß die Zahlung von 60 000 M an Diesing und von in maximo 10 000 M an Fröhlich und Baumkauff zu beschließen.

Bezüglich der Verwerthung des Lehmann'schen und Barges'schen Grundstücks kann der Magistrat zur Zeit keine bestimmten Vorschläge machen, er ersucht dagegen ihn zu ermächtigen, diese Häuser im Einverständnisse mit der Finanzcommission bestmöglichst zu vermietthen.

In einem Nachtrage vom 2. v. Mts. bemerkt der Magistrat, daß das Stadtbauamt unter der Voraussetzung, daß auf die Anlage einer Verbindungsstraße zwischen Schuhstraße und Damm verzichtet werde, sich mit den vorstehenden Anträgen einverstanden erklärt habe. Die städtische Bauverwaltung habe die gedachte Verbindungs-

straße zu 300 000 M veranschlagt, weshalb der Magistrat die Ausführung dieses Projectes, zumal dasselbe eine durchgreifende Verbesserung der Verkehrsverhältnisse nicht herbeiführe, nicht empfehlen könne.

Die vereinigte Statuten- und Baucommission ist der Ansicht, daß kein Grund vorliege, das neu vorgelegte Project, welches nach einem Berichte der städtischen Bauverwaltung genau ebenso zweckmäßig — nach beiden Projecten wird die kleine Burg auf 8 m verbreitert —, dabei aber weit billiger ist als das erste, abzulehnen. Bezüglich der formellen Lage der Sache bemerkt Referent: Wenn das 2. Project von der Versammlung abgelehnt werde, so sei damit nicht ohne Weiteres die Folge, daß die geplante Verbreiterung der Kl. Burg vollständig unterbleibe, sondern formell genommen, würde es immer noch bei dem 1. Project, welches der Magistrat nicht unbedingt zurückgezogen habe, verbleiben und es müßte dann dahin gestellt bleiben, ob der Magistrat sich bewogen finden könnte, nun auch das 1. Project wieder fallen zu lassen. Die Commissionen haben sich aber gesagt, da damals in der Versammlung die Majorität für die Verbreiterung war und diese Verbreiterung einer Ausgabe von 100 000 M für werth hielt, es nun auch consequent erscheinen müsse, sich auch mit dem 2. Projecte einverstanden zu erklären, weil es genau denselben guten Zweck erreiche und billiger auszuführen sei als das erste. Nun komme aber noch etwas zur Erwägung, indem in der Zwischenzeit, nachdem die Magistratsvorlage eingegangen, folgender Umstand eingetreten sei. Die Eigenthümer des Kohlig'schen und Heine'schen Hauses seien beim Magistrat erschienen und hätten sich bereit erklärt, ihre Grundstücke zu dem Preise abzutreten, wozu sie die städtische Bauverwaltung seiner Zeit taxirt habe; dadurch würde eine wesentliche Ersparniß beim 1. Projecte erzielt werden. Da nun die von Diesing gestellte Forderung von 60 000 M nach Ansicht der Commissionen, der sich auch der Stadtbaurath Winter angeschlossen hat, recht hoch erscheine, so glauben die Commissionen, daß es sich empfehle, vor definitivem Abschlusse der Angelegenheit nochmals den Versuch zu machen, Diesing in seiner Forderung herunterzubringen. Die vereinigten Commissionen seien aber der Meinung, daß die nochmalige Einbringung einer Vorlage seitens des Magistrats, wenn thunlich, am besten vermieden würde; sie stellen daher den Antrag:

die Versammlung wolle

- 1) sich im Principe damit einverstanden erklären, daß das jetzige Project des Magistrats an Stelle des früheren ausgeführt werde,
- 2) den Magistrat ersuchen, in Gemeinschaft mit der Statuten- und Baucommission mit dem Apotheker Diesing zum Zwecke der Herbeiführung einer Einigung über die Höhe der demselben stadtseitig zu gewährenden Entschädigung in Unterhandlung zu treten,

3) für den Fall des Zustandekommens solcher Einigung

- a. unter Wiederaufhebung der Baulinie a b des Situationsplans A die Baulinie a b c g h des Situationsplans B genehmigen;
- b. die Zahlung der mit Diesing vereinbarten Entschädigungssumme von in maximo 60 000 M, sowie die Zahlung von in maximo 10 000 M an Fröhlich und Baumkauff beschließen.

Der Herr Referent bemerkt zum Schluß noch, daß heute eine Eingabe des Vorstandes des großen Möbelvereins in der Kl. Burg an die Stadtverordnetenversammlung gelangt sei, in welcher ein neues weitergehendes Project aufgestellt werde. Mit Rücksicht aber auf die damit verbundenen bedeutenden Kosten würde diese Eingabe schwerlich auf die Beschlußfassung Einfluß haben können.

Herr Munte spricht sich für das 2. Project aus. Es würden damit dieselben Ziele erreicht, wie beim 1. Projecte; die Straße werde in gleicher Weise verbreitert, so daß die Kinder aus den benachbarten Mädchenschulen nicht Gefahr liefen, überfahren zu werden, und außerdem werde ein ganz anderer architectonischer Effect erzielt. Der Bürgerverein sei nun zwar der Ansicht, daß bei Verbreiterung der Kl. Burg die Kinder noch mehr der Gefahr des Ueberfahrenwerdens ausgesetzt seien, als jetzt, weil alsdann auch der Wagenverkehr ein größerer werden würde. Er (Redner) habe aber schon in der Commission darauf hingewiesen, daß nach der Fertigstellung des neuen Straßentractus Bahnhof-Hagenmarkt der Wagenverkehr über Schuhstraße und Kl. Burg beschränkt werden müsse. Das Passiren der Schuhstraße sei wirklich mit Gefahr verbunden, wenn man an den engen Stellen einem schweren, nach beiden Seiten hin recht weit ausgepackten Rollwagen begegne, wie sie dort sehr häufig anzutreffen seien; diese höchst unerfreulichen Zustände müßten aufhören. Der Verkehr schweren Fuhrwerks auf dieser Straße müßte ganz untersagt werden, selbst wenn es zur Verbreiterung der Kl. Burg käme und es wäre wünschenswerth, daß der Magistrat die in dieser Beziehung erforderlichen Schritte thäte. Herrn Diesing müßte aufgegeben werden, an der zu verbreiternden Stelle eine architectonisch-schöne Fachwerkwand aufzuführen.

Herr Schwarzenberg hat sich als Mitglied der Statutencommission dem Antrage der Majorität nicht anschließen können. Er habe sich seiner Zeit schon gegen das erste Project erklärt, weil diese unbedeutende, etwa 15 m lange Twete in keine verkehrs- und geschäftreiche Gegend führe, welche ihre Verbreiterung erfordere und weil eine Ausgabe von 100 000 M mit dem angestrebten Ziele in keinem richtigen Verhältnisse stehe. Außerdem könne die Twete in ihrer jetzigen Beschaffenheit den Schulkindern nicht gefährlich werden; der Wagenverkehr beschränke sich dort auf einzelne Bier- und Milchwagen, und die Kinder könnten überhaupt die Twete auf ihrem Schulwege meiden. Nöthigenfalls könnte auch leicht eine Beschränkung oder völlige Beseitigung des dortigen Wagenverkehrs veranlaßt werden. Obgleich er dem 2. Projecte seiner

geringeren Kosten wegen schon weit eher zuzustimmen geneigt sei, so müsse er doch bei seiner früheren Ansicht bleiben, daß die Verbreiterung nicht erforderlich sei; auch die jetzt beantragte Summe scheine ihm für jenen Zweck noch viel zu hoch. Bezüglich der formellen Seite der Angelegenheit bemerkt Redner, daß bei Nichtgenehmigung des neuen Projectes noch immer nicht durchaus nothwendig sei, daß dann das 1. bereits beschlossene Project ausgeführt werden müßte; ein aus der Mitte der Versammlung erfolgender Antrag könne, wenn der Stadtmagistrat seine Zustimmung nicht versage, auch das 1. Project wieder rückgängig machen. Daß die Häuser von Lehmann und Barges bereits angekauft, sei kein Hinderniß, denn die würden sich, wenn man sie sonst nicht zu Schulzwecken verwenden wolle, was jedenfalls von großem Vortheil sein würde, ohne großen Verlust wieder veräußern oder sonst verwerthen lassen. Er werde aus diesen Gründen gegen den Antrag stimmen.

Herr Winter: Als im vergangenen Jahre die Verbreiterung der Kl. Burg berathen wurde, habe Herr Sievers die Frage angeregt, ob nicht gleichzeitig ein Straßendurchbruch von der Schuhstraße nach dem Damme ins Auge gefaßt werden könne und Herr Blasius habe hierauf hin den Antrag eingebracht, eine Beschlusfassung über den Magistratsantrag so lange auszusetzen, bis ein weiterer Antrag des Magistrats in Betreff des gedachten Straßendurchbruchs vorliege, und den Magistrat zu ersuchen, bis auf Weiteres den Wagenverkehr zwischen Schuhstraße und Kl. Burg zu sperren. Es wurde aber vom Magistratsstische aus erwiedert, daß gewissermaßen Gefahr im Verzuge sei, indem Barges und Lehmann sich nicht länger gedulden und Resolution darüber haben wollten, ob ihre Häuser angekauft würden oder nicht. Unter diesem Zwange sei der Magistratsantrag damals angenommen, indem einige Herren, welche für den Blasius'schen Antrag gestimmt hatten, sich nach dessen Ablehnung dem Magistratsantrage zuwandten; eine Verbindung nach dem Damme sei aber von verschiedenen Seiten als sehr zweckmäßig hingestellt. Wenn man nun der heutigen Vorlage zustimme, so werde eine Verbindung mit dem Damme sehr erschwert werden, weil dann die Häuser, welche zu dem Zwecke beseitigt werden müßten, stehen blieben. Meyerding wolle sogar neubauen auf der alten Stelle. Man müsse daran festhalten, daß die Häuser, die angekauft bez. angekauft werden sollten, abgebrochen werden. Er empfehle an dem alten Projecte festzuhalten, welches auch (wie Redner specieller darzulegen sucht) nicht viel mehr koste, als das neue.

Herr Sievers: Er habe allerdings damals den Antrag gestellt, daß der Durchbruch nach dem Damme mit berücksichtigt werden möchte und gestehe, daß er nur unter dieser Voraussetzung dem gedachten Verbreiterungsproject seine Sympathie entgegengebracht habe. Nachdem sich aber herausgestellt habe, daß der Durchbruch über 300000 M. kosten solle, halte er für bedenklich, das Project weiter zu verfolgen. Daß durch Beibehaltung des 1. Projectes die Ausführung des Durchbruchs erleichtert

werde, müsse er bezweifeln, und da doch anscheinend das neue Project sich billiger stelle, so werde er für dieses stimmen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer sucht die Ausführungen des Herrn Schwarzenberg zu widerlegen, indem er hervorhebt, daß für einen großen Theil des Publicums von der Schuhstraße und Neuenstraße ab die Kleine Burg der nächste Weg nach dem Stadthause, der Polizei und dem Gerichte sei und daß, wie von unpartheiischen Anwohnern versichert sei, schon öfter Gefahr für Kinder in der Kleinen Burg vorhanden gewesen sei. Wenn also nicht ein selbstständiger Antrag auf Aufhebung des früheren Beschlusses eingebracht werde, würden die Ausführungen des Herrn Schwarzenberg nicht von Bedeutung sein können. Herrn Winter gegenüber legt Redner nochmals die finanziellen Vortheile des neuen Projectes gegenüber dem alten dar.

Herr Nieß tritt der Ansicht des Herrn Winter bei, daß mit Genehmigung des 2. Projectes das Project eines Durchbruchs nach dem Damme für alle Zeit begraben sei, und beantragt den Commissionsantrag dahin zu modificiren, daß es der Magistrat in der Hand behalte, in Verbindung mit der Statuten- und Baucommission auch das 1. Project wieder aufzunehmen, falls die betreffenden Grundbesitzer bei weiteren Verhandlungen ihre Forderungen ermäßigen sollten.

Der so modificirte Commissionsantrag würde danach lauten:

Die Versammlung wolle

- 1) sich damit einverstanden erklären, daß das neue oder das frühere Project ausgeführt werde;
- 2) den Magistrat ersuchen, in Gemeinschaft mit der Statuten- und Baucommission mit dem Hofapotheker Diesing und den sonstigen Anliegern zum Zwecke der Herbeiführung einer Einigung über die Höhe der denselben stadtseitig zu gewährenden Entschädigung in Unterhandlung zu treten;
- 3) zu genehmigen, daß der Stadtmagistrat unter Zustimmung der vereinigten Commissionen je nach dem Ausfall der Verhandlungen mit den Anliegern entweder die früher genehmigte oder die neuprojectirte Baulinie acceptirt.

Herr Niese spricht sich gegen beide Projecte aus, weil er keinen Nutzen in deren Ausführung erblicken kann.

Herr Reuter theilt die Bedenken des Herrn Nieß, ist überhaupt der Meinung gewesen, die Ansicht der Commissionen sei bei den Berathungen dahin gegangen, daß die Versammlung nicht ein bestimmtes Project gutheißen, sondern dem Magistrat und den betreffenden Commissionen überlassen möchte, von beiden Projecten eins auszuwählen und zur Ausführung zu bringen. Nachdem das 2. Project aufgetaucht, haben die beim 1. Projecte in Frage kommenden Anlieger theilweise bereits ihre Forderungen ermäßigt, es sei also sehr gut, wenn beide Wege offen gehalten würden. Das Geld für die angekauften Barges'schen und Lehmann'schen Grundstücke sei durchaus nicht unnütz

ausgegeben, man werde sie im Interesse der Mädchenschule, für deren untere Klassen baldigst Parallelklassen eingerichtet werden müßten, sehr vortheilhaft verwenden können.

Referent hält es für nicht unbedenklich, dem Nieß'schen Antrage ohne Weiteres zu entsprechen und die Angelegenheit durch die Commissionen zum Abschlusse bringen zu lassen. Bei einer so wichtigen Frage dürfe sich die Versammlung ihres Rechtes, das letzte Wort zu sprechen, nicht begeben. Referent stellt deshalb persönlich den Antrag:

Die Vorlage an den Stadtmagistrat zurückzugeben und diesen zu ersuchen, in der fraglichen Angelegenheit noch fernere Ermittlungen anzustellen und mit den betreffenden Anliegern erneute Verhandlungen anzuknüpfen.

Dieser Antrag gelangt bei der nun folgenden Abstimmung zur Annahme.

Die vorhin erwähnte Eingabe des Vorstandes des Möbels-Vereins wird auf Vorschlag des Herrn Vorsitzenden dem Stadtmagistrate hr. m. zur Berücksichtigung bei den Verhandlungen mit den Anliegern überwiesen.

VII. Die Kosten für den Erweiterungsbau der 4. unteren Bürgerschule an der Sidonienstraße belaufen sich einschließlich der Ausgaben für Instandsetzung des erweiterten Spielplatzes und Anschaffung des erforderlichen Materials nach der nunmehr erfolgten Rechnungsablage auf insgesammt 50856 M 79 S. Berwilligt sind nur 44800 M, danach mehr verwandt 6056 M 79 S. Nach dem betreffenden Berichte der städtischen Bauverwaltung sind die Mehrausgaben durch Verwendungen veranlaßt, welche vorher nicht zu übersehen waren und deshalb nicht im Kostenanschlage aufgenommen werden konnten. Der Stadtmagistrat giebt in seinem Marginalschreiben vom 15. v. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr von Seckendorff referirt, anheim, die gedachten Mehrkosten nachträglich zu verwilligen.

Die Finanzcommission hat nun zwar beschlossen, die Verwilligung der nachträglich angeforderten Gelder zu befürworten, sie ersucht aber den Stadtmagistrat bei der Gelegenheit, für die Folge auch für solche Bauten, wie der hier in Rede stehende, möglichst detaillierte Kostenanschläge anfertigen zu lassen, da alsdann solche Ueberschreitungen wahrscheinlich vermieden werden würden.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

VIII. Nach einem von Herrn Heymann für die Statutencommission über ein Magistratschreiben vom 25. März c. erstatteten Berichte hat der inzwischen verstorbene Particulier Franz Strube der Armen-Direction resp. dem Pflegehause ein Capital von 3000 M gegen die Verpflichtung cedirt, seinen Adoptivsohn, den Uhrmacher Friedrich Strube, früher Hoffmeister, ins Pflegehaus aufzunehmen, sich auch ausdrücklich damit einverstanden erklärt, daß das gedachte Capital auch dann dem Pflegehause verbleiben solle, wenn sein Adoptivsohn in die Besserungsanstalt zu Bevern überführt werden würde. Strube jun. ist im Januar 1865 ins Pflegehaus, im

December desselben Jahrs wegen Geistesstörung in die Heil- und Pflegeanstalt in Königs-Lutter überführt, in welcher er auf städtische Kosten heute noch erhalten wird. Nachdem auch die Ehefrau des Franz Strube verstorben, ist die fragliche Hypothek, deren Umschreibung auf den Namen der Stadt nicht erfolgt ist, inzwischen den Geschwistern Hoffmeister in Cassel, den Erben der Frau Strube, weiter cedirt, eine Zahlung der stipulirten 3000 M aber bislang nicht erfolgt. Da es unzweifelhaft die Absicht des verstorbenen Franz Strube gewesen ist, der Stadt als Aequivalent für die von ihr übernommene Alimention seines Adoptivsohns 3000 M zu überweisen und durch die fragliche Cession einer Hypothek die hiesige Stadt wegen ihrer Forderung sicher zu stellen, so hat der Magistrat die Geschwister Hoffmeister aufgefordert, jene Summe auszuführen. Dieselben haben solches verweigert und ersucht deshalb der Magistrat, sich damit einverstanden zu erklären, daß gegen die Genannten Klage erhoben wird.

Nachdem Referent die Lage der Angelegenheit vom Rechtsstandpunkt aus in Kürze besprochen hat, giebt er die Genehmigung des Magistratsantrags anheim, welche denn auch ohne Weiteres ausgesprochen wird.

IX. wird nach einem ferner von Herrn Heymann für die Statutencommission erstatteten Berichte zur Vervollständigung des von der Versammlung am 14. Februar c. in der Angelegenheit, den Antritt der Erbschaft des verstorbenen Particuliers Georg Wilh. Bornemann seitens der Stadt betreffend, gefaßten Beschlusses die Zustimmung dazu ertheilt, daß der Magistrat den mit dem fraglichen Erbschaftsantritte verbundenen, von der Wittwe Pückert wider den Magistrat, als Bornemann'schen Erben, angestregten Proceß wegen Entschädigung aufnimmt.

X. Ueber das Schreiben des Magistrats vom 19. v. Mts., betreffend die Abänderung des Ortsbauplans vor dem Steinthore, berichtet Herr Lüderßen für die Statutencommission unter Hinweis auf zwei im SitzungsSaale ausgehängte Pläne.

Im Jahre 1871 ist dem verstorbenen Commerzienrath von Voigtländer die Erlaubniß ertheilt, auf dem von ihm angekauften nördlich und südlich der Helmstedter Straße belegenen Terrain verschiedene Straßen anzulegen. Diese sind theilweise bereits durch Planirung und Chauffirung hergestellt, sie stimmen aber mit dem i. J. 1882 festgestellten Ortsbauplane nicht ganz überein. So ist von den hergestellten Straßen die eine (auf dem Situationsplane A mit N. IV bezeichnete) im Ortsbauplane nicht berücksichtigt, wogegen eine Verlängerung der Körnerstraße bis zur Ringstraße vorgesehen ist. Die von Voigtländer'schen Erben verlangen nun für den Fall, daß die gedachte Straße N. IV in Wegfall kommen sollte, da sie alsdann statt 12 Bauplätze nur 10 verwerthen können und außerdem 2 Bauplätze an Werth verlieren, eine Entschädigung von pptr. 15000 M, sie haben aber zur Vermeidung von Diffe-

renzen der Stadt die sämmtliche vorbezeichnete von Voigtländer'sche Länderei, welche excl. des zu Straßen verwendeten Terrains 405 Quadratruthen beträgt, für 72900 M. zu Kauf angeboten. Die Kaufofferte erscheint aber dem Magistrate nicht annehmbar, ebensowenig ist er geneigt, die vorbezeichnete, ihm im Verhältniß zu dem zu erreichenden Zwecke zu hoch erscheinende Entschädigung zu zahlen; er schlägt deshalb im Einverständnisse mit dem Stadtbauamte zur Vermeidung von Entschädigungszahlungen vor, die von Voigtländer'sche Straße (N. IV) bestehen zu lassen, die in den Ortsbauplan aufgenommene Verlängerung der Körnerstraße, welche nicht gerade als Bedürfniß anzusehen ist, dagegen aufzugeben.

Die Statutencommission, nach deren Ansicht das städtische Interesse durch die gedachten Modificationen des Ortsbauplans vollständig gewahrt ist, giebt die Genehmigung des Magistratsantrags anheim.

Ohne Debatte wird die Genehmigung ausgesprochen.

XI. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Wolff für die Finanzcommission erstatteten Berichte, sich mit der vom Magistrate mittelst Schreibens vom 5. d. Mts. beantragten Entlassung des auf dem (in der Versammlung circulirenden) Situationsplane mit M L K D M umschriebenen, den Gebrüdern Daub zugehörig gewesen und von diesen verkauften, 2 a 70 qm haltenden Grundstücks an der Nebenstraße, aus dem Hypothekenverbande einverstanden zu erklären.

XII. Danach folgt ein ferner von Herrn Wolff namens der Finanzcommission erstatteter Bericht über das Magistrats Schreiben vom 26. v. Mts., die Straßensprengung in hiesiger Stadt betreffend.

Schon im Juni vorigen Jahres hatte der Magistrat vorgeschlagen, in trockenen Zeiten die sämmtlichen Straßen der Stadt, einschließlich der Vorstädte, auf Kosten der Stadt zu sprengen. Ausgeschlossen sollten nur diejenigen Straßen werden, die entweder noch nicht mit Wasserröhren belegt oder noch nicht befestigt sind, oder deren Besprengung wegen schlechten Pflasters oder zu großer Enge nicht ausführbar ist; in diesen Straßen würde eine Besprengung eher schädlich als nützlich sein. Zugleich hatte der Magistrat vorgeschlagen, daß, da die zu solcher Einrichtung erforderlichen Sprengwagen sich im verflossenen Sommer nicht mehr beschaffen ließen, wenigstens die sämmtlichen Wallpromenaden noch im verflossenen Jahre besprengt und zu dem Ende 4 dergleichen Wagen zum Preise von 3260 M. sofort angeschafft und die Kosten derselben sowie die der Besprengung für das Jahr 1883 aus dem Dispositionsfonds verwilligt werden möchten. Die Versammlung entsprach diesem Antrage und hat die Besprengung der Wallpromenaden im Sommer und Herbst v. J. stattgefunden. Dem hiernach von der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke erstatteten Berichte zufolge würde zur Besprengung der sämmtlichen Straßen der Stadt, mit Ausnahme

der obenbezeichneten, eine einmalige Ausgabe für die Anschaffung von 6 Berliner Sprengwagen von 5000 M genügen, vorausgesetzt, daß aus den vorhandenen Mitteln noch ein Gespann Pferde angeschafft werden. Ferner würde eine laufende Ausgabe von 8600 M jährlich erforderlich werden. In recht trockenen Sommern würde sich diese Ausgabe allerdings etwas höher belaufen, wie man denn überhaupt erst durch die gemachten Erfahrungen ein zuverlässiges Urtheil in dieser Beziehung werden gewinnen können. Der Vorschlag in jenem Berichte geht dahin, das Sprengen hier in ähnlicher Weise auszuführen wie in Berlin, wo die Fahrbahn täglich staubfrei gehalten wird. Es wird dabei auf die Berliner Verhältnisse hingewiesen. Dort koste das Besprengen mit 130 Wagen 148500 M jährlich, was für den Wagen rund 1142 M bringt. Der hier erheblich niedrigere Preis beruhe darin, daß aus den Mitteln des Feuerlöschetats 3 Mann und 3 Pferde zum Besprengen gestellt werden müßten und daß in Berlin die Zahl der Tage, an welchen gesprengt werden muß, erheblich größer sei als hier.

Der Magistrat richtet nun das Ersuchen an die Versammlung,

- 1) sich mit der Anschaffung von noch zwei Pferden aus den pro 1883 und 1884 in dem Etat für das Feuerlöschwesen sub A 4 (Bespannung) ausgeworfenen Mitteln, sowie mit der Anschaffung von 6 Berliner Sprengwagen zum Preise von 5000 M, einschließlich der Fracht, einverstanden zu erklären,
- 2) an laufenden Ausgaben für die Besprengung der Straßen für das Jahr 1884 die Summe von 8600 M zu bewilligen.

Die Commission schließt sich diesem Antrage an, wobei Referent noch bemerkt, daß innerhalb der Commission zur Sprache gekommen sei, ob man nicht versuchen wolle, die benötigten Sprengwagen in Braunschweig anzuschaffen und daß der Magistrat bez. die Direction der Gas- und Wasserwerke solches auch zugesagt habe. Sollte der Versuch, die Sprengwagen hier zu einem annähernden Preise und in angemessener Frist zu beschaffen, nicht gelingen, so würde auf eine aus Berlin vorliegende Offerte zurückgegriffen werden müssen.

Herr Riecke äußert den Wunsch, daß, wenn in engen Straßen nicht gesprengt werden solle, wofür allerdings triftige Gründe nicht vorhanden zu sein schienen, man wenigstens die dort befindlichen Gassen wöchentlich 3 bis 4 Mal mittelst der Wasserleitung spülen möchte.

Herr Reuter bemerkt hierauf, daß die engen Straßen vorzüglich ihres schlechten Pflasters wegen nicht besprengt werden könnten. In solchem Pflaster bildeten sich große Schlaglöcher, welche bei Ueberführung eines mit Wasser gefüllten ca. 250 Centner schweren Fasses Pferde und Fuhrwerk zu übermäßiger Anstrengung veranlaßten. Außerdem würde das Wasser von den hochstehenden Steinen ablaufen, es würden sich Vertiefungen bilden und statt der angestrebten staubfreien Oberfläche Sümpfe entstehen.

Das Gossenspülen geschehe regelmäßig an den Tagen, wo gekehrt werde, auf Verlangen der Herzoglichen Polizei-Direction aber täglich; vergangenen Sommer seien die Gossen auf Anordnung dieser Behörden verschiedentlich täglich sogar zweimal gespült worden.

Die Magistratsanträge werden darauf genehmigt.

XIII. Ueber ein Magistratschreiben vom 26. v. Mts., betreffend die Nachverwilligung von Kosten der Einrichtung des Feuerlöschgebäudes, berichtet namens der vereinigten Finanz- und Baucommission Herr Sievers.

Für die innere Einrichtung der Wohnungs-, Bureau- und Werkstättenräume im neuen Feuerlöschgebäude, sind, wie aus einem Berichte der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke hervorgeht, verschiedene Anschaffungen und Arbeiten nöthig geworden, welche bei Aufstellung des Voranschlags nicht berücksichtigt sind und einen Kostenaufwand von 11551 M 77 S verursacht haben. Nach einem Gutachten der städtischen Bauverwaltung sind diese Ausgaben, welche sich sowohl auf den Bau des Feuerlöschgebäudes selbst als auch auf die Anschaffung und Instandsetzung von Inventarstücken beziehen, theils zweckmäßig, theils sogar nothwendig, ja unvermeidlich gewesen. Verschiedene Anschaffungen und Arbeiten seien auch nicht vorauszusehen gewesen, ein großer Theil aber, wie Anlegung von Gas- und Wasserleitung im Innern des Gebäudes, Anschaffung eines Geldschrankes u., sei nicht derartig, daß die Genehmigung zur Beschaffung nicht rechtzeitig zuvor hätte eingeholt werden können. Nachdem der Direction der städtischen Gas- und Wasserwerke vom Magistrate hierüber Vorhalt gemacht ist, hat sie in einem ferneren Berichte hervorgehoben, daß sie bereits unterm 22. November 1882 für diese Zwecke die Verwilligung von 9000 M beantragt, und, da Einwendungen nicht dagegen erhoben, angenommen habe, daß eine besondere Verwilligung der fraglichen Ausgaben dem bisher in derartigen Fällen beobachteten Verfahren gemäß nicht erforderlich sei. Obwohl nun der Magistrat diese Erläuterung nicht für zutreffend erachten kann, so sieht er sich doch nach Lage der Sache genöthigt, die nachträgliche Verwilligung der gedachten Ueberschreitungen aus dem Erneuerungsfonds des städtischen Gaswerks zu beantragen; er bemerkt aber zugleich, daß er sowohl der städtischen Bauverwaltung als auch der Direction der Gas- und Wasserwerke die Weisung habe zugehen lassen, zur Anschaffung von Gegenständen oder zur Vornahme von Arbeiten, wofern nicht Gefahr im Verzuge vorhanden, in Zukunft stets und bei Vermeidung eigener Haftung die Genehmigung der städtischen Behörden einzuholen.

Die Commission empfiehlt, die angeforderten 11551 M 77 S nachzuverwilligen. Es ist aber auch, wie Referent hinzufügt, bei den Commissionsberathungen als wünschenswerth hingestellt worden, daß der Magistrat ersucht werden möchte, die städtische

Bauverwaltung zu einem gründlicheren Verfahren bei Aufstellung ihrer Kostenanschläge anzuhalten, damit größere Nachverwilligungen, wie im vorliegenden Falle, in Zukunft vermieden würden.

Herr Munte schließt sich dem Commissionsantrage an, insbesondere aber auch dem Wunsche, daß der Versammlung vom Magistrate in's Künftige nur solche Kostenanschläge vorgelegt werden möchten, die in ihren Anforderungen hoch genug gegriffen seien, denn die Besprechung von Nachverwilligungen sei für beide Theile nicht gerade angenehm.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Wenn auch heute zufälligerweise zwei Punkte auf der Tagesordnung ständen, bei denen es sich um Nachverwilligung von Geldern wegen Ueberschreitung von Kostenanschlägen handle, so seien dies doch nur vereinzelte Fälle und man könne daraus kein Urtheil auf das ganze Gebahren der städtischen Bauverwaltung folgern. Abweichungen von den Kostenanschlägen seien allerdings wohl schon öfter vorgekommen, aber nicht allein in der Richtung, daß mehr ausgegeben sei; es seien auch schon sehr häufig Ersparungen vorgekommen; er erinnere nur an die neueren Schulbauten, an die Schule in der Dferstraße, wo 34000 M., an die höhere Mädchenschule, wo 11000 M. dem Kostenanschlage gegenüber erspart seien. Auch bei Reparaturbauten seien schon verschiedentlich Ersparungen erzielt worden und wenn man das Gesamtfacit ziehe, so sei im Allgemeinen immer billiger gebaut als veranschlagt worden; er glaube deshalb, daß die städtische Bauverwaltung bei Anfertigung ihrer Kostenanschläge so sorgfältig zu Werke gehe, wie es von einer technischen Behörde überhaupt nur verlangt werden könne.

Herr Reuter: Früher seien die Beschaffungen für die Gas- und Wasserwerke immer in den Deputationsitzungen zur Sprache gebracht und wenn sich die Deputation mit denselben einverstanden erklärte, dann erschienen sie im nächsten Jahresberichte unter den Ausgabepositionen, die Deputation befürwortete sie und die Sache war in der Regel damit abgethan. Jetzt seien neue Bestimmungen an Stelle der alten getreten, wodurch das Verfahren ein anderes geworden sei. Deshalb verhalte es sich auch mit den fraglichen 9000 M. anders, als mit den früheren Ausgaben; die Verhandlungen über ihre Verwendung hätten sich in die Länge gezogen, in der Zwischenzeit hätten die neuen Bestimmungen Platz gegriffen und auf diese Weise sei die Verwilligung nicht perfect geworden. Jetzt würde es allerdings der Direction der Gas- und Wasserwerke nicht einfallen, in dieser Weise vorzugehen, es treffe sie aber kein Vorwurf, denn es sei verfahren, wie es bisher bei den Gas- und Wasserwerken Brauch gewesen und es würden die Geldmittel jedenfalls rechtzeitig beantragt sein, wenn die jetzigen Bestimmungen damals schon in Kraft gewesen wären. Daß für die Folge die Kosten für die Gas- und Wasserleitungen im Innern der Gebäude mit in den Kostenanschlag aufgenommen werden sollen, halte er für richtig; aber auch bei den Schulbauten sei

dies bislang nicht der Fall gewesen, denn die Kosten dafür seien immer besonders verwilligt worden.

Es wird darauf dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Weiter

XIV. referirt Herr Sievers namens der vereinigten Finanz- und Baucommission über ein Magistratschreiben vom 19. v. Mts., in welchem die Versammlung ersucht wird, sich damit einverstanden zu erklären, daß eine dem Grundstücke des Tischlermeisters Jung an der Frankfurter- und Juliusstraße angehörige, außerhalb der für die letztgedachte Straße festgestellten Baulinie belegene Parcellle von 2 a 21 qm, welche Jung der Stadt zu 6 M pro qm angeboten hat, zu diesem Preise angekauft werde.

Referent (welcher während seines Vortrages zur besseren Orientirung den bezüglichen Situationsplan in Circulation gesetzt hat) giebt unter dem Bemerken, daß nach Ansicht der Commissionen der Kaufpreis ein verhältnißmäßig geringer und eine Verbreiterung der Juliusstraße an der betreffenden, gerade sehr schmalen Stelle höchst wünschenswerth sei, namens der vereinigten Commissionen anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Dies geschieht ohne Debatte.

Endlich

XV. motivirt Herr G ü n t h e r seinen in voriger Sitzung eingebrachten selbstständigen Antrag:

»den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Commissionsberichte in ihrem wesentlichen Inhalte durch Druck oder Hektographie u. vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung zugesandt werden.«

Während der Berichterstattungen der Herren Commissionsreferenten komme es zuweilen vor, daß die Aufmerksamkeit durch irgend welche Umstände vom Gegenstande abgelenkt werde und einem auf diese Weise manches wichtige Moment in den Ausführungen des Referenten entgehe. Man könne Punkte überhören, die einem andernfalls Anlaß zu Bedenken gegeben hätten. Der hauptsächlichste Grund zur Einbringung seines Antrags sei aber folgender: Ein großer Theil der Vorlagen, namentlich der wichtigeren, enthalte Berechnungen und Zahlenzusammenstellungen von weitgehender Bedeutung. Im Vortrage des Referenten gingen alle diese Angaben zu schnell an einem vorüber, so daß man nicht im Stande sei, alles sofort aufzufassen, besonders aber die verschiedenen Berechnungen zu controliren, was doch, wenn man sich in der zur Berathung stehenden Angelegenheit ein richtiges Urtheil bilden wolle, unbedingt

erforderlich sei. Habe man aber einen gedruckten Commissionsbericht vor sich, dann könne man sich allemal von der Richtigkeit der aufgestellten Berechnungen überzeugen.

Von verschiedenen Seiten habe man ihm bereits entgegengehalten, daß eine Ausarbeitung der Commissionsberichte nicht gut möglich sei, weil die Commissionsmitglieder ohnehin schon viel zu thun hätten und sich nicht damit befassen könnten. Er wünsche nun auch keineswegs, daß die Berichte sämmtlich und ausführlich den Stadtverordneten zugestellt werden sollten, sondern nur in den Fällen, wo es sich um Erledigung schwieriger und verwickelter Angelegenheiten handle, oder wo es im Schoße der Commission zu Widersprüchen und Meinungsverschiedenheiten gekommen sei, aber auch dann nur in gedrängter Form; bei einfacheren, leicht verständlichen Sachen wären besonders gedruckte Commissionsberichte überflüssig. Außerdem sei auch die beantragte Einrichtung im Interesse der Protokollführung wünschenswerth, die dadurch an Zuverlässigkeit nur gewinnen könne.

Der Antrag findet genügende Unterstützung und wird der Statutencommission übergeben.

Schluß der öffentlichen Sitzung.

Vertraulich werden

in gemeinschaftlicher Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten

die Mitglieder des Ausschusses zur Auswahl der als Schöffen und Geschworenen geeigneten Personen gewählt,

sodann in darauf folgender

Sitzung der Stadtverordneten

Steuerreklamationen (Verzeichniß V von 1883) erledigt.

1884.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu № 151 de 1884  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 8.  
~~~~~

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 10. Juli 1884.

Öffentlich:

- I. Ersatzwahl für den Schulvorstand.
Vorlagen des Stadtmagistrats:
II. Feststellung einer Baulinie an der Gellerstraße,
III. Ankauf von Straßenterrain an der Husarenstraße und Feststellung der Baulinien
dieselbst,
IV. Gesuch des Stadthaumeisters Osterloh, den Witting'schen Neubau betreffend,
V. Eröffnung eines Heilcurtus für sprachkranke Kinder,
VI. Umbau eines Theiles der Gampestraße,
VII. Verwendung des Ueberschusses aus 1883,
VIII. Deckung einer Mehrausgabe für den Stadtpark,
IX. Vergleich mit Miethern im Rasch'schen Hause,
X. Verwilligung von Kosten zur Instandsetzung der Verbindungsstraße zwischen Hagen-
markt und Ruhfäutchenplatz,
XI. Verkauf der diesjährigen Heuernte von den städtischen Wiesen im sog. Gänsewinkel,
XII. Einrichtung einer Parallelcasse X für die höhere Mädchenschule.

Selbstständige Anträge:

- XIII. Untersuchung der hiesigen sanitären Verhältnisse,
XIV. Anlegung von Bligableitern an den Schulgebäuden,
XV. Anstellung eines Baumeisters für Wege- und Canalbauten.

Vertraulich:

- 1) Wahl eines Armenpflegers,
2) Steuerreclamationen,
3) Wahl des Protokollführers der Versammlung.
- ~~~~~

Entschuldigt die Herren Hasenbalg, Heymann, Hollmann, Jasper, Lüdersen, Meyer, Ramdohr, du Roi, Telligmann. — Am Magistrats-tische die Herren Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Genehmigung der Protokolle 6 und 7, zu welchem letzteren zu bemerken ist, daß es S. 86 Z. 12 v. u. statt »Fachwerkswand« — »Massivwand« und S. 92 Z. 4 v. u. statt »250 Centner« — »52 Centner« heißen muß,

verliest der Herr Vorsitzende zwei eingegangene Anträge. Der eine, von Herrn Günther gestellt, lautet:

- 1) den Stadtmagistrat zu ersuchen, eine Untersuchung bezüglich der hiesigen sanitären Verhältnisse herbeizuführen, welche sich insbesondere auf eine Untersuchung des Wassers, der Wasserleitung wie der Brunnen, der Grundwasserverhältnisse, der Aborte, der Wohnungen, insbesondere der Hofräume und der Hintergebäude zu erstrecken hat;
- 2) den Stadtmagistrat ferner zu ersuchen, zu diesem Behufe sich mit den Sanitätsbehörden und den Vorständen des ärztlichen Vereins sowie des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege in Verbindung zu setzen;
- 3) aus der Mitte der Versammlung eine Commission zu ernennen, welche den Stadtmagistrat in der herbeizuführenden Untersuchung und bezüglich der zu treffenden Maßregeln zu unterstützen hat.

Der andere Antrag, von Herrn Blasius eingebracht, geht dahin, den Stadtmagistrat zu ersuchen, möglichst bald eine Vorlage in Betreff der Anlage von Blitzableitern an sämtlichen Schulgebäuden einzubringen.

Der Tagesordnung gemäß

I. wird die Wahl eines Vorstandsmitglieds für die höheren Mädchenschulen an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Kybik vorgenommen.

Da im ersten Wahlgange nach Ausweis der Stimmzettel für keine der beiden mit den meisten Stimmen bedachten Herren von Seelendorff und Winter absolute Majorität erzielt ist, so wird zur engeren Wahl zwischen diesen Herren geschritten, wobei Herr Winter die meisten Stimmen erhält.

Herr Winter ist somit gewählt.

Der folgende Punkt, die Anstellung eines Bautechnikers betreffend, wird von der Tagesordnung abgesetzt, weil es sich nach einer Erklärung des Herrn Vorsitzenden empfiehlt, denselben mit einer anderen inzwischen eingegangenen Magistratsvorlage über die Beschäftigung der städtischen Baubeamten in Eins zu verhandeln.

II. referirt Herr Reuter namens der vereinigten Statuten- und Baucommission über ein Magistratschreiben vom 9. v. Mts., in welchem die Versammlung ersucht wird, die Baulinie für die linke Seite der Gellerstraße und zwar vor dem vom Zimmermeister Wilke angekauften früher zum Wirthschaftshofe des Kreuzklosters gehörigen Terrain, auf welchem derselbe Wohngebäude zu errichten beabsichtigt, festzustellen.

Auf Befürwortung der Commission wird die vom Magistrate vorgeschlagene, auch von Herzoglicher Baudirection gutgeheißene Baulinie auf Grund des vorliegenden Situationsplans genehmigt.

III. Ueber die Magistratsvorlage vom 16. v. Mts., betreffend den Ankauf von Straßenterrain an der Husarenstraße und Feststellung von Baulinien daselbst, berichtet Herr Sievers für die vereinigte Finanz- und Baucommission.

Die Beibehaltung der Richtung der gedachten Straße, für deren Instandsetzung im Neubauetat pro 1884 die Summe von 20 100 M. ausgeworfen ist, in der im Ortsbauplane vorgesehenen Weise, würde den Erwerb von pptr. 3570 qm haltendem, dem Kaufmann Rimpau bez. dem Forstausscher Rohde zugehörigem Terrain für ca. 5000 M. erfordern. Der Magistrat wünscht diese Ausgabe zu vermeiden und ersucht deshalb die Versammlung, sich mit einer entsprechenden Aenderung des Ortsbauplans, wonach die Husarenstraße die bisherige, auch einen bessern Anschluß an den Stadtpark gewährende, Richtung des Dammweges beibehält, einverstanden zu erklären, auch den dadurch bedingten Ankauf des der Herzoglichen Cammer Direction der Domänen, zugehörigen Dammweges zu dem verlangten Preise von 100 M. zu genehmigen.

Die vereinigten Commissionen schließen sich den Magistratsanträgen an.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß es besser gewesen wäre, wenn man zunächst das im Ortsbauplane vorgesehene Project der Herstellung einer Brücke hinter dem Theater und Instandsetzung des von dort durch die Fasanenstraße auf die Brunnenstraße zu führenden Weges zur Ausführung gebracht hätte; es würden auf diese Weise dem Publikum die Annehmlichkeiten des Stadtparks leichter zugänglich gemacht werden.

Nachdem Herr Bürgermeister Rittmeyer hierzu bemerkt, daß an eine Ausführung dieses Plans wegen der demselben entgegenstehenden besonderen Schwierigkeiten vorläufig noch nicht zu denken sei, und der Herr Referent noch einige erläuternde Bemerkungen hinzugefügt hat,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen, die für die Husarenstraße anderweit vorgeschlagene Baulinie nach Maßgabe der vorliegenden Zeichnung zu genehmigen, auch die zum Erwerb des Dammweges angeforderten 100 M. zu bewilligen.

Wie

IV. Herr Munte namens der Statuten- und Baucommission vorträgt, hat der Baumeister Osterloh bei dem Stadtmagistrate darauf angetragen, ihm die Erlaubniß zur Ueberwachung des von der Firma E. F. Witting hieselbst geplanten Erweiterungsbaues ihres in der Schuhstraße belegenen Geschäftshauses zu ertheilen. Der Magistrat ersucht dem Anliegen mit der Maßgabe zu entsprechen, daß Osterloh sich einer speciellen Baubeaufsichtigung, des Abschlusses von Contracten mit Werkmeistern und Lieferanten, sowie einer Revision der Baurechnungen zu enthalten habe.

Die Commission ist der Ansicht, daß, da Osterloh die Zeichnungen zum Baue einmal angefertigt, also den größten und wichtigsten Theil der Arbeiten besorgt hat, man ihm auch die Ausführung des Baues nicht wohl entziehen könne. Namhafte Architekten würden ihm nichts nacharbeiten wollen und Werkmeister seien entweder nicht in der Lage, die nöthige Zeit zu opfern oder hätten auch theilweise nicht das gehörige Verständniß für die bei dem Baue in Frage kommenden architektonischen Verhältnisse. Osterloh habe den vorschriftsmäßigen Weg beschritten, indem er die Genehmigung der städtischen Behörden nachgesucht habe und könne daher die Commission den Magistratsantrag, vorbehältlich der noch zu erlassenden, bereits der Bearbeitung unterworfenen Bestimmungen, nur zur Annahme empfehlen.

Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß nach Ansicht des Magistrats und der Commission über diesen einzelnen Fall ohne Präjudiz für die demnächst zur Berathung kommende allgemeine Frage, inwieweit den städtischen Baubeamten Privatpraxis erlaubt sein solle, zu entscheiden sei.

Herr Rieße: Bei Erhöhung der Gehälter der städtischen Baubeamten sei gewissermaßen als Bedingung hingestellt, daß die Baubeamten den Werkmeistern in Zukunft die Arbeit nicht mehr durch Privatthätigkeit schmälern sollten. Eine Zeit lang sei dies auch beachtet worden, späterhin habe aber die Sache wieder ihren alten Gang genommen, und erst nachdem aus Anlaß der Einstellung einer Magistratsvorlage wegen Anstellung eines Bautechnikers in die Tagesordnung der Versammlung die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten in der Tagespresse zur Sprache gebracht worden, habe Herr Osterloh es für angezeigt gehalten, die Genehmigung der städtischen Behörden zur Ausführung des Witting'schen Baues einzuholen. Bei dem Reiners'schen Baue sei dieses nicht geschehen. Nicht ganz ohne Grund habe man also gegen das Verfahren der städtischen Baubeamten bezüglich ihrer Privatthätigkeit öffentlich zu protestiren gesucht.

Nachdem Referent hierauf entgegnet hat, daß der Magistrat, schon ehe er die Vorlage wegen Anstellung eines Bautechnikers eingebracht, eine Verfügung an die städtische Bauverwaltung dahin erlassen habe, daß den städtischen Baubeamten die Ausübung der Privatpraxis ohne Erlaubniß der städtischen Behörden untersagt sei, wird der Magistratsantrag angenommen.

V. wird nach einem von Herrn Reiche namens der Schulcommission über die Magistratsvorlage vom 19. v. Mts. erstatteten Berichte beschloffen, zur abermaligen Eröffnung eines Sprachheil-Cursus für sprachkranke Kinder 550 M aus der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde zu bewilligen.

Danach

VI. folgt, von Herrn Reuter erstattet, der Bericht der vereinigten Statuten- und Baucommission über die Magistratsvorlage vom 16. v. Mts., den Umbau eines Theils der Campestraße betreffend.

Aus Anlaß eines Antrags des Herrn Munte hat die Versammlung den Stadtmagistrat im vorigen Jahre ersucht, die Eigenthumsverhältnisse bezüglich der Fußwege an der Campe- und Salzdahlumerstraße aufzuklären und eine Vorlage wegen Beseitigung der Gräben und Herstellung der Wege daselbst in einer den jetzigen Verkehrsverhältnissen entsprechenden Weise zu machen. Wegen Feststellung der gedachten Eigenthumsverhältnisse hat sich der Magistrat an das Herzogliche Amtsgericht gewandt. Diese Behörde hat indeß nichts Bestimmtes hierüber ermitteln können; die Eigenthümer der an die fraglichen Fußwege grenzenden Grundstücke wollen aber auf alle etwaigen Ansprüche zu Gunsten der Stadt verzichten, wofern die betreffenden Straßen ordnungsmäßig in Stand gesetzt werden. Der Magistrat beantragt nun zur Instandsetzung der Campestraße auf der Strecke zwischen der Wolfenbüttler- und Adolfs- bez. Salzdahlumerstraße die nöthigen Mittel zu bewilligen, welche sich nach einem Anschlage der städtischen Bauverwaltung excl. Canalisationskosten auf 16260 M belaufen, und bemerkt, daß er mit der Ausführung unverzüglich vorgehen werde, sobald über das allgemeine Canalisationsproject Entscheidung getroffen sei. Vorerst eine provisorische Canalisation herzustellen, die etwa 1800 M kosten und später wieder zu beseitigen sein würde, glaubt der Magistrat nicht empfehlen zu sollen. Nach dem vorliegenden Projecte der städtischen Bauverwaltung soll der Fußweg an der Südseite theilweise abgetragen und dort eine Futtermauer nebst Einfriedigung errichtet werden.

Die Vorlage sei, wie Referent hinzufügt, in der Hoffnung eingebracht, daß das Gesamtcanalisations-Project baldigst zur Entscheidung kommen werde. Hieran sei aber allem Anschein nach für's Erste noch nicht zu denken.

Referent führt dann weiter aus: Die Commission habe Bedenken getragen, die Magistratsvorlage zur Annahme zu empfehlen, weil von verschiedenen Seiten hervorgehoben sei, daß der fragliche Umbau sich einfacher bewerkstelligen lasse und namentlich von Vorrichtung einer Futtermauer nebst Einfriedigung Abstand genommen werden könne, wodurch über 5000 M gespart würden. Außerdem habe sich bei den Commissionsverhandlungen herausgestellt, daß mit den betreffenden Anliegern noch

nicht über die Beseitigung der über den Straßengraben zu ihren Grundstücken führen: den 5 Ueberbrückungen verhandelt sei; die eine derselben werde sogar von einem Anlieger, der Pferd und Wagen halte, als Einfahrt zu seinem Grundstücke benutzt. Die Commission gebe deshalb anheim, die Vorlage an den Magistrat mit dem Ersuchen zurückzugeben, bei Regelung der Angelegenheit hinsichtlich der Einfahrten mit den Anliegern zugleich nochmals in Erwägung zu ziehen, ob die jetzt beabsichtigte Futtermauer und Einfriedigung nicht entbehrlich sind.

Herr Sievers fragt beim Referenten an, welche Vorschläge die Anlieger machten, wenn ihnen vom Straßenterrain Vorgärten überwiesen würden. Er habe gehört, daß in diesem Falle die Anlieger sich verpflichten würden, die Einfriedigung selbst herzustellen. Die Straße würde ja auch immer noch breit genug sein und die Sache würde sich dann von selbst reguliren.

Referent: Die Anlieger seien von der Annahme ausgegangen, daß der Fußweg vollständig bis auf das Niveau der Fahrbahn abgetragen werde, und in diesem Falle wünschten sie Vorgärten überwiesen zu haben, zu denen sie sich selbst die Einfriedigung beschaffen wollten. Eine vollständige Abtragung lasse sich aber nicht ausführen, weil zu befürchten stehe, daß die Grundmauern der Häuser darunter leiden. Daß auch bei einer mäßigen Abtragung des Fußweges Vorgärten hergerichtet werden sollen, dahin seien die Verhandlungen nicht gegangen. Außerdem müsse auch diese Straße, als ein Theil der Ringstraße, die richtige Breite behalten; man beabsichtige ja auf der Nordseite der Straße die Vorgärten zu beseitigen und Herr von Voigtländer habe bei seiner Fabrik schon Terrain liegen lassen müssen. Wenn man nun auf der einen Seite der Straße Opfer bringe, um die Vorgärten zu beseitigen, so könne man doch nicht gut auf der anderen Seite wiederum Straßenterrain zu Vorgärten hergeben wollen.

Herr Munte: Bei Einbringung seines Antrags im vergangenen Jahre habe er die Hoffnung gehabt, daß die Angelegenheit noch im nämlichen Jahre hätte regulirt werden können. Erst heute komme nun eine Vorlage des Stadtmagistrats, die ihm aber durchaus nicht gefalle, indem sie ihrer Kostspieligkeit wegen eher danach angethan zu sein scheine, die Sache absichtlich zu begraben statt sie zu fördern. Man könne weit billiger zum Zwecke kommen; so sei die Futtermauer mit Befriedigung überflüssig, an ihre Stelle könne eine Böschung mit Rasen kommen. Wenn nun, wie der Magistrat beabsichtige, die Instandsetzung der Straße erst nach Entscheidung über das Canalisationsproject in Angriff genommen werden solle, dann würde man, wie auch der Herr Referent schon angedeutet habe, noch lange warten müssen. Er wünsche aber dringend, daß namentlich im Hinblick auf die drohende Cholera-gefahr sofort etwas geschehe, und dem Magistrate schon heute bezüglich der erforderlichen Geldmittel *plein pouvoir* gegeben werde. Es sei wohl keine Straße in gesundheitlicher Beziehung so gefähr-

lich wie die Campestraße; es müsse deshalb zunächst eine provisorische Canalisation hergerichtet werden, wozu die Anlieger gewiß gern einen Theil der Kosten beitragen würden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer weist den Vorwurf, daß der Stadtmagistrat die Angelegenheit absichtlich verzögert und nun schließlich einen zu kostspieligen Plan vorgelegt habe, zurück. Die Verhandlungen mit den Anliegern hätten bereits im vorigen Jahre begonnen und wenn die städtische Bauverwaltung die Summe von 16260 M anfordere, so könne der Magistrat nichts dagegen thun; es würden diese Gelder wohl nöthig sein. Der Vorschlag des Herrn Munte, die Futtermauer wegzulassen und eine Rasenböschung anzulegen, könne dem Magistrate unmöglich gefallen, denn dadurch würde ein höchst unangenehmer Anblick geschaffen werden; er erinnere nur an den Theil der Promenade gegenüber den Husarenpferdeställen. Daß das Canalisationsproject noch nicht zum Abschlusse gelangt, sei nicht Schuld des Magistrats, der bekanntlich die Angelegenheit nach allen Richtungen hin zu beschleunigen gesucht habe. Allerdings müsse, namentlich bei der jetzt herrschenden Hitze, schleunigst auf Beseitigung der Uebelstände auf der Campestraße Bedacht genommen werden.

Referent hält für allein richtig, dem Commissionsantrage gemäß die Angelegenheit nochmals an den Magistrat zurückzugeben, zu welchem man wohl das Vertrauen haben könne, daß er so schleunig als möglich vorgehen werde. Eine augenblickliche Besserung der übeln Zustände auf der Campestraße könne seines Erachtens nur dadurch erzielt werden, daß der Graben möglichst gründlich gereinigt und während einiger Nächte das Wasser aus der Wasserleitung durch denselben hindurch geführt werde. Dies sei ein Mittel, welches man in der Hand habe und nur mit solchen Mitteln dürfe man rechnen. Mit einer provisorischen Canalisirung werde für den Augenblick nicht genügt, denn wenn die fertig, sei auch wahrscheinlich die Hitze schon vorüber. Auch sei man in der Commission der Meinung gewesen, daß man bei den der Stadt bevorstehenden großen Ausgaben mit der größten Sparsamkeit zu Werke gehen müsse.

Herr Munte bemerkt Herrn Bürgermeister Rittmeyer gegenüber, daß der seinerseits gefallene Vorwurf nicht dem Magistrate sondern der städtischen Bauverwaltung habe gelten sollen, und bittet sodann nochmals, auf sofortige Hebung der Uebelstände auf der Campestraße bedacht zu nehmen. Wenn der Herr Referent auch eine provisorische Canalisirung deshalb nicht empfehle, weil nach deren Fertigstellung die jetzt herrschende Hitze wahrscheinlich schon vorüber sei, so könne ihn das nicht irritiren. Man dürfe beim Ergreifen von Gesundheitsmaßregeln nicht bloß die Sommermonate in Betracht ziehen, Epidemien könnten auch im Winter auftreten und die

Cholera könne im Winter ebenso gut zu uns kommen wie im Sommer. Redner bringt sodann den Antrag ein,

den Magistrat zu ersuchen, sofort zur provisorischen Instandsetzung der Campestraße zu schreiten.

Herr Wilke schließt sich dem Commissionsantrage an, fügt aber den Wunsch hinzu, daß die Sache nicht auf die lange Bank geschoben und nicht erst die Entscheidung über das allgemeine Canalisationsproject abgewartet werden möchte; es lasse sich wohl in anderer Weise vorgehen. Die Futtermauer an den Graben zu bringen, halte er durchaus nicht für zweckmäßig, die lasse sich an die Grenze der Grundstücke rücken. Der Fußweg könne dann vollständig abgetragen, die betr. Mauer aber um soviel, wie die Länge der Häuserfronten betrage, verkürzt werden, und für die hierdurch am Mauerwerk gesparten Kosten könnten, falls solches für nothwendig gehalten werden sollte, die Grundmauern der anliegenden Häuser verstärkt resp. unterfahren werden. Es würde alsdann auch das Geländer auf der Futtermauer überflüssig und der Zweck erreicht werden, den man im Auge habe.

Herr Rieke ist der Ansicht, daß eine provisorische Canalisierung sich mit 4 Mann binnen 8 Tagen herstellen lasse, und erbietet sich die Ausführung unter dieser Bedingung nöthigenfalls selber zu übernehmen.

Herr Rieß spricht sich für den Commissionsantrag event. für den Antrag des Herrn Munte aus, fügt aber hinzu, er hege die stille Hoffnung, daß die Herzogliche Kreisdirection eine provisorische Canalisierung nicht genehmigen werde, da man alsdann desto eher zum Ziele kommen werde; es sei einmal nicht anders, die Zustände müßten erst himmelschreiende werden. Die Friedrichstraße, Kramerstraße und Cammannstraße seien noch schlimmer daran als die Campestraße.

Bei der nun folgenden Abstimmung gelangen der Antrag der Commission und der des Herrn Munte zur Annahme; die Magistratsvorlage ist damit gefallen.

Wie

VII. Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission vorträgt, beantragt der Magistrat unterm 17. v. Mts., die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß der nach Absatz des eisernen Betriebsfonds zu 69 500 M und einigen bereits beschlossenen bez. noch zu beschließenden Ausgaben von insgesammt 16 992 M 33 S, annoch verfügbare Rest:Ueberschuß des ordentlichen Stadtcassenetats pro 1883 zu 32 802 M 26 S dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden im Ordinario der Stadtcasse überwiesen werde.

Die Commission empfiehlt diesen Antrag, worauf derselbe genehmigt wird

VIII. Die Kosten für Herstellung eines Wohn- und Wirthschaftsgebäudes im Stadtparke (Fasanenhölzchen) sind auf 29 500 M veranschlagt; sie betragen indes

nach der Ausführung 36492 M 33 S. Von der Mehrausgabe entfallen 3144 M 50 S auf die Herstellung eines provisorischen Anfuhrweges, Anlage eines Brunnens und Canals, so daß die wirkliche Ueberschreitung des Kostenanschlages 3847 M 83 S beträgt. Die Mehrausgabe hat ihren Grund darin, daß ein specieller Anschlag wegen der erwünschten schleunigen Ausführung des Baues nicht hat ausgearbeitet werden können. In seinem Schreiben vom 13. v. Mts. beantragt der Stadtmagistrat, die stattgehabte Mehrausgabe von 6992 M 33 S nachträglich zu verwilligen, indem er bemerkt, ein Ersatz sei wohl darin zu erblicken, daß das Pachtgeld statt, wie angenommen war, 1200 M in Wirklichkeit 1850 M betrage.

Die Finanzcommission, für welche Herr Wolff berichtet, giebt in Anbetracht, daß die von der ganzen Stadt so freudig begrüßte Anlegung des Stadtparks als eine wohl gelungene bezeichnet werden könne, anheim, dem Magistratsantrage zu entsprechen.

Bei Berathung dieser Angelegenheit in der Commission haben sich noch verschiedene Ausgaben zur Vervollständigung des Fasanenhölzchens als nothwendig herausgestellt, nämlich für Herstellung einer Drahteinfriedigung des Teiches, Aufstellung von 20 schmiedeeisernen Bänken und für Anlegung eines Fahrweges nach der Restauration, im Gesamtbetrage von ca. 3000 M. Der Magistrat beantragt k. H. die Verwilligung dieser Summe, die Commission schließt sich diesem Antrage an.

Herr Kiecke bemängelt die vorgekommene Ueberschreitung, hält jedoch die Aufstellung von Bänken im Stadtparke für nothwendig; es müsse auch auf solche Leute Rücksicht genommen werden, die nicht grade immer in der Lage seien, den Stadtpark in ihrem besten Zeuge zu besuchen oder Geld auszugeben, und die sich deshalb abseits zu setzen wünschten. Für sehr billig könne man übrigens die ganze Anlage nicht grade halten, denn man müsse bedenken, daß das Fasanenhölzchen der Stadt bereits gehört habe, man also nichts für Grund und Boden habe auszugeben brauchen. Man hätte sollen s. B. die Charlottenhöhe billig zu kaufen suchen, wozu Gelegenheit gewesen sei, dann hätte man für ganz Braunschweig etwas Ordentliches gehabt.

Herr Bürgermeister Rittmeyer legt nochmals die Gründe dar, nach welchen eine Ueberschreitung im vorliegenden Falle wirklich entschuldbar sei; es sei die dringendste Eile nöthig gewesen, um die Wirthschaft noch im Frühjahr in Stand zu bringen, die städtische Bauverwaltung habe deshalb von Ausarbeitung detaillirter Pläne Abstand nehmen, und sich auf Vorlegung einer oberflächlichen Veranschlagung beschränken müssen, die leider nicht genau habe innegehalten werden können.

Herr Reuter ist nicht völlig überzeugt, daß die Aufstellung von 20 Bänken wünschenswerth sei. Unzweifelhaft werde der Wirth dadurch veranlaßt werden, in Zukunft weniger Pacht zu zahlen. Man möge einige Bänke hinstellen, um den im Publikum laut gewordenen Wünschen Rechnung zu tragen, und könne ja später event. noch zulegen; aber 20 Bänke halte er für zu viel. Wenn man spät abends die Promenaden besuche und sehe, was für ein Publikum die dort aufgestellten Ruhebänke

einnehme, dann trage man wirklich Bedenken, die Aufstellung von Bänken im Stadtparke zu empfehlen.

Herr G ü n t h e r spricht gegen die Ausführungen des Herrn Vorredners, indem er die Aufstellung der vorgeschlagenen Anzahl von Bänken für höchst wünschenswerth hält, er kann aber gleich Herrn Rieße die seines Erachtens so enorme Kostenüberschreitung nicht billigen.

Herr Rieße hält die ganze Anlage für eine so ausnahmsweise billige, daß man schwerlich in irgend einer anderen Stadt Deutschlands eine so wohlgelungene Anlage für so geringe Mittel finden werde. Die Ueberschreitung könne man dreist genehmigen, er könne versichern, daß Zimmer- und Maurermeister bei der Arbeit zuseht haben. Die Aufstellung von Bänken könne unmöglich Einfluß auf die Pacht ausüben; es Sorge schon die Concurrenz dafür, daß die Pacht nicht heruntergehe, zumal wenn der Stadtpark mit seinen Wegen und Alleen, was dazu gehöre, ordentlich im Stande erhalten werde. Der Stadtpark sei nicht des Wirthes wegen sondern des Publikums wegen geschaffen; man müsse dort spazieren gehen können, ohne grade zum Geldausgeben gezwungen zu sein.

Herr Rieße: Mit den jetzigen Ausgaben sei noch nicht Alles abgethan. Wenn man einmal etwas Ordentliches schaffen wolle, dann müsse auch noch ein Eiskeller für den Wirth hergerichtet werden, auch werde die feuchte, ungesunde Küche noch Aufwendungen erforderlich machen.

Herr Blasius ist gleichfalls der Ansicht, daß durch Aufstellung von Bänken die Pacht nicht herunter gedrückt werden würde und auch die Höhe des Pachtgeldes weniger maßgebend sei, da man hauptsächlich im Auge gehabt habe, einen Platz zum Ergehen für das Publikum zu schaffen.

Nachdem nochmals der Referent für die Magistratsanträge gesprochen, werden die angeforderten Kosten von bez. 6992 M 33 S und 3000 M bewilligt.

IX. wird nach einem von Herrn von Seckendorff für die Finanzcommission erstatteten Berichte ein vom Magistrate unterm 18. Juni vorgeschlagener Vergleich mit den Miethern des wegen Neupflasterung und Verbreiterung des Langenhofs zum Abbruche bestimmten Rasch'schen Hauses daselbst genehmigt.

X. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 30. v. Mts., über welches namens der Finanzcommission Herr Wolff berichtet, sind zur Canalisirung und Pflasterung der Verbindungsstraße zwischen Hagenmarkt und Ruhfäutchenplatz, sowie zur Legung der Gas- und Wasserrohren zusammen 26 763 M 55 S erforderlich. Im Etat der außerordentlichen Ausgaben für 1884 sind zu dem Zwecke 20 000 M vorgesehen und beantragt der Magistrat, die noch fehlenden 6763 M 55 S nachzuver-

willigen auch die Baulinien für die fragliche Straße und einen Theil des Ruhfäutchenplatzes auf Grund des vorgelegten Situationsplans zu genehmigen.

Die Commission giebt anheim, die angeforderten Geldmittel zu bewilligen, bei Feststellung der Fluchtlinie sich jedoch nur auf die Verbindungsstraße selbst (nach dem Situationsplane bis zu den Punkten h und f reichend) zu beschränken, über die Fortsetzung der Fluchtlinie auf dem Ruhfäutchenplatz aber, die der Stadt bei ihrer Verwirklichung bedeutende Geldopfer auferlegen würde, für heute einen Beschluß noch nicht zu fassen. Der Magistrat habe sich in der Commissionsitzung mit diesem Vorschlage einverstanden erklärt.

Der Commissionsantrag wird ohne Debatte genehmigt.

XI. berichtet Herr Schwarzenberg im Namen der Statutencommission über einen Antrag des Stadtmagistrats vom 5. v. Mts. wegen Verkaufs der diesjährigen Heuernte von den städtischen Wiesen im Gänsewinkel zum Preise von 18 M pro Morgen. Die Commission tritt dem Antrage bei, schlägt aber vor, den Stadtmagistrat zu ersuchen, durch Verbesserung der fraglichen Wiesen und Verpachtung derselben in kleineren Parcellen für die Folge einen besseren Erlös zu erzielen zu suchen.

Nachdem Herr Munte noch bemerkt hat, daß man in der Statutencommission den Preis von 18 M gebilligt habe, weil in der Commissionsitzung seitens des Magistrats die Erklärung abgegeben sei, daß die Wiesen wegen bald zu erwartender Herrichtung des Stadtparks nur noch auf kurze Zeit, vielleicht nur auf ein Jahr, verpachtet werden könnten,

wird der Magistrats- bez. Commissionsantrag genehmigt.

Darauf

XII. werden einem von Herrn von Seckendorff Namens der Finanzcommission befürworteten Antrage des Stadtmagistrats vom 9. d. Mts. entsprechend 870 M zur Herrichtung einer Parallelklasse X. für die höhere Mädchenschule in dem alten Stadtcassenlocale bewilligt.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

XIII. Herr Günther erhält nun das Wort zur Begründung seines Eingangs erwähnten Antrags, die Herbeiführung einer Untersuchung der hiesigen sanitären Verhältnisse seitens des Stadtmagistrats betreffend.

Antragsteller führt aus: Die Choleraepidemie halte er an und für sich nicht gerade für drohend; sie sei auch nicht der unmittelbare Anlaß zu seinem Antrage. Letzterer habe nur den Zweck, den Bestrebungen für die Gesundheitspflege einen größeren Antriebe zu geben sowie der Indifferenz und Scheu vor Arbeit und Mühe in dieser Be-

ziehung und vor besonderen Kosten entgegenzutreten. Vor zwei Jahren seien die Brunnen untersucht und die Resultate bekannt gegeben. Es sei nun wünschenswerth und nothwendig, zu wissen, ob seitdem eine Besserung eingetreten sei; er halte deshalb für nöthig, daß die Brunnen nochmals wissenschaftlich untersucht würden und zwar gleich in etwas ausgedehnterer Weise als damals. Es werde sich dann zeigen, ob und welche Brunnen für den Gebrauch zulässig seien, bei welchen eine Besserung herbeizuführen und bei welchen der Gebrauch zu untersagen sei oder wenigstens eine Warnung vor Benutzung des Wassers zu erfolgen habe. Er kenne Fälle, wo das Wasser eines Brunnens als entschieden unbrauchbar bezeichnet, von den betreffenden Leuten aber trotzdem weiter benutzt sei. Auch über die Verwendbarkeit des gegenwärtig schlechten Leitungswassers müsse dem Publikum Aufklärung gegeben werden. Ueber die Frage der Grundwasserverhältnisse sei schon früher berathen und er verweise in dieser Beziehung besonders auf die Untersuchungen des verstorbenen Stadtverordneten Dr. Reck. Bezüglich der Aborte seien zwar bereits polizeiliche Maßregeln getroffen, doch halte er eine allgemeine Regelung des Abortwesens für geboten. Die Wohnräume müßten einer strengeren Controle in sanitärer Beziehung unterzogen werden und das Vermietthen gesundheitschädlicher Wohnräume ebenso wie der Verkauf verdorbener Nahrungsmittel seitens der Sanitätsbehörde untersagt werden. Redner verweist auf den die Luft verderbenden Zustand mancher Hofräume, namentlich von Schlachtereien, der sich häufig der Oeffentlichkeit entziehe. — Da die Stadtverwaltung allein die geeigneten Maßregeln nicht treffen könne, so sei es rathsam, alle die verschiedenen Vereine und Personen heranzuziehen, welche bereits jetzt ihr berufsmäßig oder freiwillig ihr Interesse an der Gesundheitspflege an den Tag legen. — Die Ernennung einer besonderen Commission aus der Mitte der Versammlung halte er für geboten, einmal um die Versammlung zu jeder Zeit auf dem Laufenden zu erhalten und dann auch um bezüglich der zu treffenden Maßregeln jedes Hinderniß zu beseitigen.

Der Antrag findet die erforderliche Unterstützung und wird auf Beschluß der Versammlung zur sofortigen Berathung zugelassen.

Herr Buchler hält eine zwangsweise polizeiliche Untersuchung der Brunnen für unrichtig und nicht grade angenehm; er benutze seinen Brunnen mit seiner Familie bereits seit 30 Jahren, ohne daß er das Wasser desselben habe untersuchen lassen und er werde eine Untersuchung auch für die Zukunft nicht gestatten.

Herr Blasius begrüßt den Antrag des Herrn Günther, wenn auch nicht in seinem ganzen Umfange, so doch der Hauptsache nach mit voller Sympathie. Wenn auch schon Manches zur Hebung der sanitären Verhältnisse in Braunschweig geschehe, so bleibe doch noch Vieles zu wünschen übrig. So hätten müssen z. B. die Wasserverhältnisse öfter und in regelmäßigen Zwischenräumen untersucht werden, wie das seitens des Vereins für öffentliche Gesundheitspflege seiner Zeit empfohlen sei, und

es sei wünschenswerth, daß die städtischen Behörden sich der Sache etwas mehr annehmen als bisher. Das Wichtigste sei aber, dem Magistrate die nöthigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen; er beantrage deshalb, den vorliegenden Antrag dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen und zu den erforderlichen Untersuchungen eine bestimmte Summe, vielleicht 3000 M, zu verwilligen. Die Wahl einer Commission halte er für überflüssig, da bereits 3 Stadtverordnete in den Gesundheitsrath deputirt seien.

Herr Bürgermeister Rittmeyer erklärt, daß der Magistrat den Antrag als zweckentsprechend entgegennehmen werde; über die Einzelheiten des Antrags könne er sich allerdings augenblicklich noch nicht äußern. Der Magistrat werde in Ueberlegung nehmen, welche Punkte der näheren Berücksichtigung bedürften. Jedenfalls könne er aber im Namen des Magistrats die Versicherung abgeben, daß seitens desselben alles geschehen werde, um dem gefürchteten Gespenste der Cholera gewappnet entgegenzutreten. Es würde auch sehr erfreulich sein, wenn dem Antrage des Herrn Blasius gemäß dem Magistrate sofort 3000 M zur Verfügung gestellt würden; es sei alsdann bei Ergreifung geeigneter Maßregeln nicht nöthig, nochmals bei der Versammlung um Bewilligung von Geldmitteln einzukommen.

Herr Schwarzenberg stellt in Anbetracht, daß doch noch Verschiedenes im Antrage erwogen werden müsse, auch sich noch nicht übersehen lasse, ob 3000 M grade hinreichten, den Antrag, die Angelegenheit dem Magistrate zur Berücksichtigung zu überweisen und dabei im Allgemeinen die Geneigtheit zur Bewilligung von Geldmitteln auszusprechen.

Herr Reuter: Der Antrag des Herrn Günther möge gut gemeint sein, er sei aber seines Erachtens überflüssig, denn bis auf die Wiederholung der Wasseruntersuchungen sei Alles vorhanden, was der Antrag anstrebe. Der Gesundheitsrath, in welchen, wie schon erwähnt, die Versammlung 3 Mitglieder deputire, habe nächsten Sonnabend Sitzung, wo die zu ergreifenden Maßregeln besprochen werden würden, wie das bei besonderen Gelegenheiten oder beim Auftreten der Cholera an irgend welchem Orte in Europa bisher stets geschehen sei. Eine besondere Commission zu wählen, sei also völlig überflüssig. Man müsse die Leute nicht unnöthig in Aufregung bringen, denn bekanntlich finde die Cholera grade in der Angst ihre beste Helferin. Es genüge, hier auszusprechen, daß man nicht nur die nöthigen Gelder zu verwilligen bereit sei, sondern auch als Pflicht und Schuldigkeit des Magistrats voraussetze, daß dieser keine Mittel scheuen werde, event. sofort die nöthigen Maßregeln zu ergreifen.

Herr Nieß stimmt dem Antrage des Herrn Blasius, dem Magistrate schon heute die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, bei. Vor Weiterem müsse man aber abwarten, was der Gesundheitsrath, als das berufene Organ, nächsten

Sonnabend beschließen werde; seinem Beschlusse, der gesetzliche Basis habe, könne die Versammlung nicht vorgreifen. Im Allgemeinen habe es sein Gutes, wenn die Bevölkerung sehe, daß die Versammlung sorgsam darauf bedacht sei, Gefahren vorzubeugen.

Herr Blasius beharrt bei seiner Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, dem Magistrat sofort eine bestimmte Summe zu überweisen; eine Verwendung dafür sei leicht gefunden z. B. für Wasseruntersuchungen, Anschaffung von Torfstreu für ärmere Leute u. s. w. Redner verweist dann auf die gesundheitsgefährlichen Zustände auf der Sammannstraße und Campestraße, die schon längst hätten beseitigt werden müssen.

Herr Günther sucht nochmals die Zweckmäßigkeit seines Antrages darzulegen, dabei betonend, daß er trotz der Ausführungen des Herrn Reuter nichts Ueberflüssiges darin finde.

Herr Reuter bemerkt noch, daß die sanitären Zustände in Braunschweig im Allgemeinen gegen 1850, wo die Cholera hier grassirte, weit bessere geworden seien, indem keine Opfer gescheut würden, hervortretende Uebelstände zu beseitigen, daß man also durchaus keine Ursache habe, mit den hiesigen Zuständen unzufrieden zu sein, und bringt den Antrag ein,

dem Stadtmagistrate die zur Beschaffung geeigneter Maßregeln erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Die Herren Schwarzenberg und Blasius ziehen ihre Anträge zu Gunsten des Reuter'schen Antrags zurück und es wird darauf dieser Antrag sowie der Antrag des Herrn Günther sub 1 und 2 genehmigt.

XIV. motivirt Herr Blasius seinen Antrag, die Anbringung von Blitzableitern an Schulgebäuden betreffend.

Zur Einbringung seines Antrags sei er durch den Umstand veranlaßt, daß der Blitz neulich in das Gebäude der mittleren Mädchenschule eingeschlagen habe. Seines Erachtens liege eine große Gefahr für die Schulgebäude darin, daß sie nicht mit Blitzableitern versehen sind. Diese Gebäude seien meist schön und groß und die Erfahrung habe gelehrt, daß hohe Gebäude die besten Anziehungspunkte für den Blitz bildeten. Wissenschaft und Praxis konstatirten aber, daß ein gut eingerichteter und ordnungsmäßig im Stande gehaltener Blitzableiter das sicherste Schutzmittel gegen Blitzstrahl sei. Er bitte seinen Antrag zu unterstützen; man dürfe keine Ausgaben scheuen, wenn es sich um die Sicherheit der Kinder in den Schulen handle.

Der Antrag, genügend unterstützt, wird der Finanzcommission zur Vorprüfung überwiesen, nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß nach einer ihm soeben gewordenen Mittheilung die städtische Bauverwaltung sich bereits mit der gedachten Angelegenheit beschäftige.

Schließlich

XV. bringt der Herr Vorsitzende noch folgenden während der Verhandlungen eingegangenen Antrag des Herrn Nieß zur Kenntniß der Versammlung:

die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, den bereits im Etat vorgesehenen Baumeister für Wege- und Canalbauten anzustellen und das Bureau desselben im Stadthause zu etabliren.

Antragsteller bemerkt hierzu: Schon in einer früheren Sitzung habe die Versammlung beschlossen, die Canal- und Wegebauten einer bestimmten Person besonders zu überweisen. Dadurch, daß der städtischen Verwaltung keine Person zur Verfügung stehe, welche man für den Zustand der städtischen Wege und Canäle verantwortlich machen könne, entstehe manche Unzuträglichkeit, die andernfalls nicht vorkommen würde.

Der Antrag wird, nachdem er die erforderliche Unterstützung gefunden, der Statuten- und Baucommission überwiesen,

die Sitzung darauf geschlossen.

In der darauf folgenden längeren vertraulichen Sitzung wird die Ersahwahl eines Armenpflegers vorgenommen, eine Anzahl von Gemeindesteuer-Reklamationen berathen und der bisherige Protokollführer der Versammlung wiedergewählt.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 11. September 1884.

Öffentlich:

- I. Berathung des Günther'schen Antrages wegen Erstattung schriftlicher Commissionsreferate,
- II. Berathung des Wolff'schen Antrages, einige bei der Einschätzung zur Communalsteuer zu befolgende Grundsätze betreffend,
- III. Berathung des Nieß'schen Antrages auf sofortige Installation eines städtischen Baumeisters.

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- IV. Aufstellung von Normen für die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten,
- V. Ankauf von Straßenterrain an der Helenen- und Juliusstraße,
- VI. Verwilligung einer Zulage an zwei städtische Beamte,
- VII. Pensionirung eines städtischen Beamten,
- VIII. Verwilligung von Kosten für Reparaturen in der 1. und 2. mittleren Bürgerschule,
- IX. Abtretung von Straßenterrain auf der Breitenstraße,
- X. Entscheidung über Einwendungen gegen die Baulinie der neuen Straße zum Hagensmarkt,
- XI. Verkauf von städtischem Terrain an der Okerstraße,
- XII. Uebereinkommen mit der Bräuerkirche wegen Benutzung einer Remise zu Feuerlöschzwecken,
- XIII. Erhöhung der Zuschusses für die katholische Schule,
- XIV. Verpachtung von Länderei des Centralfriedhofes,
- XV. die Burg Dankwarderode.

Vertraulich:

- Steuerreclamationen (Verzeichniß I und II von 1884),
Wahl zweier Armenpfleger.

Entschuldigt die Herrn Buchler, Meyer und von Seckendorff. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer.

Nach Genehmigung des Protokolls *N.* 8

verliest der Herr Vorsitzende ein Schreiben des Stadtmagistrats vom 31. Juli c. mit etwa folgendem Inhalte: Zur Prüfung der in der Sitzung am 6. September v. J. angeregten Frage, in welcher Weise die von der hiesigen Bevölkerung in der Nähe besuchten Waldparthien, wie Mascheröder Holz, von Pawel'sches Holz und Buchhorst in angenehmerer Weise zugänglich gemacht werden können, sei die städtische Bauverwaltung zum Bericht aufgefordert. Dieselbe habe sich dahin geäußert, daß die zum Mascheröder Holze und zur Buchhorst führenden Fahrwege gut befestigt seien, auch durch die vorhandenen Baumpflanzungen mehr oder weniger Schutz gegen die Sonne gewährt werde; daß ferner die Fußwege gleichfalls passirbar, ihre Bepflanzung mit Bäumen aber theils unthunlich, theils zu kostspielig sein würde. Dagegen sei anzuerkennen, daß der von der Rossstraße nach Westen abzweigende, zum von Pawel'schen Holze führende, und als Hauptzugangsweg zu diesem benutzte Interessentenweg sich in einem so mangelhaften Zustande befinde, daß dessen Instandsetzung und Bepflanzung mit Bäumen im Interesse der zahlreichen Passanten gerechtfertigt erscheine. Nun würden sich aber — abgesehen von den behuf nothwendiger Verbreiterung durch Ankauf von Terrain aufzuwendenden Mitteln — die Kosten für die erstmalige Instandsetzung und Bepflanzung dieses 1895 m langen Weges auf 37 000 M und die jährlichen Unterhaltungskosten auf 2400 M belaufen. Die Aufwendung so erheblicher Mittel könne der Magistrat nicht für gerechtfertigt erachten, und da er, was die zum Mascheröder Holze und zur Buchhorst führenden Wege betrifft, der Ansicht der städtischen Bauverwaltung nur beitreten könne, so glaube er von der weiteren Verfolgung der Angelegenheit Abstand nehmen zu müssen.

Zur Tagesordnung übergehend

berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über den von Herrn Günther in der Sitzung am 8. Mai c. eingebrachten Antrag:

den Stadtmagistrat zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Commissionberichte in ihrem wesentlichen Inhalte durch Druck oder Hektographie *ic.* vervielfältigt und den Mitgliedern der Versammlung zugesandt werden.

Nach Ansicht der Commission liege ein Grund zur Annahme dieses Antrages nicht vor. Die gewünschte Einrichtung sei mit einer erheblichen Mehrbelastung der Referenten verbunden und außerdem schwer durchführbar, denn es müßten statt einer immer

zwei Commissionsitzungen stattfinden, um in der zweiten Sitzung das auf Grund der ersten Verhandlungen ausgearbeitete Referat festzustellen. Dieser Belästigung würde man sich unterziehen müssen, wenn damit eine erhebliche Verbesserung der jetzigen Einrichtung verbunden wäre. Das sei aber nach Ansicht der Commission nicht der Fall. Wenn jetzt einem Mitgliede der Versammlung aus irgend einem Grunde etwas von den Ausführungen des Referenten unklar geblieben sei, so lasse es letzterer auf desfallsiges Verlangen an den nöthigen Wiederholungen bez. Erläuterungen nicht fehlen. Außerdem seien die Commissionsitzungen für die Mitglieder der Versammlung öffentlich und die zur Berathung gelangenden Vorlagen würden 3 Tage vor der Sitzung im Stadthause zur Einsicht für die Mitglieder der Versammlung ausgelegt. Bei wichtigeren Vorlagen würden diese auch den Stadtverordneten gedruckt zugefertigt. Nach Ansicht der Commission reichen diese Maßregeln aus, um den Mitgliedern der Versammlung die erforderliche Sicherheit für die Verhandlungen zu bieten. Was schließlich den Grund anlange, daß durch die angestrebte Einrichtung auch die Protokollführung an Zuverlässigkeit gewinne würde, so habe sich bislang noch nicht herausgestellt, daß die Protokolle als unzuverlässig bezeichnet werden müßten; auch sei den betr. Referenten Gelegenheit gegeben, vor der definitiven Feststellung der Protokolle etwaige Unrichtigkeiten auszumergen. Die Commission gebe aus diesen Gründen anheim, den Antrag abzulehnen.

Herr Günther tritt nochmals für seinen Antrag ein, dabei betonend, daß man weit besser über eine Angelegenheit nachdenken und sich auf die Verhandlungen vorbereiten könne, wenn man die betreffenden Commissionsberichte vorher im Hause durchlesen könne. Sollte indeß die Versammlung dem Antrage nicht zustimmen, so wolle er wenigstens noch den Wunsch aussprechen, daß wichtigere Vorlagen noch häufiger als es bis jetzt geschehen, den Stadtverordneten durch Vervielfältigung zugänglich gemacht werden möchten.

Entsprechend dem Commissionsantrage wird darauf Herrn Günther's Antrag abgelehnt.

II. Ueber den Antrag des Herrn Wolff vom 20. März c.:

eine Commission zu beauftragen, alle diejenigen Grundsätze, welche bisher für die Veranlagung der Einkommensteuer maßgebend gewesen sind, zusammenzustellen und dann der Versammlung zur Prüfung und definitiven Feststellung vorzulegen, die festgestellten Grundsätze aber in einem Register zusammenzufassen, in welchem alle späteren principiellen Entscheidungen nachzutragen wären,

berichtet im Namen der Statutencommission Herr Lüderßen. Die Commission habe bei ihren Berathungen eine Prüfung der gedachten Grundsätze allerdings als zweckmäßig erachtet, sie habe aber im Einverständnisse mit dem Herrn Antragsteller

beschlossen, sich bei ihrem Vorschlage zunächst auf die formelle Seite der Angelegenheit zu beschränken und zur Erledigung des schwierigen Themas die Wahl einer besonderen Commission, bestehend aus der Statutencommission, den Vorsitzenden der drei Einschätzungscommissionen und dem Antragsteller, zu empfehlen.

Der Vorschlag der Commission wird ohne Weiteres acceptirt.

III. Bezüglich des von Herrn Nieß in der letzten Sitzung gestellten Antrags: den Stadtmagistrat zu ersuchen, den bereits im Etat vorgesehenen Baumeister für Wege- und Canalbauten anzustellen und das Bureau desselben im Stadthause zu etabliren,

trägt Herr Munte namens der Statutencommission Folgendes vor: Nachdem der Herr Oberbürgermeister Pockels in der Commission erklärt habe, daß zur Anstellung eines Baumeisters augenblicklich keine Veranlassung vorliege, da Herzogliche Kreisdirection das Canalisationsproject abgelehnt habe, daß aber damit vorgegangen werden solle, sobald sich ein entsprechender Geschäftskreis eröffnet habe, habe der Herr Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen. Die Angelegenheit könne also damit vorerst als erledigt angesehen werden.

Auf eine Anfrage des Herrn Nieß, weshalb das Project nicht genehmigt sei, und welche Consequenzen sich hieran für die Zukunft schließen könnten?

gibt Herr Oberbürgermeister Pockels eine Darstellung von den bislang über die Canalisationsangelegenheit gepflogenen Verhandlungen, deren vorläufiger Schluß dahin gegangen sei, daß Herzogliche Kreisdirection mit Rücksicht auf die Belästigungen und sanitären Nachtheile, die den Gemeinden Delpen und Veltenhof aus einer unterhalb der Delpen Schleuse ausmündenden Canalisation erwachsen würden, das Unternehmen abgelehnt habe. Dadurch sei, wie Redner weiter ausführt, die Sache allerdings dem Anscheine nach in eine recht kritische Lage gekommen; es sei indeß nicht so bedenklich, wie es auf den ersten Blick scheine, denn er sei der festen Ueberzeugung, daß die Stadt die Berechtigung zur Ableitung ihrer Abwässer in die Oker erhalten werde und müsse. Die Stadt habe die Verpflichtung übernommen, sich nöthigenfalls alle diejenigen Desinfections- und Klärungsmaßregeln zu verschaffen, welche die Wissenschaft an die Hand gebe, die Herzogliche Kreisdirection habe aber erklärt, daß die bekannten Reinigungsmethoden überall keine Garantie böten, und habe aus diesem Grunde die Genehmigung versagt. Er glaube aber, daß man der gedachten Verpflichtung baldigst werde nachkommen können. In Dortmund habe man nämlich unter amtlicher Controle der Königl. Preussischen Regierung in Arnsberg zur Reinigung und Desinfection der Dortmunder städtischen Abwässer nach zwei verschiedenen Verfahren, unter Anwendung von bestimmten, patentirten Chemikalien Versuche angestellt, die zu außerordentlich günstigen Resultaten geführt haben. Das Wasser werde durch dieses Verfahren in einen vollständig farb-

und geruchlosen Zustand gebracht, der auch dauernd sein solle. Nun habe der Magistrat die Königliche Regierung in Arnberg und den Magistrat in Dortmund um Mittheilung darüber gebeten, ob nach den dort angestellten Versuchen anzunehmen sei, daß mittelst des einen oder anderen Verfahrens die städtischen Abwässer unschädlich gemacht werden könnten. Sollte der in den nächsten Tagen zu erwartende Bescheid, namentlich in Bezug auf die Analyse, günstig lauten, so werde der Magistrat durch den Vertreter des einen oder andern Verfahrens hier an Ort und Stelle Wasserreinigungen vornehmen lassen, zu welchem die Mitglieder der Versammlung eingeladen werden würden, und es solle alsdann ungefäumt eine Vorlage an die Versammlung gelangen. Er sei kein Optimist, es scheine ihm aber Hoffnung vorhanden zu sein, daß man durch die neuen Erfindungen zum ersehnten Ziele gelangen werde.

Nach einigen über die dienstliche Stellung des Begebaucommissairs Denecke zwischen den Herren Telligmann und Oberbürgermeister Pockels gepflogenen Erörterungen, in welchen letzterer hervorhebt, daß der erste städtische Baubeamte als diejenige Persönlichkeit angesehen werden müsse, welche für die Canal- und Begebauten verantwortlich sei,

geht die Versammlung über

IV. zur Berathung über die Magistratsvorlage vom 19. Juni c., betreffend die Aufstellung von Normen für die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten.

Nachdem zur Kenntniß des Stadtmagistrats gebracht war, daß durch die städtischen Baubeamten des Dester Baupläne für Private nicht nur entworfen, sondern auch (was sich übrigens nachträglich als unrichtig herausgestellt hat) zur Ausführung gebracht seien, hat derselbe auf Grund der in dem Statute über die Ordnung des Dienstes bei der Stadtverwaltung vom 19. April 1880 enthaltenen Bestimmung, daß städtische Beamte zur Uebernahme von Nebenämtern oder Geschäftsführungen irgend welcher Art der Zustimmung der städtischen Behörden bedürfen, den Stadtbaurath Winter aufgefordert, sich berichtlich in dieser Angelegenheit zu äußern. Letzterer ist seinem Auftrage in einem ausführlichen Berichte nachgekommen. Nach diesem Berichte und den dazu gehörigen Auslassungen der Baumeister Osterloh und Meyer herrscht bei den städtischen Baubeamten die Auffassung, daß die Anfertigung von Bauplänen für Privatpersonen nicht der Genehmigung der städtischen Behörden, sondern nur der des ersten städtischen Baubeamten bedarf, welche Auffassung auch in einem Beschlusse der Versammlung vom Jahre 1877 ihre Berechtigung findet. Aus verschiedenen Gründen hält nun der Magistrat die Aufstellung folgender Normen für die Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten für angezeigt:

- 1) Die Bearbeitung von Concurrentprojecten bleibt den Beamten nachgelassen.
- 2) Die Erstattung schriftlicher Gutachten, sowie die Vornahme von Taxationen ist mit Genehmigung des Chefs der städtischen Bauverwaltung,

und wenn letzterer selbst derartige Arbeiten übernehmen will, mit Genehmigung des Stadtmagistrats zulässig.

- 3) Zur Lieferung von Skizzen und Generalplänen, wie selbige zur Erwirkung der baupolizeilichen Genehmigung nothwendig sind, imgleichen zur Lieferung von Arbeitsrissen und Detailzeichnungen, einschließlich der Eisenconstructionen und deren statistischer Berechnung ist die Erlaubniß des Stadtmagistrats erforderlich.
- 4) Die Anfertigung eines speciellen Kostenanschlages, ebenso die Bauausführung ist ohne Zustimmung der städtischen Behörden nicht gestattet.

Der Magistrat ersucht, diese Normen gutzuheißen.

Herr Heymann, welcher namens der Statutencommission über diesen Gegenstand referirt, theilt der Versammlung den wesentlichen Inhalt der obgedachten Schriftstücke mit. Der Stadtbaurath Winter hält es in seinem Berichte nicht für angemessen, den städtischen Baubeamten alle Privatthätigkeit zu untersagen und meint, daß man im Falle der Einführung eines derartigen Verbots das Gehalt derselben um 50 % erhöhen müsse; er giebt anheim, eine bestimmte Zahl von Projecten, vielleicht 4, freizugeben oder als Maximum des Honorars 50 % des Gehalts festzusetzen.

Durch Vermittelung des Architekten Hartig sind der Versammlung von 19 städtischen Verwaltungen Auskunftsertheilungen zugegangen, deren Resultate Referent gleichfalls mittheilt. Danach ist in 10 Städten den städtischen Baubeamten die Privatthätigkeit ganz untersagt, in 8 Städten bedarf eine derartige Thätigkeit der besonderen Genehmigung des Senats, der Stadtverordneten oder des Magistrats und in einer Stadt ist eine derartige Praxis ohne Genehmigung gestattet.

Die Statutencommission hat nun Folgendes über die Sache zu berichten: Nach ihrer Ansicht würde von vornherein keine Rede davon sein können, den Baubeamten eine Thätigkeit, wie sie unter das Statut von 1880 fällt, ganz zu untersagen, einmal nicht aus materiellen Gründen, dann aber auch deshalb nicht, weil man mit solchem Verbot gegen das Statut handeln würde, welches den Baubeamten das Recht einräumt, unter Genehmigung der städtischen Behörden Nebengeschäfte zu betreiben. Es würde sich also darum handeln, wie dieses Statut angewandt werden solle? Man müsse sich zunächst klar werden, was denn eigentlich das Statut unter »Geschäftsführungen irgend welcher Art« verstehen wolle. Der auf Antrag der Magistrats Anfang 1877 gefaßte Beschluß könne jetzt nicht als maßgebend betrachtet werden, denn damals sei nur gesagt: es solle vorläufig bei der bisherigen Praxis sein Bewenden behalten. Nach Ansicht der Commission sei unter dem Ausdrücke »Geschäftsführungen irgend welcher Art« nicht allein die Besorgung fremder Angelegenheiten zu verstehen, sondern jede auf Erwerb gerichtete Thätigkeit im Interesse eines Dritten.

Mit dem ersten Punkte des Magistratsantrags sei die Commission vollkommen

einverstanden; es trete dabei der Gesichtspunkt des Erwerbs vollständig in den Hintergrund gegen den Gesichtspunkt des künstlerischen Schaffens, der Ehre.

Auch mit dem 2. Punkte sei die Commission einverstanden, weil es sich dabei um ziemlich unwichtige Sachen handle, die in kurzer Zeit erledigt werden könnten. Es müsse noch darauf hingewiesen werden, daß in sehr vielen Fällen die unter diesem Punkte aufgeführten Arbeiten deshalb von den Beamten ohne Genehmigung der städtischen Behörden vorgenommen werden müßten, weil die Beamten von Gerichten in Proceßangelegenheiten häufig verpflichtet würden, als Sachverständige in dieser Richtung zu fungiren.

Dagegen könne sich die Commission mit dem 3. Punkte nicht einverstanden erklären. Dieser beziehe sich mit auf die Anfertigung von Bauplänen, und hierzu solle nach dem Antrage des Magistrats nur die Erlaubniß des Magistrats erforderlich sein. Die Commission glaube, daß auch hier, wie bei Punkt 4, mit dem sie einverstanden sei, an Stelle von »des Magistrats« gesagt werden müsse »der städtischen Behörden.«

Nach diesen Ausführungen würde die Anfertigung von Bauplänen unter die Bestimmungen des Statuts fallen, also auch die Genehmigung der städtischen Behörden dazu erforderlich sein.

Die Commission glaube, da es sich hier um den für das Publikum wichtigsten Theil der fraglichen Thätigkeit handle, es bei dem ganzen Verlaufe, der ganzen Art und Weise, wie die Sache sich gestaltet habe, nicht angezeigt erscheine, von der Mitwirkung der Stadtverordnetenversammlung bei Ertheilung der Erlaubniß zur Anfertigung von Bauplänen ein für allemal abzusehen. Es würde auch der Versammlung durch solche Erlaubnißertheilungen keine allzugroße Belästigung erwachsen, denn es würden doch immer nur wenig Sachen in dieser Beziehung zur Berathung an die Versammlung gelangen. Ueber die Frage, nach welchen Principien in's Künftige nach Feststellung der allgemeinen Normen verfahren werden solle, wenn solche Anträge an die Versammlung gelangen, habe die Commission für jetzt nicht in Berathung treten zu dürfen geglaubt, wie denn auch der Magistrat für die von ihm vorgeschlagenen allgemeinen Normen derartige Erwägungen im Antrage nicht niedergelegt habe. Das werde der Zukunft überlassen bleiben müssen; man müsse abwarten, wie die Sache sich entwickeln werde und welche Anträge an die Versammlung gelangen würden.

Herr Munte hat als Correferent nichts weiter hinzuzufügen und bittet nur, dem Commissionsantrage zuzustimmen.

Herr Schwarzenberg hat sich in der Commissionsitzung dem Beschluß der Majorität nicht anschließen können, und bittet die Magistratsanträge unverändert anzunehmen. §. 13 des Statuts enthalte eine rein administrative Maßregel, deren Befolgung der Beurtheilung des Magistrats allein zustehe, der die Interessen der städtischen Behörden

am Besten vertreten könne. Der Magistrat habe die Hülfssbeamten zu beaufsichtigen, er könne deshalb am besten beurtheilen, wenn bei Uebernahme von Privatgeschäften seitens der Beamten der Dienst vernachlässigt werde. Seines Erachtens sei es richtiger, wenn auch der 3. Theil des Magistratsantrags unverändert angenommen werde.

Herr Oberbürgermeister Pöckel: Auch er könne sich mit dem Commissionsantrage insofern nicht einverstanden erklären, als derselbe die Anfertigung von Bauplänen der speciellen Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung im concreten Falle unterstellt sehen wolle, weil eine solche Beschlussfassung einem vollständigen Verbote gleichkommen würde. Wenn ein Bauherr einen Architekten um Anfertigung eines Bauplans bitte und der Architect ihm antworte, er müsse erst seinen Chef fragen, dieser müsse die Erlaubniß des Magistrats einholen und der Magistrat sich wiederum an die Stadtverordnetenversammlung wenden, worüber immer 1 bis 2 Monate vergehen könnten, dann werde sich der Bauherr an einen anderen Architekten wenden. Dann müsse er sich noch deshalb gegen den Commissionsantrag aussprechen, weil es seines Erachtens dem Gefühle der Baubeamten widersprechen müsse, in jedem einzelnen Falle vor die Deffentlichkeit gezogen zu werden. Der Herr Referent habe schon die Verhandlungen erwähnt, die im Jahre 1877 über die Privatthätigkeit der Baubeamten stattgefunden haben. Er (Rebner) wolle nur noch hinzufügen, daß die damaligen Verhandlungen vollständig in Ungewißheit darüber ließen, ob jener Zeit die städtischen Behörden die Anfertigung von Baurissen als eine verbotene Nebenarbeit überhaupt anerkannt haben, oder aber ob sie mit der Entschließung haben sagen wollen, daß sie auf Grundlage des Statuts eine generelle Ermächtigung zu gewissen Arbeiten ertheilen wollten. Wie dem aber auch sei, augenblicklich haben ja die Baubeamten das Recht, Baurisse anzufertigen, sobald ihr Chef die Genehmigung dazu ertheile, und sie behalten dieses Recht, bis es ihnen seitens der städtischen Behörden entzogen oder verkümmert werde.

Wenn man nun die Zulässigkeit einer solchen Privatthätigkeit der städtischen Baubeamten betrachte, so komme in Frage einmal das Interesse des Dienstes vor Allem, dann das Interesse des Publikums und schließlich die berechtigten Interessen von Privatarchitekten.

Wenn ein Baubeamter zur privaten Anfertigung eines Baurisses jedesmal die Genehmigung des Magistrats einholen müsse, wie es jetzt, gegenüber den bestehenden Bestimmungen, vorgeschrieben werden solle, der Magistrat also einen Ueberblick über den Umfang der gesammten Geschäftsthätigkeit der Baubeamten habe und diese genau controliren könne, dann könne die Versammlung dem Magistrate auch wohl das Vertrauen schenken, daß er rechtzeitig Einhalt gebieten werde, sobald es die Dienstverhältnisse verlangen. Es liege ja die Executive und danach auch die Verantwortlichkeit für die Dienstführung der Beamten bei dem Magistrate. Das Interesse

des Dienstes sei also völlig gesichert, wenn die Versammlung dem Magistrate generelle Vollmacht gebe.

Was das Interesse des Publikums anlange, so fordere dasselbe eigentlich dazu heraus, den Beamten private Thätigkeit zu gestatten. Die Baubeamten wendeten sich nicht an das Publikum, aber letzteres komme den Baubeamten, weil es Vertrauen zu ihnen habe, indem die Baubeamten, die tagtäglich mit den complicirten Vorschriften zu thun haben, am besten wissen, wie die Pläne richtig hergestellt werden müssen. Das sei auch wieder ein Vortheil für die Verwaltung, weil sie dann weniger mit uncorrecten Plänen zu thun habe. Es liege auch für den Dienst noch ein Interesse darin, daß die Beamten ihre private Thätigkeit, natürlich immer nur in dienstfreier Zeit und in beschränktem Umfange, beibehalten: es könne nämlich dem Baubeamten nur durch Privatarbeit die Möglichkeit geboten werden, sich in denjenigen Theilen der Baukunde weiterzubilden, die seinen eigentlichen Berufsgeschäften mehr oder weniger fern liegen.

Ferner wolle er hervorheben, daß die Bauhandwerker unter der Privatthätigkeit der Baubeamten, welche nur Baupläne anfertigen, bei denen es sich um künstlerische Anforderungen handle, nicht zu leiden hätten, und was im Uebrigen die sachverständigen Privatarchitekten anlange, so wolle er sich auf die Behauptung beschränken, daß ein tüchtiger Bauverständiger die so sehr beschränkte Concurrenz der Baubeamten nicht zu fürchten brauche und auch in der That nicht scheue. Er bitte deshalb die Magistratsvorlage, wie sie eingebracht, anzunehmen.

In Betreff des Vortrags des Herrn Referenten bemerkt Redner, daß wenigstens die älteren, vor 1877 angestellten Baubeamten, welche kraft ihrer Anstellung die Befugniß besessen haben, nicht allein die Anfertigung privater Bauentwürfe, sondern auch private Bauausführungen zu übernehmen, von einem dem Commissionsantrage entsprechenden Beschlusse nicht berührt werden könnten.

Redner bemerkt schließlich noch bezüglich der vom Architekten Hartig angestellten Enquete, daß aus derselben nicht völlig diejenigen Folgerungen zu ziehen seien, die der Herr Referent daraus gezogen habe; die von Hartig beigegebene Zusammenstellung, auf welche Referent Bezug genommen habe, enthielten verschiedene (vom Redner zum Theil näher nachgewiesene) Unrichtigkeiten.

Herr Nieß: Gegen die Annahme des Commissionsantrags spreche noch ein anderer bedenklicher Punkt. Welcher Bauherr würde sich wohl dazu hergeben, über sich und sein Bauproject in öffentlicher Sitzung reden zu lassen und sich der Eventualität aussetzen, daß dem betreffenden Baubeamten die Erlaubniß zur Anfertigung der Baupläne versagt würde? Denn geschähe dieses, dann könne der Bauherr sich an keinen anderen namhaften Architekten mehr wenden; dieser würde sich dafür bedanken, die bereits einem Anderen zugebachte Bauleitung zu übernehmen. Redner giebt anheim, die Magistratsanträge anzunehmen.

Herr Rieke ist gleichfalls entschieden gegen den Commissionsantrag. Wenn er bei Berathung der Magistratsvorlage über die Ausführung des Witting'schen Baues seitens des Baumeisters Osterloh Opposition gemacht habe, so sei dies nur deshalb geschehen, weil es ihn unangenehm berührt habe, daß Osterloh erst um die Erlaubniß habe betteln müssen. Wenn derselbe für sein Gehalt seine Schuldigkeit gethan habe, dann könne ihn im Uebrigen Niemand wehren, zu thun, was er wolle. Und von Unzuträglichkeiten bei Ausführung von Privatarbeiten seitens der städtischen Baubeamten habe man bislang noch nichts gehört; dagegen sei ihm von Unzuträglichkeiten seitens Privatarchitekten schon Manches zu Ohren gekommen. Ihm genüge es, wenn die Erlaubnißertheilung bei Anfertigung von privaten Bauplänen in die Hand des Magistrats gelegt werde.

Referent vertheidigt Herrn Oberbürgermeister Pockels gegenüber die Richtigkeit seiner Ausführungen, indem er hinzufügt, daß es sich nur darum handeln könne, ob man dem Beispiele anderer Städte folgen solle, und aus mehreren Gründen könne davon keine Rede sein; von diesem Gesichtspunkte aus sei also der Ausfall der Hartig'schen Enquete ganz gleichgültig. Was ferner die Ansicht des Herrn Oberbürgermeisters anlange, daß es fraglich sei, ob man mit dem commissionsseitig vorgeschlagenen Beschlusse überall durchkommen werde, so sei nur eins möglich: entweder falle die Anfertigung von Zeichnungen unter den statutarischen Begriff einer verbotenen Nebenarbeit oder sie falle nicht darunter. Im ersteren Falle könne man unzweifelhaft die vorgeschlagene Beschränkung einführen, sie harmonire mit dem Statute, im zweiten Falle nicht, denn wenn man die Anfertigung von Bauplänen nicht unter den Begriff »Geschäftsführung irgend welcher Art« bringe, dann wäre auch die Genehmigung des Magistrats nicht nöthig, und man beginge mit einem Verbote ein Unrecht gegen die Beamten, indem man in ihre Rechte eingriffe. Ein solches Verbot sei nur gerechtfertigt, wenn mit den betreffenden Arbeiten im einzelnen Falle eine Vernachlässigung des Dienstes verbunden sein würde. In seinen ferneren Ausführungen wendet sich Redner zunächst gegen Herrn Schwarzenberg, den Standpunkt der Commission dahin klar stellend, daß es der letzteren durchaus fern gelegen habe, etwa Animosität gegen die Beamten oder Mißtrauen gegen den Magistrat auszudrücken zu wollen, sie habe nur geglaubt, es sei bei Lage der thatsächlichen Verhältnisse nicht angemessen, wenn man bei stricter Befolgung des Statuts davon absehen wolle, daß die Anfertigung von Bauplänen auch der Genehmigung der Versammlung bedürfe. Herrn Rieß gegenüber hebt Redner schließlich noch hervor, daß die von demselben angeführten Fälle in geheimer Sitzung berathen werden könnten.

Herr Wolff erklärt sich ebenfalls gegen den Commissionsantrag und fragt beim Magistrate an, weshalb nicht auch die Aufstellung von Kostenanschlägen zu denjenigen Arbeiten gerechnet sei, welche vom Magistrate allein genehmigt werden können.

Herr Oberbürgermeister Pockels wendet sich zunächst gegen den Herrn Referen-

ten, indem er die von letzterem gegen ihn (Redner) gerichteten Einwendungen unter näherer Beleuchtung der beim Magistrat bezüglich der Privatthätigkeit der Hülfbeamten maßgebenden Grundsätze zu entkräften sucht und fährt dann fort: Der Hauptzweck der Magistratsvorlage sei der gewesen, daß der Magistrat im Interesse des Dienstes und des Beamtenstandes die Vorwürfe habe aus der Welt schaffen wollen, die in letzterer Zeit, und wahrlich nicht immer in angemessener Weise, in Bezug auf die unberechtigte Ausübung von Privatthätigkeit der Baubeamten gemacht seien. Es sei speciell für den ersten städtischen Baubeamten eine unangenehme Situation, wenn in dieser Beziehung Unklarheiten entstehen, die auch im Schoße der städtischen Behörden getheilt werden. Die Beamten müßten wissen, welche Art von Privatarbeit ihnen gestattet sei, ohne sich von irgend welcher Seite eines Vorwurfes gewärtig sein zu müssen. Nun sei es ja richtig, daß der Magistrat die jetzigen Befugnisse der städtischen Baubeamten einschränken könne, und wenn Herr Wolff frage, weshalb nicht auch bei Anfertigung von Kostenanschlägen die specielle Genehmigung des Magistrats als genügend erachtet sei, so könne er nur erwidern, daß sich der Magistrat in Bezug auf die Abgrenzung der einzelnen Thätigkeiten, weil sie zu sehr ins Technische fallen, und der Magistrat den Umfang der einzelnen Arbeiten, den Umfang der erforderlichen Zeit nicht beurtheilen könne, auf die vom ersten städtischen Baubeamten im Einvernehmen mit den ihm unterstellten Beamten gemachten Angaben verlassen habe. Der Magistrat habe deshalb keine Veranlassung gehabt, sich hierüber noch des Weiteren auszusprechen.

Herr Blasius: Es seien bei dieser Frage zwei Momente zu beachten. Die Stadt müsse einmal darauf bedacht sein, tüchtige Baubeamte zu bekommen und zweitens müsse danach gesehen werden, daß der Dienst durch Nebenarbeiten nicht leide. Nun müsse man tüchtigen Baubeamten auch ein tüchtiges Gehalt geben; dasjenige unserer städtischen Baumeister sei aber ungenügend, man dürfe ihnen daher die Möglichkeit nicht entziehen, sich Nebenverdienst zu verschaffen. Ein guter Architect müsse aber auch vielseitig ausgebildet sein, es liege also auch deshalb schon im Interesse der Stadt selbst, wenn den städtischen Baubeamten Gelegenheit zur Projectirung von Privatgebäuden gegeben werde; andernfalls bekomme die Stadt keine tüchtigen Baumeister. Was die andere Frage anlange, ob der städtische Dienst durch Privatgeschäfte leide, so könne man wohl das Vertrauen zum Magistrate haben, daß er bei etwaigem Ueberhandnehmen der Privatthätigkeit seiner Beamten zur rechten Zeit Einhalt gebieten werde. Redner bittet im städtischen Interesse, die Vorlage, wie sie eingebracht, anzunehmen.

Herr Lüderßen bringt den Vermittelungsantrag ein: dem sub 3 im Magistratschreiben gestellten Anträge einstweilen bis Ende 1885 zuzustimmen.

Herr Wolff stellt dagegen den Antrag: die Anträge des Magistrats dahin abzuändern, daß auch die Anfertigung von Kostenanschlägen nur der Genehmigung

des Stadtmagistrats unterstellt werden solle. Der Kostenanschlag sei ein wichtiges Zubehör des Bauplans, welches nicht gut davon zu trennen sei, und seines Erachtens genüge es vollständig, wenn auch die Anfertigung der Kostenanschläge der Genehmigung des Magistrats allein unterstellt werde.

Herr Nieß bittet nochmals, dem Magistratsantrage zuzustimmen, und bemerkt, daß man die Aufstellung von Kostenanschlägen auch deshalb der Genehmigung der städtischen Behörden unterstellt zu sehen wünsche, weil die Beamten dadurch außer Verkehr mit den Werkmeistern bleiben und nicht nur diejenigen Werkmeister zugezogen würden, die den städtischen Baubeamten gerade bekannt sind.

Herr Oberbürgermeister Pockels bemerkt Herrn Lüderßen gegenüber, daß der Magistrat grade keine Neigung verspüre, sich die Ermächtigung zur Ertheilung der Genehmigung auf Zeit und Probe ertheilen und sich gewissermaßen von der Versammlung controliren zu lassen. Herrn Wolff bittet Redner, seinen Antrag im Interesse der baldigen Erledigung der Angelegenheit zurückzuziehen.

Herr Wolff thut dieses, und nachdem auch Herr Lüderßen seinen Antrag zurückgezogen hat, wird zur Abstimmung geschritten, wobei die Magistratsvorlage unverändert zur Annahme gelangt.

Der dem Programme nach folgende Punkt, die Anstellung eines Bautechnikers betreffend, kommt nicht zur Berathung, weil die Commission diesen Gegenstand noch nicht hat prüfen können.

V. wird nach einem Berichte des Herrn Sievers dem bezüglichen Magistratschreiben vom 16. v. Mts. gemäß beschlossen, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Tischlermeister Jung ein 26 qm haltendes Terrain am Ausgangspunkte der Helenen- und Juliusstraße zum Preise von 6 M. pro qm abgekauft, daß demselben eine 1 qm haltende Fläche an jener Stelle hierauf angerechnet und zu Eigenthum überwiesen, und daß demselben eine an der Juliusstraße belegene, 3 qm haltende Parcellen gleichfalls zu Eigenthum überwiesen werde.

Der zur Vorlage gehörige Situationsplan, auf welchem die vorerwähnten Flächen näher bezeichnet sind, wird vom Herrn Referenten während der Berichterstattung in Circulation gesetzt.

VI. genehmigt die Versammlung nach einem Referate des Herrn Lüderßen, die vom Magistrate unterm 18. bez. 20. v. Mts. für den Werkmeister Franz bei den städtischen Gas- und Wasserwerken und den Gascontroleur Hofmeister beantragten Gehaltszulagen von je 150 M. vom 1. Juli bez. 1. October d. J. angerechnet.

VII. beschließt die Versammlung nach einem ferneren Referate des Herrn Lüderßen die vom Magistrate unterm 18. v. M. beantragte Pensionirung des Buchhalters Füllkrug bei der städtischen Gasanstalt mit einem nach Vorschrift der gesetzlichen Bestimmungen berechneten Ruhegehalte. Füllkrug hatte mit Rücksicht auf seine Dienstunsfähigkeit um Pensionirung gebeten.

VIII. wird auf Grund eines Referats des Herrn Reuter dem Magistratsantrage vom 29. Juli c. gemäß beschlossen:

- 1) zur Anbringung einer Träger-Abstützung in der 1. mittleren Bürgerschule 426 M,
- 2) zur Instandsetzung von 5 Defen in der 2. mittleren Bürgerschule 500 M, insgesamt also 926 M zu verwilligen.

IX. Nach einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 28. Juli c., über welches Herr Reuter gleichfalls berichtet, hat der Deconom Honemann darum gebeten, ihm zum Zwecke der Graderichtung der Außenwand seines im Umbau begriffenen, an der Breitenstraße sub *M.* ass. 877 belegenen Wohnhauses einen $6\frac{1}{2}$ resp. $11\frac{1}{2}$ cm breiten, im Ganzen 0,7 qm Grundfläche haltenden Terrainstreifen von der Breitenstraße käuflich zu überlassen. Der Magistrat ersucht die Versammlung, den Verkauf der gedachten Parcellen zum Preise von 30 M zu genehmigen.

Auf Befürwortung der Commission wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

X. Gegen die für die Verbindungsstraße zwischen dem Hagenmarke und dem Ruhfäutchenplatze festgestellte Baulinie haben der Färbermeister Kabe, der Restaurateur Sievers und der Kunst- und Decorationsmaler Nieß Einwendungen erhoben. Der Magistrat hält diese Einwendungen in seinem Schreiben vom 21. Juli c. unter specieller Darlegung der Motive für unbegründet und giebt anheim, dieselben zurückzuweisen.

Die Statutencommission, für welche Herr Heymann berichtet, schließt sich der Ansicht des Magistrats an, worauf die Zurückweisung seitens der Versammlung ausgesprochen wird.

Ferner

XI. beschließt die Versammlung nach einem Referate des Herrn Reuter dem bezüglich des Magistratsantrage vom 2. v. Mts. gemäß, die Zustimmung dazu zu ertheilen, daß dem Maurermeister Lange zur Verbreiterung seines an der Osterstraße zwischen dem städtischen Garten und dem Bewigischen Grundstücke belegenen Bauplatzes, ein 2 m breiter, 37,6 qm haltender Terrainstreifen von dem städtischen

Garten zum Preise von 16 M pro qm mit dem Vorbehalte verkauft werde, daß das gedachte Terrain nicht mit einem Gebäude besetzt werden darf.

XII. Einem früher zwischen der Brüdernkirche und der Stadt getroffenen Uebereinkommen gemäß darf letztere einen zur Kirche gehörigen Raum zur Unterbringung einer Feuerspritze benutzen. Der Kirchenvorstand wünscht zur Ermöglichung einer im öffentlichen Interesse sehr wünschenswerthen Regulirung und Begradigung der Grenzen des alten Zeughofes wieder in den Besitz jener Remise zu kommen, weshalb der Magistrat in seinem Schreiben vom 15. v. Mts. die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Stadt auf das ihr zustehende Benutzungsrecht an der gedachten Remise gegen eine die aufgewendeten Instandsetzungskosten ungefähr deckende Entschädigung von 900 M verzichte.

Vom Commissionsreferenten, Herrn Wolff, befürwortet, wird der Antrag von der Versammlung genehmigt.

Danach

XIII. gelangt eine Magistratsvorlage vom 9. v. Mts., die Erhöhung des Zuschusses für die katholische Schule betreffend, zur Berathung. Herr Schwarzenberg berichtet namens der Schulcommission darüber.

Schon seit längeren Jahren genügt die katholische Schule nicht mehr den an eine untere Volksschule zu stellenden Anforderungen, weil dem Nicolai-Schulvorstande nicht die genügenden Mittel zu Gebote stehen, um eine Ueberfüllung der Classenräume zu verhüten. Die Schule besuchen zur Zeit 346 Kinder, welche in 4 Classen von 5 Lehrern unterrichtet werden. Die Unterhaltungskosten werden aus dem Schulgelde, einem jährlichen Zuschusse des Staats zu 1800 M, einem stadtseitigen Zuschusse von 2490 M, und mit den in der katholischen Gemeinde gesammelten Beiträgen bestritten. Der Nicolai-Schulvorstand hat nun gebeten, die Schule, — unter Wahrung ihres confessionellen Characters — stadtseitig zu übernehmen, und, nachdem der Magistrat diesen Antrag abgelehnt, die seitens des Staats und der Stadt bislang bewilligten Zuschüsse zu verdoppeln. Herzogliches Staatsministerium hat sich denn auch bereit erklärt, eine Erhöhung des staatsseitigen Zuschusses um 1025 M p. a. bei der Landesversammlung zu befürworten, insofern die städtischen Behörden bereit sein sollten, den seitens der Stadt erfolgenden Zuschuß um den gleichen Betrag zu erhöhen. Der Magistrat giebt hiernach anheim, zu genehmigen, daß der katholischen Schule, vom 1. Januar 1885 angerechnet, ein Zuschuß von $2490 + 1025 = 3515$ M p. a. aus städtischen Mitteln gezahlt werde.

Die Schulcommission beantragt vorstehendem Ersuchen zu entsprechen. Von zwei Commissionsmitgliedern, fügt Referent hinzu, sei die Frage angeregt, ob dem Magistrat nicht an die Hand gegeben werden könne, für eine Besserung der Lehrerverhält-

nisse zu sorgen; man sei jedoch über die Frage in der Erwägung hinweggegangen, daß es einstweilen nicht Sache des Magistrats sei, in dieser Richtung vorzugehen.

Herr Blasius bittet den Magistrat um eine Aeußerung darüber, ob es nicht möglich sei, daß seitens der städtischen Behörden die in der That traurigen Verhältnisse der Lehrer an der katholischen Schule aufgebeßert würden. Die Lehrer bekämen nicht nur zu wenig Gehalt, sie seien auch nicht einmal pensionsberechtigt. Unter solchen Umständen würde es der Schule schwer, tüchtige Lehrkräfte zu bekommen, da diese lieber an Schulen gehen würden, wo die Lehrer Pension erhalten.

Herr Oberbürgermeister Pockels betont, daß die Stadtgemeinde der katholischen Schule gegenüber durchaus keinerlei rechtliche Verpflichtung habe. Diese Schule stehe im Verhältniß zur Stadtgemeinde wie jede Privatschule; sie stehe kraft Gesetzes unter der Verwaltung des Staats, welcher den Magistrat mit der nächsten Beaufsichtigung beauftragt habe.

Herr Günther ist der Meinung, daß es das Beste wäre, wenn die Schule vollständig aufgehoben und die betreffenden Eltern gezwungen würden, ihre Kinder in die städtische Schule zu schicken. Mit den Zuschüssen lasse sich die Schule doch nicht wieder heben.

Herr Blasius bemerkt, daß die Stadt factisch in der Lage sei, die Kinder katholischer Eltern nach etwaigem Eingehen der katholischen Schule in die städtischen Schulen aufnehmen zu müssen und dann habe die Stadt noch weit mehr Kosten. Seines Erachtens könne die Stadt auch bei Pensionirung der Lehrer mit beitragen. Schulen, die nur geringe Gehalte geben und keine Pensionen zahlen, haben selbstverständlich nicht so viel Chancen, tüchtige Lehrkräfte zu bekommen, wie solche, die ihre Lehrer besser in dieser Beziehung bedenken.

Nachdem sich noch die Herren Zellgmann, Reiche und Winter in der Sache geäußert haben, wird der vom Magistrate beantragte Zuschuß bewilligt.

XIV. wird nach einem von Herrn Wolff namens der Finanzcommission erstatteten Berichte dem bezüglichen Schreiben des Stadtmagistrats vom 3. d. Mts. entsprechend beschlossen,

- 1) sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Gärtner Brandes die von demselben bisher in Pacht gehabte, an den Streitberg grenzende frühere Forstdienstländerei zu 1 ha 65 a 23 qm, welche zur Länderei des Centralfriedhofs gehört, einstweilen aber noch entbehrlich ist, gegen ein Pachtgeld von jährlich 238 M und unter den sonstigen im vorgelegten Contracte stipulirten Bedingungen belassen werde,
- 2) den Stadtmagistrat zu ermächtigen, das übrige zur Zeit entbehrliche Terrain der gedachten Friedhofsländerei unter 4 bis 5 zuverlässige Pächtern auf eine Pachtdauer von 6 Jahren gegen ein Pachtgeld von jährlich 24 M

pro 25 a, und unter den sonstigen magistratsseitig festgesetzten Bedingungen zu vertheilen.

Schließlich

XV. erstattet Herr Heymann namens der Statutencommission Bericht über die Magistratsvorlage vom 4. d. Mts., die Burg Dankwarderode betreffend.

Am 19. Februar 1883 haben sich die Stadtverordneten im Einverständnisse mit dem Stadtmagistrate bereit erklärt, die Reste der Burg Dankwarderode an die Landesregierung zum Preise von 50000 M zu verkaufen, unter der Bedingung, daß an der Nordseite des Gebäudes mindestens 4 m abgebrochen werden und nicht wieder bebaut werden dürfen. Ferner hat sich die Versammlung mit dem eventuellen Vorschlage des Stadtmagistrats, die Burg als Ruine zu erhalten, im Principe einverstanden erklärt. Das Herzogliche Staatsministerium hat, nachdem ihm diese Beschlüsse mitgetheilt waren, die gedachte Bedingung für unannehmbar erklärt, weshalb sich der Stadtmagistrat nochmals an die Versammlung mit dem Anheimgeben wandte, die Bedingung fallen zu lassen. Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 28. Juni 1883 abgelehnt. Von letzterem Beschlusse hat der Stadtmagistrat dem Herzoglichen Staatsministerium Mittheilung gemacht und zugleich vorgeschlagen, daß ein Verzicht auf die vorerwähnte Bedingung seitens der Versammlung alsdann möglicherweise zu erreichen sein würde, wenn eine Verbreiterung der Straße an der Nordseite der Burg durch den Ankauf und Abbruch der Löbbbeck'schen Speiseanstalt in Vorschlag gebracht würde und die Herzogliche Landesregierung zu dem Ankaufe dieses Gebäudes 20 000 M ($\frac{2}{3}$ der Ankaufskosten von 30 000 M) aus Staatsmitteln verwilligte. Event. hat der Stadtmagistrat an Herzogl. Staatsministerium die Anfrage gerichtet, ob die Genehmigung dazu erteilt werden würde, daß die werthvollen Theile der Burg als Ruine erhalten würden.

Herzogliches Staatsministerium hat sich bezüglich der Verwilligung eines angemessenen Beitrags zum Ankauf der Löbbbeck'schen Speiseanstalt eine bestimmte Erklärung bis dahin vorbehalten, daß wegen der Umgestaltung des Ruhfäutchenplatzes ein bestimmtes Project vorgelegt sein werde. Dagegen hat Herzogliches Staatsministerium den eventuellen Vorschlag bezüglich des Ruinenprojectes abgelehnt. Bei einer Fortdauer dieser widerstreitenden Ansichten und Beschlüsse des Herzoglichen Staatsministeriums und der Stadtverordnetenversammlung würde nun auch der gegenwärtige, unerträgliche Zustand der Burg fortbestehen bleiben, weshalb der Magistrat auf seinen Vorschlag, die Burg zum Preise von 50 000 M ohne Hinzufügung der oberwähnten Bedingung an die Herzogliche Landesregierung zu verkaufen, zurückkommt. Das Herzogliche Staatsministerium, bemerkt der Stadtmagistrat, verfolge bei der angestrebten Erhaltung der Burg ein nach seiner Ansicht höchwichtiges historisches und architektonisches Interesse und könne die Erhaltung und Wiederherstellung

der Burg auf Kosten des Staats der Stadt nur zum Vortheil gereichen, da das interessante Bauwerk unbedingt zur Verschönerung der Stadt beitragen und viele Fremde zum Besuche der Stadt anlocken dürfte. Außerdem erscheine es auch durchaus gerechtfertigt, dem Wunsche des Herzoglichen Staatsministeriums, welches der hiesigen Stadt jederzeit ein wohlwollendes Entgegenkommen bewiesen habe, soweit nicht wichtige, städtische Interessen entgegenstehen, Rechnung zu tragen. Derartige entgegenstehende Interessen lägen aber nicht vor. Dem Verkehrsbedürfnisse würde Genüge geleistet, wenn an der Südseite der Burg eine 16 m breite Straße angelegt und die Passage an der Nordseite auf 8 m verbreitert würde.

Der Stadtmagistrat hat mit seinem Schreiben einen Plan zur Umgestaltung des Ruhfäutchenplatzes übersandt, welcher im SitzungsSaale aushängt. Derselbe nimmt neben Projectirung angemessener Baulinien für die Westseite des Platzes auf eine Verbreiterung der Straße an der Nordseite der Burg Bedacht und enthält im südlichen Theile des Platzes eine Straße, welche als Fortsetzung des Steinweges von dieser Straße aus in gerader Linie über den Ruhfäutchenplatz an der Südseite der Burg und an der Nordseite des Domes vorüberführen und somit eine äußerst wünschenswerthe Verbindung zwischen dem Osten und Westen der Stadt schaffen würde.

Nachdem der Magistrat noch die Vortheile hervorgehoben hat, welche die spätere Ausführung des gedachten Planes mit sich bringen werde, beantragt er:

die an die Verkaufsofferte geknüpfte Bedingung, wonach an der Nordseite der Burg 4 Meter abzubrechen sein würden, unter der Bedingung fallen zu lassen, daß seitens der Herzoglichen Landesregierung zu den Kosten des Ankaufs der Löbbecke'schen Speiseanstalt ein angemessener Zuschuß in Aussicht gestellt wird, im Uebrigen aber die Offerte qu. in der in dem Schreiben der Versammlung vom 19. Februar 1883 gewählten Fassung aufrecht zu erhalten.

Ferner ersucht der Magistrat, den vorgelegten Plan bezüglich der künftigen Gestaltung des Ruhfäutchenplatzes, vorbehaltlich jedoch der demnächstigen Feststellung der einzelnen Baulinien, gutzuheißen.

Schließlich bemerkt der Magistrat noch, daß, falls die Herzogliche Landes-Regierung nach dem Ankaufe der Burg nicht in der Lage sein sollte, dieselbe auf Kosten des Staats zu restauriren, der Abbruch derselben die nothwendige Folge sein würde, daß alsdann aber der sofortigen Herstellung einer Verbindungsstraße zwischen dem Ruhfäutchenplatz und dem Burgplatz in gerader Linie an der Nordseite des Löwen-denkmals vorüber ein Hinderniß nicht mehr entgegenstehen dürfte.

Referent bemerkt zu der Vorlage: Die Angelegenheit sei hier wiederholt so eingehend und gründlich erörtert worden, daß es wohl überflüssig sein dürfte, jetzt noch näher auf die verschiedenen Gründe einzugehen. Die einzelnen Herren Stadtverordneten würden sich ihre Meinung gebildet haben. Die Statutencommission sei aber der

Ansicht, daß man, namentlich aus dem Grunde, um zur Beseitigung des jetzigen unleidlichen Zustandes nach Möglichkeit beizutragen, den Vorschlag des Magistrats acceptiren müsse; nur halte sie, um zu vermeiden, daß die Sache noch einmal an die Versammlung komme, für zweckmäßig, an Stelle von »ein angemessener Zuschuß« zu sagen, »ein Zuschuß von 20 000 M«. Mit dieser Modification, welche der Magistrat bereits gebilligt habe, empfehle die Commission den Magistratsantrag zur Annahme.

Den Plan über die Umgestaltung des Ruhfäutchenplatzes ersucht die Commission gleichfalls zu genehmigen.

Herr Rieke erklärt sich gegen den Magistratsantrag. Er könne nicht finden, daß das Gebäude irgendwie einen günstigen Eindruck mache. Man habe im Allgemeinen die Ansicht gewonnen, daß die Burg als Verkehrshinderniß beseitigt werden müsse, und er werde sich von dieser Ansicht auch nicht abbringen lassen.

Herr Sievers ist der Meinung, daß es sich grade des unleidlichen Eindruckes wegen, den der jetzige Zustand der Burg mache, empfehle, auf die Proposition des Stadtmagistrats einzugehen.

Herr Reuter: Wenn er sich bislang stets energisch dafür ausgesprochen, daß 4 m von der Burg abgebrochen werden müßten, so habe er dabei hauptsächlich eine Besserung der Verkehrsverhältnisse durch Verbreiterung der Straße an der Nordseite der Burg im Auge gehabt. Denn daß bislang an jener engen Stelle noch kein Unglück passirt, müsse man bewundern. Wenn nun aber eine Verbreiterung dieser engen Passage durch Ankauf und Abbruch der Löffbeck'schen Anstalt unter allen Umständen durchgeführt werde, so sehe er keinen Grund ein, weshalb man noch ferner opponiren solle. Die Burg gewähre in ihrem jetzigen Zustande in der That einen unerträglichen Anblick, man dürfe aber hoffen, daß mit Annahme des Magistratsantrags dieser Zustand bald ein Ende nehmen werde. Ob der Landtag den Zuschuß zum Ankauf der Löffbeck'schen Anstalt und außerdem die für die Burg selbst aufzuwendenden Kosten bewilligen werde, sei allerdings noch fraglich. Geschehe dies nicht, dann werde man von keiner Seite etwas dagegen einzuwenden haben, wenn die Stadt das Gebäude abbreche. Dies sei denn auch seines Erachtens immer noch das Rationellste. Die Seelenzahl Braunschweigs werde noch im Laufe dieses Jahrhunderts auf über 100 000 anwachsen und bei der danach zu erwartenden Verkehrssteigerung müsse man darauf bedacht sein, daß möglichst jedes Verkehrshinderniß im Centrum der Stadt als unzulässig beseitigt werde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Wenn die Versammlung die mehrgedachte Bedingung fallen lasse, dann dürfe man hoffen, in der Sache weiter zu kommen und den jetzigen unleidlichen Zustand bald beseitigt zu sehen. Bei der augenblicklichen Sachlage müßte entweder Herzogliches Staatsministerium von seinen Ansichten und Beschlüssen zurücktreten oder die Versammlung müsse es thun. Nach dem betreffenden Ministerialrescript sei aber nicht anzunehmen, daß Herzogliches Staatsministerium

seine Ansichten ändern werde und es frage sich deshalb, ob es nicht zweckmäßig sei, wenn die Versammlung unter der Voraussetzung, daß der Staat zum Ankaufe der Löbbbeck'schen Anstalt 20 000 M hergebe, von ihren Ansichten zurücktrete. Man müsse bedenken, wie die Sache sich weiter entwickeln werde. Wenn der Landtag die erforderlichen Gelder bewillige, dann habe die Stadt wirklich keine Ursache sich zu beklagen. Man könne alsdann das Vertrauen zu der Landesregierung haben, daß sie die Burg in höchst würdiger Weise ausbauen werde und die restaurirte Burg würde, wenn man sie sich ähnlich denke, wie die Kaiserburg in Goslar, der Stadt unzweifelhaft zur Zierde gereichen. Wenn aber der Landtag die nöthigen Mittel nicht bewillige, dann verändere sich die Sachlage vollkommen, dann werde die Landesregierung keinen Einfluß mehr ausüben und den städtischen Behörde freie Hand lassen. Der Magistratsantrag bezwecke ein Weiterkommen in der Sache; wenn ihn die Versammlung nicht annehme, dann habe man in 5 Jahren noch den nämlichen schauerhaften Anblick wie heute.

Herr Günther spricht sich gegen den Magistratsantrag aus. Er bleibe bei seiner früheren, fast von der gesammten Bürgerschaft getheilten Ansicht, daß ein Abbruch der Burg das Zweckmäßigste sei.

Herr Wolff entscheidet sich für den Magistratsantrag, empfiehlt aber, bei Annahme desselben die Bedingung hinzuzufügen, daß die Landesregierung, falls der Landtag die von ihm verlangten Gelder nicht bewilligen sollte, der Stadt das Recht der freien Verfügung über das Bauwerk einräume, und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Er glaube kaum, daß sich der Landtag in dieser Angelegenheit grade entgegenkommend zeigen werde, und wolle deshalb auch die Hoffnung nicht aufgeben, daß es schließlich doch noch zum Abbruche kommen werde. Er stehe auf dem Standpunkte, daß es gar nicht so sehr im Interesse der Stadt liege, wenn die Burg ausgebaut werde.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bittet Herrn Wolff, seinen Antrag zurückzunehmen. Es sei nicht opportun, der Regierung diese Bedingung von vornherein zu stellen; man würde vielleicht die Antwort erhalten, daß die Regierung, wenn sie ihr Mitverfügungsrecht aufgebe, auch die zum Ankauf gezahlte Beihilfe von 30 000 M zurückfordern müsse.

Herr Winter kann den Standpunkt der Herren Reuter und Wolff, namentlich aber die Meinungsänderung des ersteren, nicht billigen. Herr Reuter habe sich bei den früheren Verhandlungen stets energisch für Acquirirung der Burg behufs Schaffung einer geraden Verkehrsstraße von Osten nach Westen ausgesprochen und dabei hervorgehoben, daß die Beseitigung der Löbbbeck'schen Anstalt dazu wenig oder gar nichts beitrüge (Redner verweist auf das Protokoll vom 28. Juni v. J.) und heute vertrete er die Ansicht, daß durch Verbreiterung der engen Passage an der Nordseite unter Wegnahme der Löbbbeck'schen Anstalt den Verkehrsinteressen schon genügend Rechnung

getragen werde. Er (Redner) beharre auf seinem früheren Standpunkte, daß die Wegnahme einiger Meter an dieser Seite der Burg das allein Richtige sei und er werde deshalb auch gegen den Magistratsantrag stimmen.

Es liegt ein Antrag auf Schluß der Debatte vor, welcher angenommen wird.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Zusatzantrag des Herrn Wolff abgelehnt und den Vorschlägen der Commission bezw. des Magistrats gemäß beschloffen.

Es erfolgt noch eine kurze persönliche Bemerkung seitens des Herrn Reuter zur Rechtfertigung seines jetzigen veränderten Standpunktes,

sodann Schluß der Sitzung.

In darauf folgender vertraulicher Sitzung werden Steuerreklamationen erledigt und zwei Armenpfleger gewählt.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 2. October 1884.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:

- I. Annahme eines Bautechnikers oder geprüften Baumeisters,
- II. Sperrung des Meinhardshofes für den Durchgangsverkehr,
- III. Erweiterung der Straßenbeleuchtung,
- IV. Feststellung der Baulinie zwischen Gasparis und Stecherstraße,
- V. Ankauf von Terrain behuf Herrichtung eines Zugangsweges zum Stadtpark,
- VI. Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushalts für 1881 und 1882,
- VII. Feststellung einer Baulinie für die Schuhstraße,
- VIII. Ortsbauplan bezüglich der nach dem neuen Kreisgefängnisse führenden Straße.

Vertraulich:

- 1) Neuwahl eines Armenpflegers,
- 2) Uebernahme eines Nebenamtes durch ein Mitglied des Stadtmagistrats,
- 3) Bewilligung eines Gnadenruhegehaltes an ein Mitglied der Berufsfeuerwehr,
- 4) Steuerreclamationen (Verzeichniß II von 1884).

Entschuldigt die Herren du Roi, Hollmann und Semler. — Am Magistrats-
tische die Herren Oberbürgermeister Pockels und Bürgermeister Rittmeyer, sowie
die Herren Stadträthe Götte, Haake, Schöttler, Ketemeyer und Grote.

Die Verhandlungen werden vom zweiten Vorsitzenden, Herrn Lüderßen,
geleitet.

Nach Eröffnung der Sitzung

I. berichtet Herr Munte über die Magistratsvorlage vom 3. Juni c., betreffend die Annahme eines Bautechnikers oder geprüften Baumeisters.

Der Stadtmagistrat hat bereits unterm 17. April c. die Versammlung ersucht, sich mit der Heranziehung eines Bautechnikers zum Zwecke der Handhabung der Baupolizei einverstanden zu erklären. Von der Statuten- und Baucommission wurde bei der Vorprüfung dieser Angelegenheit hervorgehoben, daß nach §. 76 Nr. 4 b des Ortsbaustatuts die gedachten Functionen von einem geprüften Baumeister besorgt werden müßten, und die Anfrage an den Magistrat gerichtet, ob der Baumeister Osterloh jene vom Baumeister Meyer bislang allein besorgten Geschäfte nicht theilweise mit übernehmen könne. In Folge dieser Einwendungen hat der Magistrat damals seine Vorlage in der betreffenden Stadtverordneten-Sitzung zurückgezogen, um die Sache nochmals zu prüfen. Nachdem nun der Stadtbaurath Winter sich in einem ausführlichen Berichte wiederholt dahin ausgesprochen hat, daß die Heranziehung des ohnehin schon ausreichend beschäftigten Baumeisters Osterloh zu den baupolizeilichen Functionen nicht thunlich sei und jene Geschäfte sehr wohl von einem Bautechniker besorgt werden könnten, ersucht der Magistrat über seinen früheren Antrag Entscheidung zu treffen, und, falls die Versammlung die Ansichten des Stadtbauraths Winter nicht theilen sollte, ihn zu ermächtigen, zu den fraglichen Geschäften einen geprüften Baumeister provisorisch gegen Zahlung einer jährlichen Remuneration bis zu 2400 M. annehmen zu dürfen.

Die Statutencommission, welcher die Sache diesmal allein vorgelegen hat, ist bei ihren Berathungen zu der Ansicht gekommen, daß ein erfahrener Bautechniker sich zur Handhabung der Baupolizei besser eigne als ein jüngerer geprüfter Baumeister; sie stellt deshalb den Antrag:

die Versammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß der Stadtmagistrat ersucht werde, die Streichung der Worte »geprüfte Baumeister« im §. 76 Nr. 4 b des Ortsbaustatuts zu veranlassen, und demnächst, sobald es nöthig, einen gut qualificirten Bautechniker provisorisch gegen eine Remuneration von 150 bis 180 M. pro Monat anzunehmen.

Der Antrag findet, nachdem sich mit demselben auch Herr Bürgermeister Rittmeyer namens des Stadtmagistrats einverstanden erklärt hat, die Zustimmung der Versammlung.

II. Die Anwohner des Meinhardshofes haben um Sperrung dieser Straße für den Durchgangsverkehr von Fracht-, Land- und sonstigen zum Transport von Sachen und Waaren bestimmten Fuhrwerken nachgesucht und ihr Anliegen damit motivirt, daß die Befahrung dieser engen Straße mit schwerem Fuhrwerk für die Passanten gefährlich sei und schon verschiedentlich zu Unfällen Anlaß gegeben habe. Herzogliche Polizei-

Direction hat sich dahin ausgesprochen, daß im Hinblick auf die Verkehrsverhältnisse des Meinhardshofes die gedachte Maßregel aus sicherheitspolizeilichen Gründen gerechtfertigt erscheine. Der Magistrat schließt sich dieser Ansicht an und giebt deshalb unterm 3. v. Mts. anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß dem Gesuche der Meinhardshof-Anwohner stattgegeben werde.

Die vereinigte Statuten- und Baucommission hat sich, wie Herr Reuter berichtet, einstimmig für die gedachte Sperrung erklärt. Es sei aber auch im Schoße der Commission die Frage aufgeworfen, ob man nicht allgemein in dieser Beziehung vorgehen und auch die übrigen engen Straßen, soweit es nöthig, sperren wolle. Die Commission sei indeß der Ansicht gewesen, daß man hierzu keine Veranlassung habe und es den betreffenden Anwohnern überlassen bleiben müsse, die Initiative in dieser Sache zu ergreifen.

Herr Schwarzenberg hat gegen die Vorlage selbst nichts einzuwenden, möchte aber den Magistrat bitten, die Frage nochmals in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch bezüglich der kleinen Burg dieselbe Maßregel angewandt werden solle. Man könne dann vielleicht von der bereits beschlossenen Verbreiterung dieser Straße Abstand nehmen und erspare der Stadt auf diese Weise 100 000 M., die seines Erachtens zu anderen Zwecken weit besser verwandt werden könnten.

Nachdem von Herrn Günther noch bemerkt worden, daß bei Sperrung des Meinhardshofes auch eine Sperrung der Föddenstraße erforderlich erscheine, vom Herrn Referenten jedoch in dieser Ansicht widerlegt worden war,

stimmt die Versammlung dem Magistratsantrage bei.

III. Ueber die Magistratsvorlage vom 19. v. Mts., betreffend die Erweiterung der Straßenbeleuchtung, wird von Herrn Wolff namens der Finanzcommission Bericht erstattet. Derselbe führt aus, daß der Magistrat die in dieser Beziehung aus der Mitte der Versammlung seiner Zeit laut gewordenen Wünsche unter Berücksichtigung der Bestimmungen des §. 14 des Ortsbaustatuts erwogen habe und nun beantrage, zur Erweiterung bez. Ergänzung der Straßenbeleuchtung nach Maßgabe der Deputationsvorschläge die Anlagekosten mit 19628,50 M. aus dem Reservefonds des Gaswerks und die Betriebskosten mit jährlich 3060 M. aus der Stadtcasse zu bewilligen. Mit diesen Mitteln soll die Straßenbeleuchtung um 49 Gasflammen und 2 Petroleumlampen erweitert werden, welche auf Vorschlag der Deputation auf folgende Straßen zu vertheilen sind: Je 1 Candelaber für die Petristraße, Am Steinhore, Giersbergstraße, Am neuen Petrihore, Am Augusthore, Steinhorpromenade und Bruchthorpromenade, 4 Candelaber für die Autor-, Bieweg- und Charlottenstraße, 8 dergl. für die Wolfenbüttlerstraße, 5 für die verlängerte Adolfsstraße, 2 für die Pferstraße, 2 für den Saß und 2 für den Kleinen Exercierplatz. Im Hasenwinkel sollen 2 Candelaber mit Petroleumbeleuchtung aufgestellt werden. Sodann kommen 2 Wandlaternen auf

die Wiesenstraße und je 1 dergl. auf die Kupfertwete, Malertwete, Körnerstraße, Madamenweg, Bollmarkt, Damm, Läschenstraße, Am alten Petrihore, Sack, Reichenstraße, Schöppenstedterstraße. Außerdem kommen auf dem Hagenmarkte 6 Laternen hinzu.

Für die Errichtung von ferneren 8 Gandelabern auf der Wolfenbüttlerstraße ist der Umstand maßgebend, daß der Besitzer der früheren Charlottenhöhe, Schneider, um Gasversorgung für 180 bis 200 Flammen und die dort wohnenden Commerzienräthe Schmidt und Schrader um dergleichen für mindestens je 10 Flammen gebeten haben, die Bestimmungen des §. 14 des Ortsbaustatuts bezüglich der Wolfenbüttlerstraße also reichlich erfüllt sind.

Die Finanzcommission hat die Vorschläge geprüft und giebt deren Genehmigung anheim. Es sei, fügt Referent hinzu, mit Freuden anerkannt, daß der Magistrat die aus der Mitte der Versammlung an ihn herangetretenen Wünsche erfüllt habe. Wenn damit auch noch nicht sämmtliche in dieser Richtung laut gewordenen Wünsche befriedigt seien, so sehe man doch in den gegenwärtigen Vorschlägen für dieses Jahr eine reichliche Abschlagszahlung, und im nächsten Jahre werde sich das Weitere finden.

Auf eine Anfrage des Herrn Blasius, weshalb für den Hasenwinkel nur Petroleumbeleuchtung in Aussicht genommen sei,

erwidert Referent, daß für diese Straße die im §. 14 des Ortsbaustatuts aufgeführten Vorbedingungen zur Gasbeleuchtung nicht vorhanden seien, indem die dortigen Anwohner überall keine Privatflamme angemeldet hätten.

Herr Reuter fügt noch hinzu, daß, abgesehen davon, der Hasenwinkel auch deshalb nicht gut mit Gasbeleuchtung versehen werden könne, weil er, wenn erst die Ringstraße hergestellt werde, eine Aenderung in seiner Lage erfahre. Unter Umständen genüge auch eine Petroleum-Beleuchtung. In Berlin treffe man sie häufig an, dort würden ca. 1200 Petroleumlampen gebrannt. Redner erwähnt sodann eines an ihn ergangenen Schreibens des Vorstandes des Marienstiftes, in welchem er gebeten wird, sich bei der heutigen Berathung für Anbringung einer Laterne in der Nähe des Marienstiftes auf der Helmstedterstraße zu verwenden. Es sei diese Anlage mit wenig Schwierigkeiten verknüpft, da die Röhrenleitung schon bis zum Streitberg reiche. Die Kosten der Anlage würden 105 M., die der Unterhaltung jährlich 60 M. kosten.

Herr Reiche bittet um Aufstellung zweier Laternen, wenn auch nur Petroleumlaternen, in der Eichthalstraße; es sei dies im Interesse der öffentlichen Sicherheit und aus Sittlichkeitsgründen dringend erforderlich.

Herr Oberbürgermeister Pockels erklärt, daß die in der Versammlung laut werdenden Desiderien von ihm notirt und sodann der Deputation für die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke zur Prüfung mitgetheilt werden würden. Es seien ihm heute morgen noch einige Gesuche um Aufstellung von Laternen zugegangen, so auch von Bewohnern der Eichthalstraße. Unmöglich könne man sich aber inmitten einer

Sitzung klar darüber werden, ob im concreten Falle alle die Voraussetzungen zutreffen, die zur Einrichtung von Beleuchtungen erforderlich seien.

Nachdem Herr Blasius noch um Anbringung je einer Laterne in der Pawelstraße und am Anatomieberge in der Nähe des Griepenkerl'schen Grundstücks gebeten hat,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Der nun folgende Gegenstand, die Lüttge'sche Privatschule betreffend, wird von der Tagesordnung abgesetzt, da ihn die Commission noch nicht hat berathen können.

Es folgt demnach

IV. von Herrn Munte erstattet, der Bericht der Statuten- und Baucommission über die Magistratsvorlage vom 26. v. Mts., betreffend die Feststellung der Baulinie zwischen der Caspari- und der Stecherstraße. Es gehören zu dieser Vorlage verschiedene Pläne, welche im Sitzungssaale aushängen.

Der Käufer des an der Casparistraße und der Stecherstraße belegenen Eckgrundstücks, Architect Campe, hat um Feststellung der Baulinie bezüglich der Stecherstraße angetragen. Die städtische Bauverwaltung hat die auf dem vorliegenden Situationsplane B mit d c b a bezeichnete Baulinie in Vorschlag gebracht, und ersucht der Magistrat, sich mit dieser Baulinie einverstanden zu erklären. Die Hauseigenthümer der Stecherstraße haben zur Erreichung eines breiteren Eingangs zur Stecherstraße vom Hagenmarkte aus eine andere (auf dem Plane A mit a b bezeichnete) Baulinie in Vorschlag gebracht. Gleichzeitig hat der Kaufmann Holland, Eigenthümer des Hauses 226 am Hagenmarkte, darum nachgesucht, auf der anderen Seite die auf dem Plane A mit e c d bezeichneten Baulinien für den Hagenmarkt und den Eingang zur Stecherstraße festzustellen, und sich zugleich erboten, das zwischen dieser Linie und seinem Grundstücke belegene Straßenterrain zum Zwecke eines Neubaus für 50 M pro qm anzukaufen. Der Magistrat kann indeß aus folgenden Gründen diese Vorschläge zur Annahme nicht empfehlen: Bei Annahme der Baulinie a b würden vom Campe'schen Grundstück 145 qm abgeschnitten werden, wofür Campe 14500 M Entschädigung fordere. Ferner wolle Campe alsdann für die bereits stattgehabte Ausschachtung seines Bauplazes und für Aufstellung eines anderweiten Bauplanes mit 500 M entschädigt werden. Bringe man nun auch von dieser Gesamtsumme zu 15000 M den vom Kaufmann Holland für etwa 165 qm Straßenterrain zu zahlenden Kaufpreis mit 8250 M in Abzug, so würde die Ausführung dieses Projectes doch noch 6750 M kosten. Ferner würde das Project, abgesehen vom Kostenpunkte, weder zur Verschönerung des Hagenmarktes noch auch der Casparistraße beitragen, da die Stecherstraße alsdann nicht rechtwinklich auf den Hagenmarkt ausmünden und das von Campe zu errichtende Gebäude in einen spitzen Winkel auslaufen würde. Endlich komme noch in Betracht, daß durch die Ausführung des fraglichen Projectes ein

nennenswerther Vortheil für die Stecherstraße nicht erwachsen würde, da die vorspringenden Häuser des Färbers Kabe und des Schuhmachers Bode noch auf eine lange Reihe von Jahren den Eingang in die Straße so wie so versperren bezw. verschmälern würden, und daß durch einen von dem Kaufmann Holland auszuführenden Bau auf dem von ihm zu erwerbenden Terrain dem Hause des Instrumentenmachers Warnecke Licht und Luft und die jetzige Aussicht genommen werden würde. Durch die Baulinie d c b a würde der Eingang zur Stecherstraße von 3,8 Meter auf 7,8 Meter verbreitert werden. Zu dieser Verbreiterung würde der Ankauf von 47 qm Terrain vom früher Thie'schen Grundstücke erforderlich sein, und bittet der Magistrat die dafür vereinbarten Kosten mit 1175 M zu verwilligen.

In einer Nachschrift bittet der Magistrat, die zwischen ihm und dem Stadtbauamte vereinbarte, auf dem betreffenden Situationsplane ersichtliche Baulinie für den Hagenscharrn zu genehmigen.

Die vereinigten Commissionen haben sich in ihrer Mehrheit für die Magistratsanträge ausgesprochen und empfehlen dieselben zur Annahme.

Herr Blasius kann sich mit dem erstgedachten Magistratsantrage nicht einverstanden erklären. Er könne nicht finden, daß bei Ausführung der von den Stecherstraßen-Anwohnern vorgeschlagenen Baulinie der Hagenmarkt in ästhetischer Beziehung beeinträchtigt werden würde. Dieser Platz sei an und für sich schon so eigenthümlich geformt, daß es wirklich nicht darauf ankomme, ob an dieser Stelle eine Straße spitzwinklich ausmünde. Auch die Schönheit der Gasparistraße könne nicht in Betracht kommen, wenn es sich darum handle, ca. 500 Menschen Luft und Licht zu verschaffen. Wenn die Baulinie a b zur Ausführung komme, dann könne die Sonne in die Stecherstraße hineindringen und ein gehöriger Luftdurchzug in derselben stattfinden. Man werde alsdann erreichen, daß diese Straße gesunder und angenehmer zu bewohnen sei und da dürfe man ein Opfer von ein paar tausend Mark nicht scheuen. Er gebe anheim, den Magistratsantrag abzulehnen und weitere Vorschläge zu erwarten.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Dem Antrage des Magistrats hätten verschiedene Erwägungen zu Grunde gelegen. Der Kostenpunkt könne ja allerdings, wenn dem Antrage der Anwohner der Stecherstraße im Uebrigen stattgegeben werden solle, keine maßgebende Rolle spielen. Ganz unwesentlich sei der Punkt aber dennoch nicht, denn Campe habe hinterher erklärt, er werde sich auf die von den Anwohnern der Stecherstraße gewünschte Baulinie nicht einlassen können, weil dadurch nahezu die Hälfte seines Bauplatzes verloren ginge. Er würde sich dann weitere Entschädigungsansprüche vorbehalten müssen und die würden wahrscheinlich dahin gehen, daß ihm die Stadt den ganzen Bauplatz wieder abnehmen müsse, wodurch sich dann die Rechnung natürlich weit höher belaufen würde. Aber abgesehen davon, dürfe man doch auch die ästhetischen Rücksichten nicht ganz außer Acht lassen, und es würde wirklich einen häßlichen Anblick gewähren, wenn die Stecherstraße schiefwinklich in den Hagen-

markt einmündete und das Eckhaus an der neuen Casparistraße in einem schiefen Winkel auslief. Diese ästhetischen Rücksichten habe der Magistrat geglaubt, nicht außer Acht lassen zu dürfen, und wenn Herr Blasius erwähne, daß der Hagenmarkt überall gerade kein vorzüglicher Platz sei, so müsse wenigstens anerkannt werden, daß alle übrigen Straßen rechtwinklich auf denselben ausmünden. Aber auch der Punkt würde zu überwinden sein, wenn man sich andererseits wirklich wesentliche Vortheile von der von den Stecherstraßen-Anwohnern vorgeschlagenen Baulinie versprechen könnte. Dies könne der Magistrat aber nicht anerkennen. Durch die vorgeschlagene Maßregel werde dieser leider engen und dunklen Straße nicht aufgeholfen werden. Sollte hier etwas geschehen, dann gäbe es kein anderes Mittel, als die eine Häuserreihe geradezu wegzubrechen. Dadurch, daß die Straße schräg ausmünde, werde nicht mehr Licht in dieselbe gebracht; vielleicht etwas mehr Luft, aber auch nicht von Bedeutung. Schließlich wolle er noch darauf aufmerksam machen, daß die ganze Vorlage von Haus aus gar nicht auf eine Verbesserung der Stecherstraße hinauslaufe, sondern daß diese Frage nur gelegentlich aufgetreten sei; die Straße werde aber bei Annahme der Vorlage schon wesentlich dadurch verbessert, daß auf eine Verbreiterung des Eingangs auf 7,8 m Rücksicht genommen sei.

Herr Nieß macht einen Vermittelungsvorschlag, welcher darauf hinausgeht, daß die Baulinie an der Ecke des jetzigen Holland'schen Hauses durchgeführt werde; es würde dadurch der Stecherstraße mehr Licht und Luft zugeführt und auch der Eingang zu derselben wesentlich verbessert werden.

Herr Blasius: Wenn es sich auch nicht von Haus aus um eine Verbesserung des Eingangs zur Stecherstraße gehandelt habe, so müsse man eben eine günstige Gelegenheit beim Schopf ergreifen; es sei ja immer die Ansicht hier ausgesprochen, daß man krummen, engen und winkligen Straßen nach Möglichkeit Licht und Luft verschaffen müsse. Es sei nun aber ein allgemeiner Grundsatz, daß gerade Fluchtlinien mehr Luft und Licht geben, als krumme; man könne sich deshalb mit der Magistratsvorlage, die darauf hinauslaufe, vor dem Eingang der Stecherstraße wieder ein Haus errichten zu lassen, nicht einverstanden erklären, und er gebe deshalb anheim, dieselbe abzulehnen.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bittet auf diese Proposition nicht einzugehen, da die Bauplätze an der Casparistraße bereits verkauft seien und Campe mit seinem Baue schon begonnen habe. Was den Vorschlag des Herrn Nieß anlange, so würde der allerdings die ganze Berechnung anders gestalten.

Herr Winter steht auf der Seite der Minorität der Commission und stimmt den Ansichten des Herrn Blasius bei. Die Versammlung habe schon zu wiederholten Malen ähnliche Angelegenheiten behandelt, und es hätten sich dabei fast sämtliche Redner dafür ausgesprochen, daß man im Innern der Stadt nichts verabsäumen dürfe um einzelnen Straßen, die es nöthig haben, mehr Licht und Luft zuzuführen.

Er erinnere nur an die Verhandlungen über die Brabantstraße und Kleine Burg. In dem Gesuche der Stecherstraßen-Anwohner sei auch noch, und zwar mit Recht, darauf hingewiesen, daß durch Schaffung der Casparistraße der Stecherstraße ein großer Theil des Verkehrs entzogen werde. Dasselbe Motiv habe bei der Brabantstraße vorgelegen und es sei bei den betreffenden Verhandlungen vom Referenten in erster Linie ins Feuer geführt, daß die Anwohner der Poststraße durch die neue Verkehrsader vom Bahnhofe über die Friedrich-Wilhelmstraße bis zum Hagenmarkte bedeutend geschädigt würden, und man den Geschädigten durch Schaffung einer Verbindungsstraße zwischen Altstadtmarkt und Bankplatz wieder gerecht werden müsse. Es handle sich also nicht allein darum, der Stecherstraße mehr Luft und Licht zuzuführen, sie müsse auch Ersatz dafür haben, daß ihr viel Verkehr durch die Casparistraße entzogen werde. Alles spreche dafür, daß man der Petition der Stecherstraßen-Anwohner Gehör schenken müsse. Es lasse sich das auch sehr wohl erreichen, wenn man diejenige Baulinie wähle, welche Campe, weil er dabei seinen Platz noch so bebauen könne, daß er nicht geschädigt werde, zu acceptiren bereit sei. Was die Schönheit des Hagenmarktes anlange, so möchte Redner darauf hinweisen, daß die Versammlung erst eben auf Antrag des Magistrats beschlossen habe, auf dem Burgplatze eine ähnliche Straße herzustellen, wie sie der Magistrat jetzt vermeiden wissen wolle. Dort solle die Dienstoffenanstalt beseitigt werden, damit man eine schräg auf den Burgplatz ausmündende Straße schaffen könne. Man möge deshalb den vom Magistrate hervorgehobenen Schönheitsrückichten nicht allzuviel Gewicht beilegen und die von Campe gutgeheißene Baulinie für die Stecherstraße acceptiren.

Herr Meyer steht auf dem Standpunkte der Herren Blasius und Winter. Wenn es sich um das Wohl und Wehe einer ganzen Straße handle, müßten ästhetische Rückichten in den Hintergrund treten. Seines Erachtens sei auch in dem Projecte der Stecherstraßen-Anwohner nicht einmal ein so großer Verstoß gegen die Aesthetik zu finden und er möchte dringend anheim geben, die Wünsche jener Anwohner, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen.

Referent: Er gehöre gewiß zu denjenigen, die gerne zustimmen, wenn es sich um Verbreiterung enger Straßen handle. Aber hier liege die Sache ganz anders. Es lasse sich in der That augenblicklich nichts Besseres für die Stecherstraße schaffen als was der Magistrat vorschlage; sie werde dadurch in ihrem Beginne, wo sie jetzt kaum 4 m breit sei bis zu dem Punkte in ihrer Fortsetzung nach Westen zu, wo sie eine Breite von 6 m habe, auf 7,8 m verbreitert. Der Vermittelungsvorschlag des Herrn Nieß bezwecke nichts Besseres, als was der Magistratsantrag anstrebe; die Berücksichtigung des Vorschlags der Stecherstraßen-Anwohner aber würde bedeutende Kosten verursachen, und etwas müsse man doch auch auf das Aussehen einer Straße geben. Er empfehle den Magistratsantrag anzunehmen. Für Rabe werde dadurch mehr Luft und Licht geschaffen und Warnecke behalte eine bessere Aussicht.

Herr Winter: Aus dem Plane, welcher bei dem Gesuche liege, gehe hervor, daß eine Verbreiterung der Stecherstraße auf ca. 7,8 m nur am Eingange stattfinden, später würde sich die Straße wieder verengen und die Breite bei der Brücke auf ein Minimum reducirt werden. Auch Rabe habe keinen Vortheil von dieser Verbreiterung; derselbe habe 13 bis 14 m kein Haus vis-à-vis gehabt und jetzt würden die Grundstücke bis auf 6½ m vorgerückt; was er also auf der einen Seite gewinne, verliere er auf der anderen Seite wieder. Er bitte, die von Campe acceptirte Baulinie zu genehmigen.

Herr Heymann beantragt, die Beschlußfassung über den Magistratsantrag für heute auszusetzen und an den Magistrat das Ersuchen zu richten, die Angelegenheit mit Rücksicht auf die gegen die projectirte Baulinie hervorgehobenen Bedenken nochmals in Erwägung zu ziehen. Dann bleibe immer noch der Weg über, daß später, wenn irgend ein Project nicht durchführbar sei, auf den jetzigen Magistratsantrag zurückgegriffen werden könne.

Herr Blasius bemerkt noch, daß die Versammlung sich durch die Aeußerung des Herrn Bürgermeister Rittmeyer, die Sache habe große Eile, nicht beeinflussen lassen könne. Er stimme Herrn Heymann bei, daß es das Beste sei, heute über die Sache noch nicht Beschluß zu fassen und anderweite, genügend vorbereitete Anträge des Magistrats abzuwarten. So sympathisch ihm das Project der Stecherstraßen-Anwohner sei, so würde er sich heute doch noch nicht für dasselbe entscheiden können, weil die Angelegenheit noch nicht genügend vorbereitet sei.

Auf eine Anfrage des Herrn Winter, um wie viel höher es dem Magistratsantrage gegenüber zu stehen kommen würde, wenn die von Campe bereits gutgeheißene Baulinie angenommen würde,

gibt Herr Bürgermeister Rittmeyer eine detaillirte Berechnung, deren Resultat sich auf etwa 10000 M. stellt, zu welcher Summe später noch eine Entschädigung für Rabe und Bode kommen würde. In seinen ferneren Ausführungen sucht Redner nochmals die Ansichten der Versammlung für die Magistratsvorlage zu gewinnen,

es wird indeß bei der nun folgenden Abstimmung mit 12 gegen 11 Stimmen dem Antrage des Herrn Heymann entsprechend beschloffen, die Beschlußfassung einstweilen auszusetzen, und den Magistrat um nochmalige specielle Prüfung der verschiedenen vorliegenden Projecte zu ersuchen. —

Die vom Magistrate für den Hagenscharrn in Vorschlag gebrachte Baulinie, deren Genehmigung von der Commission empfohlen wird, erhält die Zustimmung der Versammlung.

Danach

V. berichtet Herr Sievers namens der Finanzcommission über eine Magistratsvorlage vom 25. v. Mts., betreffend eine Wegeanlage beim Stadtparke.

Die Herzogliche Cammer, Direction der Domänen hat sich auf Ersuchen des Stadtmagistrats bereit erklärt, der Stadt behufs Anlegung eines Weges an der Ostseite des Fasanenhölzchens einen Terrainstreifen von 23,35 Ar von der angrenzenden Klostergutsländerei unter der Bedingung zu überlassen, daß für das fragliche Terrain 420 M 30 S gezahlt werden, daß auf der östlichen Grenze desselben auf Kosten der Stadt ein Graben gezogen, und die westliche Seite dieses Grabens mit einer Einfriedigung versehen werde. Die Gesamtkosten dieser Anlage würden 1890 M 30 S betragen. Die Versammlung hat nun bereits unterm 10. Juli c. zu verschiedenen Herstellungen im Stadtparke, worunter auch die Anlegung eines Weges an der Ostseite, 3000 M verwilligt. Von dieser Summe sind zu gedachtem Zwecke noch 1845 M disponibel, so daß noch 45 M 30 S erforderlich sind, welchen Betrag der Magistrat zu verwilligen ersucht.

Der Antrag, von der Commission empfohlen, wird ohne Weiteres angenommen.

Weiter

VL. berichtet Herr Sievers namens der Finanzcommission über die Magistrats-schreiben vom 29. März c. und 27. Juni c., mittelst welchen die Rechnungen über die Verwaltung des städtischen Haushalts für die Jahre 1881 und 1882 übersandt sind.

Die Commission habe die Revision der Rechnungen vorgenommen, sie habe aber zu Ausstellungen keinen Anlaß gefunden. Nur sei von der Commission der Wunsch ausgesprochen, daß bei Verwendungen aus dem Dispositionsfonds die betreffenden Beträge, soweit thunlich, in diejenigen Capitel eingestellt werden, für welche die Verwendungen geschehen, und nicht, wie bisher der Gebrauch gewesen, in Cap. XIV. Ein anderer Wunsch der Commission sei dahin gegangen, daß, für den Fall die Cassenverhältnisse es nöthig machen, provisorisch Vorschüsse aus anderen städtischen Fonds zu entnehmen, dem bisherigem Gebrauch entgegen, diese in der Rechnung in Einnahme gestellt werden, oder aber, wenn diesem Verfahren auf Grund der Rechnungsführung Bedenken entgegenstehen, der Uebersicht wegen mindestens vor der Linie aufgeführt werden. Herr Oberbürgermeister Pockels habe im Principe die Erfüllung dieser Wünsche zugesagt.

Die Commission beantrage, der Rechnungsführung Decharge zu ertheilen.

Von den Ausführungen des Herrn Referenten ist noch Folgendes hervorzuheben:

Die Bilanz von 1881 schließt mit einem Zuwachs der Schulden gegen die Activa von 253 726 M; die Schulden sind gestiegen von 1 544 031 M auf 1 797 757 M. Die Stadt hat im Jahre 1881 erworben: das Wollemann'sche Haus für 8000 M, das Daub'sche Grundstück für 17 159 M; sie hat zu Bauzwecken ausgegeben: für eine Bürgerschule 169 285 M, für Baulichkeiten am Stadthause 17 635 M, für das Feuerwehrgebäude 125 339 M, für Baulichkeiten an der städtischen Mädchenschule 3307 M und zu Zwecken des Stadtparks 22 031 M. Von den Gemeindesteuer-Rück-

ständen zu 26 239 M sind 21 000 M eingegangen. Zur Wegebaucaffe sind noch ca. 20 000 M rückständig und die Anlieger der Kreuzstraße sind mit ihren Beiträgen von 30 000 M zur Herstellung dieser Straße noch rückständig.

Die Bilanz von 1882 ist günstiger gewesen. Es hat kein nennenswerther Zuwachs von Schulden stattgefunden. Auch im gedachten Jahre sind große Aufwendungen gemacht: für das Hasanenhölzchen 5000 M, für Erwerbung von Wiesen im Gänsewinkel 42 778 M, für das Steding'sche Grundstück 44 145 M, für das Feuerwehrgebäude 137 566 M, für Anlegung von Straßen 21 499 M. Rückstände sind: Gemeindesteuern 23 000 M, Wegebaucaffe ca. 15 000 M und die Beiträge der Anlieger der Kreuzstraße.

Es wird dem Commissionsantrage gemäß beschlossen.

VII. berichtet Herr Reuter namens der Bau- und Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 29. v. Mts., in welcher die Versammlung ersucht wird, die auf dem vorliegenden (vom Referenten in Circulation gesetzten) Ortsbauplane mit a b bezeichnete Baulinie für die Schuhstraße zu genehmigen. Das Stadtbauamt hat diese Baulinie gutgeheißen und der Kaufmann Witting sich bereit erklärt, der Stadt das von ihm zur Straße abzutretende Terrain von 4,7 qm zum Preise von 250 M pro qm, also für 1175 M, zu überlassen. Der Magistrat ersucht diese Summe zu verwilligen.

Die Commissionen befürworten die Anträge, worauf dieselben genehmigt werden.

Schließlich

VIII. wird nach einem ferner von Herrn Reuter namens der vereinigten Statuten- und Baucommission erstatteten Referate der vom Magistrate unterm 27. v. Mts. vorgelegte, auf die Anlegung einer nach dem neuen Kreisgefängnisse führenden Straße (Kesselbergstraße) bezügliche Ortsbauplan, welcher vom Stadtbauamte gutgeheißen ist, genehmigt.

Schluß der Sitzung.

In vertraulicher Sitzung werden noch folgende Gegenstände erledigt:

- 1) Neuwahl eines Armenpflegers,
- 2) Uebernahme eines Nebenamtes durch ein Mitglied des Stadtmagistrats,
- 3) Bewilligung eines Gnadenruhegehalts an ein Mitglied der Berufsfeuerwehr,
- 4) Steuerreklamationen (Verzeichniß II von 1884).

1884.

(Fortsetzung der Beilage zu N^o 244 de 1884
der Braunschweigischen Anzeigen.)

N^o 11.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 16. October 1884.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Verwilligung eines Honorars für Arbeiten des verst. Herzogl. Baumeisters Sörrensen.
- II. Verlegung von Bürgerschulklassen.
- III. Anlage dreier Bedürfnisanstalten.
- IV. Feststellung der Baulinie zwischen Gasparistraße und Hagenmarkt.
- V. Verwilligung von Kosten für Aufmessung der Neubauten im inneren Stadtgebiete.
- VI. Die Lüttge'sche Privatschule.

Vertraulich:

Anstellung eines Expedienten.

**Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.
Steuer-Reklamationen.**

Entschuldigt die Herren Buchler und Semler. — Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Haake, Stadtrath Ketemeyer und Stadtrath Grote.

Nach Eröffnung der Sitzung

gedachte der zweite Vorsitzende, Herr Lüderßen, welcher die Verhandlungen leitete, mit tiefbewegten Worten des bedrohlichen Befindens Sr. Hoheit des Herzogs, dabei dem Wunsche Ausdruck gebend, daß es der gnädigen Vorsehung gefallen möge, nochmals eine Wendung zum Bessern eintreten und den geliebten Landesherrn in die Mitte seiner Braunschweiger genesen zurückkehren zu lassen!

Das Protokoll *N.* 9 wird genehmigt.

Der erste Punkt der Tagesordnung, betreffend die Anbringung von Blitzableitern an Schulgebäuden, wird abgesetzt, da derselbe commissionseitig noch nicht genügend geprüft ist.

Ueber den folgenden Gegenstand, die Verwilligung eines Honorars für Arbeiten des verstorbenen Herzogl. Baumeisters Sörrensen betreffend,

I. berichtet Herr Sievers namens der Finanzcommission, daß Sörrensen seiner Zeit im Auftrage des Stadtmagistrats die statischen Berechnungen und sonstige technische Vorarbeiten zur Erbauung einer Brücke für leichtes Fuhrwerk über die Dfer im Zuge der Leonhardstraße angefertigt habe, und der Magistrat unterm 3. d. Mts. beantrage, der hinterlassenen Wittve für diese Dienstleistungen eine Vergütung von 300 M aus dem Dispositionsfonds der städtischen Behörden zu verwilligen.

Die Commission erachtet es als eine Ehrenpflicht, die Bemühungen Sörrensen's entsprechend zu honoriren und giebt die Verwilligung obgedachter Summe anheim.

Anstandslos wird diesem Ersuchen entsprochen.

Weiter

II. referirt Herr Blasius für die Schulcommission über einen vom Magistrate unterm 6. d. Mts. überreichten Antrag des Schulvorstandes, die Verlegung von Bürgerschulklassen betreffend.

Der Umstand, daß vergangene Ostern die mittleren Bürgerschulen einen weit stärkeren Zuzug erhalten haben, als die unteren, und anzunehmen ist, daß dieses auch in den nächsten Jahren noch der Fall sein wird, hat den Schulvorstand veranlaßt, wiederum eine anderweite Vertheilung der Schulkinder auf die verschiedenen Schulhäuser zu veranstalten. Er hält für geboten:

- 1) Ostern künftigen Jahrs die Schulhäuser auf beide Arten von Bürgerschulen derartig zu vertheilen, daß für die Knaben der mittleren Bürgerschulen eine größere Anzahl von Klassen erzielt wird als bisher,
- 2) die Zahl der für die unteren Bürgerschulen noch zur Verfügung bleibenden Klassen um etwas zu verringern.

Es kann dies dadurch erreicht werden, daß die Knabenabtheilung der 1. mittleren Bürgerschule (Wilhelmsstraße) in das Schulhaus am Bültenwege und die Schulkinder der unteren 5. Bürgerschule (Bültenweg) in das Schulhaus am Sandwege verlegt werden, während die 3. untere Bürgerschule (Sandweg) das neue Schulhaus an der Leonhardstraße bezieht. Es erhalten alsdann die mittleren Bürgerschulen 52 Knabenklassen und 44 Mädchenklassen, nämlich: Bültenweg 18 Knabenklassen, Wilhelmsstraße 14 Mädchenklassen, Dferstraße 18 Knabenklassen, Südflint 14 Mädchenklassen, Prinzenweg 7 Knaben- und 7 Mädchenklassen, Dttmerstraße

9 Knaben- und 9 Mädchenklassen. Vorhanden sind für die mittleren Bürgerschulen 46 Knaben- und 39 Mädchenklassen, es würden also verbleiben 6 Knabenklassen und 5 Mädchenklassen. Die unteren Bürgerschulen erhalten 84 Klassen, nämlich: Reichenstraße 12 Klassen, Leopoldstraße 12 Klassen, Sandweg 12 Klassen, Sidonienstraße 24 Klassen, Leonhardstraße 24 Klassen. Vorhanden sind 79 Klassen, es würden also verbleiben 5 Klassen. Unter der Voraussetzung, daß in den städtischen Bürgerschulen der Zuwachs an Schülkindern sich annähernd in denselben Grenzen hält, wie in diesem Jahre, würde der Schulvorstand bei dieser Vertheilung der Schulhäuser für beide Schulgattungen noch auf zwei Jahr ausreichend Raum haben. Die einzigen Unkosten, welche mit diesem Wechsel der Schulhäuser verbunden sind, bestehen in der von der städtischen Bauverwaltung auf 1500 M veranschlagten Herrichtung einer zweiten Bedürfnisanstalt für Knaben in der Schule am Bültenwege. Der Magistrat beantragt, zu diesem Vertheilungsplan die Zustimmung zu ertheilen.

Die Schulcommission hat den Antrag berathen und empfiehlt einstimmig die Annahme desselben.

Herr Rieke erklärt sich gegen den Magistratsantrag. Er könne nicht billigen, daß Herr Schaarschmidt fortwährend Aenderungen vornehmen wolle. Derselbe habe bald dies Project, bald jenes; so gehe es mit den Lehrbüchern, so gehe es mit Allem. Es scheine fast aus dieser neuen Vertheilung hervorzugehen, als wenn das Schulhaus am Bültenwege für eine untere Bürgerschule zu gut sei. Man möge lieber wieder ein neues Schulhaus bauen, dann brauchten nicht so viele Umzüge veranstaltet zu werden.

Referent führt nochmals die Gründe an, welche den Schulvorstand zu den gegenwärtigen, seines Erachtens wirklich sehr praktischen, Vorschlägen veranlaßt haben. Es sei ein erfreuliches Zeichen, daß die Braunschweiger Bürger danach strebten und sich auch in der Lage befänden, ihre Kinder mehr in die mittleren Bürgerschulen statt in die unteren zu schicken. Die Gebäude der verschiedenen Schulen, der mittleren wie der unteren, seien gleich gut gebaut, so daß von einer Bevorzugung der die mittleren Schulen besuchenden Kinder in dieser Beziehung keine Rede sein könne.

Nachdem Herr Günther noch bemerkt hat, daß die von Herrn Rieke gerügten Uebelstände am besten beseitigt würden, wenn man den Unterschied zwischen mittleren und unteren Bürgerschulen ganz aufhobe und eine einzige Volksschule einrichtete,

wird der Magistratsantrag genehmigt.

Danach

III. folgt, von Herrn Till erstattet, der Bericht der Baucommission über das Magistratsschreiben vom 9. d. Mts., die Errichtung von Bedürfnisanstalten in hiesiger Stadt betreffend.

Die Versammlung hat seiner Zeit die Mittel zur Errichtung von 6 Bedürfnisanstalten an verschiedenen Stellen der Stadt bewilligt. Eine derselben, am Bohlwege neben der Schloßmauer, ist zur Ausführung gebracht, wogegen die übrigen Anlagen die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums nicht erhalten haben. Die städtische Bauverwaltung hat nun vorgeschlagen, am Fallerleberthore, am Hohenthore, am Augustthore, am Plage nördlich vom Hoftheater und am Burgplage event. am Ruhfäutchenplage je eine Bedürfnisanstalt zu errichten. Den Platz am Augustthore hält der Magistrat zu gedachtem Zwecke nicht für passend, weil bei Beseitigung der Barriere eine derartige Anstalt einen mißfälligen Anblick gewähren würde. Ebenso glaubt der Magistrat von Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Herzoglichen Hoftheater absehen zu müssen, weil dazu die Genehmigung unter keinen Umständen ertheilt werden würde. Die Entscheidung endlich über den bezüglich des Burgplatzes event. Ruhfäutchenplatzes gemachten Vorschlag glaubt der Magistrat solange aussetzen zu sollen, bis über das Schicksal der Burg Dankwarderode und die Gestaltung des Ruhfäutchenplatzes endgültig entschieden ist. Der Magistrat beschränkt sich deshalb vorläufig darauf, die Genehmigung zur Herrichtung je einer Bedürfnisanstalt am Fallerleber- und Hohenthore an den im vorliegenden Situationsplane näher bezeichneten Stellen zu beantragen, dabei bemerkend, daß die gedachten Bedürfnisanstalten annoch verfügbar seien und es somit einer besonderen Geldbewilligung nicht bedürfe.

Die Baucommission befürwortet den Magistratsantrag, worauf derselbe angenommen wird.

Sodann

IV. berichtet Herr Munte als Referent der Baucommission über die Magistratsvorlage vom 6. d. Mts., die Feststellung der Baulinie zwischen Casparistraße und Hagenmarkt betreffend.

Der Stadtmagistrat hat die in der Sitzung am 2. October c. zur Sprache gekommenen 3 Projecte bezüglich der gedachten Baulinie, dem Beschlusse der Versammlung gemäß, einer nochmaligen Prüfung unterworfen und legt heute folgende Berechnungen vor:

- 1) Bei Zugrundelegung der Baulinien a b und c d des vorgelegten (vom Referenten in Circulation gesetzten) Situationsplans würden zu zahlen sein: an den Architect Campe für 145 qm abzutretendes Terrain und für Entschädigungen 19300 M und an das Straßenbau-Consortium für 47 qm Terrain 1175 M, mithin im Ganzen 20475 M, wogegen der Kaufmann Holland sich bereit erklärt hat, für das ihm abzutretende Terrain 5000 M zu zahlen, so daß dieses Project nach Abfaz von 740 M, welche die Stecherstraßen-Anwohner beitragen wollen, 14735 M kosten würde.

- 2) Die Ausführung der Baulien c b und f d würde kosten: Kaufgeld an Campe für ca. 100 qm abzutretendes Terrain und Entschädigung für Ausschachtung 500 M, und an das Straßenbau-Consortium 1175 M, insgesammt 11675 M; davon ab die von den Anwohnern der Stecherstraße zu diesem Projecte beizutragenden 540 M, bleiben 11135 M. Von dieser Summe würden noch etwa 4000 M abgehen, da der Kaufmann Holland sich nachträglich bereit erklärt hat, das zwischen seinem Grundstücke und der gedachten Baulinie disponibel werdende Terrain zum Preise von 30 M pro qm zu erwerben.
- 3) Bei Zugrundelegung der vom Stadtmagistrate unterm 22. September c. empfohlenen Baulinie a b c d würden nur an das Consortium für 47 qm à 25 M = 1175 M zu vergüten sein.

Der Magistrat giebt aus finanziellen Gründen und, weil seiner Ueberzeugung nach durch die Projecte 1 und 2 ein wesentlicher sanitärer Vortheil für die Stecherstraßen-Anwohner nicht erreicht, wohl aber in ästhetischer Beziehung eine Verschlechterung herbeigeführt würde, der Versammlung wiederholt anheim, die Baulinie a b c d, durch welche der Eingang zur Stecherstraße gegen früher um 4 m verbreitet werden würde, zu genehmigen.

Der Bürgerverein hat sich in dieser Angelegenheit unterm 13. October c. an den Stadtmagistrat mit einem Gesuche gewandt, welches Referent verliest. Es heißt darin am Schluß: »Die heutige Versammlung des Bürgervereins hält die seitens der Bewohner der Stecherstraße geäußerten Wünsche bezüglich eines möglichst breiten Einganges zur letzteren vom Hagenmarke aus sowohl aus sanitären Gründen als zur Verkehrs erleichterung für gerechtfertigt und schließt sich den gestellten Anträgen im ganzen Umfange an. Der Vorstand des Bürgervereins bittet, die Petition der gedachten Anwohner zu berücksichtigen, auch vorstehende Resolution zur Kenntniß der Stadtverordneten zu bringen«.

Referent führt aus: Die vereinigte Bau- und Statutencommission, welcher die Sache abermals zur Berathung vorgelegen, habe sich in ihrer Majorität nicht für die Projecte 1 und 2 erwärmen können, sondern habe sich wiederum für Aufrechterhaltung des Magistratsantrags, wie er bereits am 2. October vorgelegen, entschieden. Mehr Licht und Luft lasse sich für die Stecherstraße nach Ansicht der Commission auch durch die Projecte 1 und 2 nicht schaffen. Nach dem ursprünglichen Magistratsantrage wie nach dem Vermittlungsvorschlage des Herrn Nieß würde die Einmündung der Stecherstraße immerhin so breit werden wie die Hagenbrücke und nach dem weitestgehenden, dem theuersten, Projecte würde sie nur etwa 1,25 m breiter werden. Mit Ausnahme eines Mitgliedes, und zwar des Herrn Winter, empfehle deshalb die Commission, das vom Magistrate vorgeschlagene Project sub 3 zu genehmigen.

Herr Günther: In voriger Sitzung habe sich Herr Blasius sehr warm für eine Realisirung der Wünsche der Stecherstraßen-Anwohner verwandt. Den von diesem dabei entwickelten Gründen könne er nur voll beistimmen. Licht und Luft könne in die Stecherstraße nur dann ordentlich hineindringen, wenn man die Einmündung grade lege. Redner bittet, Project 2 anzunehmen.

Herr Winter kann sich wie bereits in der Commissionsitzung so auch hier nicht für den Plan 3 aussprechen, sondern nur für die beiden ersten Projecte. Er bitte, zunächst Project 1 zur Beschlußfassung zu verstellen und falls dieses die Genehmigung nicht finden sollte, Project 2 anzunehmen, keinesfalls aber Project 3. Er lege weniger Gewicht darauf, daß die Einmündung zum Hagenmarke recht breit sei, als darauf, daß sie keine Winkel und Knicke habe und somit eine gerade Zuführung von Licht und Luft vom Hagenmarke aus gestatte. Es komme noch in Betracht, daß die ersten Häuser der Stecherstraße bislang 2stöckig gewesen, ins künftige aber 4½stöckig sein würden. Redner fragt sodann an, ob auch die städtische Bauverwaltung die Angelegenheit geprüft und wie sie sich zu den verschiedenen Projecten gestellt habe.

Referent bemerkt, daß die Sache der städtischen Bauverwaltung vorgelegen habe; der Stadtbaurath Winter habe Plan 3 aufgestellt und dessen Ausführung empfohlen.

Herr Blasius spricht sich nochmals im gleichen Sinne wie in voriger Sitzung aus. Er lege vom sanitären Standpunkte aus den Hauptwerth darauf, daß die Stecherstraße vom einen bis zum anderen Ende eine möglichst grade Flucht bekomme; das werde am besten durch Plan 1 erzielt und annähernd durch Plan 2. Bei Ausführung des vom Magistrate empfohlenen Projectes 3 werde aber an der Ausmündung der Stecherstraße ein Haus vorgebaut, welches die Straße vollständig gegen Luft und Licht absperre.

Herr Winter beantragt, die Baulinie an der südlichen Seite nach Project 1 event. nach Project 2 festzustellen.

Herr Nieß: Der sanitäre Gesichtspunkt komme bei ihm erst in zweiter Linie in Betracht. Auch die Stecherstraßen-Anwohner legten seines Erachtens hierauf weniger Werth; ihnen komme es weniger auf bessere Zuführung von Licht und Luft an, als vielmehr darauf, daß sie durch einen verbreiterten Eingang zu ihrer Straße wieder Erfaß bekommen für den Verkehr, welcher ihnen durch Anlegung der neuen Casparistraße genommen werde. Der Wunsch der Hausbesitzer der Stecherstraße sei mehr der Sorge um die geschäftliche Existenz als dem Bedürfnisse nach mehr Licht und Luft entsprungen. Er werde sich zunächst für Project 1, falls dasselbe aber abgelehnt werden sollte, für Project 2 entscheiden.

Nach einigen Debatten bezüglich der Fragestellung wird zur Abstimmung ge-

Schritten und zwar zunächst über Project 1. Für dasselbe entscheiden sich nur 9 von 24 Stimmen; es ist somit abgelehnt.

Dagegen wird mit 13 Stimmen beschlossen:

- 1) den Stadtmagistrat zu ersuchen, das Project *N* 2 zur Ausführung zu bringen, so zwar, daß gleichzeitig die auf dem vorgelegten Situationsplane angedeuteten Baulinien an der Südseite und an der Nordseite der projectirten Straße angenommen werden, letztere jedoch nur unter der Voraussetzung, daß der Kaufmann Holland das disponibel werdende Terrain zu dem von ihm offerirten Preise von 30 *M* pro qm erwirbt;
- 2) die zur Ausführung dieses Projectes erforderlichen Kosten bis zum Betrage von in maximo 10000 *M* zu verwilligen.

V. wird nach einem von Herrn Wolff namens der Finanz-Commission erstatteten Berichte beschlossen, die vom Magistrate unterm 3. d. Mts. beantragten Kosten im Betrage von 200 *M* zu Aufmessungen der im inneren Stadtgebiete aufgeführten Neubauten von Cap. XIV. *N* 6 zu verwilligen. Die Aufmessungen werden in nächster Zeit vorgenommen werden, damit die lithographische Vervielfältigung der neuen Stadtkarte noch in diesem Jahre zu Ende geführt werden kann.

VI. folgt der von Herrn Schwarzenberg erstattete Bericht der Schul-Commission über die Magistratsvorlage vom 20. v. Mts., die Lüttge'sche Privatschule betreffend.

Der Dr. phil. Lüttge hat dem Bürgerschulvorstande unlängst angezeigt, daß er die unter seiner Leitung stehende Privat-Töchter Schule wegen stetiger Abnahme ihrer Besuchsfrequenz, von Ostern 1885 ab nicht werde fortführen können, und hat dabei bezüglichliche Anträge dahin gehend gestellt, daß die Schule entweder auf Kosten der Stadt übernommen und er selbst als Leiter derselben bestimmt werde, oder das Fortbestehen derselben seitens der Stadt durch Uebernahme der Finanzen garantirt werde. Eine von verschiedenen Einwohnern an den Magistrat gerichtete Petition unterstützt die Lüttge'schen Anträge.

Gedachte Schule hat 7 Klassen und wird durch 189 Kinder besucht, von denen 151 in hiesiger Stadt wohnhaft sind.

Die Schulvorstände der städtischen Mädchenschulen und der Bürgerschulen haben die Anträge des Dr. Lüttge berathen und sind einstimmig zu den Beschlüssen gelangt:

- 1) daß eine Uebernahme der Schule Seitens der Stadt nicht empfohlen werden könne, weil die Schule von der in Deutschland wohl allgemein gültigen Organisation höherer Mädchenschulen in wesentlichen Punkten sich

unterscheide, im Besonderen auch von der Verfassung nicht nur der städtischen höheren Mädchenschule, sondern auch der städtischen Mädchenschule abweiche, ein Bedürfnis aber zur Einreihung eines fünften, eigenartig eingerichteten Gliedes zu den bereits vorhandenen vier Kategorien hiesiger städtischen Mädchenschulen überall nicht vorliege,

- 2) daß ebensowenig die eventuell nachgesuchte Sicherung des Fortbestandes der Schule durch stadtseitige Uebernahme ihrer Finanzen angezeigt erscheine, weil, abgesehen von den daraus für andere hiesige Privatschulen sich ergebenden Consequenzen, der Lüttge'schen Schule eine dauernde Existenzfähigkeit gegenüber dem mächtig entwickelten öffentlichen Schulwesen und Angesichts des allgemeinen Vertrauens, welches die beiden städtischen Mädchenschulen besitzen, nicht zugesprochen werden könne; wie denn auch thatsächlich in den beiden genannten städtischen Schulen im Gegensatz zur Lüttge'schen Schule schon längerzeitig Plahmangel eingetreten und in Folge davon häufig eine Zurückweisung neu angemeldeter Kinder unabweisbar geworden sei, so, daß deren Erweiterung zu vollständigen Doppelschulen in kürzester Frist angebahnt werden müsse.

Dahingegen hat die vereinigte Versammlung der Schulvorstände

- 3) in der Erwägung, daß eine plötzliche Auflösung der Lüttge'schen Schule den Eltern der dieselbe besuchenden Mädchen arge Verlegenheiten in Bezug auf die Vollenbung des Bildungsganges ihrer Kinder um so mehr bereiten würde, als die städtischen Mädchenschulen zur Aufnahme einer so großen Anzahl neuer Schülerinnen räumlich weitaus unzulänglich seien, dem Magistrate anheimgegeben, die Fortführung der Lüttge'schen Schule, sobald Dr. Lüttge deren Leitung für eigene Rechnung niederlegen werde, in ihrer derzeitigen Verfassung mit ihrem Lehrercollegium und mit ihren gegenwärtigen Schülerinnen — d. h. unter Ausschluß einer Neuaufnahme von Schülerinnen in nicht etwa annoch laufende Coeten — bis dahin zu sichern, daß ihre gänzliche Auflösung zulässig sein bezw. durch Aussterben ihrer sämtlichen Classen von selbst eintreten werde.

Die Schulvorstände empfehlen zu diesem Ende folgenden Weg einzuschlagen: die Stadt verwalte die Finanzen der Schule zunächst für das Schuljahr von Ostern 1885/6 auf der Grundlage eines Etats, belasse dem Dr. Lüttge die unmittelbare Leitung der Schule unter dieseitiger Controle und zahle demselben für solche Leitung und für Ertheilung einer begrenzten Zahl von Unterrichtsstunden eine Remuneration von 3000 M., daneben eine angemessene Lokalmiethe. Für den Fall aber, daß Dr. Lüttge ein Abkommen auf dieser Grundlage ablehnen, oder das letztere sich als

unzweckmäßig herausstellen sollte, übernehme die Stadt die Aufstockung der Schule selbstständig, wenn thunlich unter Ermiethung der gegenwärtigen Schulräume event. durch deren Unterbringung in das dazu geeignete und nebst den erforderlichen Subsellien verfügbare vormal's Krukenberg'sche Wohnhaus, übertrage die verantwortliche Leitung der Schule dem Schuldirector Schaarschmidt, gebe dem Letzteren zur Besorgung der weniger wichtigen Directoratsgeschäfte einen Gehülfsen aus der Zahl der städtischen Lehrer und behalte im Uebrigen, soweit möglich, die gegenwärtigen Lehrer der Schule bis zur Auflösung der letzteren bei.

Der Magistrat tritt den Ansichten der Schulvorstände bei und ersucht die Versammlung, sich — zunächst im Principe und vorbehältlich der demnächstigen Bewilligung der erforderlichen Mittel — damit einverstanden zu erklären, daß die Stadt durch Vermittlung des Bürgerschulvorstandes eine Abwicklung der Lüttge'schen Privatschule auf dem oben angedeuteten Wege in die Hand nehme.

Nachdem Referent die einschlägigen Schriftstücke, wie die Anträge des Dr. Lüttge und die Gutachten der Schuldirectoren Sommer und Schaarschmidt *cc.* verlesen hat, führt er weiter aus: In der Schulcommission sei die Angelegenheit reiflich erwogen worden, man sei aber einstimmig zu der Ansicht gelangt, daß ein anderer als der von den Schulvorständen empfohlene Weg nicht gut übrig bleibe. Es sei auch die Frage aufgeworfen, ob man die Schule nicht erhalten solle, was sich vielleicht dadurch bewerkstelligen lasse, daß man sie mit einigen tausend Mark subventionire; das würde der Stadt alsdann weniger Kosten verursachen als die Unterbringung der jetzigen Schülerinnen derselben in die städtischen Mädchenschulen. Er (Referent) habe sich auch schon früher dahin ausgesprochen, daß es wünschenswerth sei, die Privatschulen bestehen zu lassen. Es lasse sich aber die Erhaltung der gedachten Schule nach Ansicht der Commission nicht durchführen, weil der Zudrang zu den städtischen Schulen in jetziger Zeit ein besonders großer sei, und man verfare unter diesen Umständen richtiger, wenn man die Privatschulen nicht weiter begünstige, dagegen die städtischen Mädchenschulen noch weiter auszubilden suche. Die Schulcommission empfehle deshalb den Magistratsantrag zur Annahme.

Herr Reuter äußert seine besondere Zufriedenheit über die Verhältnisse der in Rede stehenden Schule, mit denen er dadurch näher vertraut geworden, daß seine Kinder sämmtlich diese Schule besucht haben. Er wolle denn auch nicht unterlassen, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß die frühere Vorsteherin der Schule, Fräulein Harder, ihrem Amte immer in höchst uneigennützigter Weise vorgestanden habe. Leider sei sie jetzt augenkrank und nicht mehr im Stande, für sich selber zu sorgen; sie beziehe deshalb eine Pension von Dr. Lüttge, der nach ihrem Ausscheiden die Schule allein fortgeführt habe. Redner hoffe nun, daß bei demnächstigem Eintritte des unabwendbaren Falles, wo die Schule zu existiren aufhöre, die wirklich hohen Verdienste

dieser Dame, welche der Stadt durch ihre Privatschule ausgeholfen und dadurch große Kosten erspart habe, gebührend anerkannt werden möchten. Einen besonderen Antrag wolle er für jetzt nicht stellen, sondern abwarten, was der Versammlung demnächst in dieser Beziehung vorgelegt werden werde.

Der Magistratsantrag wird genehmigt,

die Sitzung darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung wird die Anstellung eines Expedienten beschlossen.

Schließlich werden in

g e m e i n s c h a f t l i c h e r S i t z u n g

Steuerreklamationen erledigt.

1884.

(Fortsetzung der Beilage zu Nr. 267 de 1884
der Braunschweigischen Anzeigen.)

Nr. 12.

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 13. November 1884.

Öffentlich:

Vorlagen des Stadtmagistrats:

- I. Aufnahme zweier Prozesse.
- II. Die Verbreiterung der kleinen Burg.
- III. Nachherwilligung von Kosten für die Freibadeanstalt
- IV. Bau eines Stalles 2c. auf dem Grundstücke des Feuerlöschgebäudes.
- V. Vergleich über einen anhängigen Proceß.
- VI. Beschaffung von Kosten für Bauten auf dem Centralfriedhofe.
- VII. Aenderweite Festsetzung des Schulgeldes für den Besuch der städtischen Realschule.
- VIII. Austeihung von Capitalien des Kreisfonds und der Stadt.

Vertraulich:

Steuer-Reklamationen (Verzeichniß-III. von 1884).

Entschuldigt die Herren Blasius, Hasenbalg und Rieke. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer, Stadtrath Götte, Stadtrath Haake und Stadtrath Ketemeyer.

Nach Eröffnung der Sitzung

ergriff zunächst Herr Oberbürgermeister Pockels das Wort zu folgender Ansprache:
»Meine Herren! Die in Ihrer letzten Sitzung am 16. October für die Wiedergenesung des kranken Landesherren eingelegte Fürbitte hat unerfüllt bleiben sollen: Unser Herzog ist todt! Das Andenken aber an ihn ist lebendig und wird lebendig bleiben, denn es ruht dieses Andenken nicht auf einzelnen, gar leicht der Vergessenheit

anheimfallenden Thatfachen, sondern auf dem unvergeßlichen Geiste, der ohne Wandlung durch seine ganze lange Regierung zog. Mit dem Gefühle der Dankbarkeit und voll Stolz blicken wir Braunschweiger auf die Errungenschaften und Segnungen hin, die aus der Regierung des Herzogs Wilhelm, wie über das gesammte Herzogthum, so namentlich auch über unsere Stadt in reicher Fülle sich ergossen haben.

Er war der Letzte seines Stammes! Noch liegt die Gestaltung unseres Staatswesens in dem verhüllten Schooße der Zukunft; durch die Schleier bricht aber bereits, helleuchtend, die Hoffnung, daß das Herzogthum Braunschweig unter dem festen Schirme unseres erhabenen Kaisers und durch die weise Führung des hohen Regentschaftsraths ein selbstständiges und ein ebenso vollberechtigtes, wie in Jedem seiner Angehörigen treues Glied des Deutschen Reiches bleiben, und daß alsdann auch unsere altehrwürdige Stadt, solange nur ihre Bürgerschaft sich selber treu ist, in frischer Kraft fort und fort blühen und gedeihen werde. Das walte Gott!«

(Die Versammlung hörte diese Worte stehend an.)

Das Protokoll *Nr.* 10 wird genehmigt.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr Heymann namens der Statutencommission über die Magistratsvorlage vom 10. v. Mts., die Aufnahme zweier Proceße betreffend.

Der Färbermeister Kabe und der Restaurateur Sievers haben gegen die Canalisation des Okergrabens zwischen dem Ruhfäutchenplatze und der Stecherstraße Einsprache erhoben und resp. Eigenthums- und Entschädigungsansprüche geltend gemacht. Die Reklamanten, welche von Herzoglicher Kreisdirection bezüglich der Fragen a, ob und eventuell inwieweit denselben ein privatrechtlicher Anspruch auf die Wassernutzung aus dem fraglichen Okerkanale zustehe, und b., ob, eventuell inwieweit dieselben das Eigenthum an dem durch die Einengung des Okerflusses im Jahre 1873 trocken gelegten Flußbette erworben haben, in den Weg Rechts verwiesen sind, haben nunmehr den Stadtmagistrat verklagt. Letzterer hält die erhobenen Klageansprüche für unbegründet, sucht solches auch durch seine im Schreiben ausführlich entwickelten Deductionen näher nachzuweisen. Wenn die Kläger, wie sie bezüglich der sub a beregten Frage behaupten, von jeher aus dem offenen Okerflusse zum geschäftlichen Gebrauche Wasser geschöpft haben, so sei aus diesem Thatumstande noch kein Privatrecht auf Wassernutzung abzuleiten. Das Wassergesetz vom 20. Juni 1876 lasse allerdings auch Privatnutzungsrechte am fließenden Wasser zu, die Kläger hätten aber ein verartiges Recht niemals erworben. Was die sub b gedachte Frage anlange, so könnten die Kläger Eigenthumsansprüche an dem im Jahre 1873 trocken gelegten Flußbette nicht erheben, da nach einer Verfügung der Herzoglichen Kreisdirection vom 15. October 1873 das ursprüngliche Flußbett auch nach Herstellung des schmäleren offenen

Canals seine Eigenschaft als Flußbett und *res extra commercium* beibehalten habe. Der Magistrat ersucht die Versammlung, ihn zur Proceßführung gegenüber der ange-
stellten Klage zu ermächtigen.

Referent beleuchtet die Angelegenheit in längerer Auseinandersetzung vom juristischen Standpunkte aus, entwickelt die in der Commission zum Ausdruck gekommenen Ansichten, welche darin gipfeln, daß der Gesichtspunkt der Kläger bei Erhebung ihrer Ansprüche augenscheinlich ein unrichtiger sei, und giebt namens der Commission anheim, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Auf eine Anfrage des Herrn Telligmann, ob denn die Stadt für etwaige Entschädigungsansprüche verantwortlich gemacht werden könne, da doch die Gaspari-
straße, um die es sich hier handle, von einem Consortium angelegt sei?

erwidert Referent, daß die Flußveränderung in der Gasparistraße seiner Zeit vom Magistrate beantragt sei; dieser sei denn auch als Unternehmer der Canalisation verklagt; die besonderen Verträge, welche der Magistrat mit dem Consortium wegen der Straßenanlage abgeschlossen, hätten mit der Sache nichts zu thun.

Herr Bürgermeister Rittmeyer bestätigt diese Ausführungen und fügt eine Darstellung von dem Verlaufe der Angelegenheit bezüglich der gedachten Straßen-
anlage hinzu. Danach sei der Magistrat nur als Unternehmer der Canalisation an-
zusehen, Straßenunternehmer sei immer das Consortium, welches mit dem Magistrate
wieder besondere Verabredungen getroffen habe.

Herr Winter kann sich nicht gerade für den Proceß erwärmen. Ihm sei es
gar nicht zweifelhaft, daß Nabe, der das Flußbett immer zu seinem Geschäftsbetriebe
benutzt habe, entschädigt werden müsse und bei Befriedigung dieser Entschädigungs-
ansprüche müsse sich die Stadt einen Rückhalt am Consortium zu verschaffen suchen.
Daß die Stadt für letzteres die Kastanien aus dem Feuer holen solle, sei wohl nicht
ganz richtig.

Herr Günther spricht seine Befürchtungen dahin aus, daß die Entschädigung
der Kläger für Recht erkannt werden könnte und man die bedeutenden Proceßkosten
alsdann noch obendrein zu tragen haben würde. Redner bittet um Aufklärung darüber,
ob denn im vorliegenden Falle die Verhältnisse ebenso lägen, wie seiner Zeit bei der
Canalisirung des Mauerngrabens, wo schließlich, nach 10jährigem Prozesse, der Staat
zur Tragung sämtlicher Kosten verurtheilt sei.

Referent erwidert hierauf, daß zwischen dem vom Herrn Vorredner erwähnten
Falle und dem gegenwärtigen ein großer Unterschied sei, setzt solches auch näher
auseinander. Herrn Winter gegenüber bemerkt Redner, daß es doch sehr zweifelhaft
sei, ob die Kläger Entschädigung fordern könnten. Unter allen Umständen gingen
aber deren Ansprüche zu weit und wenn man sie anerkennen wollte, dann würden
alle Arbeiten zur Straßenanlage, welche ihren vermeintlichen Rechten hinderlich seien,

unterlassen werden müssen und überhaupt die ganze Straßenanlage illusorisch gemacht werden. Es bleibe also gar nichts anderes übrig, als den Proceß aufzunehmen.

Herr Winter: Der Stadt könnten aus diesem Proceß große Unannehmlichkeiten und bedeutende Kosten erwachsen; dem Consortium komme es aber zu, einen erheblichen Theil dieser Kosten zu übernehmen, denn in seinem Interesse sei ja die Canalisation ausgeführt worden.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Die Aufnahme des Proceßes sei um deswillen nothwendig, weil andernfalls gerichtszeitig angenommen werden würde, daß die Stadt die unbegründeten Ansprüche der Kläger anerkenne, und würden alsdann der Stadt unbedingt Kosten erwachsen. Wenn das Consortium freiwillig Zuschüsse zu etwa erwachsenden Kosten leisten wolle, dann würden sie dankbar acceptirt werden, verpflichtet sei dasselbe nicht dazu. Das Consortium habe bereits große Opfer gebracht, und welchen Nutzen dasselbe überhaupt aus dem ganzen Unternehmen erziele, lasse sich noch gar nicht übersehen. Diese Verhältnisse kämen aber hier nicht in Betracht; es handle sich nur darum, ob man sich mit gebundenen Händen gefangen geben, oder ob man sich wehren wolle.

Nachdem Referent noch bemerkt hat, daß man schon die Frage erörtert habe, ob das Consortium unter den obwaltenden Umständen nicht veranlaßt werden könne, dem Proceß beizutreten,

wird dem Magistratsantrage gemäß beschlossen.

Danach

II. nimmt Herr Sievers das Wort, um namens der Finanz- und Baucommission über das Magistrats Schreiben vom 20. v. Mts., betreffend die Verbreiterung der Kleinen Burg am Eingange von der Schuhstraße, zu berichten.

Der Stadtmagistrat ist in Folge des Beschlusses der Versammlung vom 5. Juni c. mit den Anliegern der zu verbreiternden Straßenstrecke in nochmalige Verhandlungen getreten, welche dahin geführt haben, daß 1) die Wittwe Heine ihre Forderung von 45000 M auf 35000 M herabgesetzt, 2) der Uhrmacher Kohlig sich bereit erklärt hat, sein Haus für 38000 M abzutreten, 3) beide Hauseigenthümer aber zur Bedingung gemacht haben, daß ihnen ein (auf dem vom Herrn Referenten in Umlauf gesetzten Situationsplane näher bezeichneter) Bauplatz zum Zwecke der Erbauung eines Doppelhauses für 25000 M überlassen werde; 4) der Gürtlermeister Meyerding seine Forderung von 20000 M auf 18000 M unter der Bedingung ermäßigt hat, daß ihm ein bestimmter Bauplatz für 20000 M käuflich abgetreten werde; 5) der Apotheker Diesing seine Forderung von 60000 M auf 50000 M ermäßigt hat. — Hiernach würde Project I, welches den Abbruch der Häuser an der Südseite vorschreibt, nach Abzug der Einnahme von 64000 M einen Kostenaufwand von 104500 M verursachen, Project II dagegen, welches den Abbruch des Diesing'schen Hauses verlangt, würde nach Abrechnung des Verkaufs- bezw. Nutzungswerthes der

Lehmann'schen und Barges'schen Häuser zu 30 000 M nur 81 500 M, mithin 23 000 M weniger kosten. Da nun durch das Project II dasselbe Resultat — Verbreiterung der Straße auf 8 Meter — erreicht werden würde, wie durch Project I, auch noch in Erwägung kommt, daß, falls in späterer Zeit das Project einer Straßenanlage vom Damme nach der Schuhstraße wieder aufgenommen werden sollte, die Ausführung desselben sich durch den Ankauf der alten Häuser von Köhlig, Heine u. s. w. billiger wird ausführen lassen, als durch den Erwerb der an deren Stelle neu erbauten Häuser, so glaubt der Magistrat dem billigeren Project II den Vorzug geben zu sollen; er ersucht deshalb die Versammlung:

- 1) unter Wiederaufhebung der auf dem Situationsplane AI mit ab bezeichneten Baulinie, die Baulinie abc des Planes B zu genehmigen,
- 2) die mit dem Apotheker Diesing getroffene Vereinbarung zu genehmigen und demgemäß die Zahlung einer Entschädigung von 50 000 M an Diesing und von in maximo 10 000 M an Fröhlich und Baumkauff zu beschließen.

Schließlich weist der Stadtmagistrat noch darauf hin, daß die an Stelle der Verbreiterung mehrfach beantragte Sperrung der Straße für durchgehendes Fuhrwerk den beabsichtigten Erfolg — Sicherung der Passanten, insbesondere der Schulkinder — nicht haben würde, da die Anfuhr zu den an der Straße belegenen Wohn- und Geschäftshäusern dadurch nicht ausgeschlossen werden würde und werden könnte, die mit solcher Anfuhr verbundene Gefahr für Leben und Gesundheit der Vorübergehenden mithin durch die bezeichnete Maßregel nicht beseitigt werden dürfte.

Die vereinigten Commissionen sind einstimmig der Ansicht, daß dem Plane II der Vorzug zu geben sei, sie empfehlen daher denselben zur Annahme.

Herr Schwarzenberg erklärt sich auch heute wieder überhaupt gegen eine Verbreiterung der Kleinen Burg, weil sie seines Erachtens nicht von Bedeutung für den allgemeinen Verkehr sei. Zur Erreichung eines unbedeutenderen Zweckes beabsichtige man eine hohe Summe Geldes aufzuwenden. Der Fuhrwerkverkehr sei in jener Straße höchst untergeordneter Art; er beschränke sich auf einige Milch- und Dorf- u. Wagen, die den dort wohnenden Händlern Waaren zuführten. Bei den früheren Berathungen hätten verschiedene Stadtverordnete erklärt, daß sie dem Projecte nur dann zustimmen könnten, wenn das Project des Durchbruchs vom Damme nach der Schuhstraße zur Ausführung käme. Der Magistrat habe aber damals erklärt, daß dieses Project zu theuer sei; es sei also ins Wasser gefallen. Der Fußgängerverkehr sei in jener Straße allerdings bedeutend, namentlich seitens der Schulkinder, der lasse sich aber vor Gefahren dadurch schützen, daß man die Thore für durchgehendes Fuhrwerk sperre. Aus gleichen Gründen wie die Kleine Burg würde man sämtliche Thore der Stadt verbreitern müssen, z. B. die Kaffeethore.

Schon des Präjudices willen sollte man nicht Zwecke von so untergeordneter Bedeutung, wie der im gegenwärtigen Falle angestrebte, mit so großen Mitteln zu verfolgen suchen; diese Ansicht habe er in Bürgerkreisen mit Entschiedenheit vertreten hören. Er bitte, den Magistratsantrag einfach abzulehnen. Wenn die Verbreiterung auch schon beschlossen sei, so könne man einen derartigen Beschluß sehr wohl wieder aufheben, wenn man einsehe, daß man gut dabei thue. Die bereits angekauften Häuser ließen sich anderweit, vielleicht zu Schulzwecken, verwenden, so daß die Stadt durch deren Ankauf keinen Schaden erleide.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Es handle sich nicht darum, ein neues Project zu genehmigen oder abzulehnen, indem bereits ein genehmigtes Project vorliege. Dasselbe sei nur deshalb an den Magistrat zurückgegangen, damit dieser die Kosten zu ermäßigen suchen solle, was ihm denn auch gelungen sei. Das ceterum censeo des Herrn Dr. Schwarzenberg sei der Versammlung genügend bekannt, derselbe komme immer wieder auf denselben Punkt zurück. Es sei aber nichts damit zu erreichen. Selbst wenn ein Antrag des Herrn Schwarzenberg, das Project fallen zu lassen, angenommen würde, so sei dasselbe damit nicht aus der Welt geschafft. Es liege ein Beschluß von beiden Factoren der städtischen Behörden vor, und der könne nicht einseitig zurückgenommen werden; auch der Magistrat würde seine Zustimmung geben müssen, ob die aber erfolgen würde, vermöge er augenblicklich nicht zu sagen. Nun liege aber auch gar keine Veranlassung vor, den gefaßten Beschluß zurückzunehmen. Einmal sei die Verbreiterung dieser Zweite nach Ansicht des Magistrats wünschenswerth, wenn nicht gar nothwendig, dann aber auch würde es inconsequent sein, wenn man ein Project, zu dessen Ausführung man bereits 100000 M. bewilligt habe, jetzt, nachdem es um 23000 M. billiger geworden, wieder aufgeben wolle. Er bitte daher, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

Zur Beseitigung etwaiger Zweifel constatirt der Herr Vorsitzende auf Grund der Acten, daß bereits 100000 M. zu gedachtem Zwecke von der Versammlung bewilligt seien.

Herr Nieß äußerte sich dahin, daß ihm an einer Ausführung des Projects nichts liege, wenn nicht zugleich die Herstellung einer Verbindung zwischen Schuhstraße und Damm in sichere Aussicht gestellt werden könne. Da aber mit Annahme des Projects II an einen derartigen Durchbruch niemals zu denken sei, so werde er gegen den Magistratsantrag stimmen.

Herr Munte spricht sich für den Magistratsantrag aus. Eine Verbreiterung der Straße sei im Interesse des großen Verkehrs von Osten nach Westen durchaus nothwendig.

Herr Reiche erklärt, daß er seiner Zeit für die Bewilligung der Kosten gestimmt habe, einmal weil die seines Erachtens höchst wichtige Straßenanlage vom Damm nach der Schuhstraße, die zur Verhütung von Unglücksfällen einer Entlastung

dringend bedürfe, in Aussicht gestellt sei, zweitens, weil er für wünschenswerth gehalten habe, daß die am Ausgange der Schuhstraße stehenden alten Häuser und mit ihnen die Winkerei an dieser Stelle beseitigt würden. Wenn nun aber Project II angenommen werde, dann fielen die Beweggründe, welche ihn damals bei der Abstimmung geleitet hätten, hinweg; man würde die Winkerei auch für die Folge wieder haben. Für das 2. Project könne er sich daher nicht erwärmen, während er die Ausführung des 1. Projectes mit Freuden begrüßt haben würde.

Herr Schwarzenberg fügt seinen früheren Ausführungen noch hinzu, daß, wenn die Zweite erst verbreitert sei, der Wagenverkehr in derselben bedeutend zunehmen werde und daß alsdann, bei dem abschüssigen Terrain, erst recht Gefahr für die Kinder vorhanden sei. Außerdem werde die Straße auch durch diese Projecte nicht grade gelegt; an der Schulzeschen Restauration werde die Winkerei nicht fortgeschafft und es werde an dieser Stelle alsbald eine fernere Expropriation erfolgen müssen.

Referent macht Herrn Reiche darauf aufmerksam, daß bei Ausführung des Projectes I noch mehr Winkerei vorhanden sein würde. Wenn die von den kleinen Häusern an der Südseite gebildete Rundung bestehen bleibe, dann sei der Zug der Straße ein weit bequemerer, als wenn sie abgeschnitten würde; es würde dann ein stumpfer Winkel entstehen, mit der Ecke nach der Schuhstraße zu. Ferner sei anzunehmen, daß jetzt besonders, wo die Frage angeregt sei, die Hausbesitzer an der Südseite wohl bald zum Neubau e schreiten würden und es werde dann ohnehin ein besserer Anblick erreicht, während, wenn die Apotheke stehen bleibe, man immer ihre unschöne Fassade sehen müsse. Was für ihn aber besonders maßgebend sei, und was ihn bestimme, für Project II persönlich einzutreten, sei, daß bei diesem Projecte die Einmündung eines eventuellen Durchbruchs vom Damme nach der Schuhstraße sich weit günstiger gestalten würde, als wenn Project I zur Ausführung komme.

Herr Hollmann wendet sich gegen die Ausführungen des Herrn Reiche. Bei genauer Prüfung der vorliegenden Zeichnung werde man finden, daß bei Abbruch der Apotheke weit eher eine grade Linie hervorgebracht werde als beim Abbruche der gegenüber liegenden Häuser.

Herr Reiß: Einen geraden Straßenzug werde man an jener Stelle nicht erreichen, man möge das eine oder das andere Project nehmen. Er könne sich aber nicht entschließen, zuzugestehen, daß die jetzt vorgeschlagene Lösung des Projectes diejenige sei, welche die Stadtverordnetenversammlung eigentlich gewünscht habe. Seiner Zeit seien die nöthigen Gelder zum Ankauf der Häuser an der Südseite verwilligt und es sei dabei der Wunsch ausgesprochen, daß mit Vertheilung der sich ergebenden Bauplätze nicht früher vorgegangen werden möchte, bis die Möglichkeit der Herstellung einer Verbindung nach dem Damme vorhanden sei. Statt daß nun, wie zu erwarten gewesen wäre, eine Vorlage komme, in welcher der Versammlung klar zu machen gesucht werde, daß die Herstellung der gedachten Verbindung nicht möglich und es

danach am zweckmäßigsten sei, das Bauproject überhaupt aufzugeben, müsse die Versammlung über den Abbruch der Hofapotheke debattiren. Er könne eine Logik in diesen Thatsachen nicht einsehen, und ihm wäre es, offen gestanden, weit lieber, wenn man, statt für den Abbruch der Apotheke 60000 M. auszugeben, noch 23000 M. mehr anwenden und dafür die fünf alten Häuser an der Südseite verschwinden sehe.

Herr Günther schließt sich den Ausführungen des Herrn Schwarzenberg an.

Herr Bürgermeister Rittmeyer: Die Logik, welche Herr Nieß in den jetzigen Magistratsvorschlägen vermisste, liege in der Ersparung von 23000 M. Es handle sich nicht darum, ob den Anwohnern an der linken oder rechten Seite Entschädigungen gezahlt würden; der Magistrat halte aber das jetzige Project unter allen Umständen für das zweckmäßigere. Eine Sperrung der Kleinen Burg für durchgehendes Fuhrwerk sei in der That von der Polizei angeordnet, dessen ungeachtet werde dieselbe befahren. Außerdem werde die Straße zur Anfuhr von Holz, Torf u. benutzt und alsdann thatsächlich gesperrt. Ein solcher Wagenverkehr sei aber nicht wohl zu untersagen.

Herr Schwarzenberg: Wenn die Versammlung heute ihren früheren Beschluß im Hinblick auf die unverhältnißmäßig hohen Kosten rückgängig mache, dann werde sich, davon sei er überzeugt, auch der Magistrat in seiner Majorität damit einverstanden erklären; denn das Interesse der Stadt im Auge zu haben und ihr, wenn thunlich, 81000 M. zu ersparen, sei ebensowohl Aufgabe des Magistrats als der Stadtverordneten.

Es wird darauf zur Abstimmung geschritten, wobei der Magistratsantrag mit schwacher Majorität zur Annahme gelangt.

Wie

III. Herr Zellmann namens der Finanzcommission berichtet, ist die zur Erweiterung der städtischen Freibadeanstalt bewilligte Summe von 5900 M. um 340 M. 48 S. überschritten. Diese Ueberschreitung ist eines Theils dadurch entstanden, daß die Erdarbeiten in größerem Umfange unter Wasser ausgeführt werden mußten, weil die Oker nicht so lange Zeit abgelassen werden konnte, wie angenommen war, anderen Theils dadurch, daß verschiedene Gegenstände, wie Lattenböden am Rande des Bassins, Garderobenhälter hinter den im Freien aufgestellten Bänken u. im Anschlag unberücksichtigt geblieben waren. Der Magistrat giebt unterm 30. v. Mts. anheim, die mehraufgewandten 340 M. 48 S. nachzuverwilligen, welches Ersuchen die Finanzcommission unterstützt.

Herr Günther bemerkt, daß der hergerichtete Lattenboden zu flach auf der Erde liege; in seinen Zwischenräumen habe sich Sand festgesetzt, so daß er seinem Zwecke, die Badegäste vor Verunreinigung der Füße zu schützen, nicht entspreche. Er empfehle, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht zweckmäßiger sei, statt des Lattenbodens vom

Bassin bis zu den Bänken Asphalt zu legen. In den Hallen müßten aber seines Erachtens Lattenböden angebracht werden, weil der jetzige Fußboden leicht faul werden könne.

Herr Stadtrath Metemeyer: Für die Hallen sei absichtlich kein Lattenfußboden gewählt, weil sich in der Civilbadeanstalt der Uebelstand herausgestellt habe, daß aus der Tasche fallendes Geld oder von den Kleidungsstücken abfallende Knöpfe auf einem Lattenboden schwer wiederzufinden seien. Ein Faulen des Fußbodens sei so leicht nicht zu befürchten, da die Buden frei ständen und immer frische Luft durchziehe. Der vom Herrn Borredner gerügte Uebelstand bezüglich des Lattenbodens am Bassin sei allerdings vorhanden, es werde aber im nächsten Jahre in dieser Beziehung Abhülfe geschaffen werden.

Die Verwilligung der beantragten Summe wird darauf beschlossen.

IV. wird nach einem Referate des Herrn von Seckendorff beschlossen, die vom Magistrate unterm 30. v. Mts. beantragte Erbauung eines Stalles für kranke Pferde und Anlage einer Müllgrube auf dem Grundstücke des Feuerlöschgebäudes zu genehmigen, auch die dazu erforderlichen Kosten im Betrage von 1300 M vom diesjährigen und nächstjährigen Unterhaltungsfonds zu verwilligen.

Ferner

V. beschließt die Versammlung nach einem von Herrn Heymann für die Statutencommission erstatteten Berichte, sich mit der vom Magistrate mittelst Schreibens vom 30. v. Mts. empfohlenen Annahme des von den Geschwistern Hoffmeister in Cassel als Erbes-Erbinnen des verstorbenen Particuliers Joh. Carl Franz Strube von hier angebotenen Vergleichs, wonach dieselben 750 M zu zahlen und sämtliche Kosten zu tragen haben, einverstanden zu erklären.

Darauf

VI. folgt, von Herrn Wolff erstattet, der Bericht der vereinigten Bau- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 3. d. Mts., die Anlegung eines Centralfriedhofs betreffend.

Die zu dieser Sache gehörigen Pläne sind an verschiedenen Stellen im Sitzungssaale ausgehängt und nimmt Referent während seines Vortrags wiederholt Bezug auf dieselben.

In der Sitzung am 17. December v. J. hat die Versammlung das ihr vom Magistrate vorgelegte Programm für die Friedhofsanlage, vorbehältlich der Genehmigung des auf seiner Grundlage auszuarbeitenden Bauprojects und Kostenanschlags, gutgeheißen. Der Magistrat hat darauf die städtische Bauverwaltung zur Einrei-

chung der nöthigen Ausarbeitungen veranlaßt, auch in den außerordentlichen Etat der Stadtcasse pro 1884 eine Bausumme von 160 000 M aufgenommen und diesen Betrag in diejenige Obligationenanleihe eingerechnet, welche stadtseitig im laufenden Jahre durch Vermittelung des Kreiscommunalfonds effectuirt worden ist. Daß von der städtischen Bauverwaltung zunächst eingereichte Project ist dem Magistrate zu kostspielig erschienen, er hat deshalb den Stadtbaurath Winter zu erwägen gegeben, ob sich die Kosten nicht ermäßigen ließen. Letzterer hat nun anderweite Vorschläge gemacht, wonach für Bebauung und erste Einrichtung des Friedhofs 400 000 M statt der zuerst veranschlagten 518 000 M erforderlich sind. Der Magistrat hat sodann die Frage geprüft, ob, falls die Stadt ein Bauopfer von mehr als 160 000 M zu bringen ablehnen müsse, die Beschaffung der Fehlsomme von 240 000 M aus anderweitigen Fonds zu ermöglichen stehe. Zu diesem Ende hat er diejenigen Einnahmen zu ermitteln gesucht, welche im Jahresdurchschnitte dem Centralfriedhofe bei Erhebung mäßiger Miethbeträge für Benutzung der Leichenhallen und der Capelle und bei Festhaltung derjenigen Gebühren und Entschädigungsätze zufließen werden, welche gegenwärtig für Unterhaltung u. der Gräber u. auf den Einzelfriedhöfen festgestellt sind; diesen Einnahmen hat er diejenigen Ausgaben gegenübergestellt, welche der Betrieb des Friedhofs voraussichtlich verursachen wird. Es haben sich danach die voraussichtlichen Jahreseinnahmen nach Ablauf der 5 ersten Betriebsjahre ergeben mit 55 684 M, die voraussichtlichen Ausgaben mit 44 884 M, so daß ein Ueberschuß von 10 800 M zur Verzinsung und Amortisirung einer etwa in 50 Jahren zu tilgenden Anleihe von 240 000 M verbleibt. Die Friedhofskommission des Kirchenconvents, welche sich für Ausführung des Projects der städtischen Bauverwaltung warm ausgesprochen, auch die vom Magistrate vorgenommene Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben als zutreffend anerkannt hat, ist nun mit nachstehenden Vorschlägen hervorgetreten:

Die Stadt bewilligt zu den Kosten der ersten Einrichtung des Friedhofs nach Maßgabe des Projects à fonds perdu die Summe von 160 000 M; den Rest der Einrichtungskosten, wie auch die Kosten der demnächstigen Erweiterung der Friedhofsanlage übernimmt die Friedhofsverwaltung;

die Stadt erklärt sich bereit, der Friedhofscasse ein Baucapital von 240 000 M nach Bedarf gegen Verpflichtung zu dessen Verzinsung mit 4 % und (nach 5 Jahren beginnender) Tilgung mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen darzuleihen, mit dem Vorbehalte zwar, daß das Kirchen-Cassen-Collegium, als Oberaufsichtsorgan des Friedhofs, bis dahin, daß solche Capitalschuld getilgt sein wird, den städtischen Behörden die Voranschläge und Executionsetats der Friedhofscasse vor deren Feststellung resp. nach ihrer Justificirung zur Kenntnignahme und Vorbringung etwaiger Erinnerungen zugehen lasse. —

»Einerseits geleitet von der Auffassung, daß eine Stadt von dem Umfange und der Bedeutung Braunschweigs bei Anlage eines Centralfriedhofs sich nicht auf die nackte Erfüllung der polizeilichen und sonstigen unabwiesbaren Anforderungen beschränken dürfe, vielmehr auch darauf Bedacht zu nehmen habe, ihren Todten eine würdige Ruhestätte, den Hinterbliebenen derselben einen wahrhaften Erbauungsort zu schaffen; anderseits zuversichtlich hoffend, daß die demnächstige Centralfriedhofscasse spätestens nach Umlauf einer ersten Betriebsperiode von 5 Jahren, im Stande sein werde, neben Rückstellung der zur demnächstigen Vervollständigung und Erweiterung der Friedhofsanlage erforderlichen Mittel die an den Kosten der ersten Bebauung und Einrichtung derselben fehlende Summe von 240000 M mit jährlich 4 % zu verzinsen und mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen zu tilgen« —; giebt der Magistrat anheim,

das vorgelegte Bauproject zu genehmigen und zu dessen anschlagsmäßiger Ausführung

- a. die im Extraordinarium der Stadtkasse zur Verfügung stehende Bausumme von 160000 M definitiv zu bewilligen,
- b. dem Kirchencassen-Collegium, als der Oberaufsichtsbehörde der demnächstigen Friedhofscasse, ein bedarfsmäßiges Darlehn von bis zu 240000 M gegen Verpflichtung der Friedhofscasse zur Verzinsung desselben mit jährlich 4 % und zu seiner Tilgung mit jährlich $\frac{1}{2}$ % und den ersparten Zinsen zuzusichern; die specielle Ordnung dieses Darlehnsgeschäfts aber, imgleichen die Entschließung über Beschaffung der Darlehnsmittel einstweilen vorzubehalten.

Zum Verständniß der Zeichnungen geht Referent den bezüglichlichen, umfangreichen Bericht der städtischen Bauverwaltung in seinen Einzelheiten durch, und kommt sodann des Näheren darauf zu sprechen, in welcher Richtung die Kosten dem ersten Projecte gegenüber ermäßigt sind. Die Kosten des zuletzt ausgearbeiteten Projectes im Betrage von 400000 M vertheilen sich folgendermaßen: 1) Hochbauten = 259010 M, nämlich Friedhofskapelle 74775 M, Leichenhalle 90480 M, Arkadengrüste und Vorhallen 12410 M, zwei Verwaltungsgebäude 44845 M, Geräthhäuser und Aborte 7500 M, Wasserturm 9000 M, Einfriedigungen 20000 M; 2) Wegebauten 53212 M, 3) Canalisation 9000 M, 4) Gärtnerische Anlagen 22411 M, 5) Insgemein 56367 M, nämlich: Wasserleitung 12000 M, Gasleitung 2750 M, Mobiliargegenstände 5100 M, Heizung und Ventilation 17000 M, Einrichtungen für Leichentransport 12000 M, Bauführungskosten 7517 M.

Referent bemerkt hierzu: Der für die eiserne Einfriedigung in Ansatz gebrachte Einheits-

preis von 90 M pro Meter sei nach Ansicht der Commission etwas zu hoch gegriffen und es werde dem Magistrate anheimgegeben, nach dieser Richtung hin etwas zu ersparen zu suchen. Auch an den Wegebauten könne nach Aussage eines Sachverständigen noch gespart werden; das Quadratmeter der Wege und gärtnerischen Anlagen solle über 1 M. kosten, während die Anlagen des Fasanenhölzchens nur 30 Pf. pro qm gekostet haben, wobei allerdings nicht zu übersehen sei, daß hier die Bepflanzung schon zum größeren Theile vorhanden gewesen sei. Bezüglich der beiden Verwaltungsgebäude bemerkt Referent, daß nach Ansicht des Stadtbauraths Winter ein umfangreiches und höheres Verwaltungsgebäude ohne Schädigung der architektonischen Gesamtentwicklung nicht errichtet werden dürfe; es seien deshalb deren zwei gewählt.

Einer vergleichenden Zusammenstellung der Kosten für die Hochbauten einiger Friedhofsanlagen entnimmt Referent folgende Mittheilungen: Der neue Friedhof in Karlsruhe hat gekostet pro qm der Grundfläche 156 M, der Friedhof der Annenkirchen-Parochie in Dresden 200 M, der Prag-Friedhof in Stuttgart 381 M, der hiesige Centrafriedhof wird 135,4 M pro qm bebauete Grundfläche kosten.

Der Beschluß der vereinigten Finanz- und Baucommission geht dahin, die Vorschläge des Magistrats zur Annahme zu empfehlen.

Ohne Debatte werden die Magistratsanträge genehmigt.

VII. referirt Herr Schwarzenberg für die vereinigte Schul- und Finanzcommission über das Magistratschreiben vom 5. d. Mts., die anderweite Festsetzung des Schulgeldes für den Besuch der städtischen Realschule betreffend.

Die gedachte Schule, welche gegenwärtig für die 1. und 2. Klasse 84 M, für die 3. und 4. Klasse 72 M, für die 5., 6 und 7. Klasse 60 M Schulgeld erhebt, erfordert zur Bestreitung ihrer regelmäßigen Ausgaben einen erheblich höheren Zuschuß aus der Stadtkasse als die übrigen städtischen Schulen; so betrug im Jahre 1883 dieser (den Aufwand für Verzinsung und Tilgung des Schulhausbaucapitals nicht einschließende) Zuschuß pro Kopf des Schülers bez. der Schülerin in der städtischen Realschule 69,29 M, in der städtischen höheren Mädchenschule 34,55 M, in der städtischen Mädchenschule 17,91 M und in den Bürgerschulen 31,48 M. Der Magistrat glaubt, in Uebereinstimmung mit dem Schulvorstande, eine Erhöhung des Schulgeldes der städtischen Realschule um so mehr ins Auge fassen zu müssen, als neuerdings auch die Schulgeldsätze des staatlichen Realgymnasiums eine Steigerung erfahren haben; er hält auch die Einführung eines, bei den sämtlichen übrigen städtischen Schulen bereits bestehenden, einheitlichen Schulgeldsatzes für die verschiedenen Klassen, und zwar in einem, dem Durchschnittsschulgelde des staatlichen Realgymnasiums gleichkommenden Jahresbetrage von 80 M für angezeigt. Der Magistrat ist jedoch der Ansicht, daß zur Vermeidung von Härten eine derartige neue Norm nicht sofort voll durchgeführt werde und giebt der Versammlung anheim, sich

damit einverstanden zu erklären, daß das Schulgeld von Ostern 1885 an bis auf Weiteres, und vorbehaltlich der demnächstigen Einführung eines einheitlichen Schulgeldsatzes von 80 M, für die 1. und 2. Klasse von 84 M auf 80 M ermäßigt, für die 3. und 4. Klasse von 72 M auf 80 M und für die 5., 6. und 7. Klasse auf 72 M erhöht werde.

Der vereinigten Commission scheint kein Grund dafür vorhanden zu sein, daß das Schulgeld für die 1. und 2. Klasse sofort auf 80 M ermäßigt werden soll, umsoweniger, als im staatlichen Realgymnasium für die 1. Klasse 96 M und für die 2. Klasse 84 M gezahlt werden; sie giebt deshalb, und zwar im Einverständnisse des Herrn Oberbürgermeisters Pockels, anheim, sich mit den Anträgen des Stadtmagistrats unter der Modification einverstanden zu erklären, daß die Ermäßigung des Schulgeldes in der 1. und 2. Klasse von 84 M auf 80 M bis dahin unterbleibe, daß in allen Klassen ein einheitlicher Satz des jährlichen Schulgeldes zu 80 M eingeführt werde.

Nachdem Herr Natalis noch hervorgehoben hat, daß das Belassen des alten Schulgeldsatzes von 84 M in der 1. und 2. Klasse bis zu dem Zeitpunkte, wo auch für die übrigen Klassen der Satz von 80 M eingeführt werde, gewissermaßen als Äquivalent für die bisher genossene Vergünstigung eines dem staatlichen Realgymnasium gegenüber billigeren Schulgeldsatzes betrachtet werden könne,

wird dem Commissionsantrage gemäß beschlossen.

Schließlich

VIII. berichtet Herr von Seckendorff namens der Finanzcommission über die Magistratschreiben vom 6. d. M., die Ausleihung von Capitalien des Kreisfonds und der Stadt betreffend.

Für die durch Ausloosung von Werthpapieren und durch Einzahlung von Amortisationsbeträgen verfügbar gewordenen Stammcapitalien des Kreiscommunalverbandes zu 27392,58 M bez. der Stadtkasse zu 6235,68 M hat der Magistrat im Einverständnisse der Finanzcommission per 1. November d. J. Landesschuldverschreibungen und zwar 4procentige über 900 M à 102½ und 3½procentige über 27000 M à 97⅞ bez. 4procentige über 6000 M à 102½ angekauft. Der Magistrat ersucht um Genehmigung dieser Capitalbelegung.

Die Commission befürwortet diesen Antrag.

Auf eine Bemerkung des Herrn Winter, welcher der Ansicht ist, daß der Ankauf anderer Papiere als 4procentiger Landesschuldverschreibungen vortheilhafter gewesen wäre,

entgegnet Herr Oberbürgermeister Pockels, daß ja, wie Herr Winter vielleicht überhört habe, die hauptsächlichsten Summen in 3½procentigen und nur 6900 M

in 4procentigen Landesschuldverschreibungen angelegt seien, und zwar in 4procentigen aus dem Grunde, weil $3\frac{1}{2}$ procentige nicht mehr zu haben gewesen und weil der Ankauf von sonstigen sicheren Papieren, wie Reichsanleihe oder preussische 4procentige Consols, noch weit höheres Agio erfordert haben würden, als der Magistrat so bezahlt habe.

Der Magistratsantrag wird darauf angenommen.

Schluß der Sitzung.

In der darauf folgenden längeren vertraulichen Sitzung werden Steuerreclamationen erledigt.

1884.

(Fortsetzung der Beilage zu № 283 de 1884
der Braunschweigischen Anzeigen.)

№ 13.

Verhandlungen
der
Stadtverordneten zu Braunschweig.
Sitzung am 11. December 1884.

Öffentlich:

- Selbstständiger Antrag des Herrn Blasius, betreffend
- I. die Anlegung von Plitzableitern an städtischen Schulgebäuden.
- Vorlagen des Stadtmagistrats, betreffend:
- II. Rechnung der Einquartierungscasse pro 1883,
 - III. Stadthaushaltsplan pro 1885,
 - IV. Unterbringung der Seitens der Frau Amalie Löffbecke geschenkten Gemälde,
 - V. Abänderung des Statuts über den Pferdeisenbahnbetrieb,
 - VI. Verwilligung von Kosten der Reichstagswahl,
 - VII. Einschätzung gewerblicher Etablissements zu besonderen Beiträgen für die städtische Wegebaucaße,
 - VIII. Erwerbung von Terrain zur Verbreiterung der Spielmannsstraße,
 - IX. Interpellation des Herrn Günther, betreffend die letzten Reichstagswahlen.

Vertraulich:

- 1) Provisorische Annahme eines Hilfsbeamten für die städtische Bauverwaltung,
 - 2) Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes,
 - 3) Anstellung eines Stadtcassenschreibers,
 - 4) Neuwahl zweier Mitglieder der Armendirection.
-

Entschuldigt die Herren Blasius und Ramdohr, wegen Verspätens Herr Semler. — Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Stadtrath Haake und Stadtrath Kettemeyer.

Die Sitzung wird vom stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Lüderßen, eröffnet.

Nach Genehmigung der Protokolle sub Nris. 11 und 12

verliest der Herr Vorsitzende eine Interpellation des Herrn Güntner an den Stadtmagistrat folgenden Inhalts:

Wenige Tage vor der letzten Reichstagswahl ist an angeblich 800 Reichstagswähler eine Zuschrift des Stadtmagistrats ergangen, wonach denselben das Wahlrecht entzogen ist, weil sie im Laufe des der Wahl vorhergegangenen Jahres öffentliche Armenunterstützung empfangen haben.

Der Begriff der öffentlichen Armenunterstützung ist hierbei abweichend von dem bisher üblichen Brauch in einer Weise ausgedehnt, daß der Interpellant sich veranlaßt fühlt, an den Stadtmagistrat die Anfrage zu richten:

»Ob und inwieweit der Stadtmagistrat jede städtische Hülfsleistung als öffentliche Armenunterstützung betrachtet?«

Der Magistrat erklärt sich bereit, die Interpellation nach Erledigung der Tagesordnung zu beantworten.

Zur Tagesordnung übergehend

I. berichtet Herr v. Seckendorff namens der Finanzcommission über den Antrag des Herrn Blasius vom 10. Juli c.:

den Stadtmagistrat um Einbringung einer Vorlage in Betreff der Anlage von Blitzableitern an den städtischen Schulgebäuden zu ersuchen.

Referent führt aus, daß die Versammlung sich schon in den Jahren 1878 und 1879 aus Anlaß eines Antrags des damaligen Stadtverordneten Mühe mit dieser Angelegenheit beschäftigt, auch bereits 8500 M dem Magistrate zur Verfügung gestellt habe. Aus den von zwei Sachverständigen eingeholten Gutachten, wonach jene Summe auf 11080 M erhöht werden sollte, habe man indeß damals entnehmen zu müssen geglaubt, daß, da Blitzableiter keinen absoluten Schutz gegen Blitzschlag gewährten, die Anbringung derselben an den städtischen Schulgebäuden ziemlich zwecklos sei; man habe deshalb von einer weiteren Verfolgung der Sache Abstand genommen. Nachdem nun aber kürzlich Herr Dr. Blasius seinen Antrag eingereicht habe der Magistrat der Sache wiederum sein Augenmerk zugewandt. Vom Kreisbranddirector Reuter sei ein Bericht eingegangen, welcher sich über die in den Jahren 1870 bis 1883 in Braunschweig beobachteten schweren Gewitter ausspreche. Danach sind in diesen 14 Jahren 10 schwere Gewitter über unsere Stadt gezogen, die 17 Beschädigungen, jedoch ohne große Brände zu verursachen, mit sich geführt haben. Von diesen 17 Beschädigungen ist nachweislich nur eine in den Nachmittagsstunden während der Schulzeit vorgekommen, während die übrigen sich auf Zeiten vertheilen,

wo die Schulen von den Kindern nicht besucht waren. Nach einem von Prof. Weber neuerdings eingereichten Gutachten seien nun aber Blitzableiter, vorausgesetzt, daß sie gehörig in Stand erhalten werden, an Gebäuden, in welchen viele Menschen verkehren, im hohen Grade wünschenswerth, ja nothwendig. Die Finanzcommission habe die Angelegenheit nochmals geprüft und gebe anheim, den Antrag des Herrn Blasius dem Magistrat zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Herr Telligmann spricht sich gegen den Antrag aus. Bei den früheren Verhandlungen sei besonders hervorgehoben, daß nur Leitungen aus Kupferdraht genügende Garantie böten, diese aber ihres Werthes wegen nur zu leicht zum Gegenstand des Diebstahls werden könnten. Außerdem sei aber auch die Revision der Blitzableiter eine äußerst schwierige, so daß sich kaum Beamte finden würden, die für eine sichere Functionirung der Blitzableiter einstehen.

Herr Nieß tritt diesen Ausführungen entgegen. Er könne schon deshalb den Antrag nicht ablehnen, weil er die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen wolle, wenn in den Schulgebäuden durch Blitzschlag Menschenleben zu Grunde gehen. Auch sei die Technik in Bezug auf die Herstellung und Controle der Blitzableiter heute eine andere als früher. Es lasse sich heute ohne große Mühe feststellen, ob eine Leitung durch Oxidation des Metalls oder durch fehlende Stücke unterbrochen sei. Der Magistrat brauche nur zu veranlassen, daß die Blitzableiter in regelmäßigen Pausen auf ihre Functionen hin geprüft würden.

Herr Reiche tritt gleichfalls für den Antrag ein und schildert die Sorge eines Lehrers bei schwerem Gewitter, wenn er eine große Anzahl zitternder Kinder um sich hat, ohne das Gefühl der Sicherheit zu haben, welches Blitzableiter doch nun einmal bieten.

Auch Herr Rieke spricht sich für den Antrag aus. Die Controle sei nicht so schwer durchführbar bei dem heutigen Stande der Technik; sie könne einem bestimmten Dachdecker übertragen werden. Er kenne viele Privatleitungen, die stets gut im Stande seien.

Herr Reuter: Die Hauptschwierigkeit bei der Anlegung von Blitzableitern bestehe darin, daß die Wissenschaft sich noch nicht klar darüber sei, wie weit der schützende Kreis des Blitzableiters überhaupt reiche. Man gehe bei Beurtheilung dieser Frage von verschiedenen Grundsätzen aus. (Redner geht auf die technische Seite der Frage näher ein.) Wenn man Geld ausbebe, dann müsse man auch überzeugt sein, daß man den angestrebten Zweck erreiche. Redner kommt dann auf die Controle der Blitzableiter zu sprechen, die denn doch nicht so leicht sei, daß sie von einem beliebigen Dachdecker versehen werden könne; ohne Instrumente gehe es nicht, denn wenn durch Oxidation eine Unterbrechung herbeigeführt sei, dann müsse die Leitung auf ihre Leistungsfähigkeit probirt werden, und das sei mit Schwierigkeiten verbunden und erfordere große Aufmerksamkeit. Abgesehen von diesen Bedenken

werde er von demselben Gefühle geleitet wie die Herren Vorredner. Bei einem Gewitter seien aber die Kinder doch immer ängstlich, es mögen sich nun Blitzableiter auf dem betreffenden Gebäude befinden oder nicht. Auch am Hoftheater befänden sich keine Blitzableiter, und die Schulen seien insofern noch gesicherter, als die Gewitter meist erst des Abends stattfinden. Die Bodenverhältnisse seien von großem Einfluß in Bezug auf die Gefährlichkeit der Gewitter. So ziehe der Lehmboden, wie wir ihn aber nur im Süden der Stadt haben, den Blitz leichter an als andere Bodenarten. Wenn der Antrag angenommen werde, so gebe er anheim, dabei zum Ausdruck zu bringen, daß die Frage bezüglich der Ausführung und Beschaffenheit der Blitzableiter nochmals sorgfältig geprüft und dabei die allerneuesten Erfahrungen zu Rathe gezogen werden möchten.

Herr Heymann faßt den Antrag der Finanzcommission so auf, daß dem Magistrat anheimgegeben werden solle, über die Zweckmäßigkeit und Art und Weise der Anlegung von Blitzableitern noch nähere Ermittlungen anzustellen und event. der Versammlung eine neue Vorlage zugehen zu lassen. Alsdann könnten Specialia besprochen werden. Es liege das Gutachten eines tüchtigen Sachverständigen vor, wonach die Anlegung von Blitzableitern wünschenswerth erscheine und solchem Gutachten gegenüber könne man sich nicht ablehnend verhalten. Man könne es wohl nur als einen glücklichen Zufall ansehen, daß der Blitz bis jetzt noch in kein Schulhaus eingeschlagen habe.

Herr Nieß hält es für höchst wünschenswerth, daß man sobald als thunlich zur Anlegung von Blitzableitern am Hoftheatergebäude schreite; er verstehe in der That nicht, weshalb dieses nicht schon längst geschehen sei. Redner macht sodann noch auf die vom Schlossermeister Fischer neuerdings an der Petrikirche angebrachten, aus Kupferdrahtseil bestehenden Blitzableiter neuester Construction aufmerksam.

Es wird darauf dem Commissionsantrage gemäß beschlossen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, über die Zweckmäßigkeit der Anlegung von Blitzableitern an den städtischen Schulgebäuden nähere Ermittlungen anstellen und event. der Versammlung eine bezügliche Vorlage zugehen zu lassen.

II. beschließt die Versammlung auf Grund eines Referats des Herrn Wolff dem Rechnungsführer der Einquartierungscasse Decharge zu ertheilen. Die bezügliche Rechnung ist der Versammlung unterm 29. Juli c. übersandt, von der Finanzcommission geprüft und richtig befunden worden.

Danach

III. folgt, von Herrn von Seckendorff erstattet, der Bericht der Finanzcommission über den mittelft Magistratschreibens vom 22. v. Mts. übersandten Stadthaushaltsplan pro 1885. Derselbe enthält

- 1) den Hauptetat der Stadtcasse nebst den mit der letzteren durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden Neben-Etats: der Realschule, der höheren Mädchenschule, des Lehrerinnen-Seminars, der Mädchenschule, der Bürgerschulen, der Turnhalle, für die Armenpflege, für die Verbesserung, des Gaswerks, des Wasserwerks und der Neustadtmühle;
- 2) den Hauptabschluß des Stadthaushalts incl. der mit demselben in Verbindung stehenden Specialverwaltungen.

Dem Stadthaushaltsplane sind angehängt die selbstständigen Etats des Schlachthauses, der Cassé der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds.

1. Der Hauptetat der Stadtcasse zerfällt in den ordentlichen und außerordentlichen Etat.

Der ordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

Einnahme:		Ausgabe:	
Eiserner Betriebsfonds		Eiserner Betriebsfonds	
69500 M — S		69500 M — S	
I Aus dem Gämmererevermögen	81618 M 59 S	Auf das Gämmererevermögen	176840 M 79 S
II. Für kirchliche Zwecke	— „ — „	Für kirchliche Zwecke	3514 „ — „
III. Für das Unterrichtswesen	— „ — „	Für das Unterrichtswesen	320775 „ — „
IV. Für Kunst und Wissenschaft	— „ — „	Für Kunst und Wissenschaft	4814 „ 90 „
V. Für die Armenpflege	— „ — „	Für die Armenpflege	123200 „ — „
VI. Für das Medicinalwesen	— „ — „	Für das Medicinalwesen	1465 „ — „
VII. Für Vereinszwecke und Volksfeste	616 „ 67 „	Für Vereinszwecke und Volksfeste	2417 „ 17 „
VIII. Für das Feuerlöschwesen	16825 „ — „	Für das Feuerlöschwesen	49880 „ — „
IX. Für die Ortspolizei	21068 „ 12 „	Für die Ortspolizei	151030 „ 45 „
X. Für den Straßenbau	1000 „ — „	Für den Straßenbau	7640 „ — „
XI. Aus Gemeindesteuern u. sonstigen Abgaben	747000 „ — „	Für die Gemeindesteuer und sonstige Abgaben	3880 „ — „
XII. Aus Staatszuschüssen z. Bestreitung der Ausgaben für Staatsbedürfnisse	85600 „ — „	Für Staatsbedürfnisse	13380 „ — „
XIII. Aus besonderen Amtsverrichtungen der Stadtverwaltung	4675 „ — „	Für die Stadtverwaltung	131356 „ 34 „
XIV. Insgemein	55196 „ 62 „	Insgemein	23406 „ 35 „
Summa der ordentl. Einnahmen	1013600 M — S	Summa der ordentl. Ausgaben	1013600 M — S

Der außerordentliche Etat lautet in der Wiederholung:

Einnahme:

I. Aus der Bewegung des Stammvermögens . .	5489 M — S
II. Vorrathsvermögen . .	418787 „ — „
III. Für verkaufte Grundstücke u. Berechtigungen	1080 „ — „
IV. Erstattete Vorschüsse und Ersatz auf außerordentliche Ausgaben . . .	791 „ 54 „
V. Insgemein . . .	15000 „ — „

Gesamtbetrag der außerordentlichen Einnahme . . . 441147 M 54 S

Ausgabe:

Aus der Bewegung des Stammvermögens . .	5489 M — S
An Vorschüssen . . .	— „ — „
Für angekaufte Grundstücke und Berechtigungen	83225 „ — „
Für Bauten und öffentliche Anlagen . . .	160000 „ — „
Insgemein . . .	192433 „ 54 „

Gesamtbetrag der außerordentlichen Ausgabe . 441147 M 54 S

2. Die Nebenetats bzw. Schulcassenetats gestalten sich folgendermaßen:

a. Etat der städtischen Realschule: Einnahme 38 370,79 M, Ausgabe 65 970,79 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 27 600 M.

b. Etat der städtischen höheren Mädchenschule: Einnahme 35 998 M, Ausgabe 50 898 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 14 900 M.

c. Etat des Lehrerinnen-Seminars: Einnahme 1000 M, Ausgabe 5100 M.
Zuschüsse aus der Klosterreinertragscasse und aus der Stadtcasse je zur Hälfte 4100 M.

d. Etat der städtischen Mädchenschule: Einnahme 25 341 M, Ausgabe 39 741 M.

Zuschuß aus der Stadtcasse 14 400 M.

e. Etat der Bürgerschulcasse: Einnahme 100 582,82 M, Ausgabe 413 482,82 M.

Zuschüsse aus dem Kreisfonds, der Klosterreinertragscasse und der Stadtcasse 312 900 M.

f. Etat der städtischen Turnhalle: Einnahme und Ausgabe 2260 M.

g. Etat der Armenkasse: Einnahme 99 027,80 M, Ausgabe 234 227,80 M.
Zuschüsse aus dem Kreisfonds und der Stadtcasse: 135 200 M.

Anhang zu diesem Etat (Arbeits- und Wirtschaftssrechnung des städtischen Pflege-, Armen- und Krankenhauses):

Einnahme 15 305,15 M, Ausgabe 87 300 M.

Zuschuß aus der Armenkasse 71 995,85 M.

h. Etat der Begebaukasse:

Unterhaltungsetat: Einnahme 20 900 M, Ausgabe 59 900 M.

Zuschuß aus dem Kreiscommunalfonds 39 000 M.

Neubauetat: Einnahme 190 779 M., darunter angeliehene Capitalien 178 600 M. Ausgabe 190 779 M.

i. Voranschlag für das städtische Gaswerk: Einnahme 579 348 M. Ausgabe 459 904,50 M.

Ueberschuß 119 443,50 M.

k. Voranschlag für das städtische Wasserwerk: Einnahme 174 400 M. Ausgabe 151 842 M.

Ueberschuß 22 558 M.

l. Etat der Neustadmühle: Einnahme 37 850 M. Ausgabe 33 710 M. Ueberschuß 4 140 M.

3. Hauptabschluß des ordentlichen Stadthaushalts, incl. der mit demselben durch Zuschuß oder Ueberschuß in Verbindung stehenden städtischen Verwaltungen

	Einnahme:	Ausgabe:
I. Cämmereivermögen	81618 M 59 S	176840 M 79 S
II. Kirchenwesen	— " — "	3514 " — "
III. Unterrichtswesen	262602 " 61 "	583377 " 61 "
IV. Kunst und Wissenschaft	— " — "	4814 " 90 "
V. Armenpflege	156427 " 80 "	279627 " 80 "
VI. Medicinalwesen	— " — "	1465 " — "
VII. Vereinswesen und Volksfeste	616 " 67 "	2417 " 17 "
VIII. Feuerlöschwesen	16825 " — "	49880 " — "
IX. Ortspolizei	21068 " 12 "	151030 " 45 "
X. Straßenbau	60900 " — "	67540 " — "
XI. Gemeindesteuern u.	747000 " — "	3880 " — "
XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse	85600 " — "	13380 " — "
XIII. Stadtverwaltung	4675 " — "	131356 " 34 "
XIV. Insgemein	55196 " 62 "	23406 " 35 "
Zusammen	1492530 M 41 S	1492530 M 41 S

Anhang.

Der Etat des städtischen Schlachthauses hat in Einnahme und Ausgabe 88000 M;

der Etat für die Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde desgl. 17475,84 M;

der Etat der Kreis-Communal-Casse desgl. 255641,89 M

Die Finanzcomission hat den Haushaltsplan geprüft und Aenderungen zu demselben nicht vorzuschlagen; sie giebt anheim, die beantragte Genehmigung auszusprechen.

Bei der Berathung des Etats geht Referent die einzelnen Capitel der Reihe nach durch; wenn Einwendungen nicht erhoben werden, wird das betreffende Capitel als genehmigt angesehen, wobei die Abstimmung im Ganzen vorbehalten bleibt. Nur

da, wo der Magistrat den maßgebenden Vorschriften zufolge specielle Zustimmungsertheilung beantragt hat, erfolgt besondere Abstimmung.

Bei Capitel VII der ordentlichen Ausgaben beantragt Herr G ü n t h e r, den dort ausgeworfenen Beitrag zur Unterhaltung des Schützenwesens von 600 M., sowie den Zuschuß zu den Kosten der Sedanfeier von 600 M. zu streichen. Das Schützenwesen verfolge veraltete Zwecke und sei rein Vergnügungssache, zu welcher die Betheiligten wie bei jedem anderen Vereine, die erforderlichen Geldmittel selbst aufbringen müßten. Das Sedanfest gebe aber nur Anlaß zur Förderung des Chauvinismus sowohl auf Seite der Deutschen wie auf Seite der Franzosen; ein immer wiederkehrendes Frohlocken des Siegers über seine Errungenschaften könne nur dazu dienen, den Besiegten aufzureizen und zu ärgern. Bei den letzten Reichstagswahlen habe man gesehen, daß die Mehrheit der Bürgerschaft keine Sympathien für dieses Fest hege.

Herr Stadtrath Ketemeyer entgegnet hierauf, daß das Sedanfest nicht als ein Siegesfest, sondern als ein Freudenfest der Wiedervereinigung der einzelnen deutschen Staaten anzusehen sei. Was die Reichstagswahlen damit zu thun haben sollen, sei ihm völlig unverständlich.

Der Antrag des Herrn G ü n t h e r wird darauf abgelehnt.

Wegen des Beitrages zum Schützenfeste beabsichtigt Herr G ü n t h e r demnächst einen selbstständigen Antrag einzubringen.

In Capitel IX sind für den Director Reuter als Leiter des Besprengungswesens 500 M. Remuneration ausgeworfen.

Herr G ü n t h e r beantragt, diesen Posten zu streichen, da es keinem Zweifel unterliege, daß die gedachten Geschäfte zu den dienstlichen Obliegenheiten des Herrn Reuter als Director der Wasserwerke gehörten. Er würde nichts dagegen einzuwenden haben, wenn man beispielsweise dem Herrn Stadtrath Ketemeyer und den betreffenden Magistrats-Unterbeamten für ihre Thätigkeit bei Gelegenheit der Reichstagswahlen besondere Gratificationen verabreichte, weil diese Thätigkeit in außer gew ö h n l i c h e n Arbeiten bestanden habe, daß aber Herr Reuter für Arbeiten, die man nicht als außergewöhnliche bezeichnen könne, besonders honorirt werden solle, werde in der Stadt seines Wissens im Allgemeinen nicht gebilligt.

Herr Oberbürgermeister P o c k e l s: Nach dem Civilstaatsdienstgesetze vom Jahre 1832, welches auch für die städtischen Beamten maßgebend sei, könne ein Beamter allerdings die ihm außerhalb seines Geschäftskreises dauernd übertragenen Arbeiten nicht ohne Weiteres ablehnen, er habe aber die Berechtigung, eine gewisse Entschädigung dafür zu fordern. Und so verhalte es sich mit dem Dienste des Directors Reuter und der Bewachung der Straßenbesprengung; letztere gehöre nicht zu dessen Functionen und müsse daher besonders remunerirt werden. Die Sache einem anderen Beamten zu übertragen, sei aber dem Magistrate nicht räthlich erschienen, da sie bei keinem besser aufgehoben sei, als gerade beim Director Reuter, der überhaupt das

ganze Besprengungswesen mit großer Mühe und besonderer Umsicht erst in die richtigen Bahnen eingelenkt habe. Es empfehle sich auch diesen Posten beim Commandeur der Gesamt-Feuerwehr und nicht beim kaufmännischen Director der Wasserwerke zu belassen, weil die Gespanne und Arbeitskräfte hauptsächlich von der Feuerwehr gestellt werden.

Herr Telligmann schließt sich dem Antrage des Herrn Günther an. Herr Director Reuter habe ohnehin schon, wie Jeder zugeben müsse, ein sehr auskömmliches Gehalt. Auch er (Redner) sei der Meinung, daß die gedachten Obliegenheiten zu dem Geschäftskreise der Direction der Wasserwerke gehören, und wenn es Schwierigkeiten bereite, sie dem kaufmännischen Director zu übertragen, der sich allerdings, wie nicht zu verkennen, sehr wohl dazu qualificire, dann möge man sie dem technischen Director, Herrn Oberingenieur Mitgau, überweisen.

Herr Heymann hält die Gründe der Herren Günther und Telligmann nicht für durchschlagend; daß Herr Reuter ein auskömmliches Gehalt beziehe sei eine Sache für sich. Was habe die Frage bezüglich der Höhe des Gehalts mit der Frage zu thun, ob Herr Reuter diese Mehrarbeit ohne jede Remuneration zu übernehmen habe? Das seien zwei ganz heterogene Dinge. Man sei mit Herrn Reuters Leistungen überall außerordentlich zufrieden, dieselben würden allgemein anerkannt, und wenn gemeint werde, die Beaufsichtigung der Straßensprengung gehöre zu dessen amtlichen Functionen, so sei er (Redner) entschieden anderer Ansicht. Wenn die Versammlung die Position ablehne, dann brauche Herr Reuter die Arbeit nicht zu übernehmen und ob sich alsdann eine ebenso tüchtige Kraft für jenes Amt finde, sei sehr fraglich; jedenfalls würde man dann aber auch ohne Bewilligung einer besonderen Remuneration nicht abkommen und vielleicht noch mehr als 500 M. dafür zahlen müssen.

Herr Günther: Wenn man der Ansicht sei, daß Herr Reuter für seine Leistungen noch nicht genügend honorirt werde, dann möge man sein Gehalt erhöhen, aber ihm nicht immer für dies oder jenes mit Gratificationen bedenken, namentlich nicht für solche mit nur geringer Mühe verbundene Geschäfte.

Herr Nieß kann sich dieser Ansicht nicht anschließen. Die Beamten seien keine Heloten, die jede ihnen übertragene Arbeit bei Androhung von Peitschenhieben umsonst verrichten müßten. Solange Herr Günther dieses Verhältniß nicht einzuführen im Stande sei, werde man auch die Beamten für außergewöhnliche Dienstleistungen besonders entschädigen müssen. Für die Behauptung, daß der gedachte Posten nur geringe Arbeit erfordere, habe Herr Günther noch keine Beweise erbracht. Eine Remuneration nicht aber eine Gehaltsverbesserung habe der Magistrat deshalb in Vorschlag gebracht, weil bei einer demnächstigen anderweiten Regulirung des Besprengungs- und Reinigungswesens der Straßen Herrn Reuter das Geschäft möglicherweise wieder abgenommen werde. Uebrigens möchte er dagegen protestiren, daß Herrn Reuter noch immer mehr Lasten aufgebürdet werden, damit derselbe nicht vorzeitig zur Ruine werde, denn auch der Stärkste müsse zuletzt erliegen.

Herr Reiche findet es gleichfalls ganz in der Ordnung, wenn die Beamten für diejenigen Leistungen, welche über ihren eigentlichen Geschäftskreis hinausgehen, auch besonders honorirt werden; andernfalls würden dieselben nicht mit der Freudigkeit arbeiten, wie solche im Interesse des Dienstes erforderlich sei.

Der Günther'sche Antrag wird darauf mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Herr Reuter hatte, solange die Discussion über diesen Punkt währte, den Sitzungsaal verlassen.

Der in demselben Cap. vorgesehene Ansaß von 300 M. für Instandhaltung und Reinigung der öffentlichen Pissoirs giebt Herrn Winter Anlaß, den Stadtmagistrat um Bewirkung einer besseren Beaussichtigung derselben zu ersuchen,

worauf seitens des Herrn Oberbürgermeisters Pockels bemerkt wird, daß, nachdem nunmehr die Uebernahme der Reinigung und Unterhaltung der öffentlichen Bedürfnisanstalten seitens der städtischen Bauverwaltung vom 1. Januar künftigen Jahrs an angeordnet sei, eine Besserung in dieser Richtung zu erwarten stehe.

Bei Berathung des Cap. XIII. äußert Herr Wolff den Wunsch, daß der Magistrat eine Vorlage zur besseren Beleuchtung des Sitzungszimmers der Versammlung einbringen möchte,

was seitens des Herrn Oberbürgermeisters Pockels im Namen des Stadtmagistrats zugesagt wird.

Auf eine Bemerkung des Herrn Rieke bezüglich des ausgeworfenen vierteljährigen Lehrergehalts von 445 M. bei eventueller Beibehaltung einer Xb-Klasse in der höheren Mädchenschule, dahin gehend, daß man die »Standeschulen« nicht so sehr unterstützen, sondern lieber auf die Herstellung einer gemeinschaftlichen Schule bedacht nehmen solle,

legt Herr Oberbürgermeister Pockels die Gründe dar, welche aller Wahrscheinlichkeit nach die Errichtung der 9. Parallelklasse erforderlich machen. Mit Sicherheit sei dies noch nicht anzunehmen und sei deshalb die Summe zur Disposition der städtischen Behörden gestellt; die Versammlung werde also noch darüber gehört werden.

Darauf folgen noch einige Bemerkungen seitens der Herrn Nieß und Rieke.

Eine kurze Debatte veranlaßt der Etat der Armenkasse, in welchem Herr Winter die Einstellung einer entsprechenden Summe zu Gunsten des alten, einer durchgreifenden Reparatur dringend bedürftigen, Armenhauses an der Goslarschen Straße vermißt.

Herr Oberbürgermeister Pockels führt aus, daß man seiner Zeit beabsichtigt habe, das alte Gebäude zu veräußern; es habe sich aber später herausgestellt, daß dasselbe nicht zu entbehren sei, da dessen Insassen nicht sämmtlich in dem Pflegehause bez. dem neuen Krankenhause haben untergebracht werden können. Der Magistrat sei nun schon länger der Meinung gewesen, daß das alte Gebäude früher oder später abgebrochen werden müsse, er sei aber bislang noch nicht in der Lage gewesen, eine Vorlage

wegen eines eventuellen Neubaus einzubringen. Das Gebäude sei höchst unpraktisch eingerichtet und die äußere Erscheinung genüge auch nicht den an ein städtisches Gebäude zu stellenden Ansprüchen; auf die Dauer sei mit demselben nichts anzufangen und es müsse in der einen oder andern Weise Ersatz geschaffen werden. Er könne augenblicklich keine andere Erklärung abgeben, als daß sich der Magistrat, speciell unter Zugiehung des städtischen Oberarmenarztes, mit dieser Frage bereits befaßt habe und sie auch im Auge behalten werde. Die Frage sei aber eine außerordentlich schwierige und müsse deshalb der Magistrat um etwas Geduld bitten.

Herr Nieß erinnert sich, daß schon ein Kostenanschlag über Instandsetzung des alten Armenhauses vorliege, welcher sich auf 70000 M. belaufe. Einen so bedeutenden Aufwand sei das Haus aber nicht mehr werth und wenn der Magistrat in der Lage wäre, für anderweite Unterbringung der Insassen zu sorgen, dann sollte ihm jede Mark leid thun, die für das Gebäude angewandt würde.

Herr Winter wendet dagegen ein, daß er eine vollständige viel Mittel erfordernde Instandsetzung nicht im Sinne gehabt habe; er habe nur geglaubt, daß am Aeußern etwas geschehen müsse, da das Haus im Innern noch gesund und fest zu sein scheine.

Bei Berathung des Etats der Wegebaucaße macht Herr Oberbürgermeister Pockels Mittheilung über den jetzigen Stand der Canalisationsangelegenheit. Die in Dortmund angewandten Flußreinigungsmethoden hätten günstige Resultate geliefert. Die Königliche Regierung zu Arensberg habe diese Resultate nach Berlin zur Revision geschickt; sobald nun das Ergebnis von dort zurückkomme, werde auch dem hiesigen Magistrat die nöthige Mittheilung gemacht werden, worauf der Versammlung unverzüglich eine Vorlage zugehen solle. Beide in Dortmund angewandten Reinigungsmethoden hätten die schädliche Einwirkung der Fabrikabwässer auf den öffentlichen Fluß beseitigt oder doch wenigstens auf ein so geringes Maß zurückgeführt, daß von einer Schädlichkeit nicht mehr die Rede sein könne. Man dürfe sich also in dieser Beziehung der besten Hoffnung hingeben. Die Wolters'sche Hofbrauerei stehe jetzt im Begriff, ihre Kläreinrichtungen nach einer dieser beiden Methoden und zwar unter Anwendung des Röckner'schen Verfahrens zu treffen; man habe also bald Gelegenheit sich dort an Ort und Stelle von der Wirkung dieser Desinfectionsmethode zu überzeugen.

Ferner erklärt Redner auf Anregung des Herrn Munte, welcher im Etat einen Ansatz für Instandsetzung der Campestraße vermißt, daß diese Straße, wenn auch keine Mittel dafür ausgeworfen seien, doch bestimmt im nächsten Jahre in Stand gesetzt werden würde. Wenn Herzogliche Kreisdirection nicht in nächster Zeit die Genehmigung zur allgemeinen Canalisation ertheile, dann werde der Magistrat eine Vorlage einbringen, welche die oberirdische Instandsetzung der Straße, soweit es das Bedürfnis unabweisbar fordere, ins Auge fassen solle.

Nachdem der Stadthaushaltsplan durchberathen ist und Aenderungen an demselben nicht beschloffen sind, auch u. a., und zwar nach einer kurzen Bemerkung des Herrn Rieße, welcher eine Aenderung der jetzigen Steuertabelle durch Erweiterung der Progression behufs Heranziehung der besitzenden Klassen nach ihrem wirklichen Einkommen wünscht, ausdrücklich die Zustimmung dazu erteilt ist, daß dem Antrage des Magistrats gemäß die Gemeindesteuern pro 1885, wie in den Vorjahren mit 10 Simplen ausgeschrieben werden, wird der Haushaltsplan im Ganzen, wie vorgelegt, genehmigt.

Gleichfalls werden die dem Haushaltsplane angehängten selbstständigen Etats des Schlachthauses, der Casse der polizeilichen Abgabe für Hunde und des Kreisfonds ohne Aenderung genehmigt.

Dabei wird der Antrag des Magistrats angenommen, eine durch den Etat des Schlachthauses vorgeschlagene abermalige Ermäßigung der Schlachtgebühren um rund 10 % eintreten zu lassen.

Die im Etat der polizeilichen Abgabe für Hunde zu Gunsten der Baugewerkeinnung vorgesehenen 600 M bittet Herr Rieße zu streichen, steht jedoch von Stellung eines bezüglichen Antrags ab, als Herr Overbürgermeister Pockels erklärt hat, daß diese Aufwendung nicht zu Zwecken der Baugewerkeinnung, sondern zu Zwecken der von ihr gegründeten Zeichenschule erfolge.

Die Vorlage ist damit ihrem ganzen Umfange nach erledigt; es folgen seitens der Herren Nieß und Rieße noch einige persönliche Bemerkungen.

Nachdem der inzwischen erschienene Vorsitzende, Herr Semler, den Vorsitz übernommen hat,

IV. wird auf Grund eines von Herrn Sievers namens der Finanzcommission erstatteten Berichts beschloffen, zur Unterbringung der von Frau Amalie Böbbeke der Stadt testamentarisch vermachten Delgemälde in der Aula der städtischen Realschule, 130 M 79 S., wie vom Magistrate unterm 15. v. Mts. beantragt, zu verwilligen.

V. Der Vorstand der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft hat Beschwerde darüber geführt, daß schwerbeladene Lastfuhrwerke mit Vorliebe den Bahnkörper benutzen und auf diese Weise häufig Anlaß zu Belästigungen und Störungen geben, und hat dabei die Bitte ausgesprochen, den Erlaß einer Polizei-Vorschrift zu erwirken, durch welche dem Uebelstande abgeholfen wird. Der Magistrat erkennt die Beschwerde als begründet an und giebt mittelst Schreibens vom 6. d. Mts. im Einverständnisse mit Herzoglicher Polizei-Direction anheim, die Zustimmung dazu zu erteilen, daß §. 27 des bezüglichen Polizei-Reglements vom 9. September 1879 folgendermaßen gefaßt werde:

»Reiter, sowie in Bewegung befindliche Fuhrwerke jeder Art, einschließlich der Handwagen, imgleichen Viehheerden haben rechtzeitig den entgegen-

kommenden oder nachfolgenden Zügen vollständig soweit auszuweichen, daß zwischen ihnen und der nächsten Bahnschiene ein Raum von 1 Meter frei bleibt. Sie haben, insoweit nicht die Lage des Bahngleises dies unmöglich macht, nach rechts auszuweichen. Lastfuhrwerk darf die Bahn, sobald und soweit der Fahrdamm neben derselben frei ist, gar nicht berühren».

Der Referent der Statutencommission, Herr Reuter, befürwortet den Magistratsantrag, worauf derselbe ohne Debatte genehmigt wird.

Wie

VI. Herr Wolff im Namen der Finanzcommission vorträgt, haben die letzten Reichstagswahlen 1751 M 51 S Kosten verursacht, bestehend in Zehrungskosten der Wahlvorstände und Beisitzer, in Lokalmiethe, Druckkosten u. s. w. Der Magistrat ersucht in seinem Marginalschreiben vom 28. v. Mts., die Kosten zu verwilligen.

Die Commission giebt anheim, unter Verwilligung der Summe den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei künftigen Reichstagswahlen für jeden am Wahlstische amtlich Beschäftigten einen festen Diätensatz von 5 M an Stelle der bisher liquidirten Verpflegungskosten in Rechnung zu stellen. Nicht beanspruchte Diäten würden zu milden Zwecken verwandt werden.

Der Antrag findet nach einigen kurzen Bemerkungen der Herren Nieß, Rieke und Stadtrath Kete Meyer, welcher letztere betont, daß die Diäten eine Entschädigung bilden sollen für die den Wahlbeamten unumgänglich in einer Restauration erwachsenden Ausgaben, die Zustimmung der Versammlung.

VII. Mittels Schreibens vom 18. v. Mts. hat der Magistrat ein im Einverständnisse mit der betreffenden Commission der Stadtverordneten aufgestelltes Verzeichniß derjenigen gewerblichen Etablissements eingereicht, welche zu außerordentlichen Beiträgen zur städtischen Wegebaucaße heranzuziehen sind. Nach diesen Vorschlägen, welche auf dem bisher befolgten Grundsatz beruhen, daß für 100 Centner Gewicht und einen Kilometer Wegestrecke 10 S berechnet werden, belaufen sich die Beiträge der gewerblichen Etablissements auf insgesammt 7157 M. Der Magistrat beantragt, die Vorschläge zu genehmigen.

Die Statutencommission, für welche Herr Reuter berichtet, befürwortet den Magistratsantrag.

Herr Wolff fragt an, ob es nicht möglich sei, zur Leistung von Beiträgen auch solche Etablissements heranzuziehen, welche zwar nicht zur Stadtgemeinde gehören, aber doch in Folge ihres Geschäftsbetriebs die städtischen Straßen ganz bedeutend in Anspruch nehmen, wie z. B. die in der Nähe belegenen Ziegeleien, Mühlen, Zuckerfabriken u. s. w.

Herr Oberbürgermeister Pockels erwiedert hierauf, daß die Statutar-Autonomie der Gemeinden nicht über ihre Bezirke hinausgehe, die Stadt also nur die im städ-

tischen Gebiete befindlichen Etablissements, nicht aber diejenigen außerhalb des Stadtgebiets belegenen, zu Wegebaubeiträgen heranziehen könne.

Herr Reuter ist der Ansicht, daß es sich schließlich ausgleiche; auch die hiesigen Etablissements, welche über die Stadtgrenze hinaus die Wege anderer Gemeinden benutzten, würden dort nicht zu Wegebaubeiträgen herangezogen.

Herr Munte giebt Herrn Wolff im Principe Recht, glaubt aber schwerlich, daß dem Uebelstande abzuhelpen sei. Auch durch die Königsutter'schen Steinesuhren würden die hiesigen Wege ganz bedeutend abgenutzt.

Herr Wilke glaubt eine Ungerechtigkeit darin zu erblicken, daß nach den gesetzlichen Vorschriften nur die gewerblichen Etablissements zu Wegebaubeiträgen herangezogen werden können, die gesammte Kaufmannschaft, Karrenführer, Fuhrleute u. s. w. aber freiausgingen. Es wäre das Richtigste, wenn der jetzige Zustand aufgehoben und die Wege überhaupt auf Gemeindefkosten unterhalten würden; dann würde Jeder nach Verhältniß seiner Besteuerung zu den Kosten herangezogen.

VIII. Ueber die Magistratsvorlage vom 25. v. Mts., die Verbreiterung der Spielmannsstraße betreffend, referirt Herr Munte namens der Statutencommission.

Der Stadtmagistrat ist wegen Erwerbung des zur gedachten Straßenverbreiterung erforderlichen Terrains mit den Anliegern in Unterhandlung getreten, wobei dieselben mit Ausnahme eines, sich bereit erklärt haben, die nöthigen Flächen zu 2 M pro qm abzutreten. Der Stadtmagistrat ersucht nun die Versammlung, ihn zu ermächtigen, die sämmtlichen zur Verbreiterung der Spielmannsstraße erforderlichen Terrainabschnitte zu gedachtem Preise, eventuell und insoweit derselbe nicht würde aufrecht erhalten werden können, im Einverständnisse mit der Finanzcommission zu dem im Wege gütlicher Vereinbarung, event. im Wege der Zwangsenteignung festzusetzenden Preise zu acquiriren. Zur Instandsetzung der gedachten Straße sind im Etat 20 700 M ausgeworfen.

Die Commission empfiehlt den Magistratsantrag zur Annahme, welche durch die Abstimmung, an der sich Herr Wolff, als bei der Sache interessirt, nicht theilnimmt, ausgesprochen wird.

Zum Schluß

XI. motivirt Herr Günther seine zu Beginn der Sitzung gestellte Interpellation etwa folgendermaßen:

Acht Tage vor der Reichstagswahl sei angeblich 800 hiesigen Wählern magistratsseitig die Mittheilung gemacht, daß ihnen das Wahlrecht entzogen sei, weil sie Armenunterstützung bezogen hätten. Viele der betr. Wähler seien sehr beunruhigt darüber gewesen, weil sie theils keine Armenunterstützung glauben zu empfangen zu haben, theils die erhaltene Armenunterstützung bereits wieder zurückgezahlt hatten; sie hätten deshalb beim Magistrate reklamirt, seien aber abschlägig beschieden worden.

Es sei nämlich vorgekommen, daß die Gewährung ärztlichen Beistandes und freier Arznei als Armenunterstützung angesehen sei. Das sei doch aber jedenfalls zu weit gegangen; es könnte daraus gefolgert werden, daß alle anderen städtischen Unterstützungen, z. B. freier Schulunterricht, auch als Armenunterstützung betrachtet würden: Sodann seien ihm verschiedene Fälle (welche Redner speciell aufführt) bekannt geworden, wo es als Armenunterstützung angesehen sei, wenn Leute zeitweise im Pflegehause untergebracht gewesen, trotzdem sie die gesetzlichen Verpflegungskosten hinterher zurückerstattet haben. In allen diesen Fällen könne keines Erachtens von einer Armenunterstützung keine Rede sein; man gewöhne sonst eine gewisse Schicht der Bevölkerung an den Gedanken, daß sie Armenunterstützung beziehe, und das wirke entschieden demoralisirend, weil alsdann Niemand mehr etwas Beschämendes darin finde, wenn er der Stadt zur Last falle. Er bestreite auch dem Magistrat das Recht dergleichen Unterstützungen als Armenunterstützungen zu bezeichnen; das sei nur in solchen Fällen angebracht, wo die Leute wirklich ohne Subsistenzmittel sind, und er werde deshalb demnächst einen Antrag einbringen, der eine Regelung dieser Frage ins Auge fasse.

Herr Oberbürgermeister Pockels: Der Magistrat werde die Interpellation, die eigentlich nicht vor das Forum der Stadtverordneten gehöre, nicht beantworten, sobald Herr Günther irgend welche Anträge daran zu knüpfen beabsichtige; wenn der Magistrat sich auf eine Beantwortung einlasse, so geschehe es nur zur Belehrung des Herrn Interpellanten.

Herr Stadtrath Netemeyer äußert sich zunächst über die formelle Seite der Frage. Der Magistrat habe nach der Städtordnung eine Doppelstellung; er sei auf der einen Seite die oberste städtische Verwaltungsbehörde und habe in Gemeinschaft mit den Stadtverordneten die städtischen Angelegenheiten zu betreiben, wobei den Stadtverordneten das Recht zur Einbringung von Anträgen zustehe; auf der anderen Seite habe er Obliegenheiten als Vertreter der Staatsgewalt zu erledigen, und bei dieser Thätigkeit sei die Mitwirkung der Versammlung ausgeschlossen. Die Geschäfte bezüglich der Reichstagswahl seien nun aber keine städtischen Angelegenheiten; sie würden im Auftrage der Regierung besorgt und Beschwerden in dieser Richtung seien nicht in der Weise vorzubringen wie es in Rücksicht auf städtische Angelegenheiten geschehe, sondern es müsse sich derjenige, der sich verletzt fühle, an die dem Magistrat vorgesetzte Behörde wenden. Gerade in Bezug auf das Wahlgesetz nehme ja, wie Herrn Günther jedenfalls nicht unbekannt sein werde, auch der Reichstag bezügliche Anträge entgegen und es sei außer Zweifel, daß der neue Reichstagsabgeordnete event. die Sache sofort in die Hand nehmen würde. --

Redner wendet sich sodann der materiellen Seite der Frage zu. Herr Günther habe die Auslegung monirt, welche der Magistrat den gesetzlichen Bestimmungen gegeben habe. Das Wahlgesetz schreibe vor, daß das Wahlrecht ruhe für solche Per-

sonen, die Armenunterstützung beziehen oder im vergangenen Jahre bezogen haben. Aus letzterer Bestimmung folge unzweifelhaft, daß die Auffassung des Herrn Günther, es könne nur in solchen Fällen von Armenunterstützung die Rede sein, wo die Leute wirklich keine Subsistenzmittel haben, entschieden unbegründet sei. Wenn heute Jemand in guten Verhältnissen lebe, vergangenes Jahr aber bedürftig gewesen sei und Armenunterstützung bezogen habe, so werde er vom Wahlrechte ausgeschlossen, obwohl er nicht subsistenzmittellos sei. Was Armenunterstützung sei, darüber sage das Wahlgesetz nichts, auch könne selbstverständlich hierbei die Instruction zur Armenordnung nicht maßgebend sein. Indem der Magistrat jenen 800 Personen das Wahlrecht entzogen habe, habe er streng nach den reichsgesetzlichen Bestimmungen gehandelt, und danach sei es unzweifelhaft, daß jede aus der Armenkasse gewährte Unterstützung als Armenunterstützung anzusehen sei; dazu gehöre auch die Gewährung freien ärztlichen Beistandes und freier Arzneimittel, Schulgelderlaß dagegen nicht. Bezüglich der fernern Frage sei der Magistrat von jeher der Ansicht gewesen, daß der Charakter der Armenunterstützung nicht beseitigt werde, wenn dieselben hinterher zurückerstattet sei, denn Armenunterstützung werde ja bekanntlich nur unter der Bedingung gewährt, daß sich der Betreffende verpflichtet, sie zurückzuzahlen, sobald er es ermöglichen kann. In allen von Herrn Günther angeführten Fällen (auf welche Redner näher eingeht) haben die Betreffenden nach dem Sinne des Gesetzes in der That Armenunterstützung bezogen. — Die Interpellation sei nun so gefaßt, daß man die Ansicht gewinnen könnte, es sei diesmal die Sache anders gehandhabt, als früher. Das sei auch in gewissem Sinne richtig, nämlich insoweit, als nach Einführung der neuen Armenordnung über die einzelnen Fälle, wo das Wahlrecht zu ruhen habe, eine genauere Buchführung möglich sei als früher, das Princip aber, nach welchem der Magistrat verfahren habe, habe schon immer bestanden. Redner giebt zu, daß Fälle vorkommen können, wo die Ausschließung vom Wahlrechte hart erscheine, namentlich da, wo es sich nur um geringe Unterstützungen handle; es entspreche aber immer den gesetzlichen Bestimmungen, und er müsse sich entschieden dagegen aussprechen, daß es dem Magistrate — speciell treffe es ja doch immer den betreffenden Decernenten — überlassen werde, bei Entziehung des Wahlrechts nach Gutdünken zu verfahren, weil dadurch der Willkühr Thür und Thor geöffnet werde; es werde immer das Beste und Richtigste sein, sich streng nach dem Gesetze zu richten.

Die öffentliche Sitzung wird darauf geschlossen.

In vertraulicher Sitzung werden nachfolgende Punkte erledigt:

- 1) Provisorische Annahme eines Hülfsbeamten für die städtische Bauverwaltung,
- 2) Wahl von Schiedsmännern in Gemäßheit des Viehseuchengesetzes.
- 3) Anstellung eines Stadtcassenschreibers
- 4) Neuwahl zweier Mitglieder der Armendirection.

1884.
~~~~~

(Fortsetzung der Beilage zu **N. 8** des 1885  
der Braunschweigischen Anzeigen.)

**N. 14.**  
~~~~~

Verhandlungen

der

Stadtverordneten zu Braunschweig.

Sitzung am 29. December 1884.

Öffentlich:

- I. Bau einer massiven Brücke über die Oker am Magnithore.
- II. Selbstständige Anträge des Herrn Nieß, betreffend
 - a. die Aufhebung der unteren Klassen der höheren städtischen Mädchenschulen,
 - b. die Erbauung eines neuen Stadthauses,
 - c. die Verlängerung der Gördelingerstraße bis zum Petriithore.
- III. Petition von Anwohnern der Friedrichstraße, Canalisation dieser Straße betreffend.
- IV. Genehmigung von Contracten über angekauftes Terrain an der Stecherstraße.
- V. Bericht des Vorsitzenden über die Thätigkeit der Versammlung im verflossenen Jahre.

Vertraulich:

- 1) Statut, die Ausübung der gewerbmäßigen Unzucht betreffend.
- 2) Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern.
- 3) Anstellung eines Schlachthauscassirers
- 4) Anstellung eines Wegebaumeisters.
- 5) Anstellung eines Lehrers.

Gemeinschaftliche Sitzung von Magistrat und Stadtverordneten.
Steuer-Reklamationen.

Entschuldigt die Herren Natalis, Reiche und von Seckendorff. — Am
Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister Pockels, Bürgermeister Rittmeyer,
Stadtrath Haake, Stadtrath Schöttler und Stadtrath Ketemeyer.

Die Sitzung eröffnend,

bringt der Herr Vorsitzende zur Kenntniß der Versammlung, daß ihm einige Exemplare »Mittheilungen aus dem Geschäftsbereiche Herzoglicher Baudirection pro 1883« zugegangen seien, von denen er 2 behufs Circulation unter den sich dafür interessirenden Mitgliedern auf dem Präsidialtische niederlegen werde.

Der Tagesordnung gemäß

I. berichtet Herr Sievers namens der vereinigten Bau- und Finanzcommission über die Magistratsvorlage vom 11. d. Mts., die Ueberbrückung der Elter am Magnithore betreffend.

In der Sitzung am 19. April 1883 hat die Versammlung das wegen der gedachten Ueberbrückung mit Herzoglicher Baudirection getroffene Uebereinkommen im Allgemeinen genehmigt. Daraus hat der Magistrat der Versammlung in der Sitzung am 17. December 1883 drei Projecte zur Auswahl vorgelegt: 1) Herstellung einer massiven gewölbten Brücke von 11 m Breite für 150 000 M., 2) Herrichtung einer eisernen, für jeglichen Verkehr geeignete Brücke mit chaussirter Fahrbahn und Plattenfußwegen für 140 000 M., und 3) Herrichtung einer eisernen, nur für leichtes Fuhrwerk dienenden 9 m breiten Brücke für 95 000 M. Auf Vorschlag des Stadtmagistrats entschied sich die Versammlung, namentlich aus Sparamkeitsrückichten, für das 3. Project. — Seitdem ist die Angelegenheit in ein anderes Stadium getreten. Unterm 31. Juli hat der Stadtbaurath Winter, welchem der Auftrag geworden war, den Entwurf zu einer eisernen, nur für leichtes Fuhrwerk bestimmten Brücke einzureichen, berichtet, daß er den verstorbenen Baumeister Sörrensen mit den technischen Vorarbeiten beauftragt gehabt habe, daß aber durch dessen Tod die Sache verzögert worden und gebeten, ihm zu gestatten, sich nunmehr an Prof. Häfeler oder Prof. Arnold zu wenden. Der Stadtbaurath Winter führte in seinem Berichte ferner aus, daß er inzwischen von einem anderen Brückensysteme Kenntniß erhalten habe, welches in Frankreich schon längere Zeit in Anwendung gebracht, neuerdings auch hier in Deutschland Eingang gefunden habe und an mehreren Orten mit gutem Erfolg zur Ausführung gelangt sei. Es sei dies eine aus Bruchstein mit Cementmörtel hergestellte gewölbte Construction, welche das Princip der Herstellung eines in sich innig zusammenhängenden, sog. elastischen Bogens verfolge, und aus allem, was man darüber habe in Erfahrung bringen können, in Bezug auf Widerstandsfähigkeit, Dauer und Unterhaltungskosten mit einer aus Quadern construirten gewölbten Brücke concurriren könne, daneben aber den Vorzug habe, daß die Anlagekosten nicht höher, vielleicht noch etwas geringer zu stehen kommen, als für eine eiserne Brücke leichter Construction mit Holzbelag. Nach solchen Erfahrungen scheine es ihm geboten, von der Pro-

jection einer eisernen Construction zur Ueberbrückung der Dfer an gedachter Stelle Abstand zu nehmen und statt dessen das Project einer massiven Brücke mit elastischen Bogen weiter zu verfolgen. Der Magistrat hat sodann den Stadtbaurath ermächtigt, einen der gedachten beiden Herren mit Ausarbeitung des Entwurfs zu beauftragen und es sind nunmehr vom Professor Häfeler zwei Projecte vorgelegt, von denen sich das eine auf Herstellung einer eisernen Brücke im Werthe von 91 400 M., das andere auf Herrichtung einer massiven Brücke aus Bruchsteinen im Werthe von 92 000 M. bezieht. Der Magistrat empfiehlt das letztgedachte Project und bemerkt dazu: Der Erbauung einer solchen Brücke stehe zwar das Bedenken entgegen, daß der Verkehr mit schwerem Lastfuhrwerk zur Vermeidung der ungünstigen Steigungsverhältnisse der Helmstedterstraße in der Nähe des Steinhors sich von der Helmstedterstraße über die Leonhardstraße und die neue Brücke nach dem Magnithore zu lenken würde, was einerseits im Interesse der an der Leonhardstraße erbauten, neuen Schulen nicht wünschenswerth erscheine und andererseits für die Stadt mit größeren Ausgaben für Befestigung und Unterhaltung der Fahrbahn verbunden sein würde; es ließen sich aber diese Bedenken dadurch beseitigen, daß der Verkehr mit schwerem Lastfuhrwerk auf dem bezeichneten Straßentractus verboten würde.

Die Gesamtkosten der Straßen- und Brückenanlage würden in Folgendem bestehen:

1) Kosten des Baues einer massiven Brücke	92000 M.
2) Kosten der Straße für leichtes Fuhrwerk von der Adolfstraße bis zur Brücke	14400 „
3) Kosten des vom Heusinger'schen Garten zu erwerbenden Straßenterrains	14400 „
4) Kosten der Begeinstandsetzung für leichtes Fuhrwerk von der Brücke bis zum Magnithore, einschließlich der Aufschüttung im Heusinger'schen Garten	10300 „
	<hr/> Sa. 131100 M.

Dagegen würden an Einnahmen zu erwarten sein

a. Zuschuß der Herzoglichen Landesregierung für den Brückenbau	21780 M.
b. zu erwartende Beiträge für Anbauten an der Nordseite der neuen Straße	16760 „
	<hr/> Sa. 38540 M.

Die Gesamtkosten würden sich also nach Abzug der Einnahmen auf 92560 M. belaufen. Der Magistrat bemerkt ferner, daß sich bezüglich der Erwerbung des vom Heusinger'schen Garten erforderlich werdenden Terrains noch nichts bestimmen lasse

da eine Einigung mit den Heusinger'schen Erben wegen des Kaufpreises noch nicht erzielt sei.

Der Magistrat richtet nun das Ersuchen an die Versammlung:

- 1) den vorgelegten, mit Herzoglicher Baudirection abzuschließenden Vertrag zu genehmigen;
- 2) sich unter Wiederaufhebung des Beschlusses vom 17. December v. J. für die Erbauung einer massiven Brücke nach dem vorgelegten Plane zu entscheiden mit dem Vorbehalte jedoch, daß das Befahren der Brücke und der zu derselben führenden Wege für schweres Lastfuhrwerk bis auf Weiteres verboten wird;
- 3) die vorstehend sub 1, 2 und 4 verzeichneten Kosten von zusammen 116700 M. zu bewilligen, den Stadtmagistrat aber zugleich zu ermächtigen, im Einverständnisse mit der Finanz-Commission den Kaufpreis für das vom Heusinger'schen Garten zu erwerbende Straßenterrain, eventuell für den ganzen Heusinger'schen Garten, falls der Ankauf desselben nothwendig oder für die Stadt vortheilhaft erscheint, festzustellen;

wogegen sich der Magistrat für den Fall, daß das ganze Heusinger'sche Grundstück angekauft werden würde, wegen Wiederverkaufs des zu der fraglichen Straßenanlage nicht benutzten Terrains weitere Anträge vorbehält. Die Kosten der Anlage würden von der aufzunehmenden Anleihe zu bestreiten, einstweilen aber vorschußweise aus der Stadtcasse zu leisten sein.

Die vereinigte Bau- und Finanzcommission empfiehlt den ersten Theil des Antrags ohne Weiteres zur Genehmigung.

In Bezug auf den zweiten Theil bemerkt Referent, daß die Versammlung sich zweifelsohne schon bei der früheren Berathung für eine massive Brücke entschieden haben würde, wenn zwischen beiden Bauweisen eine so geringe, kaum nennenswerthe Preisdifferenz vorgelegen hätte, wie heute. Es sei nicht zu verkennen, daß es mit der Zeit sich doch wohl als Bedürfnis herausstellen werde, die ganze Straße dem großen Verkehre zu erschließen, und dazu sei solche Brücke nöthig. Man habe denn auch einstimmig in der Commission die Befürwortung des Projectes der massiven Brücke beschlossen. Es sei aber auch für wünschenswerth gehalten, dieselbe nicht jetzt schon dem Verkehre für schweres Fuhrwerk zu übergeben, sondern ein entsprechendes Verbot zu erlassen. Da jedoch später, wenn dem einmal stattgegeben werden sollte, der Weg von der Adolfsstraße bis zum Magnithore dazu hergerichtet werden müßte, so beantrage die Commission, den zweiten Theil des Magistratsantrags mit folgendem Zusatze anzunehmen: »und unter der

Bedingung, daß der Weg von der Adolfsstraße bis zum Magnithore für schweres Fuhrwerk hergerichtet werde.«

Imgleichen empfiehlt die Commission die angeforderten Kosten zu 116700 M. sowie die durch Berücksichtigung des gedachten Zusages entstehenden Kosten zu verwilligen.

Herr N i e k e beantragt, den Magistrat zu ersuchen, gleich den ganzen Weg von der Helmsiedterstraße bis zum Magnithore für schweres Fuhrwerk herrichten zu lassen. Wenn man für das dort zu erbauende Gymnasium und die Bürgerschule Störungen befürchte, so möge man, wie das in anderen Städten, z. B. in Berlin, vielfach der Fall sei, die betreffenden Strecken mit Holz oder Asphalt pflastern lassen.

Herr Bürgermeister R i t t m e y e r giebt anheim, die Genehmigung des Magistratsantrags nicht von dem Zusahantrage der Commission abhängig zu machen, sondern, da es sich dann auch um Herstellung des ganzen Weges von der Brücke bis zur Helmsiedterstraße für schweres Fuhrwerk handeln würde, für die Leonhardstraße aber bereits die Kosten der leichten Chaussee verwilligt seien, dem Magistrate die weitere Verfolgung der Sache zu überlassen.

Herr Reuter bemerkt, daß die Commission in gedachter Weise beschlossen habe, weil sich nach den Anschlägen herausgestellt, daß der in Frage kommende Unterschied an Kosten nur etwa 1000 M. betrage, während eine gleiche Herstellung der ganzen Straße bis zur Helmsiedterstraße 5—6000 M. kosten würde. Der Magistrat werde auch dem Wunsche der Commission nachkommen können, denn es handle sich nur um die Strecke vom Magnithore bis an die Brücke und von dieser bis an die Adolfsstraße. Es sei zweckmäßig, die Macadamisirung gleich in gedachter Weise herzustellen, weil die Straße voraussichtlich doch einmal dem schweren Verkehre werde übergeben werden, und eine Aenderung dann noch um so theurer werden würde.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Herrn N i e k e's abgelehnt dagegen in allen Punkten beschlossen, wie von den Commissionen vorgeschlagen.

Bezüglich des nun folgenden Punktes, betreffend die Regelung der gewerbsmäßigen Unzucht, ist vom Magistrate vertrauliche Berathung beantragt.

Auch der danach folgende Gegenstand, Antrag des Herrn Günther wegen Streichung der alljährlichen Beiträge zum Schützenwesen im Etat, wird auf Wunsch des Herrn Antragstellers von der Tagesordnung abgesetzt.

II. erhält Herr N i e ß das Wort zur Begründung folgender Anträge:

Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen,

- a. geeignete Erhebungen anzustellen, ob die Unterklassen der höheren Töchter-
schule und der städtischen Mädchenschule nicht in Wegfall kommen könnten
und sämtliche Schülerinnen bis zur Reife für die 3. Klasse die hiesigen
Bürgerschulen zu besuchen hätten;
- b. zeitig und vor gänzlicher Ueberfüllung des jetzigen Stadthauses auf Er-
werbung eines geeigneten Bauplatzes und Erbauung eines neuen Stadt-
hauses Bedacht zu nehmen;
- c. einen Straßenplan auszuarbeiten, welchem die Idee zu Grunde liegt, die
Gördelingerstraße durch die anliegenden Straßen bis zum Petriithore zu
verlängern.

Wenn Magistrat und Versammlung dem sub a gedachten Antrage gemäß beschliesse, dann würde die Nöthigung fortfallen, fortwährend auf Vermehrung der Klassen in den höheren Mädchenschulen Bedacht zu nehmen; es würde ausreichend Platz bleiben auch für den späteren Zuwachs an Schülerinnen der höheren Klassen und man würde dem in früheren Versammlungen gemachten Einwände begegnen, die Mädchenschulen seien Ständeschulen. Er halte es für richtig, daß die Vorschulen bei diesen Schulen, wie beim Gymnasium u. s. w., in Wegfall kommen.

Bezüglich des Antrags b bemerkt Redner, daß das Stadthaus jetzt schon überfüllt sei und dies noch mehr der Fall sein würde, wenn erst im nächsten Jahre die unumgänglich nöthigen Einrichtungen getroffen seien. Ein Stadthaus lasse sich aber nicht so leicht erbauen wie ein Schulhaus; die Ausarbeitung der Entwürfe koste viel Zeit und die Erbauung erst recht. Ungemein schwierig sei es aber, einen passenden Platz zu finden. Man müsse also zeitig genug an den Neubau eines Stadthauses denken, damit man später nicht in Verlegenheit komme.

Was schließlich den Antrag unter c anlange, so handle es sich für Redner zunächst darum, zu erfahren, ob es im Interesse des allgemeinen Verkehrs liege, durch Herstellung eines Durchbruchs durch die Lange-, Weber- und Beckenwerperstraße eine bessere Verbindung des Bahnhofes mit dem Petriithore zu schaffen. Sollte sich bei den vorzunehmenden Untersuchungen herausstellen, daß ein derartiger Straßenzug nicht wünschenswerth oder annehmbar sei, so müsse frühzeitig darauf Bedacht genommen werden, daß bei einer Veräußerung des Pfarrhauses an der Petersilienstraße von dem Terrain dieses Grundstücks soviel abgeschnitten werde, wie zu einer späteren Verbreiterung dieses Straßenzuges an jener Stelle erforderlich sei.

Sämmtliche drei Anträge finden Unterstützung und werden den betreffenden Commissionen überwiesen, a und b der Statutencommission, c der Finanzcommission, welche letztere bei ihren Berathungen die Baucommission zuzuziehen hat.

III. folgt der von Herrn Reuter erstattete Bericht der Statutencommission über eine Petition der Anwohner der Friedrichstraße vom 16. December c., die Canalisation dieser Straße betreffend.

In der Eingabe wird der gesundheitsgefährliche Zustand der Friedrichstraße geschildert und angeführt, daß der Magistrat bereits für das Frühjahr 1881 die Herstellung einer Canalisation zugesagt, aber heute noch in keiner Weise Abhülfe geschaffen habe. In nasskalter Jahreszeit würden die Anwohner besonders hart getroffen; abgesehen davon, daß die Straße dann geradezu unpassirbar sei, füllten sich die Keller mit Wasser, und Krankheiten grassirten mehr denn je. Die Petenten wenden sich daher mit der Bitte an die Stadtverordnetenversammlung, sobald als möglich auf Beseitigung der in der Friedrichstraße herrschenden Uebelstände hinzuwirken, insbesondere die baldige Canalisirung der Straße herbeizuführen.

Referent führt aus: Von der mangelhaften Beschaffenheit der Friedrichstraße sei innerhalb der Versammlung schon häufig die Rede gewesen. Leider befänden sich im Umkreise der Stadt noch andere Straßen, mit denen es ähnlich, wenn auch nicht ganz so schlimm aussehe. Die einzige Aussicht auf Abhülfe biete sich darin, daß die neuerdings angestellten Versuche zur Desinfection der Abwässer zu günstigen Resultaten geführt haben; hiernach sei anzunehmen, daß es doch wohl gestattet werden werde, die Abflüsse, nachdem sie desinficirt, in die Oker zu leiten. Die städtischen Behörden haben Alles aufgeboten, die allgemeine Canalisation zu Stande zu bringen; sie haben die von Herzoglicher Kreisdirection gegen die Einführung der Abwässer in die Langentiefe, und die Verlängerung des Hauptkanals bis unterhalb der Dölper Schleuse, erhobenen Bedenken zu beseitigen gesucht, aber alle Mühe sei vergebens gewesen. Nun könnte man sagen, es hätte unter solchen Umständen das Bauen an weit ab vor den Thoren belegenen Straßen seiner Zeit nicht gestattet werden sollen. Wer aber verfolgt habe, wie in den letzten 20 Jahren Straßen und Häuser entstanden, werde den städtischen Behörden dieserhalb keinen Vorwurf machen können. Es war großer Wohnungsmangel vorhanden und gab keine gesetzlichen Mittel, den Eigenthümern das Bauen auf ihrem Grund und Boden zu verbieten; daher sei es gekommen, daß eine große Anzahl Straßen entstanden, bei denen die Voraussetzungen für ein gesundheitsgemäßes Wohnen nicht vorhanden, indem sie mit großen Mängeln behaftet seien. Weder die Landesgesetzgebung noch das städtische Statut habe dieses damals hindern können. Was speciell die Friedrichstraße anlange, so sei der Magistrat schon länger darauf bedacht gewesen, die Uebelstände auf derselben zu beseitigen, was schon daraus hervorgehe, daß in den Etat pro 1885 eine Summe von 16131 M. zur oberirdischen Instandsetzung der Straße aufgenommen sei. Im nächsten Frühjahr, sobald der Frost aus der Erde sei, werde die Instandsetzung in Angriff genommen werden, selbst wenn die Canalisation noch nicht ausgeführt werden

könne. Wegen der Abflüsse lasse sich allerdings augenblicklich nichts Bestimmtes sagen; es sei ja sehr wohl möglich, daß die auf die neuen Reinigungsmethoden gesetzten Hoffnungen in Erfüllung gehen, andernfalls müßten sich die Anwohner zunächst noch auf andere Weise, vielleicht durch regelrechte Abfuhr, zu helfen suchen. — Der Magistrat, an welchen eine ähnliche Eingabe ergangen sei, werde nach besten Kräften Abhilfe zu schaffen suchen; daß dieses nicht in gründlicher Weise geschehen könne, bedauere Niemand mehr als Magistrat und Stadtverordnete. Unter den angeführten Umständen gebe die Commission anheim, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem Herr Kieße noch den Magistrat gebeten hat, zur Instandsetzung der gedachten Straße doch sobald als möglich zu schreiten,

wird der Commissionsantrag angenommen.

IV. Zur Ausführung des von der Versammlung in der Sitzung am 16. October c. bezüglich der Feststellung der Baulinie am Eingange zur Stecherstraße gefaßten Beschlusses, welchem der Stadtmagistrat beigetreten ist, hat letzterer mit dem Consortium Rimpau-Schmidt einerseits und mit dem Architekten Campe und dem Kaufmann Holland andererseits unterm 5. und 24. November c. notarielle Verträge abgeschlossen, laut welcher für zur Straße abzuräumendes Terrain 10. an das gedachte Consortium und an den Architekten Campe im ungünstigsten Falle insgesammt 13075 M., dagegen von dem Kaufmann Holland für denselben zu überlassendes Straßenterrain 3750 M. zu zahlen sein würden. Der Magistrat ersucht nun mittelst Schreibens vom 22. d. Mts., die Contracte zu genehmigen und den Magistrat zur Zahlung der aus denselben resultirenden Kaufpreise vom Dispositionsfonds des Extraordinariums des Stadtcassenetats zu ermächtigen.

Die vereinigte Finanz- und Baucommission, für welche Herr Wolff berichtet, giebt anheim, die Magistratsanträge mit der Modification zu genehmigen, daß dem §. 2 des mit dem Consortium Rimpau-Schmidt abgeschlossenen Contracts eine Bemerkung angehängt werde, welche bezweckt, ein 5 qm haltendes, nördlich der neuen Straßenflucht belegenes Dreieck vom Verkaufe auszuschließen.

Ohne Debatte wird dem Commissionsantrage gemäß beschloffen.

Schließlich

V. nimmt der Herr Vorsitzende das Wort, um über die Thätigkeit der Versammlung im verflossenen Jahre zu berichten:

Im Jahre 1884 sind 145 Eingänge zu verzeichnen gewesen: 129 Magistrats-schreiben, 8 selbstständige Anträge von Mitgliedern, 1 Interpellation, 3 Petitionen

an die Versammlung, 3 Berichte der Gemeindesteuer-Einschätzungs-Commissionen, 1 Schreiben einer auswärtigen Behörde. Von den Magistratsschreibern hatten zum Gegenstande: 1 den Etat pro 1885, 1 die Canalisation, 1 die große städtische Anleihe, 9 statutarische Bestimmungen, 18 Feststellung von Baulinien, 6 Proceßsachen, 8 Schulangelegenheiten, 2 den Centralfriedhof, 1 die Burg Dankwarderode, 1 die Straßenbesprengung, 9 die Anstellung städtischer Beamten, 1 Ankauf der ethnographischen Sammlung für das Museum, 1 Petition der Schlachterinnung wegen des Viehtransports, 1 gutachtliche Aeußerung, 8 Bauten, darunter die Brücken am Magnithore und Windmühlenberge. Die sonstigen 61 Gegenstände waren von geringerer Bedeutung. Diese verschiedenen Eingänge wurden in 14 öffentlichen und 12 vertraulichen Sitzungen verhandelt. Rückstände werden in's neue Jahr nicht mit hinübergenommen.

Nachdem der Herr Vorsitzende noch bemerkt hat, daß er, obwohl sein Mandat bereits mit dem Schlusse des Jahres abgelaufen sein werde, das Einverständniß der Versammlung vorausgesetzt, sich als ermächtigt ansehen werde, die erste Sitzung im neuen Jahre zu berufen,

schließt er die öffentliche Sitzung.

In der nun folgenden vertraulichen Sitzung beschließt die Versammlung auf das Schreiben des Stadtmagistrats vom 4. d. Mts., eine Beschlusfassung über das vorgelegte Statut und Regulativ, betreffend die Regelung der gewerbsmäßigen Unzucht, auszusprechen und den Stadtmagistrat zu ersuchen, bei Herzoglichem Staatsministerium wegen Beseitigung einiger von demselben bedingten Aenderungen vorstellig zu werden.

Danach wird die Wahl von Bezirksvorstehern und Armenpflegern vorgenommen.

Sodann erklärt sich die Versammlung mit der vom Stadtmagistrate unterm 18. d. Mts. beantragten definitiven Anstellung des Cassirers Godelmann einverstanden.

Von den mittelst Magistratsschreibens vom 21. d. Mts. für die Stelle eines Wegebaumeisters präsentirten drei Candidaten wird der Baumeister Menadier zu Straßburg i. E. gewählt.

Schließlich bewilligt die Versammlung für einen an der städtischen Mädchenschule anzunehmenden Lehrer ein Jahresgehalt von 3000 M.

Nachdem der Herr Vorsitzende der Versammlung noch von einem Schreiben des Stadtmagistrats vom 17. v. Mts. Kenntniß gegeben, wonach an Stelle der mit Ende dieses Jahres ausscheidenden Herren Munte, du Roi, Hasenbalg, Winter und Telligmann, die Herren Lösekrug, Bollmann, Krache, Halle und Burchardt gewählt sind, schließt er die Sitzung mit einigen herzlichen Worten

des Abschiedes für die Auscheidenden, denen er das Zeugniß giebt, daß sie sich stets mit Liebe und Eifer den Pflichten eines Stadtverordneten hingegeben haben. »Hoffen wir, daß durch die Neuhinzutretenden hinlänglicher Ersatz geschaffen werde!«

In längerer **gemeinschaftlicher Sitzung** kommen noch Steuerreklamationen in der Recursinstanz zur Verhandlung.

Nachdem Alles erledigt ist, schließt Herr Oberbürgermeister Pockels, welcher zuletzt den Vorsitz geführt hat, die Sitzung mit den besten Glückwünschen für das Wohlergehen unserer Stadt und der Versammlung im neuen Jahre!